

Drs. 7827-19  
Gießen 12 07 2019

# Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Friedens- und Konfliktforschung



---

<b>Vorbemerkung</b>	<b>7</b>
<b>Kurzfassung</b>	<b>8</b>
<b>A. Struktur und Entwicklung</b>	<b>13</b>
<b>A.I Definition und Geschichte der Friedens- und Konfliktforschung</b>	<b>13</b>
I.1 Definition	13
I.2 Geschichte	16
<b>A.II Struktur der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland</b>	<b>22</b>
II.1 Personelle und finanzielle Ausstattung	22
II.2 Regionale Verteilung	25
<b>B. Bewertung</b>	<b>28</b>
<b>B.I Bedeutung und Herausforderungen</b>	<b>28</b>
<b>B.II Institutionelle Struktur und Ausstattung</b>	<b>30</b>
II.1 Struktur und Ausstattung der Friedens- und Konfliktforschung insgesamt	30
II.2 Struktur und Ausstattung der naturwissenschaftlichen und technischen Friedens- und Konfliktforschung	32
<b>B.III Forschung und Forschungsförderung</b>	<b>34</b>
III.1 Forschungsschwerpunkte	34
III.2 Methoden	36
III.3 Veröffentlichungen	38
III.4 Drittmittel	39
III.5 Forschungsförderung	40
<b>B.IV Lehre und Nachwuchsförderung</b>	<b>42</b>
IV.1 Studiengänge	42
IV.2 Nachwuchsförderung	44
<b>B.V Vernetzung</b>	<b>45</b>
V.1 Interdisziplinäre Vernetzung	45
V.2 Regionale, nationale und internationale Vernetzung	47
<b>B.VI Forschungsinfrastrukturen</b>	<b>49</b>
<b>B.VII Transfer</b>	<b>50</b>

<b>4</b>	<b>C.</b>	<b>Empfehlungen</b>	<b>54</b>
	<b>C.I</b>	<b>Zur Stärkung der Vernetzung und Profilierung</b>	<b>56</b>
	<b>C.II</b>	<b>Zur Stärkung der Interdisziplinarität und Methodenpluralität</b>	<b>59</b>
	<b>C.III</b>	<b>Zur Stärkung der Naturwissenschaftlichen und technischen Friedens- und Konfliktforschung</b>	<b>60</b>
	<b>C.IV</b>	<b>Zur Stärkung der Internationalisierung</b>	<b>62</b>
	<b>C.V</b>	<b>Zur Weiterentwicklung der Forschungsförderung und der Deutschen Stiftung Friedensforschung</b>	<b>63</b>
	V.1	Forschungsförderung im Allgemeinen	64
	V.2	Forschungsförderung im Besonderen: Deutsche Stiftung Friedensforschung	64
		<b>Anhang 1: Aktueller Stand der Friedens- und Konfliktforschung</b>	<b>69</b>
	<b>1.I</b>	<b>Forschung</b>	<b>70</b>
	I.1	Forschungsplanung	70
	I.2	Forschungsschwerpunkte	70
	I.3	Veröffentlichungen und wissenschaftliche Veranstaltungen	73
	I.4	Drittmittel	74
	I.5	Forschungsförderung	77
	<b>1.II</b>	<b>Lehre und Nachwuchsförderung</b>	<b>79</b>
	II.1	Lehre	79
	II.2	Nachwuchsförderung	87
	<b>1.III</b>	<b>Kooperationen und Vernetzung</b>	<b>90</b>
	III.1	Regionale Kooperationen und Vernetzung	90
	III.2	Überregionale Kooperationen und Vernetzung	91
	III.3	Europäische Kooperationen und Vernetzung	92
	III.4	Internationale Kooperation und Vernetzung	94
	III.5	Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler	97
	<b>1.IV</b>	<b>Forschungsinfrastrukturen</b>	<b>97</b>
	IV.1	Bibliotheken, Archive und Fachinformationsdienste	97
	IV.2	Forschungsdaten	99
	IV.3	Zeitschriften und Reihen	100
	<b>1.V</b>	<b>Transfer</b>	<b>102</b>
	V.1	Transferverständnis	102
	V.2	Transferformate und Adressaten	103

<b>Anhang 2: Übersichten</b>	<b>116</b>	<b>5</b>
<b>Anhang 3: Bewertungsbericht zur Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF), Osnabrück</b>	<b>125</b>	
<b>A. Ausgangslage</b>	<b>128</b>	
<b>B. Bewertung</b>	<b>157</b>	
<b>Übersichten zu Anhang 3</b>	<b>168</b>	
<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	<b>174</b>	

---

# Vorbemerkung

Auf Veranlassung des Deutschen Bundestags hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) den Wissenschaftsrat mit Schreiben vom 8. Dezember 2016 darum gebeten, „eine umfassende Evaluation des Forschungsfeldes ‚Friedens- und Konfliktforschung‘ unter Berücksichtigung aller relevanten Einrichtungen in Deutschland“ durchzuführen. Die Begutachtung soll sich gleichermaßen auf die universitäre Forschung und Lehre, die außeruniversitäre Forschung und die Rolle der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) als Förderorganisation erstrecken und dabei prüfen, wie es um die Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland insgesamt bestellt ist. Hierzu sollen sowohl ihr wissenschaftliches Leistungsvermögen in Forschung, Lehre und Nachwuchsförderung als auch ihre Fähigkeit in den Blick genommen werden, wesentliche Beiträge für Politik und Gesellschaft zum Umgang mit aktuellen gesellschafts- und außenpolitischen Herausforderungen zu leisten. Weiterhin soll der Frage nachgegangen werden, wie die Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland weiterentwickelt werden sollte und wie Universitäten, Forschungseinrichtungen und Forschungspolitik in Bund und Ländern zu dieser Weiterentwicklung beitragen können.

Der Wissenschaftsrat hat zur Durchführung dieser Strukturbegutachtung der deutschen Friedens- und Konfliktforschung eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die ihre Beratungen in der zweiten Jahreshälfte 2017 aufgenommen hat. In dieser Arbeitsgruppe haben auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem In- und Ausland mitgewirkt, die nicht Mitglieder des Wissenschaftsrats sind. Ihnen weiß sich der Wissenschaftsrat zu besonderem Dank verpflichtet. Der Dank gilt auch den derzeitigen und vormaligen Abgeordneten des Deutschen Bundestags sowie den Vertreterinnen und Vertretern von Bundesministerien sowie von öffentlichen und privaten Organisationen des Friedensdienstes und der Entwicklungspolitik, die sich der Arbeitsgruppe für Gespräche zur Verfügung gestellt haben. Ebenso dankt der Wissenschaftsrat den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus der deutschen und internationalen Friedens- und Konfliktforschung sowie den Vertreterinnen und Vertretern der Deutschen Stiftung Friedensforschung und ihrer Gremien, die der Einladung der Arbeitsgruppe zu einem intensiven Austausch gefolgt sind.

Um eine aussagekräftige und zuverlässige Bewertung der derzeitigen Lage und der Leistungen der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland vornehmen zu können, hat sich die Arbeitsgruppe entschieden, über diese Gespräche hinaus 18 universitäre und 17 außeruniversitäre Einrichtungen dieses Forschungsfeldes sowie die Deutsche Stiftung Friedensforschung um die schriftliche Übermittlung von Daten, Informationen und Einschätzungen zu bitten. Darunter waren neben öffentlich finanzierten auch Einrichtungen in kirchlicher oder privater Trägerschaft (zu den Auswahlkriterien vgl. A.I.1). Ferner hat sich die Arbeitsgruppe entschieden, einschlägige Bundesministerien, die Länder und öffentliche wie private Förderorganisationen um schriftliche Auskünfte zur Förderung der Friedens- und Konfliktforschung zu bitten. Der Wissenschaftsrat dankt allen Einrichtungen, die diesen Bitten nachgekommen sind und teilweise umfangreiche Unterlagen zur Verfügung gestellt haben.

Soweit nicht anders vermerkt, stützt sich die Darstellung der aktuellen Situation der deutschen Friedens- und Konfliktforschung in Anhang 1 der vorliegenden Empfehlungen auf die Angaben der befragten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bzw. Einrichtungen. Quantitative Angaben zum wissenschaftlichen Personal, zu Studierenden, Absolventinnen und Absolventen, Promotionen und Habilitationen sowie zu Publikationen und Drittmitteln basieren auf den von den befragten Einrichtungen übermittelten Daten. Andere Datenquellen (etwa des Statistischen Bundesamtes) standen nicht zur Verfügung, da die Friedens- und Konfliktforschung als interdisziplinäres Forschungsfeld i.d.R. nicht eigens erfasst wird. Für die Angaben zu den Drittmitteln ist Folgendes zu berücksichtigen: Gefragt wurden die Einrichtungen nach vereinnahmten Drittmitteln, d.h. nach Drittmitteln, die beim Drittmittelgeber abgerufen wurden und somit für Forschungsprojekte der Einrichtung im jeweiligen Haushaltsjahr zur Verfügung standen. Erbeten wurden die Drittmittelangaben also als Teilbudgets nach Haushaltsjahren, nicht als Gesamtsumme der Drittmittelbewilligung. Es ist nicht in jedem Fall gewährleistet, dass sich die Einrichtungen an diese Vorgabe gehalten haben. Diese Einschränkung wurde an den Stellen dieser Empfehlungen berücksichtigt, die Aussagen zu Drittmitteln enthalten. Der Begutachtungszeitraum der vorliegenden Strukturbegutachtung umfasst, sofern nicht anders ausgewiesen, die Jahre 2014 bis 2017. Darüber hinaus wurden Daten und Informationen für die Jahre 2018 und 2019 einbezogen, die sich aus Gesprächen, schriftlichen Stellungnahmen, Publikationen und Recherchen der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrats ergeben haben.

Der Wissenschaftsrat hat die vorliegenden Empfehlungen in seinen Sitzungen vom 10. bis 12. Juli 2019 in Gießen beraten und verabschiedet.

---

# Kurzfassung

Die Friedens- und Konfliktforschung leistet einen unverzichtbaren Beitrag zum Verständnis und zur Bearbeitung großer gesellschaftlicher Herausforderungen. Als interdisziplinäres |<sup>1</sup> Forschungsfeld befasst sie sich insbesondere mit Ursachen, Formen, Dynamiken und Folgen von Konflikten und Gewalt, mit deren Prävention, Einhegung oder Beilegung sowie mit der dauerhaften Stabilisierung von Frieden. Den disziplinären Kern dieses Forschungsfeldes bilden die Politikwissenschaft sowie in etwas geringerem Umfang die Rechtswissenschaft (i.d.R. Völkerrecht) und die Soziologie. In diesem Kernbereich ist die Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland – auch im internationalen Vergleich – universitär und außeruniversitär regional breit vertreten und personell gut ausgestattet. Darüber hinaus befassen sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler weiterer Disziplinen vor allem aus den Sozial- und Kulturwissenschaften mit den Gegenständen dieses Forschungsfeldes.

Die universitäre und außeruniversitäre Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland ist den Herausforderungen, die sich aus der Komplexität ihrer Forschungsgegenstände und deren dynamischer Veränderung ergeben, insgesamt sehr gut gewachsen, wenngleich in einzelnen Bereichen noch Verbesserungspotential besteht. In der Forschung bearbeiten die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Forschungsfeldes mit dem erforderlichen Weitblick und großer Flexibilität ein breites Spektrum aktueller, wissenschaftlich wie gesellschaftlich relevanter Themen. Der Wissenschaftsrat begrüßt, dass sie hierbei zunehmend auch die Perspektiven der sicherheitspolitischen Forschung einbinden. Die befragten Friedens- und Konfliktforscherinnen und -forscher werben erfolgreich Drittmittel ein und publizieren die Ergebnisse ihrer Forschung adressatengerecht in unterschiedlichen Formaten. Der Anteil an Monographien in renom-

|<sup>1</sup> Um die Lesbarkeit des Textes zu erleichtern, wird hier und im Folgenden nur von Interdisziplinarität bzw. interdisziplinär gesprochen. Dabei sind unterschiedliche Formate multi-, inter- und transdisziplinärer Zusammenarbeit mitgemeint.



mierten Verlagen und Beiträgen in internationalen hochrangigen Fachzeitschriften sollte allerdings erhöht werden.

Die deutsche Friedens- und Konfliktforschung ist durch eine ausgeprägte Praxisorientierung gekennzeichnet, die sowohl in der Forschung als auch in einem sehr engagiert betriebenen Wissenstransfer (i. S. eines rekursiven Austauschprozesses) zum Ausdruck kommt. Besonders aktiv sind die Friedens- und Konfliktforscherinnen und -forscher in der Politikberatung, vor allem auf Ebene der Bundesregierung. Dabei kommt ein breites Spektrum an Transferformaten zum Einsatz, das auch wissenschaftlich evaluiert und kritisch reflektiert wird. Intensiviert werden sollten künftig der Austausch mit Abgeordneten und einschlägigen Ausschüssen des Deutschen Bundestags sowie die Politikberatung auf europäischer Ebene.

An deutschen Universitäten werden aktuell sieben Masterstudiengänge der Friedens- und Konfliktforschung angeboten. Diese verfügen über komplementäre Profile und bieten Studierenden eine sehr gute Auswahl unterschiedlicher Schwerpunkte, englischsprachiger und bilingualer sowie konsekutiver und weiterbildender Studiengänge. Der überdurchschnittlich hohe Anteil ausländischer Studierender auch aus (Post-)Konfliktregionen ist ebenso positiv zu bewerten wie der intensive standortübergreifende Austausch der Lehrenden und die kontinuierliche Weiterentwicklung forschungsfeldspezifischer hochschuldidaktischer Konzepte. Ein großer Anteil der Absolventinnen und Absolventen findet Tätigkeiten in einschlägigen Berufsfeldern.

Promovierende im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung sind im universitären und außeruniversitären Bereich teilweise in strukturierte Programme angrenzender Disziplinen oder Forschungsfelder eingebunden. Spezifische Promotionsstudiengänge oder Graduiertenkollegs des Forschungsfeldes gibt es hingegen derzeit noch nicht. Es ist daher zu begrüßen, dass einzelne Einrichtungen die Einwerbung eines Graduiertenkollegs anstreben.

Einen wesentlichen Beitrag zur Konsolidierung, Stärkung und konzeptionellen Weiterentwicklung der deutschen Friedens- und Konfliktforschung hat in den vergangenen Jahren die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF) geleistet. Mit zielgerichtet eingesetzten Sondermitteln hat sie die Etablierung von Masterstudiengängen und die Einrichtung einschlägiger Professuren gefördert. Durch die Förderung kleinerer (An-)Forschungsprojekte sowie von Tagungs- und Vernetzungsprojekten hat die DSF wichtige Entwicklungen in diesem Forschungsfeld unterstützt. Darüber hinaus hat sie den Transfer in den parlamentarischen Raum befördert. Angesichts der großen Herausforderungen, denen die Friedens- und Konfliktforschung aufgrund der Komplexität und Dynamik ihrer Forschungsgegenstände gegenübersteht, hält der Wissenschaftsrat eine politisch unabhängige Unterstützung dieses Forschungsfeldes durch die DSF auch künftig für erforderlich. Um diese leisten zu können, muss sie ihre Funktion und

Aufgaben noch stärker fokussieren. Auch dann wird allerdings eine bessere Ausstattung der Stiftung, deren Handlungsspielraum durch die anhaltende Niedrigzinsphase seit einiger Zeit vermindert ist, unerlässlich sein.

Wenngleich der Wissenschaftsrat die Rahmenbedingungen und die Leistungsfähigkeit der Friedens- und Konfliktforschung in der Summe positiv bewertet, hält er in einigen Bereichen eine Weiterentwicklung für notwendig, damit das Forschungsfeld sein Potential noch besser ausschöpfen kann:

1 – Um in den Bereichen Forschung und Transfer Synergien nutzen und die Sichtbarkeit der Friedens- und Konfliktforschung insgesamt verbessern zu können, empfiehlt der Wissenschaftsrat eine Stärkung der Vernetzung und Profilbildung der Einrichtungen. Um die überregionale Vernetzung der Friedens- und Konfliktforschung in Forschung und Transfer zu unterstützen, empfiehlt er dem **Bund**, eine zeitlich befristete Fördermaßnahme einzurichten. Diese sollte die Einrichtungen in die Lage versetzen, standortübergreifend gemeinsame Strategien zu entwickeln und zu verfolgen, die interdisziplinäre Forschung zu intensivieren, die im Forschungsfeld vorhandenen Kompetenzen und Ansprechpersonen (bspw. über eine gemeinsame Forschungslandkarte oder Plattform) besser sichtbar zu machen und einen Überblick über die bislang verstreut vorliegenden quantitativen und qualitativen Forschungsdaten zu gewinnen. Die **Länder** sollten prüfen, wie sie regionale Kooperationen und insbesondere die sich entwickelnden Cluster des Forschungsfeldes durch komplementäre Maßnahmen fördern können. Die **Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Forschungsfeldes** sollten vermehrt einrichtungs- und standortübergreifend die Förderung von Projekten koordinierter Forschung beantragen und in Nachwuchsförderung, Forschung und Transfer enger zusammenarbeiten. Zugleich sollten die universitären und außeruniversitären Einrichtungen in Forschung und Transfer klare Schwerpunkte setzen und ihr Profil weiter schärfen. Eine wesentliche Voraussetzung für eine bessere Vernetzung und Profilierung der deutschen Friedens- und Konfliktforschung bleibt eine angemessene Grundausstattung. Die **Länder** sind daher aufgerufen, die universitären Zentren des Forschungsfeldes und die landesfinanzierten außeruniversitären Einrichtungen in die Lage zu versetzen, kontinuierliche Forschung zu selbstgewählten Themen durchzuführen. Für die landesfinanzierten Einrichtungen *Bonn International Center for Conversion* und Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg, deren Expertise in erheblichem Umfang durch den Bund in Anspruch genommen wird, sollte der **Bund** verschiedene Formen einer nachhaltigeren Beteiligung an der Finanzierung prüfen. Die **Hochschulen** sollten leistungsstarke Zentren der Friedens- und Konfliktforschung im Rahmen der hochschulinternen Schwerpunktsetzung und Mittelvergabe angemessen berücksichtigen.

2 – Um die erforderliche Interdisziplinarität der Friedens- und Konfliktforschung zu stärken, sollten die **Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dieses Forschungsfeldes** vermehrt Kooperationen mit anderen einschlägigen Disziplinen anstoßen und hierfür geeignete Fördermaßnahmen nutzen. Umgekehrt sind auch diese Fächer und Forschungsfelder aufgerufen, Themen der Friedens- und Konfliktforschung stärker in Forschung und Lehre zu verankern. Zudem sollte zur Stärkung der Methodenpluralität in der Friedens- und Konfliktforschung die Methodenkompetenz besonders des wissenschaftlichen Nachwuchses befördert werden.

3 – Die naturwissenschaftliche und technische Friedens- und Konfliktforschung hat in Deutschland in den letzten Jahren einen eklatanten Kompetenzverlust erlebt und kann den massiv gestiegenen Beratungsbedarf insbesondere der Politik nicht mehr decken. Um diesen Bereich langfristig wieder zu stärken, bedarf es stabiler institutioneller Strukturen. Der Wissenschaftsrat empfiehlt **Bund und Ländern**, die naturwissenschaftliche und technische Friedens- und Konfliktforschung an mindestens zwei Standorten, an denen sie bereits institutionell verankert ist, durch Einrichtung einer ausreichenden Anzahl dauerhafter Leitungsstellen (in der Regel zwei je Standort) und befristeter Qualifikationsstellen auszubauen. Dabei sollte eine enge Verbindung mit der Hochschulforschung wie auch der Lehre in den entsprechenden Herkunftsdisziplinen (v. a. Physik und Informatik) sowie mit den sozialwissenschaftlichen Kerndisziplinen der Friedens- und Konfliktforschung institutionell sichergestellt werden. Durch Fördermaßnahmen sollten Forschungs- und Transfervorhaben an der Schnittstelle zwischen naturwissenschaftlich-technischer und im weitesten Sinne sozialwissenschaftlicher Friedens- und Konfliktforschung angeregt werden.

4 – Der Wissenschaftsrat erkennt an, dass die deutsche Friedens- und Konfliktforschung sich in den letzten Jahren vermehrt international ausgerichtet hat und es ihr mit einigen Forschungsschwerpunkten gelungen ist, in internationalen Fachdebatten Themen zu setzen sowie innovative Forschung anzustoßen und voranzutreiben. Gemessen an ihrer Ausstattung schöpft sie ihr Potential hierbei allerdings noch nicht aus. Um die Internationalisierung des Forschungsfeldes weiter zu stärken, empfiehlt der Wissenschaftsrat den **Einrichtungen des Forschungsfeldes**, die Anzahl ausländischer Promovierender sowie der (auch auf Leitungsstellen) beschäftigten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (inkl. Postdocs) aus dem Ausland zu erhöhen, in noch größerem Umfang an europäischen und internationalen Kooperationsprojekten mitzuarbeiten und die Anzahl ihrer Publikationen in führenden internationalen Fachzeitschriften weiter zu erhöhen. Der Wissenstransfer der deutschen Friedens- und Konfliktforschung sollte künftig vermehrt auch die europäische und internationale Ebene einbeziehen.

5 – Zur Weiterentwicklung der Forschungsförderung empfiehlt der Wissenschaftsrat den **Fachressorts des Bundes und der Länder**, die Laufzeiten und Fördervolumina der von ihnen geförderten Ressortforschungsvorhaben und Projekte der Friedens- und Konfliktforschung tendenziell anzuheben. Dadurch sollte die für Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft gleichermaßen wichtige und ertragreiche Verbindung von anwendungs- und grundlagenorientierter Forschung gestärkt werden. Zur Weiterentwicklung der DSF empfiehlt der Wissenschaftsrat dieser **Stiftung**, sich künftig bei der Umsetzung ihrer Förderziele noch stärker auf die Funktion einer Anstoßgeberin und auf die Unterstützung der Strategiefähigkeit und Offenheit des Forschungsfeldes gegenüber anderen Disziplinen zu fokussieren. Bei der themenoffenen Förderung von Forschungsvorhaben sollte die DSF sich im Sinne einer Anschubfinanzierung auf explorative Pilotprojekte und die Synthetisierung von Erkenntnissen aus Einzelfallstudien konzentrieren, die als Vorarbeiten für umfangreichere Anschlussprojekte fungieren können. Die thematische Förderlinie sollte mit wechselnden Schwerpunkten fortgesetzt werden. Hingegen sollte die eigenständige Linie zur Förderung von Postdocs aufgegeben werden. Bei der Unterstützung des Wissenstransfers sollte sich die DSF – mit besonderem Fokus auf die Abgeordneten des Deutschen Bundestags als Zielgruppe – auch künftig auf die Vernetzung von Beratungsangeboten und -aktivitäten des Forschungsfeldes konzentrieren. Die DSF sollte künftig regelmäßig extern evaluiert werden. Damit die DSF diese Aufgaben effektiv und effizient wahrnehmen kann, empfiehlt der Wissenschaftsrat eine Untergrenze von 1,0 Mio. Euro im Jahr zur Förderung von Forschung, Tagungen und Transfer. Er bittet die **Bundesregierung und den Haushaltsgesetzgeber**, möglichst rasch eine Entscheidung herbeizuführen, die eine merkliche und dauerhafte Verbesserung der finanziellen Ausstattung der DSF ermöglicht und dabei die politische Unabhängigkeit der Stiftung wahrt. Als präferierte Lösung empfiehlt er eine angemessene Aufstockung des Stiftungskapitals.

---

# A. Struktur und Entwicklung

## A.1 DEFINITION UND GESCHICHTE DER FRIEDENS- UND KONFLIKTFORSCHUNG

---

### I.1 Definition

Die Friedens- und Konfliktforschung befasst sich insbesondere mit Ursachen, Formen, Dynamiken und Folgen von Konflikten und Gewalt sowie mit Möglichkeiten der Prävention, Einhegung oder Beilegung von Konflikten und der dauerhaften Stabilisierung von Frieden. Ihrem Selbstverständnis zufolge ist die Friedens- und Konfliktforschung ein interdisziplinäres Forschungsfeld. |<sup>2</sup> Damit verbunden ist der Verzicht auf scharfe Grenzziehungen zu einzelnen Disziplinen oder benachbarten Forschungsfeldern und die Offenheit für Theorien, Methoden und Fragestellungen unterschiedlicher disziplinärer Provenienz, sofern diese Berührungspunkte zu den Gegenständen der Friedens- und Konfliktforschung aufweisen. Eben diese Offenheit führt dazu, dass jegliche Befassung mit diesem Forschungsfeld selbst Ein- und Abgrenzungen vornehmen muss.

Eine am *Forschungsgegenstand* der Friedens- und Konfliktforschung ansetzende Eingrenzung ist ein schwieriges Unterfangen, da dieser vielfältige Schnittflächen mit anderen Forschungsfeldern aufweist. Zu diesen gehören insbesondere die Entwicklungsforschung, Flucht-, Migrations- und Integrationsforschung, Regionalstudien, Genozidforschung, Ungleichheits- und Globalisierungsforschung, aber auch die Klimafolgen- und Umweltforschung. Kompetenzen und Expertise aus diesen Feldern benötigt die Friedens- und Konfliktforschung vielfach zur Bearbeitung ihrer eigenen komplexen Forschungsfragen. Dies gilt auch

|<sup>2</sup> Um die Lesbarkeit des Textes zu erleichtern, wird hier und im Folgenden nur von Interdisziplinarität bzw. interdisziplinär gesprochen. Dabei sind unterschiedliche Formate multi-, inter- und transdisziplinärer Zusammenarbeit mitgemeint.

für die sicherheitspolitische Forschung, deren Fragestellungen und Zugänge zunehmend in die Friedens- und Konfliktforschung integriert werden. Die jahrzehntelange, teils von scharfen Kontroversen geprägte Abgrenzung zwischen diesen beiden Forschungsfeldern ist inzwischen weitgehend überwunden.

In *disziplinärer Hinsicht* lässt sich zwar der Kernbereich des Forschungsfeldes beschreiben, die Abgrenzung an den Rändern bleibt jedoch schwierig, da Themen der Friedens- und Konfliktforschung in zahlreichen Fächern bearbeitet werden (können). Im Zentrum der deutschen Friedens- und Konfliktforschung steht die Politikwissenschaft und insbesondere deren Fachrichtung „Internationale Beziehungen“. Erweitert wird diese politikwissenschaftliche Perspektive sowohl in universitären Studiengängen und Forschungszentren der Friedens- und Konfliktforschung als auch in entsprechenden außeruniversitären Forschungseinrichtungen durch andere Disziplinen, insbesondere die Rechtswissenschaft (i.d.R. Völkerrecht) und die Soziologie. Hinzu kommt ein breites Spektrum an Fächern, die nur vereinzelt institutionell an den einschlägigen Einrichtungen verankert sind, über zeitweilige oder dauerhafte Kooperationen aber an friedens- und konfliktwissenschaftlicher Forschung mitwirken und/oder Impulse aus diesem Forschungsfeld in eigene Studien aufnehmen. Hierzu gehören vor allem die Ethnologie bzw. Sozial- und Kulturanthropologie, unterschiedliche Regionalstudien, die christlichen Theologien, die Islamwissenschaft, die (politische) Geographie sowie teilweise auch geistes- und kulturwissenschaftliche Disziplinen wie die Geschichts-, Sprach- und Literaturwissenschaften.

Seit den Anfängen der Friedens- und Konfliktforschung leisten zudem Vertreterinnen und Vertreter naturwissenschaftlicher Fächer wichtige Beiträge zu diesem Forschungsfeld. |<sup>3</sup> Dies gilt traditionell insbesondere für die Physik. Daneben gehören die Biologie und Chemie, in jüngerer Zeit auch die Informatik sowie die Umwelt- und Erdwissenschaften zum Kreis der naturwissenschaftlichen und technischen Disziplinen, die sich auch mit Fragen der Verifikation, Rüstungskontrolle, Abrüstung und neuen Rüstungstechnologien sowie mit Konfliktursachen befassen und somit das Fächerspektrum der Friedens- und Konfliktforschung erweitern. Allerdings ist einschlägige natur- und technikwissenschaftliche Kompetenz in Deutschland für die Friedens- und Konfliktforschung immer weniger verfügbar, während zugleich die Nachfrage nach entsprechen-

|<sup>3</sup> So wurde der erste wissenschaftliche Arbeitskreis für Friedensforschung in Deutschland Anfang der 1960er Jahre von der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) eingesetzt, die ihrerseits im Rahmen der Herbsttagung 1959 des Verbandes Deutscher Physikalischer Gesellschaften gegründet worden war. Vgl. Wasmuth, Ulrike C.: Geschichte der deutschen Friedensforschung. Entwicklung – Selbstverständnis – Politischer Kontext, Münster 1998 sowie zur Bedeutung der Physik in diesem Kontext: Forstner, Christian; Neuneck, Götz: Physik, Militär und Frieden. Physiker zwischen Rüstungsforschung und Friedensbewegung, Wiesbaden 2018.

der Beratung im politischen Raum nicht zuletzt angesichts neuer Formen der Kriegsführung – Stichwort: *Cyber War* – zunimmt (vgl. B.II.2).

Wenngleich es sich bei der Friedens- und Konfliktforschung somit um ein Forschungsfeld mit offenen Grenzen und zahlreichen Schnittflächen zu anderen Forschungsfeldern und Disziplinen handelt, haben sich seit den 1970er Jahren und verstärkt seit der Jahrtausendwende strukturelle Konturen herausgebildet, die sowohl in der Selbst- als auch in der Fremdwahrnehmung als „Formen sozialer Institutionalisierung“ |<sup>4</sup> innerhalb des Wissenschaftssystems gesehen werden können. Hierzu gehören neben einigen außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Professuren mit entsprechender Denomination (vgl. A.II.1) die Deutsche Stiftung Friedensforschung als spezifische Förderorganisation, wissenschaftliche Fachgesellschaften, |<sup>5</sup> eigene Fachzeitschriften sowie Lehr- und Handbücher, die beanspruchen, das Korpus des aktuellen Fachwissens des Forschungsfeldes zu umfassen. Von besonderer Bedeutung für die institutionelle Festigung der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland sind die spezifischen Masterstudiengänge, die seit Beginn des 21. Jahrhunderts an mehreren Universitäten etabliert wurden (vgl. Anhang 1 I.II). Dies alles hat zur Entstehung einer *scientific community* der Friedens- und Konfliktforscherinnen und -forscher beigetragen. |<sup>6</sup>

Gleichwohl beantworten universitäre und außeruniversitäre Einrichtungen die Frage negativ, ob sich die Friedens- und Konfliktforschung zu einer eigenen Disziplin entwickle, und halten an der Selbstbeschreibung als interdisziplinäres Forschungsfeld fest. Konstitutiv für das Selbstverständnis der entsprechenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und prägend für die Karrierepfade des wissenschaftlichen Nachwuchses bleibt somit einstweilen die Doppelanbindung an die Friedens- und Konfliktforschung einerseits und die jeweilige Herkunftsdisziplin andererseits.

Angesichts der skizzierten fachlichen Offenheit des Forschungsfeldes und seiner vielfältigen Schnittmengen mit anderen Forschungsfeldern wurde für die vorliegende Strukturbegutachtung der Friedens- und Konfliktforschung ein pragmatischer Zugriff gewählt. In die zugrunde liegenden schriftlichen und

|<sup>4</sup> Stichweh, Rudolf: *Wissenschaft, Universität, Professionen. Soziologische Analysen*, Frankfurt/Main 1994, S. 17.

|<sup>5</sup> Dabei handelt es sich um die Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung e. V. (AFK) und den Forschungsverbund Naturwissenschaft, Abrüstung und internationale Sicherheit (FONAS).

|<sup>6</sup> Vgl. Bernhausen, Sirin; Bonacker, Thorsten: Ist die Friedens- und Konfliktforschung auf dem Weg zur Disziplin? Ein wissenschaftssoziologischer Blick auf die Bedeutung von Studiengängen für die Ausdifferenzierung von Disziplinen, in: Bös, Mathias; Schmitt, Lars; Zimmer, Kerstin (Hrsg.): *Konflikte vermitteln? Lehren und Lernen in der Friedens- und Konfliktforschung*, Wiesbaden 2015, S. 247–268.

mündlichen Befragungen einbezogen wurden (1) außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, die ausschließlich oder zu einem nennenswerten Anteil (bspw. in spezifischen Abteilungen oder Querschnittsbereichen) Friedens- und Konfliktforschung und/oder sicherheitspolitische Forschung betreiben, (2) universitäre Forschungszentren, die – bspw. durch ihre Benennung – eindeutig diesem Forschungsfeld zuzuordnen sind, sowie (3) universitäre Institute, die einen Studiengang der Friedens- und Konfliktforschung oder einen Studiengang mit einem ausgewiesenen Schwerpunkt- bzw. Profildbereich in diesem Forschungsfeld anbieten (vgl. Übersicht 1, 2 sowie 5–7 in Anhang 2). |<sup>7</sup> Das heißt, dass Universitätsprofessuren der Friedens- und Konfliktforschung sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die ohne entsprechende Denomination in diesem Forschungsfeld tätig sind, nicht in die Befragungen einbezogen wurden, wenn sie nicht in derartige institutionelle Strukturen eingebunden sind. Ebenfalls nicht einbezogen wurde die große und weiter zunehmende Anzahl an *Think Tanks*, Beratungsunternehmen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die auf dem Feld der Außen- und Sicherheitspolitik aktiv sind, dabei aber nicht in nennenswertem Umfang selbst forschen und dementsprechend die wissenschaftlichen Diskussionen nicht mitgestalten. Diese Einrichtungen haben allerdings Einfluss auf das politische Umfeld und die Rahmenbedingungen, in denen die Friedens- und Konfliktforschung vor allem im Bereich des Wissenstransfers agiert (vgl. B.I).

## 1.2 Geschichte

### *Institutionelle Entwicklung der Friedens- und Konfliktforschung in der Bundesrepublik* |<sup>8</sup>

Im internationalen Vergleich setzte die Friedens- und Konfliktforschung in der Bundesrepublik spät ein. Erste Anstöße werden in der Literatur zumeist auf die späten 1950er und frühen 1960er Jahre datiert. |<sup>9</sup> Damals entstanden als Reaktion auf die seitens der Bundesregierung angestrebte atomare Bewaffnung der Bundeswehr erste Forschungsstellen in Hamburg und Heidelberg, die sich unter

|<sup>7</sup> Einzelne Einrichtungen sind zwei dieser Kategorien zuzuordnen, bieten also als außeruniversitäres Institut oder universitäres Forschungszentrum auch einen Studiengang der Friedens- und Konfliktforschung an.

|<sup>8</sup> Die Geschichte der Friedens- und Konfliktforschung in der DDR, die bis in die späten 1980er Jahre nicht über institutionelle Strukturen verfügte, ist bislang wenig erforscht. Vgl. Schreiber, Wilfried: Friedensforschung in der DDR (Kurzstudie), in: Crome, Eberhard (Hrsg.): Friedensforschung in Deutschland. Anforderungen an eine Kritische Friedensforschung (= Materialien Nr. 18, hrsg. v. der Rosa-Luxemburg-Stiftung), Berlin 2016, S. 44–53.

|<sup>9</sup> Vgl. Wasmuth, Ulrike C.: Geschichte der deutschen Friedensforschung. Entwicklung – Selbstverständnis – Politischer Kontext, Münster 1998 sowie Koppe, Karlheinz: Zur Geschichte der Friedens- und Konfliktforschung im 20. Jahrhundert, in: Imbusch, Peter; Zoll, Ralf (Hrsg.): Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung, 5. Aufl., Wiesbaden 2010, S. 17–66.



anderem mit möglichen Auswirkungen eines auf dem Territorium der Bundesrepublik geführten Krieges befassten. Einen entscheidenden Schub erhielt die Institutionalisierung der Friedens- und Konfliktforschung durch Gustav Heinemann, der sich 1969 in seiner Antrittsrede als Bundespräsident für eine Stärkung dieses Forschungsfeldes aussprach. |<sup>10</sup>

Daraufhin wurde der Wissenschaftsrat um Empfehlungen zu hierfür geeigneten Instrumenten gebeten. Dieser legte im Mai 1970 seine „Empfehlungen zur Förderung der Friedens- und Konfliktforschung“ vor und sprach sich darin insbesondere für die Einrichtung einer zunächst auf fünf Jahre angelegten Fördergesellschaft für das Forschungsfeld aus, zu deren Aufgaben neben der Forschungsförderung auch der Transfer gehören sollte. |<sup>11</sup> Diese Empfehlungen wurden bereits im Herbst 1970 umgesetzt, als die Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK) gegründet und mit den genannten Aufgaben betraut wurde. Gründungsmitglieder waren neben dem Bund und den damals elf Ländern in paritätischer Zusammensetzung Vertreter der Arbeitgeber und der Gewerkschaften, der Kirchen und des Zentralrates der Juden in Deutschland. In den kommenden Jahren gab die DGFK – überwiegend für die Forschungsförderung – rund 29 Mio. DM aus. Politische Kontroversen über die Ausrichtung der DGFK führten zwischen März 1979 und Februar 1982 zum Austritt Bayerns und in der Folge aller CDU-geführten Bundesländer sowie der Arbeitgeberverbände. Vor diesem Hintergrund sah der von der Bundesregierung erneut beauftragte Wissenschaftsrat keine Grundlage mehr für die Fortführung der DGFK und empfahl im Mai 1983 ihre Auflösung – allerdings unter Beibehaltung der Sonderförderung für die Friedens- und Konfliktforschung, die künftig vollständig über die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und eine dort einzurichtende Senatskommission für Friedens- und Konfliktforschung erfolgen sollte; |<sup>12</sup> auch diese Empfehlung wurde zügig umgesetzt. |<sup>13</sup>

|<sup>10</sup> „Hilfreich wäre es, wenn auch wir der Friedensforschung, das heißt einer wissenschaftlichen Ermittlung nicht nur der militärischen Zusammenhänge zwischen Rüstung, Abrüstung und Friedenssicherung, sondern zwischen allen Faktoren, also z. B. auch den sozialen, den wirtschaftlichen und den psychologischen, die gebührende Aufmerksamkeit zuwenden würden.“ Antrittsrede Gustav Heinemanns vor dem Deutschen Bundestag, in: Deutscher Bundestag, 5. Wahlperiode, 245. Sitzung, zugleich 341. Sitzung des Bundesrates, Bonn, den 1. Juli 1969, S. 13665.

|<sup>11</sup> Vgl. Wissenschaftsrat: Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Förderung der Friedens- und Konfliktforschung (Drs. 1688/70), Berlin, 30. Mai 1970, S. 8–11.

|<sup>12</sup> Wissenschaftsrat: Stellungnahme zur weiteren Förderung der Friedens- und Konfliktforschung, (Drs. 6107/83), Berlin 1983, S. 20–33.

|<sup>13</sup> Der DFG-Senatskommission standen ab 1986 jährlich 3,4 Mio. DM für die Forschungsförderung zur Verfügung. Dieses Sonderprogramm wurde – gegen das Votum der DFG-Senatskommission – Ende 1994 durch die Bundesregierung eingestellt.

Als beständiger als die DGFK erwiesen sich die 1970 und 1971 unter ausdrücklicher Berufung auf die Empfehlungen des Wissenschaftsrats von den Landesregierungen in Hessen und Hamburg gegründeten außeruniversitären Forschungsinstitute: die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) in Frankfurt/Main und das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg (IFSH). In den grundlegenden Dokumenten beider bis heute bestehender Einrichtungen wurde neben der Forschung auch der Wissenstransfer vor allem in Form von Beratungs- und Informationsleistungen für Politik und Öffentlichkeit als Hauptaufgabe festgeschrieben. |<sup>14</sup> Diese Verbindung von Forschung und Transfer prägt auch die dritte außeruniversitäre Forschungseinrichtung in Deutschland, die uneingeschränkt der Friedens- und Konfliktforschung zuzurechnen ist: das 1994 gegründete *Bonn International Center for Conversion* (BICC). Dieses von Nordrhein-Westfalen institutionell finanzierte Zentrum konzentrierte sich anfangs auf Forschung und Beratung zu Rüstungskontrolle, Rüstungsexporten und -konversion, hat seinen Fokus inzwischen aber deutlich erweitert.

Anders als im außeruniversitären Bereich kam die Institutionalisierung der Friedens- und Konfliktforschung an den deutschen Universitäten in den 1970er Jahren nur zögernd in Gang – am prominentesten waren die beiden 1970/71 eingerichteten Professuren für Innenpolitik und Friedensforschung sowie Internationale Politik und Friedensforschung am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin. Darüber hinaus wurden in geringer Anzahl einschlägige Professuren an anderen Universitäten verankert. Unabhängig davon boten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen (z. B. Politikwissenschaft, Physik, Biologie, Medizin, Rechtswissenschaft, Pädagogik) in den 1970er und 1980er Jahren an zahlreichen deutschen Universitäten Lehrveranstaltungen zu friedenspolitisch relevanten Themen an und veröffentlichten aus ihrer fachlichen Perspektive heraus einschlägige Beiträge.

Der Ausbau der universitären Friedens- und Konfliktforschung setzte in den 1990er Jahren ein, als in Nordrhein-Westfalen zwei inneruniversitäre Institute gegründet wurden: das Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) der Universität Duisburg (inzwischen Universität Duisburg-Essen) und das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld. Letzteres ist im Gegensatz zu den meisten anderen deutschen Einrichtungen nicht politikwissenschaftlich und außenpolitisch dominiert, sondern untersucht in Zusammenarbeit von (Sozial-)Psychologie, Soziologie und Pädagogik

|<sup>14</sup> Ebenfalls 1971 wurde aus privaten Mitteln die bis heute bestehende Berghof Stiftung für Konfliktforschung (inzwischen *Berghof Foundation*) gegründet, die sich zunächst der Förderung von Forschungs- und Bildungsprojekten verschrieb.

primär innergesellschaftliche Konflikte. Auch in der universitären Lehre wurde die Friedens- und Konfliktforschung in dieser Zeit sichtbarer, zunächst als politikwissenschaftlicher Studienschwerpunkt bzw. Nebenfachstudium an den Universitäten Tübingen bzw. Marburg. Den ersten eigenständigen Masterstudiengang in diesem Bereich initiierte die Universität Hamburg gemeinsam mit dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg zum Wintersemester 2002/2003. In den folgenden Jahren wurden sieben weitere Masterstudiengänge der Friedens- und Konfliktforschung eingerichtet (vgl. Anhang 1 .1.II). Der Hamburger Studiengang sowie die entsprechenden Studiengänge in Marburg und Tübingen wurden anfangs von der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) gefördert.

Diese war im Jahr 2000 auf Beschluss des Deutschen Bundestags als privatrechtliche Stiftung gegründet und mit einem Stiftungskapital von 50 Mio. DM (rd. 25,56 Mio. Euro) aus dem Haushalt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) ausgestattet worden. Zu den Aufgaben der DSF gehört es, die Friedens- und Konfliktforschung zu fördern, zu ihrer politischen und finanziellen Unabhängigkeit beizutragen und den Transfer in die Politik zu unterstützen. Eine enge Anbindung der thematischen Förderschwerpunkte an den Bedarf der Politik soll durch die Integration politischer Repräsentantinnen und Repräsentanten in die Gremien der DSF erreicht werden. Zu den Förderaktivitäten der Stiftung gehörte in der Anfangsphase neben der themenoffenen Forschungsförderung ein Strukturförderprogramm (2002–2011), in dessen Rahmen neben den genannten Studiengängen auch zwei strukturierte Promotionsprogramme an der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung sowie am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg gefördert wurden. Zudem wurden mit einer Anschubfinanzierung der DSF drei Stiftungsprofessuren etabliert, die inzwischen von den jeweiligen Universitäten getragen werden, darunter die Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessur für naturwissenschaftliche Friedensforschung an der Universität Hamburg.

#### *Kontroversen in der Geschichte der Friedens- und Konfliktforschung*

Ein Charakteristikum, wenngleich kein Alleinstellungsmerkmal, der Friedens- und Konfliktforschung ist seit ihren Anfängen ihre Nähe zur Politik. Zahlreiche Publikationen aus dem Forschungsfeld betonen, dass die Friedens- und Konfliktforschung nur dann einen Beitrag zur Wahrung oder (Wieder-)Herstellung von Frieden im engeren oder weiteren Sinne leisten kann, wenn ihre Forschungsergebnisse von der Politik und/oder anderen gesellschaftlichen Akteuren aufge-

griffen werden. |<sup>15</sup> Dies verbindet sich einerseits mit einer Selbstverpflichtung zum Wissenstransfer, andererseits aber auch mit der Sorge um einen möglichen Verlust wissenschaftlicher Unabhängigkeit. So formulierte der Politikwissenschaftler Karl Kaiser bereits 1970 mit Blick auf die Friedens- und Konfliktforschung: „Da sie nicht nur analysiert, sondern auch Anleitungen erarbeiten will, also immer in unmittelbarer Nähe der Politik operiert, muss in besonderem Maße darauf geachtet werden, dass sie unabhängig bleibt. Wie kaum ein anderes Gebiet ist sie der ständigen Gefahr ausgesetzt, zur Dienerin der gleichen Politik zu werden, die sie aus kritischer Distanz sehen soll.“ |<sup>16</sup> Namhafte Vertreter der Friedens- und Konfliktforschung unterstrichen, dass diese Mahnung nicht nur hinsichtlich des Verhältnisses zu Regierungen, Parlamenten und dort vertretenen Parteien zu beachten sei, sondern gleichermaßen gegenüber außerparlamentarischen Akteuren wie der Friedensbewegung. |<sup>17</sup>

Allerdings wurde diese Mahnung in der Friedens- und Konfliktforschung ebenso wenig wie in anderen Forschungsfeldern durchgängig berücksichtigt. Entstanden aus der von renommierten Atomphysikern |<sup>18</sup> initiierten Kritik an Plänen zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr wiesen Teile der Friedens- und Konfliktforschung bis in die frühen 1990er Jahre eine mehr oder weniger enge Verbindung zur bundesdeutschen Friedensbewegung auf, einzelne Vertreterinnen und Vertreter dieses Forschungsfeldes standen hingegen in engem Austausch mit der Bundeswehr. Daneben gab es stets auch diejenigen, die sich um Äquidistanz zu den divergierenden politischen Strömungen bemühten; diese dominieren heute das Forschungsfeld.

Nähe zur Politik entstand und entsteht in der Friedens- und Konfliktforschung und anderen Forschungsfeldern aber nicht nur *bottom up* aus den Reihen der

|<sup>15</sup> Vgl. bspw. Daase, Christopher; Gertheiss, Svenja; Junk, Julian; Klassen, Johannes: Herausforderungen des Wissenstransfers, in: Biene, Janusz; Daase, Christopher; Junk, Julian; Müller, Harald (Hrsg.): Salafismus und Dschihadismus in Deutschland. Ursachen, Dynamiken, Handlungsempfehlungen, Frankfurt/M. 2016, S. 271–295, hier S. 276 f.

|<sup>16</sup> Kaiser, Karl: Friedensforschung in der Bundesrepublik. Gegenstand und Aufgaben der Friedensforschung, ihre Lage in der Bundesrepublik sowie Möglichkeiten und Probleme ihrer Förderung. Studie im Auftrag der Stiftung Volkswagenwerk, Göttingen 1970, S. 60.

|<sup>17</sup> So schrieb etwa Dieter Senghaas in seiner Antwort auf eine schriftliche Befragung zu den Adressaten der Friedensforschung: „Alle denkbaren und tatsächlichen Adressaten der Friedensforschung sind parteiisch, die etablierte Politik nicht weniger als Basisgruppen der Friedensbewegung. In einem solchen Zusammenhang kann der Friedensforschung nur geraten werden, eigenen Bewertungsmaßstäben zu folgen und sich nicht an kurzfristigen tagespolitisch-opportunistischen Kalkülen zu orientieren.“ Dieter Senghaas in: Filmer, Werner; Schwan, Heribert (Hrsg.): Was heißt für mich Frieden. Auch ein deutsches Lesebuch, Oldenburg 1982, S. 253–255, hier S. 254.

|<sup>18</sup> Darunter waren neben dem Initiator Carl Friedrich von Weizsäcker die Nobelpreisträger Otto Hahn, Max Born und Werner Heisenberg.

Wissenschaft selbst. Auch die staatlich betriebene Institutionalisierung und Förderung des Forschungsfeldes war und ist mit Erwartungen verbunden und wird – wie etwa im Januar 2017 im Deutschen Bundestag – ausdrücklich mit dem Bedarf an wissenschaftlicher Politikberatung begründet. |<sup>19</sup> Ferner nimmt Politik mit gezielten Förderprogrammen und Forschungsaufträgen in gewissem Maße Einfluss auf die Ausrichtung der Forschung.

Wissenschaftlich war die Friedens- und Konfliktforschung insbesondere in den 1970er Jahren durch eine Kontroverse geprägt, die sich an dem zentralen Begriff der Gewalt entzündete und das Forschungsfeld in zwei Lager spaltete: die „traditionelle“ und die „kritische“ Friedensforschung. Die „kritische“ Friedensforschung knüpfte – mehr oder weniger eng – an den weit ausgreifenden Begriff struktureller Gewalt von Johan Galtung an. |<sup>20</sup> Diesem Gewaltbegriff, der innerhalb und außerhalb der Friedens- und Konfliktforschung früh als unpräzise und wissenschaftlich nicht operationalisierbar kritisiert wurde, entspricht ein positiver Friedensbegriff, der sich um eine inhaltliche Bestimmung von Frieden bemüht und den Ralf Zoll wie folgt definiert: „Friedvolle Verhältnisse liegen dann vor, wenn Menschen sich entsprechend den gegebenen Möglichkeiten physisch und psychisch selbstverwirklichen können.“ |<sup>21</sup> Auf der Grundlage dieser Begriffe fokussierte die „kritische“ Friedensforschung auf bestehende Gesellschaftsstrukturen als Konfliktursachen und forderte (unterschiedlich weitreichende) Veränderungen dieser Strukturen ein. Bei einigen Vertreterinnen und Vertretern dieser Schule führte dies zu einer fundamentalen Kritik am kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem. Demgegenüber setzte die „traditionelle“ Friedensforschung tendenziell bei einem negativen Friedensbegriff an, der Frieden – vereinfacht gesagt – als Abwesenheit von Krieg versteht. Auf dieser Grundlage zielte die „traditionelle“ Friedensforschung vornehmlich auf die Verhinderung und Beilegung von Konflikten zwischen Staaten, ohne deren politische und gesellschaftliche Strukturen in Frage zu stellen. Die skizzierte Kontroverse wurde im Verlauf der 1980er Jahre allmählich überwunden.

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und vor dem Hintergrund der Kriege im ehemaligen Jugoslawien sowie in Kuwait entwickelte sich eine weitere Kontro-

|<sup>19</sup> Deutscher Bundestag. Stenographischer Bericht 213. Sitzung, Berlin, 20. Januar 2017 (= Plenarprotokoll 18/213), S. 21393 – 21400.

|<sup>20</sup> Galtung, Johan: Gewalt, Frieden und Friedensforschung, in: Senghaas, Dieter (Hrsg.): Kritische Friedensforschung, 6. Aufl., Frankfurt/M. 1971, S. 55–104, hier S. 57.

|<sup>21</sup> Zoll, Ralf: Friedens- und Konfliktforschung – Studienangebote und Studienmöglichkeiten in Deutschland, in: Imbusch, Peter; Zoll, Ralf (Hrsg.): Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung, 5. Aufl., Wiesbaden 2010, S. 179–218, hier S. 180.

verse innerhalb der Friedens- und Konfliktforschung (sowie der deutschen Gesellschaft insgesamt). Dabei ging es um die Legitimität militärischen Eingreifens im Ausland (*out of area*-Einsätze). Ein Teil der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hielt ein solches Eingreifen unter bestimmten Voraussetzungen |<sup>22</sup> für legitim oder gar geboten; demgegenüber vertraten andere eine streng pazifistische Position, die jegliche Form der militärischen Intervention ablehnte. |<sup>23</sup>

Spätestens seit der Jahrtausendwende haben diese grundsätzlichen Kontroversen weitgehend an Bedeutung verloren, nicht zuletzt da die Friedens- und Konfliktforschung ihre in Teilen einstmals „hohen Normativitätsanforderungen zurückgeschraubt hat und zunehmend theoriegeleitet, empirisch-analytisch arbeitet.“ |<sup>24</sup>

## A.II STRUKTUR DER FRIEDENS- UND KONFLIKTFORSCHUNG

---

### II.1 Personelle und finanzielle Ausstattung

Die Friedens- und Konfliktforschung ist in Deutschland sowohl universitär als auch außeruniversitär institutionell verankert. Allerdings wird Friedens- und Konfliktforschung in allen wissenschaftlichen Leistungsdimensionen |<sup>25</sup> nicht allein auf den entsprechend ausgewiesenen Professuren und in den drei explizit diesem Forschungsfeld zugeordneten außeruniversitären Forschungseinrichtungen betrieben, sondern auch auf Professuren und in außeruniversitären Forschungseinrichtungen mit anderslautenden Denominationen, vornehmlich aus dem im weitesten Sinne sozialwissenschaftlichen Fächerspektrum. Eine präzise Quantifizierung der Gesamtzahl aller in deutschen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in der Friedens- und Konfliktforschung tätigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ist daher nicht möglich. |<sup>26</sup>

|<sup>22</sup> Dazu gehörten insbesondere die Selbstverteidigung, der Schutz bzw. die Durchsetzung bestimmter Rechtspositionen, v.a. der Menschenrechte, sowie die Mandatierung durch die Vereinten Nationen.

|<sup>23</sup> Ein Überblick über diese Kontroverse findet sich bei Wasmuth, Ulrike C.: Geschichte der deutschen Friedensforschung. Entwicklung – Selbstverständnis – Politischer Kontext, Münster 1998, S. 378–396.

|<sup>24</sup> Brühl, Tanja: Friedensforschung als „Superwissenschaft“ oder Sub-Disziplin? Zum Verhältnis der Friedens- und Konfliktforschung und der Internationalen Beziehungen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 19 (2015), S. 171–183, hier S. 177.

|<sup>25</sup> Der Wissenschaftsrat unterscheidet vier Leistungsdimensionen des Wissenschaftssystems: Forschung, Lehre, Transfer und wissenschaftliche Infrastrukturen. Vgl. Wissenschaftsrat: Perspektiven des deutschen Wissenschaftssystems, Köln 2013.

|<sup>26</sup> Als Forschungsfeld wird die Friedens- und Konfliktforschung nicht von der Fächersystematik des Statistischen Bundesamtes erfasst; offizielle Zahlen über die personelle Ausstattung liegen daher nicht vor.

Nach Recherchen des Wissenschaftsrats wiesen zum Wintersemester 2018/2019 an deutschen Hochschulen 32 Professuren, darunter drei Juniorprofessuren, eine Denomination im Bereich der Friedens- und/oder Konfliktforschung auf – überwiegend als Schwerpunkt einer thematisch breiter ausgerichteten Professur. |<sup>27</sup> Rund die Hälfte dieser Professuren ist institutionell der Politikwissenschaft zugeordnet, |<sup>28</sup> jeweils knapp 13 % der Rechtswissenschaft und den Sozialwissenschaften bzw. der Soziologie. Weitere Professuren waren in der Bildungswissenschaft, Informatik, Psychologie, Katholischen Theologie und den Umweltwissenschaften angesiedelt. Diese 32 Professuren verteilten sich auf 21 Universitäten, von denen neun über mehr als eine dieser Professuren verfügten: jeweils drei Professuren waren an der Universität Marburg und der Universität der Bundeswehr München angesiedelt, jeweils zwei an der FU Berlin sowie den Universitäten Bielefeld, Bochum, Frankfurt/Main, Frankfurt/Oder, Hamburg und Mannheim.

An acht Universitäten verdichten sich Aktivitäten in der Friedens- und/oder Konfliktforschung in Form von Instituten oder Zentren (vgl. Übersicht 1 in Anhang 2). Darunter war zum Stichtag der Erhebung (30.06.2017) – gemessen an der Gesamtzahl des wissenschaftlichen Personals (einschließlich Drittmittelpersonal) – das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld die größte Einrichtung. Über die meisten aus Grundmitteln finanzierten Stellen verfügten hingegen das rechtswissenschaftlich ausgerichtete Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht (IFHV) der Universität Bochum und das Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) der Universität Duisburg-Essen. Noch im Aufbau befindet sich das Zentrum für Friedens- und Konfliktforschung der FU Berlin.

Im außeruniversitären Bereich bestehen in Deutschland drei öffentlich finanzierte Forschungseinrichtungen, die sich auf Friedens- und Konfliktforschung konzentrieren. Dabei handelt es sich um zwei Landeseinrichtungen – das *Bonn International Center for Conversion* und das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg – sowie ein gemeinsam von Bund und Ländern finanziertes Institut: das Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. In diesen drei Einrichtungen waren zum Stichtag (30.06.2017) auf institutionellen und Drittmittelstellen insgesamt 95 Wissenschaftlerinnen

|<sup>27</sup> Beispiele hierfür sind die Professur für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Augsburg oder die Professur für Öffentliches Recht und Völkerrecht, insbesondere Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht an der Ruhr-Universität Bochum.

|<sup>28</sup> Dies entspricht einem Anteil von knapp 5 % der politikwissenschaftlichen Professuren in Deutschland. Das Statistische Bundesamt weist keine Stellen, sondern Hochschulpersonal aus. Für 2016 wurden im Fach Politikwissenschaft an deutschen Hochschulen insgesamt 364 Professorinnen und Professoren gezählt. Vgl. Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 4.4, 2016.

und Wissenschaftler tätig, davon knapp die Hälfte an der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (vgl. Übersicht 2 in Anhang 2).

Über diese drei Einrichtungen hinaus gibt es eine Reihe weiterer außeruniversitärer Forschungsinstitute mit anderer Schwerpunktsetzung, die sich in unterschiedlichem Umfang und teilweise in eigenen Organisationseinheiten (z. B. Abteilungen, Schwerpunktbereiche) auch mit Gegenständen der Friedens- und Konfliktforschung und/oder sicherheitspolitischen Forschung befassen. Darunter sind drei weitere Leibniz-Institute: das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), das *German Institute for Global and Area Studies* (GIGA), Hamburg, und das Georg-Eckert-Institut – Leibniz-Institut für internationale Schulbuchforschung (GEI), Braunschweig. Außerdem sind drei Einrichtungen mit Ressortforschungsaufgaben des Bundes auch mit Fragen der Friedens- und Konfliktforschung befasst: das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn, die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin, und das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), Potsdam. Ebenfalls ausschließlich vom Bund grundfinanziert wird das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS). Diese sieben Einrichtungen gaben an, dass zum Stichtag insgesamt mehr als 70 ihrer wissenschaftlichen Beschäftigten ausschließlich oder überwiegend der Friedens- und Konfliktforschung und/oder der sicherheitspolitischen Forschung zuzurechnen sind. Hinzu kommen weitere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in öffentlich, kirchlich oder privat finanzierten Forschungseinrichtungen (vgl. Übersicht 2 in Anhang 2). Im Aufbau befindet sich das *German Institute for Defence and Strategic Studies* (GIDS) in Hamburg, eine bundesfinanzierte gemeinsame Einrichtung der Helmut-Schmidt-Universität und der Führungsakademie der Bundeswehr. In dieses Institut sollen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler beider Einrichtungen sowie zusätzliches wissenschaftliches Personal eingebunden werden.

Zwar lassen sich keine präzisen Angaben zur Gesamtzahl der in Deutschland universitär und außeruniversitär in der Friedens- und Konfliktforschung aktiven Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler machen. Auf der Grundlage der verfügbaren Informationen kann jedoch von weit mehr als 250 Personen ausgegangen werden. Dies legt auch die Anzahl von rund 300 Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) nahe, die sich als wissenschaftliche Fachgesellschaft der Friedens- und Konfliktforschung versteht. |<sup>29</sup>

|<sup>29</sup> Dabei ist allerdings davon auszugehen, dass nicht alle in der Friedens- und Konfliktforschung tätigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Mitglieder der AFK sind und dass die AFK Mitglieder in ihren Reihen hat, die nicht (mehr) in der öffentlich, kirchlich oder privat finanzierten Friedens- und Konfliktforschung aktiv sind.



Belastbare Angaben zur institutionellen Finanzausstattung der gesamten deutschen Friedens- und Konfliktforschung liegen nicht vor. Dies gründet darin, dass erstens entsprechende Angaben für einzelne Professuren oder Institute an Universitäten nicht verfügbar sind, dass zweitens einige der außeruniversitären Einrichtungen keine entsprechenden Angaben gemacht haben und drittens einige der Einrichtungen, die Auskünfte über ihre institutionellen Zuwendungen gegeben haben, nur teilweise in der Friedens- und Konfliktforschung tätig sind, den Umfang hierfür verfügbarer Mittel aber nicht beziffert haben.

Belastbar sind jedoch die Angaben zum Grundhaushalt der drei im Wesentlichen mit Friedens- und Konfliktforschung befassten Einrichtungen. Darunter hatte die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung im Haushaltsjahr 2017 mit 4,04 Mio. Euro den größten institutionellen Etat. Mit 1,76 Mio. Euro weniger als halb so groß war der institutionelle Haushalt des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg, während das *Bonn International Center for Conversion* eine institutionelle Förderung in Höhe von 1,0 Mio. Euro erhielt.

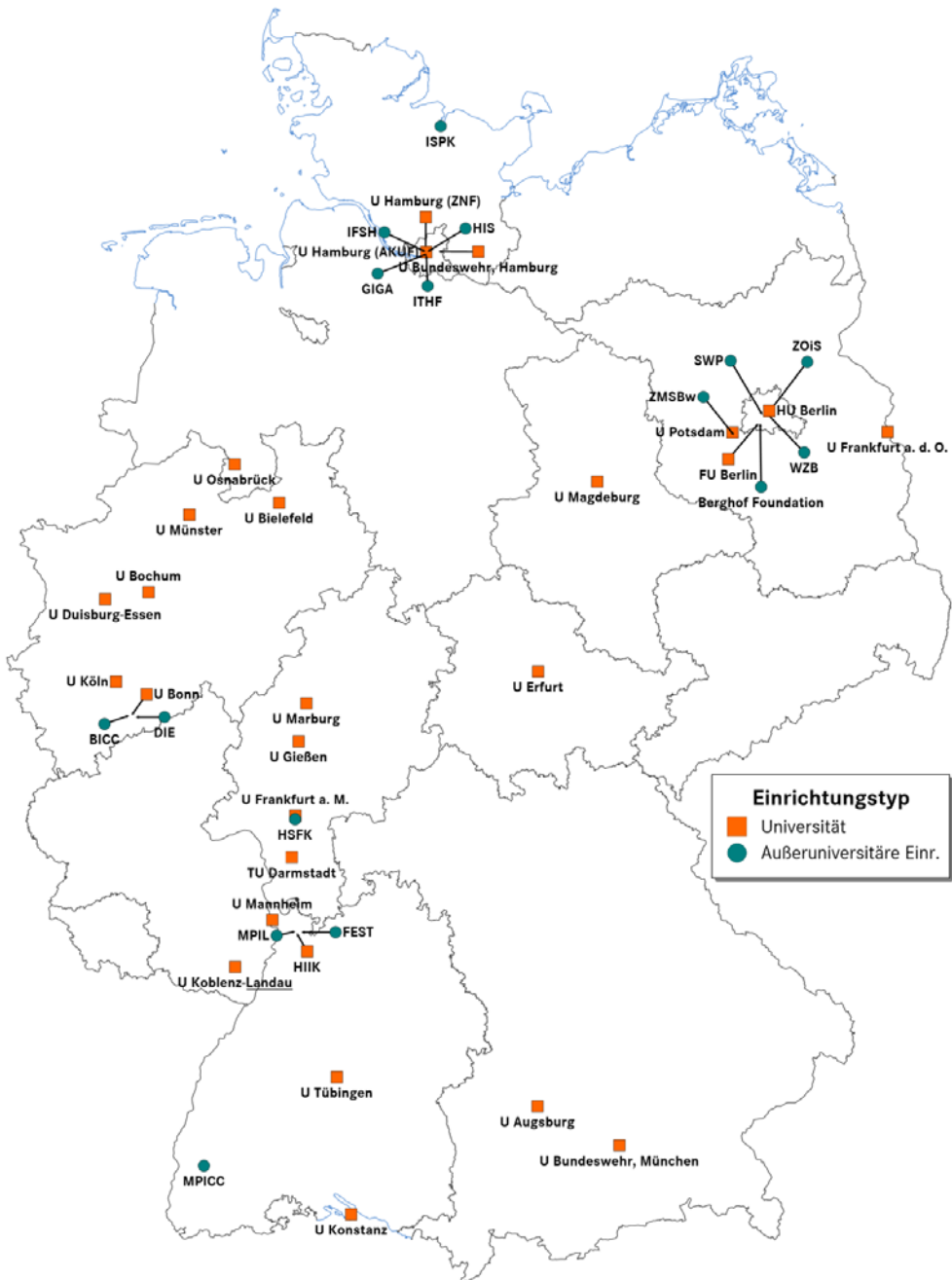
## II.2 Regionale Verteilung

Die institutionell verankerte Friedens- und Konfliktforschung verteilt sich fast auf das gesamte Bundesgebiet (vgl. Abbildung 1). Nimmt man sowohl die Universitäten mit entsprechend denominierten Professuren und/oder Zentren als auch die außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den Blick, die ausschließlich oder teilweise in diesem Forschungsfeld agieren, zeigt sich zum einen, dass das Forschungsfeld in zwölf Bundesländern institutionell explizit verankert ist.<sup>30</sup> Zum anderen zeigen sich in einzelnen Regionen Verdichtungen. Dies gilt insbesondere für Berlin und Hamburg, wo jeweils sowohl an örtlichen Hochschulen als auch an mehreren außeruniversitären Forschungseinrichtungen Friedens- und Konfliktforschung betrieben wird. In Berlin haben in jüngerer Zeit zudem einzelne andernorts ansässige außeruniversitäre Forschungseinrichtungen eine Außenstelle eingerichtet, so etwa die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung und das *German Institute for Global and Area Studies*; eine Berliner Außenstelle des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg befindet sich im Aufbau. Eine ausgeprägte personelle Verdichtung weist zudem Frankfurt/Main mit der örtlichen Universität und der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung auf. Darüber hinaus befinden sich mit der TU Darmstadt und den Universitäten Gießen und Marburg drei weitere Einrichtungen in räumlicher Nähe, an denen die Friedens- und

<sup>30</sup> Nicht institutionell verankert ist das Forschungsfeld in Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, dem Saarland und Sachsen.

Konfliktforschung institutionell verankert ist. Jede dieser drei Regionen Berlin, Hamburg und der Großraum Frankfurt/Main verfügt über mindestens 50 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem Forschungsfeld.

Etwa ebenso groß ist die Anzahl der entsprechenden Akteure im Rheinland und Ruhrgebiet, wo Friedens- und Konfliktforschung an den Universitäten Bochum, Duisburg-Essen und Köln sowie außeruniversitär am *Bonn International Center for Conversion* und am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik in Bonn betrieben wird. Auch in Heidelberg gibt es mit dem Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht (MPIL) und der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) zwei außeruniversitäre Einrichtungen, die (teilweise) Fragen der Friedens- und Konfliktforschung bearbeiten; hinzu kommen das von wissenschaftlichen Nachwuchskräften und Studierenden getragene Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (HIK) an der örtlichen Universität sowie zwei entsprechend denominierte Professuren an der benachbarten Universität Mannheim.



Kartengrundlage: © Lutum+Tappert

Abbildung 1: Professuren und Einrichtungen der Friedens- und Konfliktforschung

Quelle: eigene Darstellung, Geschäftsstelle Wissenschaftsrat

---

# B. Bewertung

---

## B.1 BEDEUTUNG UND HERAUSFORDERUNGEN

---

Die Friedens- und Konfliktforschung leistet in Forschung und Lehre einen unverzichtbaren Beitrag zum Verständnis und zur Bearbeitung großer gesellschaftlicher Herausforderungen. Indem sie Ursachen, Dynamiken und Folgen von Konflikten und Gewalt sowie die Voraussetzungen für deren Beilegung und die Stabilisierung friedlicher Verhältnisse untersucht, befasst sie sich mit essentiellen Fragen inner- und zwischenstaatlichen Zusammenlebens. Sie ist in beispielhafter Weise im Wissenstransfer engagiert und steht vor allem mit der Politik, aber auch mit zivilgesellschaftlichen Organisationen in engem Austausch.

Die Forschungsgegenstände der Friedens- und Konfliktforschung sind äußerst facettenreich und verändern sich mit großer Dynamik. In den letzten Jahren hat ein grundlegender Wandel der globalen Sicherheitsarchitektur eingesetzt: Die bisherige Weltordnung löst sich offensichtlich auf und was ihr nachfolgen wird, ist derzeit ungewiss. Wichtige internationale Organisationen (z. B. UNO, Internationaler Strafgerichtshof) sind ebenso wie der Multilateralismus insgesamt einer verbreiteten Diagnose zufolge in eine (Legitimations-)Krise geraten, durch die auch Maßnahmen zur Verhinderung, Entschärfung und Beilegung von Konflikten erschwert werden. Zugleich verändern neue Technologien die Austragung von Konflikten massiv und lösen die ehemals klarere Grenze zwischen zivilem und militärischem Bereich zunehmend auf.

Mit dieser großen Dynamik geht ein Zuwachs an Abhängigkeiten und Verflechtungen einher. Zwar ist die Mehrzahl der gewaltsamen Konflikte lokal oder regional begrenzt. |<sup>31</sup> Dies gilt indes nicht für die Folgen vieler dieser Konflikte, die – bspw. in Form von Flucht und Vertreibungen – global ausgreifen und

|<sup>31</sup> Für das Jahr 2018 führt das Konfliktbarometer des Heidelberger Instituts für International Konfliktforschung 213 gewaltsame Konflikte weltweit an. Siehe *Heidelberg Institute for International Conflict Research: Conflict Barometer 2018*, Heidelberg 2019, S. 13.

teilweise andernorts wiederum zu Auslösern von Spannungen und Konflikten werden. Ebenso werden zunehmend Konfliktursachen wie der Klimawandel und seine Folgen virulent, die sich nicht lokal oder regional bearbeiten lassen. Ausdruck und Folge der steigenden Komplexität sind überdies Radikalisierungsprozesse, politischer Extremismus und Terrorismus, die – auch in Deutschland – innerstaatlich wirksam, aber in einer Binnenperspektive weder hinreichend zu verstehen noch einzuhegen sind.

Stellt bereits dieser komplexe und hochdynamische Forschungsgegenstand große Anforderungen an die Friedens- und Konfliktforschung, muss diese sich zudem in jüngerer Zeit auf markante Veränderungen im Bereich der Politikberatung einstellen. Dazu hat das Aufkommen einer größeren Zahl an kommerziellen Beratungsunternehmen und *Think Tanks* beigetragen. Da diese zumeist ganz auf Beratungsleistungen spezialisiert sind, können sie oftmals schneller auf politischen Beratungsbedarf reagieren und ihre Leistungen und Instrumente präziser auf die Erwartungen der Auftraggeber zuschneiden. Dies führt in der Politikberatung – zugespitzt formuliert – zu einer Vervielfältigung von Angeboten bei gleichzeitiger Verknappung von Zeit und Aufmerksamkeit auf Seiten der Politik. Dabei ist allerdings zu bedenken, dass die kommerziellen Beratungsunternehmen überwiegend von Aufträgen abhängig sind und daher nicht über dieselbe Unabhängigkeit verfügen wie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus universitären oder außeruniversitären Einrichtungen mit öffentlicher Grundfinanzierung. Auch fehlt ihnen in der Regel die finanzielle Basis, um ihre Beratungsleistungen auf eigene wissenschaftliche Forschung stützen zu können. Gleichwohl muss sich die universitäre und außeruniversitäre Friedens- und Konfliktforschung auf den Wettbewerb mit kommerziellen Beratungsunternehmen um Aufmerksamkeit und Einfluss im Feld der Politik einrichten.

Den hier skizzierten Herausforderungen ist das Forschungsfeld – mit Ausnahme der naturwissenschaftlichen und technischen Friedens- und Konfliktforschung (vgl. B.II.2) – grundsätzlich sehr gut gewachsen. Die deutsche Friedens- und Konfliktforschung hat sich vor allem in den letzten beiden Jahrzehnten erfolgreich weiterentwickelt und als feste Größe im Wissenschaftssystem etabliert. Um das Potential dieses wichtigen Forschungsfeldes künftig noch besser ausschöpfen zu können, sind jedoch sowohl im Hinblick auf die Rahmenbedingungen als auch auf einzelne Leistungsdimensionen weitere Verbesserungen erforderlich. Dies wird im Folgenden näher ausgeführt.

## II.1 Struktur und Ausstattung der Friedens- und Konfliktforschung insgesamt

Institutionell und personell ist die deutsche Friedens- und Konfliktforschung im internationalen Vergleich grundsätzlich gut ausgestattet. Dies gilt zumindest für den politikwissenschaftlichen Kern dieses Forschungsfeldes und – mit Abstrichen – für die Verankerung im Völkerrecht und in der Soziologie. Als sich der Wissenschaftsrat 1980 zuletzt mit der Friedens- und Konfliktforschung befasste, lag deren institutioneller Schwerpunkt klar im außeruniversitären Bereich; dort ist auch jetzt noch die Mehrheit der Friedens- und Konfliktforscherinnen und -forscher beschäftigt. Inzwischen ist das Forschungsfeld mit 32 entsprechend ausgewiesenen Professuren an rund zwanzig Hochschulen und einer Reihe universitärer Zentren aber auch im deutschen Universitätssystem gut vertreten und hat somit hinreichende Möglichkeiten, wissenschaftlichen Nachwuchs zu qualifizieren. Dazu hat nicht zuletzt die Strukturförderung durch die Deutsche Stiftung Friedensforschung in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts beigetragen (vgl. A.I.2).

Die Einrichtungen der Friedens- und Konfliktforschung sind breit über das Bundesgebiet verteilt. Diese dezentrale und plurale Struktur erweist sich für die Bearbeitung der vielfältigen und komplexen Herausforderungen grundsätzlich als vorteilhaft, da sie eine multiperspektivische und unterschiedliche Wissensbestände wie Methoden einbeziehende Forschung ermöglicht. Die universitären und außeruniversitären Standorte sind weitgehend komplementär ausgerichtet, wodurch eine große Bandbreite an Forschungsthemen aufgegriffen wird, zugleich aber auch hinreichend Schnittstellen bestehen, die eine Zusammenarbeit in bestimmten Schwerpunktbereichen ermöglichen, derzeit etwa in der Radikalisierung- und Terrorismusforschung. Ebenso erleichtert die dezentrale Struktur des Forschungsfeldes einen breiten Wissenstransfer in unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche von der kommunalen bis hin zur internationalen Ebene (vgl. B.VII).

Ogleich die dezentrale Struktur der Friedens- und Konfliktforschung somit Vorteile bietet, erschwert sie zugleich die Koordination und Kooperation im Forschungsfeld. Die zu beobachtende Vernetzung und Entstehung von Clustern entsprechender Forschung und Lehre an einzelnen Standorten bzw. in einzelnen Regionen ist eine begrüßenswerte Antwort auf diese Herausforderung. Sie erleichtert die interdisziplinäre Zusammenarbeit und die integrierte Bearbeitung komplexer Fragestellungen der grundlagen- und der anwendungsorientierten Forschung erheblich. Insbesondere in der Region um Frankfurt/Main und in Hamburg sind Cluster mit je eigenen Profilen entstanden, die nicht zuletzt aufgrund ihrer disziplinären Breite über eine herausgehobene Bedeutung für die Weiterentwicklung des gesamten Forschungsfeldes in Forschung, Lehre

und Transfer verfügen und zur Verbesserung seiner Sichtbarkeit beitragen. Der Wissenschaftsrat unterstützt die Bestrebungen beider Standorte nachdrücklich, die Zusammenarbeit der entsprechenden universitären und außeruniversitären Einrichtungen vor Ort bzw. in der Region weiter zu intensivieren und institutionell zu festigen. In diesem Zusammenhang begrüßt er, dass die Universität Frankfurt/Main und die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung ein Konzept erarbeiten, das die Fortführung ihrer langjährigen Forschungs Kooperation über das Auslaufen des Exzellenzclusters „Normative Ordnungen“ hinaus zum Ziel hat. Positiv bewertet wird zudem, dass die Vernetzung des Forschungsfeldes am Standort Hamburg finanziell durch das Land unterstützt wird. |<sup>32</sup>

Auch in der Region Rhein-Ruhr arbeitet eine größere Anzahl von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zu Themen der Friedens- und Konfliktforschung, und es bestehen – insbesondere im Rahmen befristeter Forschungsprojekte – Kooperationsbeziehungen zwischen hier angesiedelten universitären und außeruniversitären Einrichtungen. Gleichwohl ist diese Region (noch) nicht in gleichem Maße als Knotenpunkt des Forschungsfeldes wahrnehmbar wie der Raum Frankfurt/Main und Hamburg. Dies gilt auch für Berlin. Der Wissenschaftsrat begrüßt daher die Initiative des Landes und der Universität, ein Zentrum für Friedens- und Konfliktforschung an der FU Berlin zu etablieren, das in enger Zusammenarbeit mit dem 2018 bewilligten Exzellenzcluster *Contestations of the Liberal Script* (SCRIPTS) zur weiteren Stärkung des Forschungsfeldes am Standort Berlin beitragen wird.

Von der insgesamt institutionell und personell guten Ausstattung des Forschungsfeldes profitieren nicht alle Standorte in gleichem Maße. An einzelnen universitären Zentren und außeruniversitären Einrichtungen ist die Anzahl der institutionell finanzierten Stellen für wissenschaftliches Personal zu gering, um kontinuierliche Forschung zu selbst gewählten Themen sicherzustellen. Diese Einrichtungen sind in hohem Maße von der Einwerbung von Drittmitteln – insbesondere aus themengebundenen Ausschreibungen – abhängig und lediglich sehr begrenzt in der Lage, vorausschauend neue Themen zu erschließen oder die Ergebnisse ihrer zahlreichen Drittmittelprojekte zusammenzuführen und weiter reichende Schlussfolgerungen daraus abzuleiten. Das wissenschaftliche Potential dieser Einrichtungen wird also nicht befriedigend ausgeschöpft. Allerdings könnten einzelne dieser Einrichtungen die gegebenen Möglichkeiten besser nutzen, wenn sie eine klare Schwerpunktsetzung vornehmen würden.

|<sup>32</sup> Dies entspricht den Empfehlungen, die der Wissenschaftsrat 2018 zu regionalen Kooperationen ausgesprochen hat. Vgl. Wissenschaftsrat: Empfehlungen zu regionalen Kooperationen wissenschaftlicher Einrichtungen, Köln 2018, besonders S. 41 ff.

Ebenfalls unbefriedigend ist an einzelnen universitären Standorten die Ausstattung von Masterstudiengängen der Friedens- und Konfliktforschung mit fachlich ausgewiesenen Professuren (vgl. B.IV.1).

In den universitären und außeruniversitären Einrichtungen des Forschungsfeldes ist wie in weiten Teilen des deutschen Wissenschaftssystems nur ein geringer Anteil an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus dem Ausland beschäftigt. |<sup>33</sup> Angesichts der global ausgreifenden Forschungsfragen und der Vielzahl der von der deutschen Friedens- und Konfliktforschung untersuchten Konfliktregionen erscheint dieses Defizit problematisch. Zwar kooperieren einige deutsche Friedens- und Konfliktforscherinnen und -forscher mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in (Post-)Konfliktregionen. Gleichwohl können befristete Kooperationen eine dauerhafte Zusammenarbeit mit Forschenden aus diesen Regionen nicht ersetzen, wie sie etwa im Rahmen von Beschäftigungsverhältnissen in universitären oder außeruniversitären Einrichtungen möglich wäre.

Verbesserungsbedarf besteht ferner hinsichtlich der – vor allem in einzelnen außeruniversitären Einrichtungen – zu beobachtenden Praxis, wissenschaftliches (Leitungs-)Personal häufig intern zu rekrutieren. Wenngleich die Qualifikation der entsprechenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler damit ausdrücklich nicht in Zweifel gezogen wird, wäre ein stärkerer Personalwechsel zwischen den Einrichtungen in Deutschland, aber auch international von großem Vorteil, um neue Zugänge zu eröffnen und Forschungsperspektiven zu weiten.

Positiv zu bewerten ist unter Diversitätsgesichtspunkten, dass die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung und das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg wie auch das *German Institute of Global and Area Studies* und das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien derzeit von Wissenschaftlerinnen geleitet werden. Von diesen wurden zwei aus dem Ausland berufen.

## II.2 Struktur und Ausstattung der naturwissenschaftlichen und technischen Friedens- und Konfliktforschung

Im Bereich der naturwissenschaftlichen und technischen Friedens- und Konfliktforschung, in der Deutschland lange Zeit eine international führende Stellung innehatte, ist in den letzten Jahren ein eklatanter Kompetenzverlust zu verzeichnen. Wie das Auswärtige Amt in einem Schreiben an den Wissen-

|<sup>33</sup> Zum Anteil wissenschaftlichen Hochschulpersonals aus dem Ausland vgl. Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Internationalisierung von Hochschulen, Köln 2018, S. 55 und 95.



schaftsrat verdeutlicht hat, besteht in diesem Feld zunehmender Beratungsbedarf insbesondere zu Fragen der konventionellen und nuklearen Rüstungskontrolle und Verifikation, der Identifizierung von biologischen und chemischen Kampfstoffen sowie der Verhinderung ihrer Proliferation und Nutzung. Gleiches gilt für den Umgang mit Cyberangriffen, autonomen Waffensystemen und anderen neuen Technologien, die für die Initiierung und Austragung von Konflikten genutzt werden können. Dieser umfassende Beratungsbedarf kann durch die naturwissenschaftliche und technische Friedens- und Konfliktforschung an deutschen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen gegenwärtig nicht mehr gedeckt werden. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die über langjährige Expertise auf diesen Feldern verfügen, sind in den letzten Jahren altersbedingt ausgeschieden, ihre Stellen wurden zumeist umgewidmet oder gestrichen. Wissenschaftlicher Nachwuchs steht kaum zur Verfügung. Derzeit bestehen in Deutschland lediglich an der Universität Hamburg und seit kurzem an der TU Darmstadt zwei Professuren der naturwissenschaftlichen und technischen Friedens- und Konfliktforschung. Hinzu kommt eine befristete Juniorprofessur mit einschlägiger Thematik, aber ohne entsprechende Denomination an der RWTH Aachen. Im außeruniversitären Bereich verfügen das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg und die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung über personell knapp ausgestattete Forschungsgruppen in diesem Bereich, zudem ist am Hamburger Institut die stellvertretende Institutsleitung mit einem Physiker besetzt. Der Bereich der Cybersicherheit wird zwar in zunehmenden Umfang an Hochschulen und im außeruniversitären Bereich erforscht – bspw. in dem im Aufbau befindlichen *Helmholtz-Center for Information Security* in Saarbrücken, im neuen Max-Planck-Institut für Cybersicherheit und Schutz der Privatsphäre in Bochum, im ebenfalls neuen Nationalen Forschungszentrum für angewandte Cybersicherheit (CRISP) der Fraunhofer-Gesellschaft in Darmstadt, im Kompetenzzentrum für angewandte Sicherheitstechnologie (KASTEL) am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) sowie im Forschungsinstitut *CODE (Cyber Defence)* der Universität der Bundeswehr München. Diese Forschung erfolgt jedoch überwiegend aus einer informationstechnischen Perspektive und ohne systematische Einbindung im weitesten Sinne sozialwissenschaftlicher Zugänge. Damit bleiben Forschungsdefizite in der Friedens- und Konfliktforschung bestehen und bestimmte Aspekte des politischen Beratungsbedarfs weiterhin ungedeckt. Vergleichbares gilt für den Bereich biologischer und chemischer Waffen, wenngleich das Auswärtige Amt für ersteren auf mehrere Ressortforschungseinrichtungen anderer Bundesministerien zurückgreift. |<sup>34</sup>

|<sup>34</sup> Hierzu gehören insbesondere das Institut für Mikrobiologie der Bundeswehr, das Robert Koch Institut und das Friedrich Loeffler Institut.

Der Wissenschaftsrat begrüßt nachdrücklich, dass zunächst die Deutsche Stiftung Friedensforschung mit einer neu eingerichteten thematischen Förderlinie „Neue Technologien: Risiken und Chancen für internationale Sicherheit und Frieden“ und jüngst auch das Auswärtige Amt mit der Förderung einer Forschungsgruppe am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg und eines Doktorandenprogramms an der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung wichtige Schritte unternommen haben, um die naturwissenschaftliche und technische Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland wieder auf- und auszubauen. Allerdings hält er diese befristeten Fördermaßnahmen für nicht ausreichend, um die erforderliche Forschung und Beratung nachhaltig sicherzustellen.

### **B.III FORSCHUNG UND FORSCHUNGSFÖRDERUNG**

---

#### III.1 Forschungsschwerpunkte

Die universitäre und außeruniversitäre Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland bearbeitet ein breites Themenspektrum, das sich in hohem Maße durch Aktualität sowie wissenschaftliche, politische und gesellschaftliche Relevanz auszeichnet (vgl. Anhang 1 I.2). Dabei zeigen sich viele der Einrichtungen flexibel, neu aufkommende Themen aufzugreifen. Dies kommt etwa in der zunehmenden Aufmerksamkeit zum Ausdruck, die in jüngster Zeit der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik zugewendet wird. Ebenso haben einige Einrichtungen der Friedens- und Konfliktforschung den erforderlichen Weitblick bewiesen, um künftige Entwicklungen vorausschauend zu identifizieren und forschend zu begleiten. Ein Beispiel hierfür ist die Forschung des *Bonn International Center for Conversion* zu Flucht und Migration als Konfliktursachen und -folgen, die bereits deutlich vor der sog. Flüchtlingskrise 2015 einsetzte und der nationalen wie internationalen Flucht- und Migrationsforschung wichtige Impulse gegeben hat. Auch mit anderen Forschungsschwerpunkten hat die deutsche Friedens- und Konfliktforschung in den letzten Jahren in der internationalen *scientific community* Themen gesetzt, innovative Forschung angestoßen und maßgeblich vorangetrieben. Auf große Resonanz stießen etwa die Forschungsarbeiten zu Bürgerkriegen, Demokratischem Frieden, internationalen Normen, globalen Kooperationen, (militärischen) Interventionen und *Peacebuilding* sowie zu Räumen begrenzter Staatlichkeit. Gemessen an ihrer personellen und finanziellen Ausstattung schöpft die deutsche Friedens- und Konfliktforschung ihr Potential, prägenden Einfluss auf internationale Debatten zu nehmen, allerdings noch nicht aus.

Ungeachtet des breiten Themenspektrums, mit dem sich die deutsche Friedens- und Konfliktforschung befasst, sind einzelne Themen gegenwärtig nur unzureichend abgedeckt. Dies gilt in besonderem Maße für die Forschung zu Fragen

der konventionellen Rüstung und zu neuen technologischen Herausforderungen. Desiderata bestehen zudem hinsichtlich der Forschung zu Voraussetzungen und Formen konstruktiver Konfliktbearbeitung und friedlichen Zusammenlebens auch im sozialen Nahraum sowie zur entsprechenden Bildungsarbeit. Wünschenswert wäre überdies eine Erweiterung und Vertiefung der Expertise zu friedens- und sicherheitspolitisch relevanten Ländern und Räumen (aktuell insbesondere Afghanistan, Irak, Lateinamerika, Libyen, Nordkorea, Syrien, Ukraine). Die Bearbeitung der angesprochenen Themen erfordert in unterschiedlichen fachlichen Konstellationen interdisziplinäre Zusammenarbeit (vgl. hierzu ausführlicher B.V.1).

Auch angesichts der Renaissance geo- und sicherheitspolitischer Denkmuster ist es zu begrüßen, dass eine Öffnung der Friedens- und Konfliktforschung gegenüber der sicherheitspolitischen Forschung stattgefunden hat; vielfach sind diese beiden Perspektiven bereits eng miteinander verbunden. Die sicherheitspolitische Forschung, die im angelsächsischen Raum zumeist als *Security Studies* firmiert, ist allerdings in Deutschland im internationalen Vergleich nur schwach vertreten. Umso wichtiger ist es, dass die Friedens- und Konfliktforschung aus ihrem spezifischen Blickwinkel heraus die sicherheitspolitischen Debatten kritisch begleitet und im Austausch mit Entscheidungsträgerinnen und -trägern in Deutschland und Europa, aber auch in internationalen Organisationen politische Handlungsräume kenntlich macht. Auf diese Weise lässt sich auch die Anschlussfähigkeit an bestimmte internationale wissenschaftliche Diskurse verbessern und die Vernetzung mit Einrichtungen im Ausland weiter befördern. Besonders fortgeschritten ist die Integration von Perspektiven der Friedens- und Konfliktforschung sowie der sicherheitspolitischen Forschung am Standort Hamburg, wo das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik dieser Verbindung seit seiner Gründung explizit verschrieben ist. Die zuletzt intensivierte Kooperation dieses Instituts mit der Helmut-Schmidt-Universität erweitert und vertieft die Verknüpfung beider Perspektiven zusätzlich. Auch im Raum Berlin sprechen sich einige außeruniversitäre Einrichtungen wie die Stiftung Wissenschaft und Politik, das Wissenschaftszentrum Berlin, das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien und das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr in Potsdam für eine stärkere Integration von Friedens- und Konfliktforschung sowie sicherheitspolitischer Forschung aus und setzen diesen Anspruch teilweise auch einrichtungsintern um. Allerdings fehlt es hier anders als in Hamburg noch an einrichtungsübergreifenden Initiativen. Sowohl aus wissenschaftlichen Gründen als auch im Hinblick auf den Wissenstransfer ist zu wünschen, dass der Prozess der Annäherung und Zusammenarbeit von Friedens- und Konfliktforschung sowie sicherheitspolitischer Forschung von beiden Seiten engagiert weiter vorangetrieben wird.

Insgesamt ist die Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland deutlicher als in anderen Ländern durch eine ausgeprägte Praxisorientierung gekennzeichnet, d. h. sie orientiert sich bei der Themenwahl stark an politischer Relevanz und zielt darauf, zur Lösung praktischer Fragen der Konfliktbearbeitung und -transformation beizutragen (vgl. Anhang 1 1.I.1). Ihrem eigenen Anspruch, „problemorientierte Grundlagenforschung“ |<sup>35</sup> im Sinne einer Integration von Grundlagenforschung und anwendungsorientierter Forschung zu betreiben, kann sie dabei aber nur teilweise gerecht werden. Zwar wird im Forschungsfeld insgesamt sowohl anwendungsorientierte Forschung als auch Grundlagenforschung betrieben, oftmals jedoch konzentriert sich eine Einrichtung auf eine der beiden Forschungsformen. Ein Grund hierfür ist in den Rahmenbedingungen der Projektförderung zu sehen (vgl. B.III.5).

Ungeachtet der angeführten Desiderata verdeutlichen die in der deutschen Friedens- und Konfliktforschung bearbeiteten Forschungsschwerpunkte, dass viele Einrichtungen des Forschungsfeldes über funktionierende Mechanismen der Forschungsplanung verfügen, die sowohl die internationalen wissenschaftlichen Debatten als auch den Beratungsbedarf von Politik und Gesellschaft berücksichtigen. In einzelnen Einrichtungen erschwert eine zu große Abhängigkeit von Drittmitteln eine kohärente Forschungsplanung (vgl. B.II.1). Anders als für die Lehre (vgl. B.IV.1) mangelt es für die Forschung bislang allerdings an einrichtungsübergreifenden Strategien des Forschungsfeldes, durch die sich das große Potential noch besser ausschöpfen ließe – etwa durch eine bessere Abstimmung über die an mehreren Standorten bearbeiteten Forschungsschwerpunkte oder ein vermehrt kooperatives Vorgehen.

### III.2 Methoden

Der Wissenschaftsrat begrüßt, dass die deutsche Friedens- und Konfliktforschung Methodenfragen große Aufmerksamkeit widmet und die methodische Grundlegung ihrer Forschung in den vergangenen Jahren erheblich gestärkt hat. Dabei verfügt das Forschungsfeld nicht über spezifische Methoden, sondern

|<sup>35</sup> Mehrere der befragten Einrichtungen verwenden diese Beschreibung in Anlehnung an Gunther Hellmann. „Sozialwissenschaftliche Forschung sollte sich von konkreten gesellschaftspolitischen Phänomenen oder auch Streitfragen leiten lassen, allerdings ohne dabei aus den Augen zu verlieren, dass die angestrebten Ergebnisse von grundlegender Bedeutung sein müssen. In diesem Sinne sollten grundlagenorientierte Forschungsarbeiten nicht nur zu Erkenntnisfortschritten beitragen, sondern sie sollten nach Möglichkeit auch Orientierungspunkte für die gesellschaftspolitische Diskussion und die Praxis liefern und dadurch ‚zur Lösung der praktischen Probleme des Lebenskampfes‘ (Popper) beitragen helfen.“ Hellmann, Gunther: Für eine problemorientierte Grundlagenforschung: Kritik und Perspektiven der Disziplin „Internationale Beziehungen“ in Deutschland, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 1. Jg. (1994) Heft 1, S. 65-90, hier S. 82.

greift auf methodische Zugänge anderer Sozial- und Kulturwissenschaften zurück und passt diese den eigenen Fragestellungen an.

In der deutschen Friedens- und Konfliktforschung dominiert ein qualitativer Zugang, insbesondere in Form von Diskursanalysen und vergleichenden Fallstudien. Zunehmenden Einfluss haben in den letzten Jahren ethnographische Methoden und andere Ansätze aus den Regionalstudien gewonnen, die auf die Mikroebene fokussieren. Dies ermöglicht eine präzise Analyse etwa von Konfliktursachen und -folgen oder von Bedingungen für Erfolg oder Misserfolg bestimmter Maßnahmen (bspw. militärischer Interventionen) zur Beendigung von Konflikten und Stabilisierung von Frieden. Diese Ansätze eignen sich gut als Grundlage für einzelfallbezogene Beratungsleistungen. Zugleich läuft die Friedens- und Konfliktforschung damit Gefahr, in eine Vielzahl kleinteiliger Einzeluntersuchungen zu zerfallen. Synthetisierungen und Aggregationen über die Einzelfallstudien hinweg, die ermöglichen würden, in vergleichender Perspektive relevante empirische Trends zu identifizieren und diese zu einer theoriegeleiteten Deutung zu verbinden, kommen dabei oft zu kurz. Insgesamt hat die Theorie- und Konzeptentwicklung, mit der die deutsche Friedens- und Konfliktforschung lange Zeit international großen Einfluss genommen hat, hierzulande zuletzt an Boden verloren. Dies wird im Forschungsfeld selbst zu Recht problematisiert.

Die internationale Friedens- und Konfliktforschung ist gegenwärtig stark von quantitativen sozialwissenschaftlichen Zugängen geprägt. Diese dienen bspw. dem datengestützten Monitoring von Entwicklungen (z. B. von Gewaltkonflikten mit nicht-staatlichen Akteuren), einer Verbesserung prognostischer Fähigkeiten (z. B. zur Früherkennung möglicher Konflikte) oder der Ermittlung von Einstellungen in der Bevölkerung zu bestimmten Fragen. An den meisten deutschen Standorten kommt der quantitativen Friedens- und Konfliktforschung nur eine untergeordnete Bedeutung zu. Ein deutlich ausgeprägtes quantitatives Profil weisen derzeit die Universitäten Heidelberg, Konstanz und Mannheim sowie das *German Institute of Global and Area Studies* in seinem entsprechenden Forschungsschwerpunkt auf. Vereinzelt werden auch in anderen Einrichtungen (teilweise georeferenzierte) Datensätze und datengestützte Simulationen genutzt (vgl. Anhang 1 1.IV.2). Vor dem Hintergrund der internationalen Entwicklungen im Forschungsfeld sind Bemühungen um eine Stärkung der quantitativen Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland zu begrüßen.

Die deutsche Friedens- und Konfliktforschung hält zu Recht am Anspruch der Methodenpluralität, auch in Form von *mixed methods*-Ansätzen, fest. Allerdings setzt dieser begrüßenswerte methodenpluralistische Anspruch fundierte Kenntnisse in einem breiten Methodenspektrum voraus. Wie das Forschungsfeld selbstkritisch feststellt, sind diese jedoch unter anderem im quantitativen Bereich nicht immer in wünschenswertem Maße vorhanden. Dies gilt ebenso

für Kompetenzen im Bereich experimenteller Methoden, die derzeit vor allem in den USA an Aufmerksamkeit gewinnen. Deren Einsatz in der Friedens- und Konfliktforschung ist allerdings ethisch teilweise problematisch und muss daher in jedem Einzelfall eingehend geprüft werden.

### III.3 Veröffentlichungen

Die deutsche Friedens- und Konfliktforschung richtet sich mit ihren Publikationen an unterschiedliche Zielgruppen und wählt hierfür in angemessener Weise unterschiedliche Formate (vgl. Anhang 1 1.I.3). Vor allem am Bedarf der Praxis aus Politik, NGOs und anderen Bereichen orientiert sind Beratungspapiere sowie eine Reihe ausschließlich online veröffentlichter und teilweise nach unterschiedlichen Adressatenkreisen diversifizierte (Kurz-)Studien, *Policy Papers* und *Working Papers*. In diesen stellen vorwiegend außeruniversitäre Einrichtungen pointierte, rasch verfügbare Informationen zu aktuellen Themen zur Verfügung. Es ist zu begrüßen, dass ein Teil dieser (Online-)Publikationen inzwischen auch in englischer Übersetzung bereitgestellt wird, da dies den Rezipientenkreis erheblich erweitern kann.

Unter den Publikationen der befragten Einrichtungen, die sich primär an die wissenschaftlichen Fachgemeinschaften richten, dominieren Sammelbände. Darunter befinden sich einzelne Publikationen, die richtungsweisend für das Forschungsfeld sind. Demgegenüber haben in der deutschen Friedens- und Konfliktforschung – wie auch in den beteiligten Disziplinen und in anderen interdisziplinären Forschungsfeldern – Monographien in den letzten Jahren spürbar an Bedeutung verloren. Dies ist bedauerlich, da in renommierten Verlagen erscheinende Monographien, die sich um theoriegeleitete Deutungen von Entwicklungen und Phänomenen bemühen, eine größere Wirkung innerhalb des Forschungsfeldes und darüber hinaus erzielen könnten.

Nach wie vor liegt der größte Teil der wissenschaftlichen Publikationen der befragten Einrichtungen des Forschungsfeldes ausschließlich in deutscher Sprache vor. Verbesserungsbedarf besteht mit Blick auf englischsprachige Veröffentlichungen in international führenden Fachzeitschriften. Zwar ist zu begrüßen, dass die Anzahl entsprechender Beiträge aus der deutschen Friedens- und Konfliktforschung in den letzten Jahren zugenommen hat und einzelne Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in die Herausbergremien solcher Zeitschriften berufen wurden. Dennoch ist der Anteil entsprechender Publikationen im Verhältnis zur institutionellen Ausstattung des Forschungsfeldes derzeit noch zu gering. Dies mindert die Sichtbarkeit der deutschen Friedens- und Konfliktforschung und schränkt den Austausch mit den internationalen Fachgemeinschaften ein. Dies gilt allerdings nicht für alle befragten Einrichtungen in gleichem Maße.

Ebenfalls wichtig für die Vermittlung und kritische Diskussion von Forschungsergebnissen sind Vorträge sowohl im wissenschaftlichen Raum als auch vor Adressatinnen und Adressaten aus Politik und breiterer Öffentlichkeit sowie die Organisation und Durchführung von Veranstaltungen wie Workshops, Tagungen, Kongressen etc. In beiden Bereichen sind die befragten deutschen Einrichtungen der Friedens- und Konfliktforschung im In- und Ausland begrüßenswert aktiv (vgl. Anhang 1 I.1.3).

#### III.4 Drittmittel

Sehr aktiv waren die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Forschungsfeldes im Begutachtungszeitraum bei der Einwerbung von Drittmitteln (vgl. Anhang 1 I.1.4). Ähnlich wie bei den Publikationen haben die befragten Einrichtungen an den Drittmittelinwerbungen in unterschiedlichem Maße Anteil. Einzelne universitäre Zentren wie das Institut für Entwicklung und Frieden der Universität Duisburg-Essen sowie das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld und die drei ausschließlich der Friedens- und Konfliktforschung gewidmeten außeruniversitären Forschungseinrichtungen verzeichnen sehr hohe Drittmittelleinnahmen für Projekte zu Themen des Forschungsfeldes. Am anderen Ende des breiten Spektrums stehen einzelne Einrichtungen, die sich nur in geringem Umfang oder gar nicht am Wettbewerb um Drittmittel beteiligen.

In dem sowohl universitär als auch außeruniversitär sehr hohen Anteil an Bundesmitteln spiegelt sich die ausgeprägte Praxisorientierung der deutschen Friedens- und Konfliktforschung wider. Zugleich verweist dieser hohe Anteil aber auch auf einen entsprechend großen Beratungsbedarf, insbesondere des Auswärtigen Amtes, und eine gute Reputation des Forschungsfeldes im politischen Raum. Die Drittmittel der DFG, die auf alle befragten Einrichtungen gerechnet zwischen einem Fünftel und einem Viertel aller Drittmittelleinnahmen ausmachen, können als Beleg dafür gelesen werden, dass die Friedens- und Konfliktforschung auch innerhalb des Wissenschaftssystems konkurrenzfähig ist. Erfolgreich ist das Forschungsfeld ferner bei der Einwerbung von Drittmitteln der EU (z. B. *ERC Starting Grant*) sowie von öffentlichen und privaten Stiftungen (z. B. Humboldt-Professur, *Freigeist-Fellowship*). Besonders hervorzuheben ist die Beteiligung von Friedens- und Konfliktforscherinnen und -forschern an drei jüngst erfolgreichen Exzellenzclusteranträgen der FU Berlin sowie der Universitäten Hamburg und Konstanz im Rahmen der Exzellenzstrategie von Bund und Ländern.

Das Engagement und der Erfolg des Forschungsfeldes bei der Einwerbung von Drittmitteln sind grundsätzlich positiv zu bewerten. Gleichwohl sollte auf eine angemessene Balance eher kleinteiliger Forschungsprojekte mit kurzer Laufzeit auf Drittmittelbasis und längerfristig angelegter Forschung geachtet werden,

die aus Grundmitteln finanziert wird oder in mehrjährigen Verbundforschungsprojekten wie etwa Sonderforschungsbereichen stattfinden kann.

### III.5 Forschungsförderung

#### III.5.a Forschungsförderung im Allgemeinen

Die Erfolge der Friedens- und Konfliktforschung bei der Einwerbung von Drittmitteln aus unterschiedlichen Quellen zeigen, dass die bestehenden Förderinstrumente zahlreiche Anschlussmöglichkeiten auch für dieses interdisziplinäre Forschungsfeld bieten. Dies gilt sowohl für die projekt- wie auch für die personenbezogene Förderung (vgl. Anhang 1 1.I.5). Als problematisch erweist sich allerdings der Umstand, dass die Projektförderung zumeist einseitig entweder auf anwendungsbezogene *oder* auf grundlagenorientierte Forschung ausgerichtet ist. Förderlaufzeiten von zwei bis drei Jahren, die bei Drittmitteln von Bundes- und Landesministerien die Regel sind, lassen zu wenig Spielraum, um die anwendungsorientierte Forschung integrativ durch systematische Grundlagenforschung zu begleiten und theoretisch weiter zu fundieren. Dies führt zu einer gewissen Kurzatmigkeit der Forschung und zu einer Vielzahl von Einzelfallstudien, für deren wünschenswerte Synthetisierung zu wenige geeignete Förderformate zur Verfügung stehen. Auf diese Weise kann das vorhandene Potential für die Grundlagenforschung nicht hinreichend ausgeschöpft werden. Diese ist aber erforderlich, um Orientierungswissen in Gestalt von Konzepten und Begriffen zu entwickeln, die der empirischen Forschung wie auch der politischen Diskussion einen Rahmen geben und Wissenschaft wie Praxis beim *agenda setting* unterstützen können. Umgekehrt gibt es bislang nur wenige Förderformate, die Projekte der Grundlagenforschung um eine Transferkomponente ergänzen, so dass auch hier wichtiges Potential oft nicht genutzt werden kann. Der Wissenschaftsrat begrüßt daher, dass das BMBF in der Förderung geistes- und sozialwissenschaftlicher Forschung die Verbindung von Grundlagen- und anwendungsorientierter Forschung unterstützt und die Förderzeiträume verlängert hat. Ebenso begrüßt er, dass die DFG die Möglichkeit bietet, aufbauend auf einem von ihr geförderten Projekt und gemeinsam mit einem nicht-wissenschaftlichen Partner ein Transferprojekt zu beantragen.

Größeren universitären Zentren und außeruniversitären Einrichtungen kann es durch eine gut ausbalancierte Drittmittelstrategie gelingen, anwendungs- und grundlagenorientierte Projekte parallel zu führen oder aneinander anzuschließen und auf diese Weise sowohl Lösungsansätze für die (politische) Praxis zu erarbeiten als auch Orientierungswissen für Wissenschaft und Praxis zu generieren und konzeptionelle Impulse zu setzen. Kleinere Standorte verfügen hierfür in der Regel nicht über die erforderlichen Ressourcen. Ansätze, dieses Problem im Rahmen einer einrichtungsübergreifenden Zusammenarbeit anzugehen, sind bislang nur vereinzelt zu erkennen wie etwa in dem von der Hessischen



Stiftung Friedens- und Konfliktforschung koordinierten Leibniz-Forschungsverbund „Krisen einer globalisierten Welt“ und im Rahmen von zwei BMBF-geförderten Projekten zu Radikalisierung und Terrorismus (vgl. Anhang 1 1.I.5). |<sup>36</sup>

Unabhängig davon mangelt es an geeigneten Förderinstrumenten und -strukturen für interdisziplinäre (bspw. sozial- und naturwissenschaftliche) Projekte kleineren und mittleren Umfangs. Darüber hinaus sind die meisten Förderinstrumente, die im deutschen und europäischen Wissenschaftssystem bereit stehen, nicht auf die Anschubfinanzierung von kleineren Pilotprojekten oder die Förderung von Vorhaben zur Synthetisierung und Auswertung verstreut vorliegender Forschungsergebnisse ausgerichtet.

### III.5.b Forschungsförderung im Besonderen: Deutsche Stiftung Friedensforschung

Die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF) hat es sich zur Aufgabe gemacht, diese Förderlücken zu schließen (vgl. Anhang 1 1.I.5 und Anhang 3). Sie hat in den vergangenen beiden Jahrzehnten mit ihren geringen, nahezu ausschließlich aus Kapitalerträgen stammenden Finanzmitteln einen wesentlichen Beitrag zur Konsolidierung und Weiterentwicklung der deutschen Friedens- und Konfliktforschung geleistet. Besonders nachhaltig ist ihr das in institutioneller Hinsicht gelungen (vgl. A.I.2). Mit der Förderung von kleineren Forschungsprojekten, die vielfach der Vorbereitung umfangreicherer Vorhaben dienten, sowie von Tagungs- und Vernetzungsprojekten hat die DSF wichtige konzeptionelle Entwicklungen in diesem Forschungsfeld unterstützt. Ebenso hat sie den Wissenstransfer in den parlamentarischen Raum befördert.

Die seit Jahren anhaltende Niedrigzinsphase vermindert allerdings die Kapitalerträge und verengt somit den Handlungsspielraum der DSF erheblich. Dies führt dazu, dass dem aufwendigen und qualitativ hochwertigen Begutachtungsverfahren für Förderanträge, das im Forschungsfeld zu Recht großes Vertrauen genießt, tendenziell sinkende Fördervolumina gegenüberstehen. Für die grundsätzlich zu begrüßende thematische Förderlinie „Neue Technologien: Risiken und Chancen für internationale Sicherheit und Frieden“, die die DSF im Jahr 2017 ergänzend zur thematisch offenen Förderung etabliert hat, ist die Stiftung erstmals in den Kapitalverzehr eingetreten, ohne eine Kompensation für das verzehrte Kapital erwarten zu können. Angesichts der großen Herausforderun-

|<sup>36</sup> Dabei handelt es sich um das vom Zentrum für Konfliktforschung der Universität Marburg koordinierte BMBF-Projekt „PANDORA: Propaganda, Mobilisierung und Radikalisierung zur Gewalt in der virtuellen und realen Welt“ (2017–2020) sowie für das bereits abgeschlossene BMBF-Projekt „TERAS-INDEX: Terrorismus und Radikalisierung. Indikatoren für externe Einflussfaktoren“ (2010–2014) unter Konsortialführung des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg.

gen, denen die Friedens- und Konfliktforschung gegenübersteht, und der genannten Lücken im deutschen und europäischen System der Forschungsförderung, ist eine wirksame Unterstützung dieses Forschungsfeldes durch die DSF jedoch auch in Zukunft erforderlich. Um diese leisten zu können, muss die DSF ihre Funktion und Aufgaben noch stärker als bisher fokussieren. Auch dann wird allerdings eine bessere finanzielle Ausstattung der Stiftung erforderlich sein.

#### **B.IV LEHRE UND NACHWUCHSFÖRDERUNG**

---

##### IV.1 Studiengänge

In beeindruckend enger Abstimmung und Koordination hat die Friedens- und Konfliktforschung in den vergangenen beiden Dekaden spezifische Masterstudiengänge etabliert, die über komplementäre Profile verfügen (vgl. Anhang 1 1.II.1). Wenngleich die meisten dieser aktuell sieben |<sup>37</sup> Masterstudiengänge politikwissenschaftlich geprägt sind, integrieren alle Lehrangebote aus angrenzenden Disziplinen, in Frankfurt/Main und Darmstadt sowie in Hamburg auch aus dem naturwissenschaftlich-technischen Bereich. Damit gelingt es, den Studierenden einerseits fundierte Kenntnisse in einer Schwerpunktdisziplin und zugleich ein Verständnis für die erforderliche Multiperspektivität der Fragestellungen und Zugänge zu vermitteln.

Positiv zu bewerten ist, dass sich die Studierenden entscheiden können, ob sie in einem rein englischsprachigen oder einem primär deutschsprachigen Masterstudiengang der Friedens- und Konfliktforschung mit einzelnen englischsprachigen Lehrangeboten studieren wollen. Vergleichbare Optionen stehen ihnen auch bei den anders ausgerichteten Masterstudiengängen zur Verfügung, die Schwerpunktbildungen in der Friedens- und Konfliktforschung ermöglichen, sowie bei den beiden vornehmlich sicherheitspolitisch ausgerichteten Studiengängen in München und Potsdam. Ebenso ist der jeweilige Anteil ein- bzw. zweijähriger Studiengänge sowie das Angebot an Weiterbildungsstudiengängen für Studierende mit Berufserfahrung dem Bedarf angemessen.

Die große Nachfrage nach den verfügbaren Studienplätzen zeugt von der Attraktivität dieser Masterstudiengänge. |<sup>38</sup> Gleichwohl unterstützt der Wissen-

|<sup>37</sup> Zwischenzeitlich konnten die Studierenden zwischen acht Masterstudiengängen wählen; zum WS 2016/2017 wurde jedoch der Masterstudiengang „Sozialwissenschaftliche Konfliktforschung“ der Universität Augsburg eingestellt.

|<sup>38</sup> Nach Angaben der Studiengangsverantwortlichen übersteigt die Anzahl der Bewerbungen das Angebot an Studienplätzen je nach Standort regelmäßig um das Doppelte bis Fünffache.

schaftsrat die Studiengangsverantwortlichen in ihrer Haltung, die Anzahl der angebotenen Studienplätze in der Friedens- und Konfliktforschung und den angrenzenden Studiengängen mit Schwerpunkten in diesem Forschungsfeld nicht zu erhöhen. Der Bedarf an Absolventinnen und Absolventen aus diesem Forschungsfeld in Wissenschaft und Praxis wird mit den derzeit verfügbaren Studienplätzen sehr gut abgedeckt; dies gilt allerdings nicht für den Bereich der naturwissenschaftlichen und technischen Friedens- und Konfliktforschung. Dass die Studiengänge im Übrigen nicht nur in quantitativer Hinsicht, sondern auch qualitativ gut auf den Bedarf insbesondere der beruflichen Praxis ausgerichtet sind, zeigt sich daran, dass ein großer Anteil der Absolventinnen und Absolventen Tätigkeiten in einschlägigen Berufsfeldern findet (vgl. Anhang 1 1.II.1.d).

Positiv zu bewerten ist der in einigen dieser Studiengänge überdurchschnittlich hohe Anteil ausländischer Studierender auch aus (Post-)Konfliktregionen (vgl. Anhang 1 1.II.1.c). Besonders hoch ist dieser Anteil in den einjährigen Masterstudiengängen in Hamburg, Erfurt und München, von denen die beiden letztgenannten rein englischsprachig sind. |<sup>39</sup> Dies ermöglicht es den Studierenden, nicht nur in den Lehrveranstaltungen, sondern auch im Austausch miteinander diverse Perspektiven auf Konflikte kennenzulernen und wechselseitig von teilweise sehr unterschiedlichen Erfahrungen zu profitieren. Ebenso trägt es zur Förderung der interkulturellen Kompetenz bei, die nicht nur für Berufstätigkeiten in internationalen Organisationen und im Ausland unerlässlich ist.

Beeindruckend ist das außerordentliche Engagement der Lehrenden, die in Eigenregie speziell auf die Masterstudiengänge der Friedens- und Konfliktforschung zugeschnittene hochschuldidaktische Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote entwickeln und durchführen (vgl. Anhang 1 1.II.1.a). Der intensive Austausch zwischen den Lehrenden im Arbeitskreis Curriculum und Didaktik der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung ist von einer bemerkenswerten kritischen Selbstreflexion getragen und befördert gleichermaßen die Weiterentwicklung didaktischer Konzepte wie die standortübergreifende Zusammenarbeit, etwa in internetgestützten Ringvorlesungen. Der Wissenschaftsrat bestärkt die Lehrenden der Friedens- und Konfliktforschung darin, an dieser Zusammenarbeit festzuhalten. Diese ist für kleinere Standorte und für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in der Qualifizierungsphase besonders wichtig.

|<sup>39</sup> „Der Anteil der ausländischen Studierenden (Bildungsausländerinnen und -ausländer) lag im Wintersemester 2016/2017 an den [deutschen] Universitäten bei 10,9 % und an den Fachhochschulen bei 7,1 %.“ Vgl. Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Internationalisierung der Hochschulen, Köln 2018, S. 53 f.

Auch die praxisbezogenen Lehrformate, die über die eigentlichen Berufspraktika hinaus Perspektiven relevanter Praxisfelder in das Studium einbeziehen, sind positiv zu bewerten. Sowohl in dieser Hinsicht als auch im Hinblick auf die Forschungsgegenstände der Friedens- und Konfliktforschung sind zudem die durch Vertiefungsseminare begleiteten Exkursionen zu einschlägigen nationalen und internationalen Einrichtungen und in (Post-)Konfliktregionen sowie die Integration von Planspielen und Simulationen in die Lehre wertvolle hochschuldidaktische Methoden, die das Forschungsfeld fortführen sollte.

Ungeachtet des großen hochschuldidaktischen Engagements ist die Absolventenquote in einzelnen Masterstudiengängen noch verbesserungsfähig, wobei aus den vorliegenden Zahlen nicht hervorgeht, wie viele Studienort- oder Fachwechsel darin enthalten sind und wie viele Studierende das Studium abbrechen (vgl. Anhang 1 1.II.1.d).

Einzelne Masterstudiengänge der Friedens- und Konfliktforschung sind im Kernbereich zu gering ausgestattet und daher in großem Maße auf Lehrimporte angewiesen, die stets eine gewisse Unsicherheit bergen (vgl. Anhang 1 1.II.1.b). Auch einzelne auf dieses Forschungsfeld bezogene Schwerpunkte anderer Studiengänge sind mit nur einer Professur am unteren Rand der erforderlichen Kapazitäten. Als in ihrer Struktur prekär einzuschätzen sind der Masterstudiengang *Peace and Conflict Studies* an der Universität Magdeburg und der von einer befristeten Juniorprofessur getragene Schwerpunkt *Conflict Studies and Management* des Studiengangs *Master of Public Policy* an der Universität Erfurt.

#### IV.2 Nachwuchsförderung

Die universitäre und außeruniversitäre Friedens- und Konfliktforschung beteiligt sich in angemessenem Umfang an der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses (vgl. Anhang 1 1.II.2). Knapp die Hälfte der rund 130 in den Jahren 2014 bis 2017 Promovierten war an außeruniversitären Forschungseinrichtungen beschäftigt; dies zeigt, dass auch diese aktiv zur Nachwuchsförderung beitragen. Positiv zu bewerten ist, dass ein Teil der Promovierenden in strukturierte Programme – überwiegend aus thematisch angrenzenden Disziplinen oder Forschungsfeldern – eingebunden ist. Gleichwohl ist das Fehlen eines spezifischen Promotionsstudiengangs oder Graduiertenkollegs für die Friedens- und Konfliktforschung bedauerlich.

Der Anteil der Promovierenden aus dem Ausland könnte – nicht zuletzt aus den oben mit Blick auf die Diversität der Studierenden genannten Gründen (vgl. B.IV.1) – in den meisten Einrichtungen höher liegen als derzeit. Unter den drei ausschließlich auf die Friedens- und Konfliktforschung konzentrierten außer-

universitären Forschungseinrichtungen weist lediglich das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg einen großen Anteil an ausländischen Promovierenden auf. |<sup>40</sup>

Positiv zu bewerten sind die Tagungen der „Jungen AFK“ der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung, die einerseits dem Austausch und der Vernetzung der jüngeren Friedens- und Konfliktforscherinnen und -forscher untereinander und andererseits der Diskussion ihrer Papiere mit etablierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern dienen.

## **B.V VERNETZUNG**

---

### V.1 Interdisziplinäre Vernetzung

Die Realisierung des zu Recht von den Vertreterinnen und Vertretern der Friedens- und Konfliktforschung aufrechterhaltenen Anspruchs, dass dieses Forschungsfeld interdisziplinär ausgerichtet sein muss, erweist sich zunehmend als schwierig. Einen Teil ihres Bedarfs an interdisziplinären Perspektiven deckt die Friedens- und Konfliktforschung durch befristete Kooperationsprojekte (vgl. Anhang 1 1.III). Besonders eng ist hierbei die Zusammenarbeit mit angrenzenden, teilweise ebenfalls interdisziplinär angelegten Forschungsfeldern wie der Entwicklungsforschung und der Flucht- und Migrationsforschung. Auch die Regionalstudien sind vor allem über das *German Institute of Global and Area Studies* in einige Kooperationsprojekte der Friedens- und Konfliktforschung integriert. Angesichts der Breite und Vielfalt der untersuchten (Post-)Konfliktregionen wäre insgesamt allerdings eine noch breitere Einbindung der Regionalstudien wünschenswert. Gleiches gilt für eine stärker ausgeprägte historische Vertiefung von Forschungsfragen. |<sup>41</sup> Daher ist es zu begrüßen, dass das Exzellenzcluster *Contestations of the Liberal Script* (SCRIPTS) der FU Berlin beide Desiderata aufgreifen will. Die wichtige Brücke zur Klimaforschung wird derzeit vor allem von der Friedensakademie Rheinland-Pfalz sowie der Friedens- und Konfliktforschung am Standort Hamburg geschlagen. Mit der Bewilligung des Exzellenzclusters *Climate, Climatic Change, and Society* (CliCCS) der Universität Hamburg, an dem das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg beteiligt ist, bestehen hier gute Voraussetzungen für eine längerfristige Fortsetzung der engen Kooperation zur Erforschung des Zusammenhangs von Klimawandel und inner- wie zwischenstaatlichen Konflikten. Vergleichbares gilt für die in-

|<sup>40</sup> Für die universitären Einrichtungen liegen hierzu keine Angaben vor.

|<sup>41</sup> Ein Beispiel für eine vielversprechende Verbindung von Regionalexpertise, Geschichtswissenschaft und Friedens- und Konfliktforschung ist das LOEWE-Projekt „Konfliktregionen im östlichen Europa“.

terdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Friedens- und Konfliktforschung, Wirtschaftswissenschaften, Psychologie, Linguistik, Soziologie und empirischer Bildungsforschung im 2018 bewilligten Exzellenzcluster „Die politische Dimension von Ungleichheit“ an der Universität Konstanz.

Wie diese Beispiele zeigen, gelingt es der Friedens- und Konfliktforschung in einigen Kooperationsprojekten ihren Anspruch auf Interdisziplinarität umzusetzen und die politikwissenschaftliche um weitere disziplinäre Perspektiven zu ergänzen. Eine langfristige oder gar dauerhafte Integration der für das Forschungsfeld erforderlichen Vielfalt theoretischer Zugänge und methodischer Ansätze lässt sich auf diesem Wege jedoch nicht sicherstellen.

Um diese Perspektivenerweiterung zu ermöglichen, rekrutieren einige außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und universitäre Zentren der Friedens- und Konfliktforschung wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus unterschiedlichen Disziplinen. Allerdings erfolgt die Bearbeitung konkreter Forschungsprojekte auch hier – nicht zuletzt aufgrund begrenzter zeitlicher und finanzieller Ressourcen (vgl. B.III.5) – zumeist monodisziplinär. Ebenso sind in den Masterstudiengängen der Friedens- und Konfliktforschung interdisziplinäre Veranstaltungen etwa in Form von *Team Teaching* mit Lehrenden aus unterschiedlichen Disziplinen in der Minderzahl.

Vor allem seit der Jahrtausendwende haben sich Entwicklungen vollzogen, die eine Stärkung der Interdisziplinarität der Friedens- und Konfliktforschung auf mittlere Sicht institutionell erschweren. Die wissenschaftlichen Karrierepfade und die Organisationsstrukturen der Universitäten erfordern eine fachliche Zuordnung von wissenschaftlichem Personal und Professuren. Diese erfolgt zumeist dort, wo die Anschlussfähigkeit an vorherrschende Themen und Diskurse am stärksten ausgeprägt ist; im Fall der Friedens- und Konfliktforschung ist dies die Politikwissenschaft und insbesondere deren Subdisziplin, die Internationalen Beziehungen. Das hat dazu geführt, dass rund die Hälfte der Professuren mit entsprechender Denomination, aber auch die Leitungspositionen der drei ausschließlich der Friedens- und Konfliktforschung gewidmeten außeruniversitären Institute mit Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftlern besetzt sind. Dies wiederum schafft im Hinblick auf die Rekrutierung und Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses Pfadabhängigkeiten, die für die Zukunft eine weitere strukturelle Festigung der politikwissenschaftlichen Dominanz erwarten lassen.

Zugleich hat die Verankerung der Friedens- und Konfliktforschung in anderen Disziplinen abgenommen. Während sie im Völkerrecht und Völkerstrafrecht |<sup>42</sup> sowie in der Soziologie noch vergleichsweise gut vertreten ist, finden sich in anderen Disziplinen wie etwa der Pädagogik und der (Sozial-) Psychologie sowie in den Naturwissenschaften und der Informatik (vgl. B.II.2) lediglich einzelne Professuren und außeruniversitäre Leitungsstellen, die explizit dem Forschungsfeld zugeordnet sind. Dies wiederum macht es in diesen Fächern für jüngere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in der Qualifizierungsphase wenig attraktiv, sich auf Themen der Friedens- und Konfliktforschung zu spezialisieren, da diese Ausrichtung nur sehr eingeschränkte Karrierechancen bietet. |<sup>43</sup> Dem Forschungsfeld gehen auf diese Weise relevante fachliche Zugänge und methodische Ansätze, der Gesellschaft insgesamt wichtige Kompetenzen verloren, die beispielsweise für die Prävention und Bearbeitung von innergesellschaftlichen Konflikten und Radikalisierungsprozessen von großer Bedeutung sind. In den Wirtschaftswissenschaften sowie den Geistes- und Kulturwissenschaften (z. B. Medien- und Kommunikationswissenschaften, Islamwissenschaft, Geschichtswissenschaft) ist die Friedens- und Konfliktforschung gar nicht institutionell verankert, obgleich sowohl diese Fächer als auch die Friedens- und Konfliktforschung wissenschaftlich davon erheblich profitieren würden. So könnten etwa Ansätze wie der kulturwissenschaftliche *spatial turn*, der dem geographischen Raum größere Bedeutung für die Erklärung von gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklungen beimisst, das Verstehen geopolitischer Denk- und Handlungsmuster erleichtern. Ein weiteres Beispiel sind Radikalisierungsprozesse, die ohne medien- und kommunikationswissenschaftliche Kompetenz nur unzureichend zu erfassen sind.

## V.2 Regionale, nationale und internationale Vernetzung

Auf regionaler Ebene ist die deutsche Friedens- und Konfliktforschung in Forschung, Lehre und Nachwuchsförderung vor allem in den oben genannten regionalen Clustern sehr gut vernetzt (vgl. B.II). Überregional stehen die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dieses Forschungsfeldes im Bereich der Lehre sowie in Fachverbänden und diversen anderen Gremien in engem Austausch. Hinsichtlich der überregionalen Zusammenarbeit in der Forschung besteht hingegen Verbesserungsbedarf. Zwar gibt es auch hier einige Verbundför-

|<sup>42</sup> Vier rechtswissenschaftliche Professuren verfügen über einschlägige Denominationen. Darüber hinaus sind drei universitäre Zentren an den Universitäten Bochum, Frankfurt/Oder und Köln sowie zwei außeruniversitäre Max-Planck-Institute überwiegend oder auch mit Themen der Friedens- und Konfliktforschung befasst.

|<sup>43</sup> Der Wissenschaftsrat befasst sich derzeit auch im Hinblick auf Lehre und Nachwuchsförderung mit Disziplinarität und Interdisziplinarität.

schungsprojekte sowie das jährliche „Friedensgutachten“, an denen universitäre und außeruniversitäre Einrichtungen unterschiedlicher Standorte beteiligt sind (vgl. Anhang 1 1.III.2). Insgesamt ist jedoch der Einschätzung deutscher Friedens- und Konfliktforscherinnen und -forscher zuzustimmen, dass diese Kooperationen mehrheitlich zeitlich begrenzt und punktuell sind und das Potential noch nicht ausgeschöpft wird, das sich durch eine engere standortübergreifende Zusammenarbeit ergeben könnte.

Hervorzuheben ist das Engagement einiger Einrichtungen der Friedens- und Konfliktforschung auf europäischer wie auch auf internationaler Ebene (vgl. Anhang 1 1.III.3 und Anhang 1 1.III.4). Der Wissenschaftsrat begrüßt die Kooperationsvereinbarungen, die einzelne Universitäten im engeren und weiteren Bereich der Friedens- und Konfliktforschung mit ausländischen Universitäten geschlossen haben. Auch die Unterstützung von Universitäten im Ausland beim Aufbau einschlägiger Masterstudiengänge, die Durchführung von *Summer Schools* mit Studierenden aus (Post-)Konfliktregionen und entsprechende Austauschprogramme sind als wertvolle Instrumente sowohl des wissenschaftlichen Austauschs als auch des Kapazitätsaufbaus positiv zu bewerten. In der Forschung ist vor allem die universitäre Friedens- und Konfliktforschung in Bochum, Frankfurt/Oder, Konstanz und Marburg – teilweise federführend – an europäischen und internationalen Verbundprojekten beteiligt. Im außeruniversitären Bereich ist bemerkenswert, dass die zum Teil personell eher gering ausgestattete Friedens- und Konfliktforschung primär anders ausgerichteter Einrichtungen (v. a. Deutsches Institut für Entwicklungspolitik) besser vernetzt ist als die drei auf Friedens- und Konfliktforschung spezialisierten Einrichtungen. Wenngleich auch diese an europäischen und internationalen Kooperationsprojekten mitarbeiten, besteht hier noch Potential. Positiv zu bewerten ist schließlich das Engagement einzelner außeruniversitärer Einrichtungen beim Aufbau und der Unterstützung internationaler Netzwerke von Forschungseinrichtungen und *Think Tanks* in Afrika bzw. bei der OSZE. Insgesamt zeigt sich somit, dass viele, wenngleich nicht alle universitären und außeruniversitären Einrichtungen in ein Netz europäischer und internationaler Zusammenarbeit eingebunden sind. Gleichwohl ist die deutsche Friedens- und Konfliktforschung in den international derzeit dominanten Diskursen dieses Forschungsfeldes noch zu wenig sichtbar.

Den Forschungsgegenständen der Friedens- und Konfliktforschung angemessen ist die breite regionale Streuung der internationalen Kooperationspartner. Dabei spielen (Post-)Konfliktstaaten und -regionen innerhalb Europas sowie in Afrika, Asien und Lateinamerika eine große Rolle. Hingegen sind Verbundprojekte mit Einrichtungen der Schweiz, dem skandinavischen Raum und den USA, also mit derzeit im Forschungsfeld tonangebenden Ländern und Regionen, weniger stark ausgeprägt, wenngleich einige dieser Einrichtungen (insbesondere das *Center for Security Studies* der ETH Zürich und das *Peace Research Institute Oslo*) von



mehreren deutschen Universitäten und außeruniversitären Zentren als wichtigste Kooperationspartner genannt werden. Diese Kooperationen bewegen sich vielfach nur auf informeller Ebene. Eine vergleichbare Verteilung zeigt sich auch bei den Herkunftsländern der Gastwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler in den Einrichtungen der Friedens- und Konfliktforschung. Nur wenige dieser Einrichtungen verzeichnen im Berichtszeitraum eine größere Anzahl wissenschaftlicher Gäste aus der Schweiz, Großbritannien, Skandinavien und den USA (vgl. Anhang 1 1.III.5).

## **B.VI FORSCHUNGSINFRASTRUKTUREN**

---

Die deutsche Friedens- und Konfliktforschung verfügt über ein breites und gut ausgestattetes Netz an Fach- und Spezialbibliotheken (vgl. Anhang 1 1.IV.1). Zu begrüßen ist, dass ein großer Teil der einschlägigen Fachliteratur über den von mehreren, vorwiegend außeruniversitären, Forschungseinrichtungen getragenen Fachverbund „Internationale Beziehungen und Länderkunde“ und die zugehörige Fachdatenbank *World Affairs Online* (WAO) inhaltlich erschlossen, sehr gut recherchierbar und über zahlreiche Portale online zugänglich ist.

Vergleichbares gilt bedauerlicherweise nicht für die Forschungsdaten der Friedens- und Konfliktforschung, die größtenteils nicht in gut zugängliche Forschungsdatenbanken integriert sind (vgl. Anhang 1 1.IV.2). Zwar stellen einzelne Einrichtungen wie insbesondere das *Bonn International Center for Conversion*, das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung und das Institut für Sicherheitspolitik in Kiel auf ihren Homepages wertvolle Datensätze und/oder deren Auswertung bereit und erbringen damit wichtige Serviceleistungen für Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit. Allerdings sind diese Forschungsdaten nicht in gleicher Weise für andere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (nach-)nutzbar und durch Langzeitarchivierung gesichert wie etwa die bei GESIS gespeicherten Datensätze. Aufgrund der bisherigen Praxis institutsinterner Datenspeicherung und -veröffentlichung fehlt ein Überblick über die im Forschungsfeld vorhandenen Forschungsdaten. Dies gilt nicht nur für quantitative, sondern – und in noch höherem Maße – für qualitative Daten etwa aus Interviews. Es ist nachvollziehbar, dass einige der qualitativen Daten nicht öffentlich zugänglich gemacht werden, um etwa die Interviewten vor einer Identifizierung durch Dritte zu schützen; dieser Vorbehalt gilt jedoch nicht für alle entsprechenden Datensätze.

Mit der ausgeprägten Praxisorientierung der deutschen Friedens- und Konfliktforschung (vgl. B.III.1 und Anhang 1 1.V) geht ein beeindruckend hohes Reflexionsniveau im Hinblick auf den Wissenstransfer einher, der hier ganz im Sinne des Wissenschaftsrats als bi- oder multidirektionaler Austauschprozess verstanden wird. |<sup>44</sup> Transfer ist Thema der Forschung und Transferinstrumente werden immer wieder überprüft, weiterentwickelt und an die Bedarfe der Adressaten angepasst. Ein Beispiel für dieses sehr positiv zu bewertende Vorgehen ist das Projekt „Salafismus und Dschihadismus in Deutschland“, in dem die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung unterschiedliche Formate des Wissenstransfers erprobt und evaluiert hat. |<sup>45</sup> Ebenso ist die Etablierung von Außenstellen einzelner Forschungseinrichtungen in der Bundeshauptstadt Ausdruck und Folge einer eingehenden Auseinandersetzung mit den Voraussetzungen erfolgreichen Wissenstransfers in dem oben beschriebenen rekursiven Sinne. Allerdings ist auch darauf hinzuweisen, dass Wissenstransfer nur dann gelingen kann, wenn beide Seiten bzw. alle Beteiligten aktiv daran mitwirken. Neben der „Bringschuld“ der Wissenschaft steht die „Holschuld“ der Politik und anderer Praxisfelder, die sich ihrerseits um eine breitere Rezeption der Angebote bemühen müssen. |<sup>46</sup>

Ihrer „Bringschuld“ wird die deutsche Friedens- und Konfliktforschung in beeindruckendem Umfang und mit vielfältigen, auf unterschiedliche Adressatengruppen zugeschnittenen Formaten gerecht. Nahezu alle universitären und insbesondere außeruniversitären Einrichtungen dieses Forschungsfeldes engagieren sich auf unterschiedlichen Ebenen und mit unterschiedlichen Zielgruppen im Wissenstransfer.

Über das gesamte Forschungsfeld hinweg nimmt die Beratung politischer Akteure im Transferbereich den größten Raum ein. Es zeugt vom Vertrauen der Politik, dass Friedens- und Konfliktforscherinnen und -forscher Deutschland in einigen internationalen Gremien und Delegationen vertreten oder diese sogar

|<sup>44</sup> Vgl. Wissenschaftsrat: Wissens- und Technologietransfer als Gegenstand institutioneller Strategien. Positionspapier, Weimar 2016, S. 11.

|<sup>45</sup> Vgl. Daase, Christopher; Gertheiss, Svenja; Junk, Julian; Klassen, Johannes: Herausforderungen des Wissenstransfers, in: Biene, Janusz; Daase, Christopher; Junk, Julian; Müller, Harald (Hrsg.): Salafismus und Dschihadismus in Deutschland. Ursachen, Dynamiken, Handlungsempfehlungen, Frankfurt/M. 2016, S. 271–295.

|<sup>46</sup> Dies wurde seitens einiger Abgeordneter in der Debatte des Deutschen Bundestags zur Friedens- und Konfliktforschung auch selbstkritisch konstatiert. Vgl. Deutscher Bundestag. Stenographischer Bericht 213. Sitzung, Berlin, 20. Januar 2017 (= Plenarprotokoll 18/213), S. 21393 – 21400.

leiten. Vergleichsweise gering ausgeprägt ist jedoch der Wissenstransfer mit den maßgeblichen Akteuren auf europäischer Ebene. Hier sind die deutschen Einrichtungen insbesondere angesichts der sich wandelnden globalen friedens- und sicherheitspolitischen Verhältnisse und Beziehungen nachdrücklich zu stärkerem Engagement aufgerufen. Ihnen kommt hier nicht zuletzt deshalb eine besondere Verantwortung zu, weil Deutschland eines der wenigen EU-Länder mit einer institutionell breit aufgestellten Friedens- und Konfliktforschung ist.

Der Austausch der deutschen Friedens- und Konfliktforschung mit den Abgeordneten und einschlägigen Ausschüssen des Deutschen Bundestags ist verbesserungsfähig (vgl. Anhang 1 1.V.2.a). Punktuelle Angebote wie Parlamentarische Abende sind zwar positiv zu bewerten und werden von einigen Abgeordneten auch durchaus angenommen. Den erforderlichen regelmäßigen Kontakt zwischen beiden Seiten können sie aber nicht ersetzen. Vor allem die Stiftung Wissenschaft und Politik unterhält Gesprächsformate, die einem kontinuierlichen engen Austausch zwischen Abgeordneten und Wissenschaft dienen. Dass diese Formate sehr gut angenommen werden, zeugt vom Bedarf der Abgeordneten, in vertraulicher Atmosphäre mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern über aktuelle und längerfristige Entwicklungen zu beraten. Überhaupt betonen Abgeordnete den hohen Stellenwert persönlicher Gespräche als Instrument der Beratung und des Austauschs. Wenngleich dies mit großem Aufwand verbunden ist und besondere Herausforderungen hinsichtlich der Wahrung der (parti-)politischen Unabhängigkeit stellt, sollte sich die Friedens- und Konfliktforschung stärker als bislang auf diesen Bedarf einstellen. Umgekehrt ist zu wünschen, dass die Abgeordneten das häufig gut aufbereitete und relativ leicht zugängliche Fachwissen der Friedens- und Konfliktforschung noch intensiver als bislang nutzen. Von einer intensiveren Nachfrage durch Politik und Verwaltung und einem regelmäßigen Austausch würden alle Seiten profitieren.

Besonders zahlreich und breit gefächert sind die Beratungsleistungen der deutschen Friedens- und Konfliktforschung auf Ebene der Bundesregierung und hier insbesondere für das Auswärtige Amt (AA). Das Engagement dieses Ressorts, auch neuartige Instrumente der Zusammenarbeit mit der Wissenschaft zu erproben – wie etwa den von allen Beteiligten sehr positiv eingeschätzten *PeaceLab*-Prozess (vgl. Anhang 1 1.V.2.a) oder die Einbindung von Promovierenden in Arbeitsprozesse des Ministeriums –, ist beispielhaft. Sehr intensiv ist auch der Austausch zwischen dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und universitären wie außeruniversitären Einrichtungen, die an der Schnittstelle von Friedens- und Konfliktforschung und entwicklungspolitischer Forschung tätig sind. Das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) könnte von einem engeren Austausch mit Vertreterinnen

und Vertretern der Friedens- und Konfliktforschung profitieren. Auf eine Reihe von Fragen, auf die dieses Ressort derzeit auf dem Wege einer Institutsneugründung (*German Institute for Defence and Strategic Studies*) Antworten sucht, |<sup>47</sup> hält die Friedens- und Konfliktforschung bereits wichtige Erkenntnisse bereit. Akzentuiert der Austausch der Friedens- und Konfliktforschung mit diesen drei Ressorts primär den außenpolitischen Bereich, hat mit der in jüngerer Zeit verstärkten Perspektive des Forschungsfeldes auf innergesellschaftliche Entwicklungen und vor allem auf Phänomene der Radikalisierung und des politischen Extremismus in Deutschland auch die Zusammenarbeit mit anderen Ressorts wie insbesondere dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), dem Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (BMI) und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) an Bedeutung gewonnen. Eine disziplinäre Verbreiterung der Friedens- und Konfliktforschung insbesondere auf den Feldern der Soziologie, Pädagogik und (Sozial-) Psychologie könnte zu einem noch größeren wechselseitigen Nutzen dieser Kooperationen beitragen.

Mit der stärkeren Gewichtung innergesellschaftlicher Entwicklungen könnte künftig auch ein Bedeutungszuwachs der Beratung von Ländern und Kommunen sowie deren Einrichtungen (Schulen, Polizei etc.) einhergehen, die bislang vergleichsweise geringen Raum einnimmt. Etwas umfangreicher ist der Austausch bereits jetzt mit Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit und des Friedensdienstes sowie mit den Kirchen; dies gilt vor allem, wenngleich nicht nur, für universitäre und außeruniversitäre Einrichtungen, die an der Schnittstelle von Friedens- und Konfliktforschung und Entwicklungsforschung arbeiten.

Sehr positiv zu bewerten ist das Engagement einiger Einrichtungen des engeren und weiteren Forschungsfeldes im internationalen Kapazitätsaufbau, insbesondere in der Ausbildung und Schulung von Regierungspersonal (einschließlich Diplomatinen und Diplomaten) und Sicherheitskräften in verschiedenen Ländern sowie von möglichen künftigen Führungskräften von (Post-)Konflikt- und Schwellenländern. Wichtig sind ebenso die Weiterbildungsangebote für Vertreterinnen und Vertreter des Bildungsbereichs, der Medien, der Polizei und Bundeswehr sowie anderer gesellschaftlicher Gruppen in Deutschland, die allerdings nur vereinzelt angeboten werden. Vor allem im pädagogischen Bereich wäre eine Erweiterung der Angebote etwa zu Formen der Konfliktregulierung und -beilegung wünschenswert.

|<sup>47</sup> Vgl. Helmut Schmidt Universität: German Institute for Defence and Strategic Studies eröffnet. <https://www.hsu-hh.de/german-institute-for-defence-and-strategic-studies-eroeffnet>, zuletzt abgerufen am 21.01.2019.

Grundsätzlich positiv zu sehen ist schließlich die Vielfalt an Angeboten einer Reihe universitärer wie außeruniversitärer Forschungseinrichtungen für die breitere Öffentlichkeit. Wenngleich eine größere Anzahl von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Friedens- und Konfliktforschung Journalistinnen und Journalisten häufiger für Interviews und Hintergrundgespräche zur Verfügung steht, bleibt die Sichtbarkeit des Forschungsfeldes in den klassischen Medien des Print-, Hörfunk- und Fernsehbereichs – von einzelnen Ausnahmen abgesehen – jedoch begrenzt. Um die Forschungsergebnisse der Friedens- und Konfliktforschung einer breiteren, überregionalen Öffentlichkeit besser zugänglich zu machen, wäre eine aktivere Medienpolitik des Forschungsfeldes erforderlich.

Insgesamt mangelt es der deutschen Friedens- und Konfliktforschung wie in der Forschung auch im Transferbereich an gemeinsamen Strategien, um Angebote zu bündeln und auf diese Weise sichtbarer zu machen sowie unterschiedliche Perspektiven auf ein Thema zu verdeutlichen.

---

# C. Empfehlungen

Die vorangegangene Bewertung des gegenwärtigen Stands der deutschen Friedens- und Konfliktforschung verdeutlicht zum einen, dass dieses Forschungsfeld in seinem sozialwissenschaftlichen Kernbereich sowohl institutionell gut ausgestattet ist als auch in Forschung, Lehre und Wissenstransfer grundsätzlich sehr gute Leistungen erbringt. Zum anderen ergeben sich daraus auch Hinweise auf den gleichwohl bestehenden Verbesserungsbedarf. Diesen sieht der Wissenschaftsrat insbesondere in den folgenden Bereichen:

1 – Vernetzung und Profilierung: Die universitären und außeruniversitären Einrichtungen der Friedens- und Konfliktforschung bearbeiten ein umfangreiches Themenspektrum und decken damit insgesamt ihren Forschungsgegenstand sehr gut ab. Allerdings mangelt es an gemeinsamen Forschungs- und Transferstrategien, die die auf zahlreiche Standorte verstreute und vielfach kleinteilige Forschung wirkungsvoll verknüpfen, Synergien nutzen und Transferangebote sinnvoll bündeln könnten. Dies hat zur Folge, dass das Potential des Forschungsfeldes nicht gänzlich ausgeschöpft wird. Zudem wird infolge der unzureichenden überregionalen Vernetzung die Sichtbarkeit dieses Forschungsfeldes eingeschränkt; sowohl den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des Forschungsfeldes, erst recht aber möglichen Transferpartnern und der Öffentlichkeit fällt es schwer, das Leistungsspektrum der deutschen Friedens- und Konfliktforschung in Forschung und Transfer zu überblicken. Dieser Überblick wird zusätzlich dadurch erschwert, dass es einzelnen Einrichtungen an einem erkennbaren Profil und einer deutlichen Schwerpunktsetzung in Forschung und Transfer mangelt.

2 – Interdisziplinarität und Methodenpluralität: Eine Vielzahl an Fragestellungen dieses Forschungsfeldes erfordert eine interdisziplinäre Bearbeitung. Deswegen sind sich die Vertreterinnen und Vertreter der Friedens- und Konfliktforschung bewusst und halten daher an dem Anspruch fest, dass das Forschungsfeld konsequent interdisziplinär ausgerichtet sein sollte. Allerdings hat gerade der erfolgreiche Institutionalisierungsprozess, den das Forschungsfeld in den vergangenen beiden Dekaden vor allem an Universitäten vollzogen hat, zu einer Verstärkung des strukturellen politikwissenschaftlichen Übergewichts und zu einer disziplinären Verengung geführt. Diese kann das For-

schungsfeld zunächst durch Kooperationen teilweise ausgleichen. Eng mit der angestrebten interdisziplinären Ausrichtung verbunden ist der Anspruch, innerhalb des Forschungsfeldes mit einem breiten Methodenspektrum zu arbeiten. Die hierfür erforderlichen fundierten Methodenkenntnisse sind jedoch unter anderem im quantitativen und experimentellen Bereich nicht immer in wünschenswertem Maße vorhanden.

3 – Naturwissenschaftliche und technische Friedens- und Konfliktforschung: Angesichts der großen Dynamik (waffen-)technologischer Entwicklungen und der Gefahr eines neuen Rüstungswettlaufs wächst der Bedarf an Forschung sowie Beratung und Information von Politik und Öffentlichkeit in diesen Themenfeldern. Um diesem Bedarf zu entsprechen, ist – ergänzend zur im weitesten Sinne sozialwissenschaftlichen – naturwissenschaftliche und technische Friedens- und Konfliktforschung zwingend erforderlich. Diese ist in Deutschland inzwischen in ihren Strukturen als prekär zu bezeichnen. Die jüngsten Initiativen des Auswärtigen Amtes und der Deutschen Stiftung Friedensforschung, die naturwissenschaftliche und technische Friedens- und Konfliktforschung auf dem Wege der Projektförderung zu stärken, sind ausdrücklich zu begrüßen, reichen für eine dauerhafte Kompetenzsicherung in diesem Bereich jedoch nicht aus.

4 – Internationalisierung: Die Vertreterinnen und Vertreter der Friedens- und Konfliktforschung haben erkannt, dass hinsichtlich der internationalen Aufstellung und Sichtbarkeit ihres Forschungsfeldes noch Verbesserungsbedarf besteht. Dies gilt insbesondere für die Internationalisierung des wissenschaftlichen Personals und der Publikationsstrategien, mit Einschränkungen auch für internationale Kooperationen. Zwar arbeiten einige universitäre und außeruniversitäre Einrichtungen in der Forschung und teilweise der Lehre mit Einrichtungen im Ausland zusammen. Auch gelingt es der deutschen Friedens- und Konfliktforschung, in einigen Themenfeldern international wichtige Impulse zu setzen und wissenschaftliche Aufmerksamkeit für ihre Beiträge zu erzielen. Gemessen an der institutionellen Ausstattung dieses Forschungsfeldes ist dies derzeit allerdings in zu geringem Umfang der Fall.

5 – Forschungsförderung: Trotz der breiten deutschen und europäischen Förderlandschaft, die grundsätzlich gute Anschlussmöglichkeiten für die Friedens- und Konfliktforschung bietet, bestehen einzelne Förderlücken. Nicht zuletzt um diesen zu begegnen und die Friedens- und Konfliktforschung zu stärken, wurde mit der Deutschen Stiftung Friedensforschung eine eigene Forschungsförderorganisation für dieses Forschungsfeld etabliert. Davon hat die Friedens- und Konfliktforschung vor allem in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts erheblich profitiert. In den letzten Jahren haben sich die Kapitalerträge der Deutschen Stiftung Friedensforschung – auch aufgrund der anhaltenden Niedrig-

zinsphase – allerdings derart verringert, dass die Basis für eine unabhängige Unterstützung des Forschungsfeldes schwindet.

Angesichts des zu beobachtenden Wandels in der globalen Sicherheitsarchitektur (vgl. B.I) wird die Bedeutung der Friedens- und Konfliktforschung für die Bearbeitung der damit auch für Deutschland und Europa verbundenen großen gesellschaftlichen Herausforderungen weiter zunehmen. Vor diesem Hintergrund ist eine weitere strukturelle Stärkung dieses Forschungsfeldes erforderlich. Wenngleich die genannten Desiderata von den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des Forschungsfeldes selbst gesehen und teilweise bereits angegangen werden, kann die Friedens- und Konfliktforschung nicht alle aufgezeigten Herausforderungen aus eigener Kraft und mit den gegebenen Mitteln bewältigen.

Daran setzen die folgenden Empfehlungen an. Sie zielen erstens auf das **Forschungsfeld der Friedens- und Konfliktforschung** selbst, damit dieses sein großes Potential für eine positive Weiterentwicklung noch besser ausschöpfen kann. Um die hierfür erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen bzw. zu verbessern, richten sich die Empfehlungen zweitens an den **Bund**, der in besonderem Maße auf die Forschungs- und Beratungsleistungen dieses Forschungsfeldes zurückgreift, und an die **Länder**, in deren Zuständigkeit die universitären und ein wichtiger Teil der außeruniversitären Einrichtungen aus dem engeren und weiteren Feld der Friedens- und Konfliktforschung fallen. Drittens richten sich die folgenden Empfehlungen an die **Deutsche Stiftung Friedensforschung**.

#### **C.1 ZUR STÄRKUNG DER VERNETZUNG UND PROFILIERUNG**

---

Um Synergien zu nutzen und die Sichtbarkeit der Friedens- und Konfliktforschung insgesamt zu verbessern, ist eine engere Vernetzung dieses Forschungsfeldes in Forschung und Transfer erforderlich, wie dies in der Lehre bereits hervorragend umgesetzt ist. Der Wissenschaftsrat empfiehlt dem **Bund**, die überregionale Vernetzung der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland durch eine zeitlich befristete Fördermaßnahme zu unterstützen. Ergänzend sollten die **Länder** prüfen, wie sie die regionale Vernetzung durch komplementäre Maßnahmen fördern können. Dabei sollten Bund und Länder insbesondere Selbstorganisationsprozesse des Forschungsfeldes unterstützen. Ihre Fördermaßnahmen sollten vorrangig die folgenden Ziele verfolgen:

##### *Überregionale Vernetzung*

- \_ Das Forschungsfeld sollte in die Lage versetzt werden, standortübergreifend gemeinsame Forschungs- und Transferstrategien zu entwickeln und zu verfolgen. Deren Ziel sollte es sein, die bislang auf zahlreiche Standorte verstreut-



ten Forschungs- und Transferaktivitäten besser abzustimmen, vorausschauend innovative Themen zu identifizieren sowie geeignete Instrumente und Organisationsformen standortübergreifender Kooperation in Forschung und Wissenstransfer zu entwickeln und zu nutzen. Die Fördermaßnahme sollte zudem die interdisziplinäre Zusammenarbeit stärken, um neue Perspektiven für die Friedens- und Konfliktforschung zu eröffnen. Ferner sollte sie eine bessere Verbindung von anwendungs- und grundlagenorientierter Forschung sowie in geeigneten Fällen von unterschiedlichen methodischen Zugängen ermöglichen.

- \_ Ebenso sollten geeignete Wege gefunden und genutzt werden, um einen Überblick über die verstreut vorliegenden quantitativen und qualitativen Forschungsdaten des Forschungsfeldes zu gewinnen. Dies ist eine Voraussetzung dafür, um in einem nächsten Schritt wertvolle quantitative und qualitative Datensätze langfristig zu sichern und in geeigneter Weise für externe Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zur (Nach-)Nutzung zugänglich zu machen. Auf der Grundlage des zu erstellenden Überblicks sollte der Bund gemeinsam mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des Forschungsfeldes prüfen, ob im Bereich der Datensicherung und Langzeitarchivierung Handlungsbedarf besteht oder ob die bestehenden Instrumente ausreichen.
- \_ Mittels einer gemeinsamen Forschungslandkarte oder Plattform sollte für Politik, zivilgesellschaftliche Organisationen und die Öffentlichkeit besser erkennbar werden, welche Kompetenzen im Forschungsfeld verfügbar und an welchen Standorten geeignete Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner zu finden sind.
- \_ Zudem sollte die Fördermaßnahme ein Modul zur Unterstützung von Instrumenten enthalten, die geeignet sind, die Internationalisierung des Forschungsfeldes zu befördern (vgl. C.IV).

Diese Förderung der überregionalen Vernetzung sollte vornehmlich durch den **Bund** erfolgen; sie könnte sich an der Förderung der Regionalstudien orientieren.

### *Regionale Vernetzung*

An Standorten, an denen sich eine größere Anzahl von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in universitären und außeruniversitären Einrichtungen mit Fragen der Friedens- und Konfliktforschung befasst, sollte das Forschungsfeld dabei unterstützt werden, die Zusammenarbeit zu intensivieren, auszubauen und institutionell zu festigen. Dabei sollten sowohl die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Einrichtungen als auch die Förderer darauf achten, dass diese Cluster des Forschungsfeldes interdisziplinär ausgerichtet sind und ein jeweils eigenes Profil aufweisen. Von diesen Clustern sollten Impulse für die

konzeptionelle, inhaltliche und methodische Weiterentwicklung des interdisziplinären Forschungsfeldes ausgehen. Sie sollten so angelegt sein, dass sie universitäre und außeruniversitäre Forschung verbinden sowie Anschlussmöglichkeiten für kleinere Standorte außerhalb der Region und für internationale Kooperationen bieten.

Die Förderung der regionalen Vernetzung ist primär eine Aufgabe der **Länder**.

Die **Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Forschungsfeldes** sollten – auch unter Nutzung der empfohlenen Förderung – gemeinsame Vorhaben anstoßen. Insbesondere empfiehlt der Wissenschaftsrat:

- \_ Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Friedens- und Konfliktforschung sollten einrichtungübergreifend gemeinsam die Förderung von Projekten koordinierter Forschung beantragen – sowohl an einzelnen Standorten (z. B. Forschungsgruppen, Sonderforschungsbereiche) als auch standortübergreifend (z. B. DFG-Schwerpunktprogramme, SFB/Transregio). Dabei sollten möglichst auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Disziplinen eingebunden werden, die nicht dem bisherigen Kern der Friedens- und Konfliktforschung zuzurechnen sind.
- \_ An mindestens einem der Cluster der Friedens- und Konfliktforschung sollte ein interdisziplinärer Promotionsstudiengang eingerichtet und/oder ein Graduiertenkolleg beantragt werden. Der Wissenschaftsrat ermuntert die Standorte Marburg und Gießen sowie Hamburg, ihre entsprechenden Vorhaben weiterzuverfolgen.
- \_ Im Austausch mit Adressatinnen und Adressaten sollten einrichtungübergreifend Formate des Wissenstransfers (weiter)entwickelt und umgesetzt werden. Besondere Aufmerksamkeit sollte dabei dem fraktionsübergreifenden Austausch mit Abgeordneten und einschlägigen Ausschüssen des Deutschen Bundestags und mit der Politik auf europäischer Ebene geschenkt werden. Der enge Austausch mit einschlägigen Bundesministerien sollte fortgeführt werden, wobei auch hier Möglichkeiten der standortübergreifenden Zusammenarbeit im Forschungsfeld intensiver genutzt werden sollten. Im Hinblick auf das BMVg sowie das BMI und das BMFSFJ sollte – von beiden Seiten – eine vertiefte Zusammenarbeit angestrebt werden.

Darüber hinaus wird insbesondere den außeruniversitären **Einrichtungen der Friedens- und Konfliktforschung** empfohlen, bei der Besetzung von wissenschaftlichen Leitungsstellen vermehrt auch auf qualifizierte externe Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem In- und Ausland zurückzugreifen, um auch auf diesem Weg die Vernetzung im Forschungsfeld zu befördern (vgl. C.IV).

Eine wesentliche Voraussetzung für eine bessere Vernetzung und Profilierung der deutschen Friedens- und Konfliktforschung bleibt eine angemessene personelle und finanzielle Grundausrüstung der universitären und außeruniversitären Einrichtungen. Diese zu gewährleisten, ist Aufgabe der jeweiligen Zuwendungsgeber. Der Wissenschaftsrat appelliert insbesondere an die **Länder**, universitäre Zentren der Friedens- und Konfliktforschung und landesfinanzierte außeruniversitäre Einrichtungen durch eine angemessene Grundfinanzierung in die Lage zu versetzen, auch unabhängig von Drittmitteln kontinuierliche Forschung zu selbstgewählten Themen durchzuführen und eine stabile personelle Basis für Vernetzungsaktivitäten zu etablieren. An den **Bund** richtet sich die Empfehlung, für die landesfinanzierten Institute *Bonn International Center for Conversion* und Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg, deren Expertise er in erheblichem Umfang in Anspruch nimmt, nachhaltigere Formen der Beteiligung an der Finanzierung zu prüfen. Zudem appelliert der Wissenschaftsrat an die **Hochschulen**, leistungsstarke universitäre Zentren der Friedens- und Konfliktforschung im Rahmen der hochschulinternen Schwerpunktsetzungen und Mittelvergabe angemessen zu berücksichtigen und auszustatten. Um die jeweiligen Rahmenbedingungen auch für eine engere Vernetzung bestmöglich nutzen zu können, ist eine Fokussierung der **universitären und außeruniversitären Einrichtungen der Friedens- und Konfliktforschung** auf unterschiedliche erkennbare Schwerpunkte in Forschung und Transfer erforderlich.

## **C.II ZUR STÄRKUNG DER INTERDISZIPLINARITÄT UND METHODENPLURALITÄT**

---

Der Wissenschaftsrat unterstützt die Vertreterinnen und Vertreter der Friedens- und Konfliktforschung ausdrücklich in ihrem Anspruch, dass das Forschungsfeld interdisziplinär arbeiten muss. Um diesen Anspruch zu realisieren und Forschungsfragen in größerem Umfang als zuletzt interdisziplinär zu bearbeiten, sind die **Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dieses Forschungsfeldes** aufgerufen, vermehrt auf Forschende und Lehrende anderer einschlägiger Disziplinen und Forschungsfelder (vgl. A.I.1) zuzugehen und Kooperationen anzustoßen. Umgekehrt sollten auch diese Fächer und Forschungsfelder Themen der Friedens- und Konfliktforschung stärker in Forschung und Lehre verankern. Die Friedens- und Konfliktforschung sollte sich insbesondere um eine engere Zusammenarbeit mit der Pädagogik und (Sozial-)Psychologie bemühen, um vertiefte Forschung und Wissenstransfer bspw. im Bereich der Konfliktregulierung und -beilegung im sozialen Nahraum sowie der (De-)Radikalisierung zu ermöglichen. Ebenso sollten sie den Austausch und die Zusammenarbeit mit den Regionalstudien erweitern und intensivieren. Beide Forschungsfelder verbindet eine Reihe gemeinsamer Forschungsfragen, deren

Bearbeitung von der Integration unterschiedlicher Perspektiven und Zugänge sowie von der Verbindung unterschiedlicher Expertisen profitieren würde. Vor diesem Hintergrund begrüßt der Wissenschaftsrat entsprechende Initiativen bspw. in Berlin und Hamburg. Gewinnen könnte die Friedens- und Konfliktforschung ferner durch eine engere Kooperation mit einigen Geistes- und Kulturwissenschaften, insbesondere hinsichtlich einer historischen Vertiefung bestimmter Forschungsfragen und einer Auseinandersetzung mit geistes- und kulturwissenschaftlichen Konzepten.

Schließlich sollten Friedens- und Konfliktforschung und sicherheitspolitische Forschung im In- und Ausland ihre Zusammenarbeit weiter ausbauen und vertiefen, um gemeinsam an Lösungsoptionen für außen- und sicherheitspolitische Herausforderungen zu arbeiten sowie die jeweiligen wissenschaftlichen Diskurse konstruktiv zu beobachten und zu begleiten.

Um diese interdisziplinäre Zusammenarbeit zu ermöglichen, sollten geeignete Fördermaßnahmen für kooperative Forschung genutzt werden.

Im Hinblick auf die Forschungsmethoden bestärkt der Wissenschaftsrat die deutsche Friedens- und Konfliktforschung in ihrer vorherrschenden Auffassung, dass Methodendebatten kein Selbstzweck sein dürfen, sondern die Auswahl geeigneter Methoden immer im Hinblick auf die vorgängig zu definierende Fragestellung entschieden werden sollte. Breite methodische Kompetenzen sind gleichwohl erforderlich – auch um entsprechende Forschungsergebnisse aus der internationalen Friedens- und Konfliktforschung nachvollziehen, einordnen und ggf. kritisch kommentieren zu können. Der Wissenschaftsrat empfiehlt den **Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des Forschungsfeldes** daher, insbesondere für Studierende, Promovierende und Postdocs Möglichkeiten einer standortübergreifenden vertieften Schulung im breiten Methodenspektrum der Friedens- und Konfliktforschung zu prüfen, d.h. im Bereich der qualitativen und quantitativen Methoden, insbesondere von datenintensiver Forschung und Simulationen, sowie der experimentellen Methoden. Die Initiative von Konstanzer Wissenschaftlern, die im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung einen Arbeitskreis Methoden etabliert haben, wird in diesem Zusammenhang ausdrücklich gewürdigt.

### **C.III ZUR STÄRKUNG DER NATURWISSENSCHAFTLICHEN UND TECHNISCHEN FRIEDENS- UND KONFLIKTFORSCHUNG**

---

Um sicherzustellen, dass Deutschland dauerhaft über die gerade auch für eine wirksame Abrüstungspolitik unverzichtbare Expertise in den Bereichen der konventionellen, nuklearen, biologischen und chemischen Rüstung sowie der neuen Technologien (z. B. *Cyber Attacks*, autonome Waffensysteme etc.) verfügt,

ist ein Wiederauf- und -ausbau der in ihren Strukturen prekären naturwissenschaftlichen und technischen Friedens- und Konfliktforschung unverzichtbar. Hierfür bedarf es stabiler institutioneller Strukturen. Daher empfiehlt der Wissenschaftsrat **Bund und Ländern**:

- \_ Die naturwissenschaftliche und technische Friedens- und Konfliktforschung ist an mindestens zwei Standorten auszubauen, an denen diese bereits institutionell verankert ist. Hierzu sollten je Standort ausreichend dauerhafte wissenschaftliche Leitungspositionen (in der Regel je zwei pro Standort) sowie befristet zu besetzende Qualifikationsstellen geschaffen werden. Diese Stellen sollten insbesondere mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus der Physik und Informatik besetzt werden. Sollte der Forschungs- und Beratungsbedarf in den Bereichen der Biologie und Chemie nicht durch bestehende Einrichtungen bspw. der Ressortforschung gedeckt werden können, sollten auch für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dieser Fächer entsprechende Stellen vorgesehen werden. Im Hinblick auf die erforderliche Forschungsinfrastruktur (Labore, Geräte etc.) sollten möglichst Kooperations- bzw. Mitnutzungsvereinbarungen mit benachbarten universitären oder außeruniversitären Einrichtungen geschlossen werden.
- \_ Es ist sicherzustellen, dass diese Zentren der naturwissenschaftlichen und technischen Friedens- und Konfliktforschung – sollten sie an außeruniversitären Einrichtungen aufgebaut werden – eng an Hochschulen angebunden sind. Insbesondere sollte die Besetzung von wissenschaftlichen Leitungsstellen in außeruniversitären Einrichtungen auf dem Wege einer gemeinsamen Berufung mit einer Hochschule erfolgen. Dies erleichtert sowohl die Einbindung in die jeweiligen Herkunftsdisziplinen als auch die Gewinnung von wissenschaftlichem Nachwuchs.
- \_ Es ist darauf zu achten, dass eine enge Kooperation der naturwissenschaftlichen und technischen Friedens- und Konfliktforschung mit den sozialwissenschaftlichen Kerndisziplinen dieses Forschungsfeldes institutionell sichergestellt wird. Hierfür bietet sich insbesondere eine Integration in eine gemeinsame universitäre oder außeruniversitäre Einrichtung an. Auch die neu entstandenen Forschungseinrichtungen zur Cybersicherheit (vgl. A.II.2) sollten vermehrt Fragen der Friedens- und Konfliktforschung berücksichtigen.
- \_ Bund und Länder sollten Fördermaßnahmen einrichten, die Forschungs- und Transfervorhaben an der Schnittstelle von naturwissenschaftlich-technischer sowie im weitesten Sinne sozialwissenschaftlicher Friedens- und Konfliktforschung anregen. Diese Fördermaßnahmen sollten zum einen auf die auf- bzw. auszubauenden Zentren der naturwissenschaftlichen und technischen Friedens- und Konfliktforschung zielen, um diese in der Forschung zu stärken. Zum anderen sollten sie sich breiter an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der relevanten naturwissenschaftlichen und technischen Disziplinen

an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen richten, von denen wertvolle Beiträge zur Weiterentwicklung der Friedens- und Konfliktforschung zu erwarten sind. Auf diese Weise könnte die wissenschaftliche Basis für die naturwissenschaftliche und technische Friedens- und Konfliktforschung erweitert werden.

#### C.IV ZUR STÄRKUNG DER INTERNATIONALISIERUNG

---

Eine verbesserte Internationalisierung der deutschen Friedens- und Konfliktforschung ist im Wesentlichen eine Aufgabe, die dieses Forschungsfeld selbst leisten muss. Dabei sollten die **Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie die Einrichtungen dieses Forschungsfeldes** insbesondere auf folgenden Ebenen ansetzen:

- \_ Die Anzahl ausländischer Promovierender und Postdocs in der Friedens- und Konfliktforschung sollte erhöht werden. Dabei sollten gezielt auch Nachwuchskräfte aus (Post-)Konfliktregionen zu einer wissenschaftlichen Weiterqualifizierung ermuntert werden. Die Einwerbung eines Graduiertenkollegs im Forschungsfeld könnte das Erreichen dieses Ziels erleichtern. Der Wissenschaftsrat begrüßt ausdrücklich den überdurchschnittlich hohen Anteil ausländischer Studierender in den Masterstudiengängen der Friedens- und Konfliktforschung.
- \_ Um Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie wissenschaftliche Leitungsstellen in universitären Zentren und außeruniversitären Forschungseinrichtungen der Friedens- und Konfliktforschung künftig vermehrt auch mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus dem Ausland – auch aus (Post-)Konfliktregionen – besetzen zu können, sollten diese Stellen international ausgeschrieben werden. Ferner sollten die Anforderungen an deutsche Sprachkenntnisse für Mitarbeiterstellen mit kurzer Laufzeit abgesenkt werden. Darüber hinaus verweist der Wissenschaftsrat auf seine „Empfehlungen zur Internationalisierung von Hochschulen“, in denen er weitere Maßnahmen zur Internationalisierung des wissenschaftlichen Personals aufgezeigt hat. |<sup>48</sup>
- \_ Im Rahmen der empfohlenen Fördermaßnahme des Bundes (vgl. C.I) sollten auch *Fellowships* für Gastwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler aus dem Ausland möglich sein. Diese sollten zum einen dazu genutzt werden, den Austausch mit Friedens- und Konfliktforscherinnen und -forschern aus (Post-)

|<sup>48</sup> Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Internationalisierung von Hochschulen, Köln 2018.

Konfliktregionen zu intensivieren und zum anderen dazu, die Vernetzung mit den derzeit führenden Standorten der Friedens- und Konfliktforschung in der Schweiz, Skandinavien, Großbritannien und den USA zu verbessern.

- \_ Friedens- und Konfliktforscherinnen und -forscher deutscher Einrichtungen sollten noch häufiger an europäischen und internationalen Kooperationsprojekten mitarbeiten bzw. derartige Projekte anstoßen und darin die Federführung übernehmen. Dafür sollten sie sowohl die Fördermöglichkeiten der EU als auch binationale Förderformate etwa der DFG nutzen. Europäische und internationale Projekte könnten bspw. ein geeigneter Rahmen sein, um die Zusammenarbeit mit der im Ausland stärker als in Deutschland vertretenen sicherheitspolitischen Forschung weiter auszubauen.
- \_ In Deutschland erscheinende Fachzeitschriften der Friedens- und Konfliktforschung sollten sich für einen breiteren internationalen Kreis an Leserinnen und Lesern sowie Autorinnen und Autoren öffnen. Dies könnte bspw. dadurch erreicht werden, dass Zeitschriften auch Beiträge in anderen Sprachen – vorzugsweise Englisch – publizieren und bi- oder multilingual erscheinen und/oder dass sie englischsprachige *abstracts* zu deutschsprachigen Beiträgen anbieten.
- \_ Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der deutschen Friedens- und Konfliktforschung sollten die Anzahl ihrer Publikationen in führenden internationalen Fachzeitschriften weiter erhöhen und damit die positive Entwicklung der letzten Jahre fortführen. Auch sollten Übersetzungen zentraler, zunächst auf Deutsch erschienener Publikationen in andere Sprachen vermehrt erwogen werden.
- \_ Der Wissenstransfer der deutschen Friedens- und Konfliktforschung sollte in höherem Maße als bislang auch die europäische und internationale Ebene mit einbeziehen. Die Erkenntnisse dieses Forschungsfeldes könnten dann noch besser dazu beitragen, Leitlinien einer europäischen Außen- und Sicherheitspolitik zu definieren und Handlungsoptionen für ein internationales Vorgehen zur Beilegung von Konflikten und zur Friedenssicherung zu entwickeln und umzusetzen.

#### **C.V ZUR WEITERENTWICKLUNG DER FORSCHUNGSFÖRDERUNG UND DER DEUTSCHEN STIFTUNG FRIEDENSFORSCHUNG**

---

In der Forschung ist auch die Friedens- und Konfliktforschung in hohem Maße auf die Finanzierung durch Drittmittel angewiesen. Erfolge bei der Einwerbung von Drittmitteln tragen daher maßgeblich zur Ermöglichung von Forschung bei. Der Wissenschaftsrat weist jedoch darauf hin, dass über die projektformige Forschung hinaus die Möglichkeit gegeben sein muss, Forschungsergebnisse

umfassender zu reflektieren und in entsprechende, auch breiter angelegte Publikationen zu fassen. Hierfür bleibt eine auskömmliche Grundfinanzierung der Forschung unerlässlich.

#### V.1      Forschungsförderung im Allgemeinen

Über die empfohlenen zeitlich begrenzten Fördermaßnahmen des Bundes und der Länder (vgl. C.I) und den strukturellen Aufbau der naturwissenschaftlichen und technischen Friedens- und Konfliktforschung (vgl. C.III) hinaus wird für eine erfolgreiche Weiterentwicklung des gesamten interdisziplinären Forschungsfeldes auch weiterhin ein kontinuierliches Angebot an geeigneten Förderformaten erforderlich sein. Dieses steht in Deutschland und Europa grundsätzlich zur Verfügung und wird von den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Friedens- und Konfliktforschung auch genutzt.

Die **Fachressorts des Bundes und der Länder** sollten die Laufzeiten und Fördervolumina der von ihnen geförderten Projekte der Friedens- und Konfliktforschung tendenziell anheben. Auf diese Weise sollte den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ermöglicht werden, Ansatzpunkte für eine Weiterentwicklung von Konzepten und Theorien des Forschungsfeldes aufzugreifen und zu verfolgen, die sich aus der Bearbeitung einer konkreten anwendungsorientierten Fragestellung ergeben. Von dem Mehrwert, der sich durch eine derartige Verbindung anwendungs- und grundlagenorientierter Forschung ergibt, profitieren Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit.

#### V.2      Forschungsförderung im Besonderen: Deutsche Stiftung Friedensforschung

Um die Friedens- und Konfliktforschung in die Lage zu versetzen, sich entsprechend der Dynamik ihres Forschungsgegenstandes (vgl. B.I) immer wieder neu auszurichten, bedarf es ferner auch künftig einer Förderorganisation, die mit einer anderweitig nicht möglichen Anschubfinanzierung kontinuierlich gezielte Impulse für dieses Forschungsfeld setzt, interdisziplinäre Zusammenarbeit unterstützt und die Innovationsfähigkeit weiter stärkt. Diese Aufgabe hat die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF) bislang erfolgreich wahrgenommen und sollte dies auch künftig tun. Ihre Förderung sollte komplementär zu den unter C.I und C.III empfohlenen Fördermaßnahmen sowie der Einzel- oder Verbundförderung deutscher oder europäischer Fördereinrichtungen angelegt sein und ausschließlich in den Bereichen erfolgen, für die keine anderen geeigneten Förderformate zur Verfügung stehen.

Um die DSF bei ihrer Weiterentwicklung zu unterstützen, bekräftigt der Wissenschaftsrat insbesondere folgende Empfehlungen an die Stiftung, die im „Bewertungsbericht zur Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF), Osnabrück“ (vgl. Anhang 3) näher ausgeführt sind:



- \_ Die DSF sollte eine Strategie erarbeiten, um sich bei der Verfolgung ihres Ziels, „Forschungsinnovation, Netzwerkbildung, Praxistransfer“ in der Friedens- und Konfliktforschung zu fördern, künftig noch stärker zu fokussieren. Sie sollte primär als Anstoßgeberin fungieren und aktiver an der Weiterentwicklung des Forschungsfeldes mitwirken. Hierfür sollte sie gemeinsam mit ihrem wissenschaftlichen Beirat geeignete Prozesse entwickeln, um vorausschauend innovative Themen und Methoden identifizieren, Forschungslücken erkennen und die Forschungs- und Tagungsförderung noch gezielter darauf ausrichten zu können. Zudem sollte die DSF ihre Funktion künftig noch stärker darin sehen, die Strategiefähigkeit dieses Forschungsfeldes und dessen Offenheit gegenüber angrenzenden Disziplinen und Forschungsfeldern zu unterstützen.
- \_ Die DSF sollte ihre themenoffene Förderung von Forschungsvorhaben kleineren Umfangs fortsetzen. Um hiermit möglichst große Wirkung erzielen zu können, sollte sie sich im Sinne einer Anschubförderung auf Pilotprojekte zur Exploration innovativer Fragestellungen und Methoden sowie auf Synthetisierungen verstreut vorliegender Ergebnisse aus Einzelfallstudien und deren Auswertung im Hinblick auf die Weiterentwicklung von Theorien und Methoden konzentrieren. Diese Projekte sollten geeignet sein, als Vorarbeiten für umfangreichere Anschlussprojekte zu fungieren. Besonderes Augenmerk sollte dabei auf Vorhaben aus dem fachlichen Spektrum jenseits der Kerndisziplinen der Friedens- und Konfliktforschung gelegt werden.
- \_ Zur Stärkung ihrer Gestaltungsfunktion sollte die DSF die neu eingeführte thematische Förderlinie mit wechselnden Schwerpunkten fortsetzen und damit insbesondere auf strukturelle Defizite der Friedens- und Konfliktforschung reagieren. Neben der wissenschaftlichen Relevanz sollte bei der Auswahl der Schwerpunkte auch deren politische bzw. gesellschaftliche Bedeutung berücksichtigt werden. Nach angemessener Zeit sollte geprüft werden, ob sich die zweijährige Laufzeit dieser Förderlinie als angemessen erweist, um wirksame Impulse zu setzen.
- \_ Die DSF sollte die Postdoc-Förderung in einer eigenständigen, thematisch offenen Förderlinie einstellen, da weder Bedarf hierfür zu erkennen noch eine nachhaltige Wirkung dieser Fördermaßnahme zu erwarten ist.
- \_ Die Förderung von Tagungs- und Vernetzungsprojekten sollte sich künftig zum einen auf regelmäßige Veranstaltungen zur Stärkung der Strategiefähigkeit des Forschungsfeldes in Forschung und Lehre konzentrieren und zum anderen auf Tagungen, die den interdisziplinären und internationalen Austausch befördern. Die bestehenden Förderlinien sollten unter diesen Gesichtspunkten umgestaltet werden.

- \_ Die DSF sollte an der fachlichen Offenheit ihrer Ausschreibungen und ihrem zwar aufwendigen, aber qualitativ hochwertigen und allgemein anerkannten Vergabeverfahren festhalten, solange sich im deutschen Wissenschaftssystem kein anderes Vorgehen etabliert hat. |<sup>49</sup>
- \_ Im Bereich des Wissenstransfers sollte sich die DSF auch künftig darauf konzentrieren, Beratungsangebote und -aktivitäten der außeruniversitären und vor allem der universitären Friedens- und Konfliktforschung zu vernetzen und ihnen ein gemeinsames Forum zu bieten. Dabei sollte das Hauptaugenmerk weiterhin auf dem Austausch mit Abgeordneten des Deutschen Bundestags liegen.
- \_ Der begrüßenswert aktive wissenschaftliche Beirat der DSF sollte sich künftig vermehrt an der Identifizierung innovativer Themen und von Forschungsdesideraten beteiligen. Seine Doppelfunktion, an der Entwicklung von Förderformaten mitzuwirken und diese anschließend zu evaluieren, sollte kritisch geprüft werden. Außerdem sollte der Beirat um ein bis zwei Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erweitert werden, die nicht aus dem Forschungsfeld kommen. Der Anteil ausländischer Mitglieder sollte moderat erhöht werden.
- \_ Zum Zweck der Qualitätssicherung sollte die Ausrichtung der Stiftungsarbeit und insbesondere des Förderkonzepts regelmäßig im Abstand von etwa sieben bis zehn Jahren extern evaluiert werden.

Um diese Aufgaben effektiv und effizient wahrzunehmen und die Friedens- und Konfliktforschung kontinuierlich wirksam zu stärken, reicht das vom Stiftungsrat der DSF kürzlich auf jährlich 0,72 Mio. Euro festgelegte Mindestförderbudget nicht aus. Der Wissenschaftsrat plädiert nachdrücklich dafür, die Untergrenze zur Förderung von Forschung, Tagungen und Transferaktivitäten auf 1,0 Mio. Euro im Jahr anzuheben.

Bei der Entscheidung über den besten Weg zur Erhöhung des jährlichen Mindestförderbudgets sollte Folgendes berücksichtigt werden: Zum einen ist die politische Unabhängigkeit der DSF unbedingt zu wahren. Zum anderen sollte eine langfristige Unterstützung der Friedens- und Konfliktforschung sichergestellt werden, da angesichts der dynamischen Politikfelder, mit denen sie sich befasst, auch für die Zukunft mit großen wissenschaftlichen Herausforderungen und einem eher zu- als abnehmenden gesellschaftlichen und insbesondere politischen Informations- und Beratungsbedarf zu rechnen ist.

|<sup>49</sup> Zu möglichen alternativen Begutachtungsverfahren vgl. Wissenschaftsrat: Begutachtungen im Wissenschaftssystem. Positionspapier, Köln 2017.

Vor diesem Hintergrund bittet der Wissenschaftsrat die **Bundesregierung und den Haushaltsgesetzgeber** nachdrücklich, die finanzielle Ausstattung der DSF möglichst rasch merklich zu verbessern und dabei einen Weg zu wählen, der die politische Unabhängigkeit der Stiftung gewährleistet und ihre Arbeitsfähigkeit langfristig sichert. Als präferierte Lösung empfiehlt der Wissenschaftsrat eine angemessene Aufstockung des Stiftungskapitals.

Das BMBF als Vertreter der Stifterin im Stiftungsrat wird gebeten, zeitnah – spätestens in drei Jahren – über die Umsetzung der Empfehlungen zur DSF zu berichten.



---

# Anhang 1

## Aktueller Stand der Friedens- und Konflikt- forschung

### 1.1 Forschungsplanung

Die Mehrzahl der befragten öffentlich finanzierten außeruniversitären Einrichtungen und einzelne der universitären Zentren der Friedens- und Konfliktforschung verfügen über Forschungsprogramme mit in der Regel mehrjähriger Laufzeit. Für die Themenwahl von vordringlicher Bedeutung ist zumeist die Orientierung an wissenschaftlichen Erkenntnisinteressen bzw. wissenschaftlicher Relevanz. |<sup>50</sup> Beeinflusst wird die Themenwahl aber auch von der Beobachtung und Reflexion aktueller (gesellschafts-)politischer Entwicklungen im In- und Ausland. Exemplarisch für weite Teile des Forschungsfeldes beschreibt das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg den Prozess seiner Forschungsplanung als ein „Wechselspiel zwischen Erkenntnisinteressen, die aus der Grundlagenforschung kommen, und solchen, die problemorientiert zur Lösung großer gesellschaftlicher Herausforderungen (...) beitragen sollen.“ |<sup>51</sup>

Die Bedeutung nachfragegetriebener (Auftrags-)Forschung für die Forschungsplanung und Schwerpunktsetzung der befragten Einrichtungen variiert. Während vor allem einzelne außeruniversitäre Einrichtungen betonen, dass die Nachfrage aus dem politischen und/oder zivilgesellschaftlichen Raum eine große Rolle für das Forschungsportfolio spielt, legen andere Wert darauf, dass Transferaspekte zwar wichtiger Bestandteil der eigenen Forschungsarbeit sind, diese aber nicht strukturieren bzw. dominieren. Sofern Forschungsprojekte im Auftrag Dritter bearbeitet werden, ist es vielen Einrichtungen wichtig, dass die Konzipierung (und teilweise auch die Durchführung) dieser Vorhaben in engem Austausch mit den Praxispartnern erfolgt.

Einige universitäre Einrichtungen betonen ferner die große Bedeutung, die thematische Ausschreibungen im Rahmen von Förderprogrammen insbesondere der Bundesministerien, aber auch von Förderorganisationen, für ihre Schwerpunktsetzungen in der Forschung haben.

### 1.2 Forschungsschwerpunkte

In der universitären und außeruniversitären Friedens- und Konfliktforschung wird ein breites Spektrum an Forschungsthemen bearbeitet. Dabei zeichnen

|<sup>50</sup> Die Angaben hier und im Folgenden beziehen sich auf die schriftlichen Stellungnahmen der befragten Einrichtungen.

|<sup>51</sup> Das Zitat ist den Antworten des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg auf den Fragebogen des Wissenschaftsrates entnommen.

sich Schwerpunkte ab, die mit je eigenen Perspektiven und Akzentsetzungen Forschungsgegenstand mehrerer Einrichtungen sind (vgl. Übersicht 3a und 3b in Anhang 2):

Die größte Aufmerksamkeit erfahren in den befragten universitären und außeruniversitären Einrichtungen derzeit die Themenkomplexe Radikalisierung, Extremismus und Terrorismus sowie Flucht, Vertreibung und Migration, die jeweils an mehr als zehn Einrichtungen bearbeitet werden. Schwerpunkte der **Radikalisierungs-, Extremismus- und Terrorismusforschung** liegen insbesondere auf der Bedeutung von Religion und politischem Islam für die Mobilisierung und (De-)Radikalisierung von Gewaltakteuren im Allgemeinen sowie in Deutschland, aber auch in Afrika, im Nahen- und Mittleren Osten sowie in Zentral- und Südostasien im Besonderen. In geringerem Umfang wird zudem zu politischem Radikalismus und (Rechts-)Extremismus geforscht. **Flucht, Vertreibung und Migration** werden in der Friedens- und Konfliktforschung sowohl als Ursachen wie auch als Folgen von Konflikten untersucht, wobei vielfach Ansätze der Konflikt- und Migrationsforschung miteinander verbunden werden. Dabei nimmt das Forschungsfeld Gewalterfahrungen im Kontext von Flucht und Vertreibung, nicht zuletzt unter genderspezifischen Aspekten, den Zusammenhang von umwelt- bzw. klimafolgeninduzierter Migration und Konflikten sowie rechtliche Aspekte (z. B. Flüchtlings- und Migrationsrecht) und das europäische Migrations- und Grenzregime in den Blick. Auch die Einstellungen zu Geflüchteten in Deutschland sowie allgemeinere Fragen der Integration sind Gegenstand der Forschung.

Ein traditioneller Schwerpunkt der deutschen Friedens- und Konfliktforschung, der sowohl universitär als auch außeruniversitär an mehreren Standorten bearbeitet wird, ist der Themenkomplex **Staatlichkeit, Demokratie und Gewalt**. Im Fokus stehen dabei die Bedeutung fragiler Staatlichkeit für bewaffnete Konflikte, Flucht und soziale Kohäsion sowie der Zusammenhang von Demokratie bzw. Demokratisierung und inner- wie zwischenstaatlichem Frieden (etwa mit Blick auf den Nahen und Mittleren Osten oder Kolumbien). Verbindungen weist dieser Schwerpunkt zur **Transitional Justice**-Forschung auf und somit zur Frage, wie Gesellschaften mit der Erfahrung massiver Gewalt umgehen bzw. umgehen sollten. Nicht zuletzt mit Blick auf das Verhältnis von globalen Maßnahmen und lokaler Ebene werden unterschiedliche Instrumente wie bspw. strafrechtliche Aufarbeitungen, restaurative Maßnahmen (Wahrheits- und Versöhnungskommissionen) sowie Erinnerungs- und Gedächtnispolitiken untersucht. Dabei kommt auch der Rolle des Internationalen Strafgerichtshofs als juristischem und politischem Akteur sowie seiner zunehmend umstrittenen Legitimität Aufmerksamkeit zu. Unter Legitimitätsaspekten aber auch unter Gesichtspunkten von Wirksamkeit und Folgen untersuchen mehrere Einrichtungen **internationale (militärische und zivile) Interventionen** im Kontext bewaffneter Konflikte. Dies schließt an den Themenkomplex **Gerechtigkeit und Recht in**

**bewaffneten Konflikten** an, der sich mit den Auswirkungen widerstreitender Gerechtigkeitsansprüche auf Konfliktdynamiken befasst und dabei Prozesse der Normgenese und Normumsetzung sowie Normkonflikte analysiert. Zudem richtet die deutsche Friedens- und Konfliktforschung ihr wissenschaftliches Interesse auf die jüngsten weltpolitischen Entwicklungen und die mit ihnen verbundenen **Veränderungen globaler Machtstrukturen**. Die daraus erwachsenden neuen Gewaltpotentiale, der Wandel der globalen Ordnungspolitik, der Machtverlust internationaler Organisationen sowie die **europäische Außen- und Sicherheitspolitik** nehmen nicht nur politisch und medial, sondern auch wissenschaftlich einen noch größeren Stellenwert ein als bislang.

Überwiegend im außeruniversitären Bereich und an den Professuren für naturwissenschaftliche Friedens- und Konfliktforschung in Darmstadt und Hamburg sowie auf einer entsprechend ausgerichteten Juniorprofessur in Aachen |<sup>52</sup> werden die Forschungsschwerpunkte **Rüstungskontrolle und Abrüstung** sowie **Cybersicherheit und digitale Technologien** bearbeitet. Der Fokus liegt dabei einerseits traditionell auf der Kontrolle konventioneller und nuklearer Rüstung, der Verifikation und Abrüstung sowie der Nichtverbreitung von Nuklearwaffen. Andererseits befasst sich die Forschung seit einiger Zeit mit neuen Rüstungstechnologien (*emerging technologies*), vor allem in Verbindung mit der Digitalisierung, Automatisierung und Autonomisierung von Waffen(systemen) und Maschinen. Dabei spielen etwa die zunehmend verschwimmenden Grenzen zwischen zivilen und militärischen Technologien im Zuge der Digitalisierung, aber auch völkerrechtliche Fragen der Definition und Regulierung von (letalen) autonomen Waffensystemen eine Rolle. Ebenso wird die grundsätzliche Frage diskutiert, ob diese neuen Kriegstechnologien ein neues Konzept des Krieges begründen (*liquid warfare*).

Vor allem in der universitären Friedens- und Konfliktforschung befassen sich mehrere Standorte empirisch und konzeptionell mit **Gewalt** und untersuchen unterschiedliche Formen (z. B. Völkermord, Terrorismus, rechtsextreme Gewalt, sexuelle Gewalt), Akteure, Dynamiken und Kulturen von Gewalt. Auch die konzeptionelle Befassung mit anderen Grundbegriffen des Forschungsfeldes (z. B. Frieden, Konflikt) sowie mit dem Zusammenhang von Gender und Konflikt finden überwiegend im universitären Kontext statt. Gleiches gilt für die Erforschung von Mediationen in Friedensprozessen. Hingegen wird in der außeruniversitären Friedens- und Konfliktforschung auch nach transnationaler organisierter Kriminalität, nach der Rolle und zukünftigen Entwicklung von

|<sup>52</sup> Diese Juniorprofessur hat keine Denomination in der Friedens- und Konfliktforschung, baut jedoch auf einem Freigeist-Fellowship der VolkswagenStiftung auf, das für das Projekt *A German Nuclear Archaeology Laboratory: Reconstructing the Nuclear Past to Enable a Nuclear-weapon-free Future* verliehen wurde.



Streitkräften, nach maritimer Sicherheit oder nach dem Zusammenhang von Bildung und Frieden gefragt.

Insgesamt zeigen die genannten Schwerpunkte ein in jüngerer Zeit verstärktes Interesse der deutschen Friedens- und Konfliktforschung an innergesellschaftlichen und transnationalen Konflikten. Die klassische Fokussierung auf staatliche Konflikte tritt dagegen in den Hintergrund.

### 1.3 Veröffentlichungen und wissenschaftliche Veranstaltungen

Im Berichtszeitraum 2014 bis 2017 wurden die Ergebnisse dieser Forschung in großem Umfang publiziert. Allein die befragten außeruniversitären Forschungseinrichtungen haben nach eigenen Angaben in dieser Zeit mehr als 2.300 einschlägige Beiträge veröffentlicht. |<sup>53</sup> Davon stammen mehr als 1.300 aus dem *Bonn International Center for Conversion*, der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung und dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg, also den drei ausschließlich in der Friedens- und Konfliktforschung tätigen Einrichtungen. Hinzu kommt eine unbestimmte Anzahl von Publikationen aus dem universitären Sektor des Forschungsfeldes. |<sup>54</sup>

Knapp die Hälfte der zwischen 2014 und 2017 erschienenen Veröffentlichungen der befragten außeruniversitären Friedens- und Konfliktforschung sind Beiträge zu Sammelbänden. In geringem Umfang (5 bis 10 %) werden Forschungsergebnisse in Monographien und (überwiegend nicht referierten) Erstpublikationen im Internet veröffentlicht. Rund ein Viertel (431) der Publikationen erschien in wissenschaftlichen Fachzeitschriften, davon knapp 60 % in referierten Journalen. Allerdings variiert der Anteil referierter Publikationen zwischen den Einrichtungen deutlich.

Die Beiträge der befragten außeruniversitären Friedens- und Konfliktforschung zu referierten Fachzeitschriften sind mehrheitlich englischsprachig. Auch hier zeigen sich Unterschiede zwischen den Einrichtungen: während einige von ihnen 90 % oder mehr der einschlägigen referierten Zeitschriftenbeiträge auf Englisch veröffentlicht haben, liegt dieser Wert bei anderen deutlich darunter. In nicht referierten Zeitschriften fällt der Anteil englischsprachiger Beiträge wesentlich geringer aus als in referierten. Nur etwa 15 % aller von den befragten außeruniversitären Einrichtungen erarbeiteten Publikationen in nicht refe-

|<sup>53</sup> Die außeruniversitären Einrichtungen, die bei anderer Schwerpunktsetzung auch in der Friedens- und Konfliktforschung und/oder der sicherheitspolitischen Forschung tätig sind, wurden gebeten, ausschließlich die Publikationen aus diesem Forschungsfeld anzuführen.

|<sup>54</sup> Um den Aufwand für die Befragten möglichst gering zu halten, wurden für den universitären Bereich keine Publikationszahlen erfragt.

rierten Zeitschriften sind in englischer Sprache verfasst. Hingegen ist fast jede zweite Monographie dieser Einrichtungen zur Friedens- und Konfliktforschung englischsprachig. Veröffentlichungen in anderen Sprachen sind selten.

Ein weiteres Textformat im außeruniversitären Bereich dieses Forschungsfeldes sind unveröffentlichte Beratungspapiere. Diese Papiere werden für unterschiedliche Adressatenkreise erstellt, insbesondere für Bundesministerien, teilweise aber auch für Akteure auf internationaler und europäischer Ebene oder für NGOs und andere zivilgesellschaftliche Adressaten. Für den Begutachtungszeitraum geben die befragten außeruniversitären Einrichtungen gut 130 solcher Papiere aus dem Kontext der Friedens- und Konfliktforschung an.

Hinzu kamen in dieser Zeit rund 2.000 Vorträge der außeruniversitär beschäftigten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu Themen der Friedens- und Konfliktforschung. Darin sind sowohl wissenschaftliche Fachvorträge auf nationalen und internationalen Konferenzen als auch Vorträge vor einem breiteren Publikum enthalten.

Im selben Zeitraum führten die befragten außeruniversitären Einrichtungen rund 300 wissenschaftliche Veranstaltungen durch, von denen etwa zwei Drittel englischsprachig waren. Hingegen lag der Anteil englischsprachiger Veranstaltungen an den von der universitären Friedens- und Konfliktforschung organisierten rund 130 Tagungen, Konferenzen, Workshops etc. bei unter 50 %.

#### 1.4 Drittmittel

Die befragten universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen haben für die Jahre 2014 bis 2017 vereinnahmte Drittmittel für Vorhaben der Friedens- und Konfliktforschung im Umfang von insgesamt rd. 59 Mio. Euro ausgewiesen. |<sup>55</sup> Davon entfielen ca. 28 Mio. Euro auf die universitäre und rd. 30 Mio. Euro auf die außeruniversitäre Forschung (vgl. Übersicht 4 in Anhang 2). Hinzu kommen Drittmittel unbestimmten Umfangs für Projekte im

|<sup>55</sup> Diese Angaben stehen unter folgendem Vorbehalt: Gefragt wurden die Einrichtungen nach vereinnahmten Drittmitteln, d.h. Drittmitteln, die beim Drittmittelgeber abgerufen worden sind und somit für Forschungsprojekte der Einrichtung im jeweiligen Haushaltsjahr zur Verfügung standen. Erbeten wurden die Drittmittelangaben also als Teilbudgets nach Haushaltsjahren, nicht als Gesamtsumme der Drittmittelbewilligung. Allerdings ist in einzelnen Fällen nicht sicher, ob es sich bei den Angaben nicht um Gesamtsummen der im jeweiligen Jahr erfolgten Drittmittelzusagen handelt. Dieser Vorbehalt wurde auch an anderen Stellen dieser Empfehlungen berücksichtigt, die Aussagen zu Drittmitteln enthalten. In die hier genannte Gesamtsumme wurden die von der *Berghof Foundation* angegebenen Drittmittel im Umfang von 20,9 Mio. Euro nicht einberechnet, die größtenteils vom Auswärtigen Amt stammen und für Praxisprojekte eingeworbenen wurden. Der Grund für diese Nichtberücksichtigung liegt darin, dass der Forschungsanteil dieser Drittmittel nicht zu ermitteln war.

Forschungsfeld, die von Friedens- und Konfliktforscherinnen und -forschern eingeworben wurden, die nicht in die Befragung einbezogen wurden. |<sup>56</sup>

Für die befragten universitären und außeruniversitären Einrichtungen der Friedens- und Konfliktforschung ist der Bund als Drittmittelgeber von herausgehobener Bedeutung, wenngleich nicht alle Einrichtungen im Begutachtungszeitraum Bundesmittel eingeworben haben. Insgesamt stammen 39 % (23,1 Mio. Euro) aller im Begutachtungszeitraum von den befragten Einrichtungen eingeworbenen Drittmittel von Bundesministerien, vor allem vom Auswärtigen Amt (AA), dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) sowie dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (vgl. Abbildung 2 und 3).

Sehr wichtig für beide Sektoren des Wissenschaftssystems sind ferner die Drittmittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) (12,3 Mio. Euro), die einen Anteil zwischen einem Fünftel (außeruniversitär) und einem Viertel (universitär) an den Drittmitteleinnahmen ausmachen. Einen großen Umfang haben in den befragten Einrichtungen der universitären Friedens- und Konfliktforschung auch die EU-Mittel. Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass nur zwei Universitäten nennenswert davon profitieren, während der Großteil der befragten Universitäten in der Friedens- und Konfliktforschung keine EU-Mittel ausweist. Insgesamt liegt der Anteil der EU-Mittel an allen von 2014 bis 2017 eingeworbenen Drittmitteln in den befragten universitären und außeruniversitären Einrichtungen der Friedens- und Konfliktforschung bei 16 % (9,2 Mio. Euro).

|<sup>56</sup> Hierzu gehören etwa ein *ERC Starting Grant*, der von einer Wissenschaftlerin der Universität Mannheim für das Projekt *Repression and the Escalation of Conflict* eingeworben wurde, ein Teil der Mittel aus dem Exzellenzcluster *Integrated Climate System Analysis and Prediction* (CliSAP) der Universität Hamburg für Projekte im Bereich Klimawandel und Konfliktforschung bzw. Klimawandel und Sicherheit sowie die Mittel aus dem LOEWE-Schwerpunkt „Konfliktregionen im östlichen Europa“, ein federführend vom Gießener Zentrum Östliches Europa (GiZo) der Universität Gießen und vom Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung bearbeitetes Verbundforschungsprojekt, an dem sich auch die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung beteiligt. Auch der 2017 ausgelaufene SFB 700 „Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit“ umfasste mehrere Projekte aus dem Forschungsfeld.

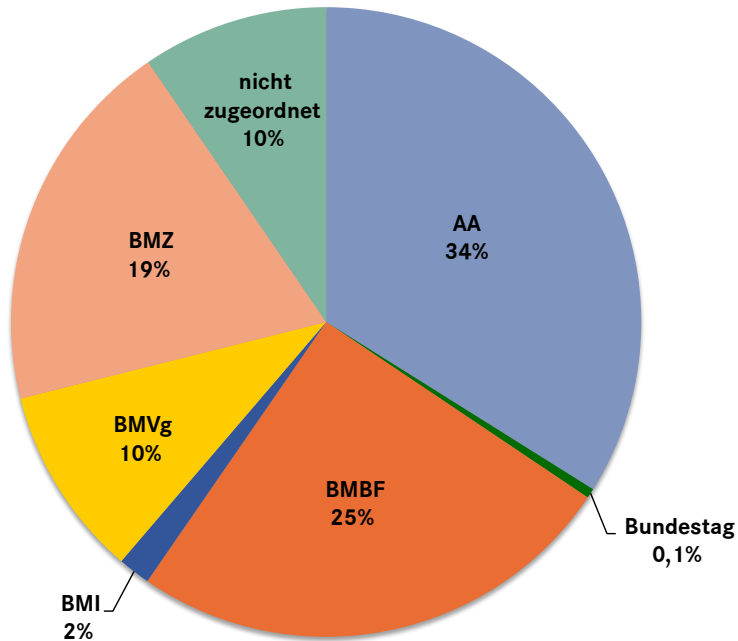


Abbildung 2: Bundesmittel der befragten universitären und außeruniversitären Einrichtungen der Friedens- und/oder Konfliktforschung, aufgeschlüsselt nach Ressorts.

Quelle: Wissenschaftsrat nach Angaben der Einrichtungen

Drittmittel aus öffentlichen und privaten Stiftungen haben in den befragten universitären wie außeruniversitären Einrichtungen einen Anteil von rund 10 % (5,7 Mio. Euro), |<sup>57</sup> dabei streuen sowohl die Mittelgeber als auch die Mitnehmer breit. Einen substanziellen Anteil von knapp einem Drittel bzw. knapp der Hälfte aller Drittmiteleinahmen haben Stiftungsdrittmittel im Begutachtungszeitraum lediglich bei der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung sowie der Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Konstanz, in den anderen befragten Einrichtungen liegt dieser Anteil zumeist bei deutlich unter 10 %. Die Förderung durch die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF) hat einen Anteil von knapp 2 % (1,3 Mio. Euro) an der gesamten Drittmiteleinwerbung der befragten Einrichtungen im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung. Drittmittel einzelner Länder werden sowohl im universitären als auch im außeruniversitären Bereich von einzelnen Einrichtungen aufgeführt, machen insgesamt jedoch mit rund 2 % (1,4 Mio. Euro) nur einen geringen Anteil der vereinnahmten Mittel aus. Noch geringer ist der Anteil an Drittmitteln aus der Wirtschaft (0,5 % bzw. 0,3 Mio. Euro) (vgl. Abbildung 3).

|<sup>57</sup> Hierin sind die Mittel der Deutschen Stiftung Friedensforschung nicht enthalten.

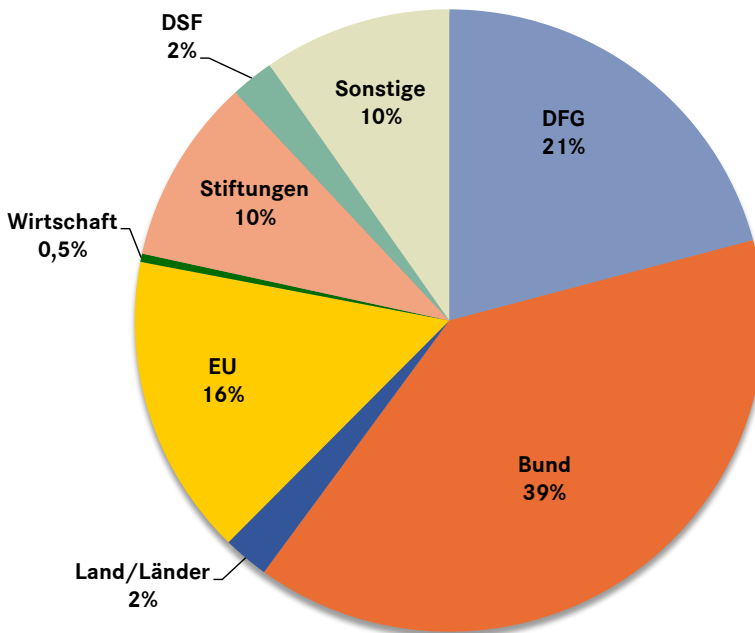


Abbildung 3: Drittmittel der befragten universitären und außeruniversitären Einrichtungen der Friedens- und/oder Konfliktforschung, aufgeschlüsselt nach Drittmittelgebern.

Quelle: Wissenschaftsrat nach Angaben der Einrichtungen

### 1.5 Forschungsförderung

Ein großer Anteil der Drittmittel, die die befragten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Friedens- und Konfliktforschung im Begutachtungszeitraum eingeworben haben, stammt aus Förderangeboten, die für alle Fächer oder größere Fächergruppen offen stehen und sich nicht speziell an die Friedens- und Konfliktforschung richten. Hierzu gehören insbesondere die Einzelförderung und die koordinierten Programme der DFG, Länderprogramme wie die Landes-Offensive zur Entwicklung Wissenschaftlich-ökonomischer Exzellenz (LOEWE) in Hessen und ProExzellenz in Thüringen, die Förderung durch das EU-Forschungsrahmenprogramm und einige Förderangebote privater Stiftungen wie der VolkswagenStiftung und der Thyssen Stiftung.

Besondere Bedeutung für die Förderung der Friedens- und Konfliktforschung kommt, wie ausgeführt (vgl. Anhang 1 1.I.4), mehreren Bundesministerien zu. Mit Ausnahme des BMBF hat jedoch keines der befragten Bundesressorts große fachlich ausgerichtete Programme benannt, in deren Rahmen die teilweise umfangreiche Projektförderung oder Auftragsforschung erfolgt ist. Das BMBF hat für den Begutachtungszeitraum hingegen zwei Programme ausgewiesen, die in hohem Maße anschlussfähig für dieses Forschungsfeld sind. Dies ist zum einen das Rahmenprogramm Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften, das unter anderem die thematische Fördermaßnahme „Zusammenhalt stärken in Zeiten

von Krisen und Umbrüchen“ und künftig das „Institut für den gesellschaftlichen Zusammenhalt“ umfasst. |<sup>58</sup> Zum anderen bieten sich in den Fördermaßnahmen „Aspekte und Maßnahmen der Terrorismusbekämpfung“ sowie seit Anfang 2019 im „Spitzenforschungscluster zur Früherkennung, Prävention und Bekämpfung von islamistischem Extremismus“ des BMBF-Programms „Zivile Sicherheitsforschung“ gute Anschlussmöglichkeiten für die Friedens- und Konfliktforschung. Andere Bundesministerien haben einzelne thematisch einschlägige Ausschreibungen veröffentlicht, so z. B. das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) mit dem Aufruf zur Förderung anwendungsorientierter Forschung zur Prävention religiös begründeter Radikalisierung oder das BMZ mit der Sonderinitiative „Flucht“.

Ebenfalls der Forschung zum islamistischen Extremismus gewidmet ist das Programm „Erforschung des extremistischen Salafismus in NRW“ in Verbindung mit dem Forschungsnetzwerk CoRE NRW (*Connecting Research on Extremism*) des Landes Nordrhein-Westfalen. Dieses Programm wendet sich ebenso wie das Forschungsprogramm „Flucht und Integration“ dieses Landes ausdrücklich auch an die Friedens- und Konfliktforschung, die hier bereits erfolgreich Mittel eingeworben hat. |<sup>59</sup>

Im Bereich der privaten Stiftungen verfügt derzeit lediglich die Gerda Henkel Stiftung mit dem Sonderprogramm „Sicherheit, Gesellschaft und Staat“ über eine thematisch ausgerichtete Förderlinie, die sich ausdrücklich auch an die Friedens- und Konfliktforschung wendet.

Über diese teilweise allgemeinen und fachlich wie thematisch offenen, teilweise thematisch festgelegten und zeitlich befristeten Förderangebote hinaus, die sich alle nicht nur an die Friedens- und Konfliktforschung richten, verfügt dieses Forschungsfeld seit dem Jahr 2000 wieder über eine spezifische Förderorganisation: die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF) (vgl. A.I.2 und Anhang 3). Aufgaben dieser Stiftung sind die dauerhafte Stärkung der Friedens- und Konfliktforschung und ihrer politischen Unabhängigkeit sowie die Unterstützung des Wissenstransfers in Praxis und Öffentlichkeit. Dabei soll die DSF „Impulse zur Fortentwicklung des Forschungsfelds“ geben, selbst jedoch keine Forschung

|<sup>58</sup> In diesem Rahmenprogramm ist zudem geplant, eine thematische Fördermaßnahme zur „Erforschung des ‚radikalen Islam‘ in Deutschland und Europa aus geistes-, sozial- und kulturwissenschaftlicher Perspektive“ durchzuführen.

|<sup>59</sup> Das Programm „Flucht und Integration“ läuft von Dezember 2015 bis Mitte 2019 und verfügt über ein Fördervolumen von insgesamt 2,2 Mio. Euro, mit denen elf Projekte gefördert werden. Für eine Koordinierungsstelle und Forschungsprojekte des Programms „Erforschung des extremistischen Salafismus in NRW“ (2016–2020) stehen insgesamt 3,2 Mio. Euro zur Verfügung.

durchführen. |<sup>60</sup> Mit diesen Zielen fördert die Stiftung – fächerübergreifend und überwiegend themenoffen – einschlägige Forschungs-, Tagungs- sowie Vernetzungs- und Transferprojekte. Im Jahr 2017 wurde ergänzend erstmals eine thematische Förderlinie zum Thema „Neue Technologien: Risiken und Chancen für internationale Sicherheit und Frieden“ ausgeschrieben, in deren Rahmen 2018 und 2019 Forschungsvorhaben im Umgang von insgesamt 0,6 Mio. Euro gefördert werden sollen. Die Förderung der DSF erfolgt weitgehend aus den Erträgen des Stiftungskapitals (derzeit 27,06 Mio. Euro). Im Jahr 2017 wurden auf dieser Grundlage rund 0,8 Mio. Euro für die Projekt-, Tagungs- und Transferförderung verausgabt (vgl. Anhang 3).

## 1.II LEHRE UND NACHWUCHSFÖRDERUNG

---

### II.1 Lehre

#### II.1.a Studienangebot

An sechs Universitäten in Deutschland werden derzeit sieben Masterstudiengänge der Friedens- und Konfliktforschung angeboten, die von den Verantwortlichen mehrheitlich als inter- oder multidisziplinär beschrieben werden (vgl. Übersicht 5 in Anhang 2). Ein weiterer Masterstudiengang an der Universität Augsburg wurde inzwischen eingestellt. Für die sieben fortbestehenden Masterstudiengänge liegt seit März 2018 eine gemeinsame Gegenstandsbestimmung vor, auf die sich die Studiengangsverantwortlichen in der „Augsburger Erklärung“ verständigt haben. |<sup>61</sup> Kennzeichnend für diese Studiengänge ist demnach „die wissenschaftliche Beschäftigung mit den Zusammenhängen zwischen Konflikt, Gewalt und Frieden, mit dem letztlichen Ziel abzuschätzen und zu vermitteln, wie gewaltsamer Konfliktaustrag zu minimieren ist und welche Chancen und Möglichkeiten für einen gekonnten Konfliktaustrag auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen bestehen.“ |<sup>62</sup>

In der Umsetzung dieses gemeinsamen Ziels und insbesondere in der Schwerpunktsetzung unterscheiden sich die Studiengänge. Vier von ihnen weisen ei-

|<sup>60</sup> § 2 der Satzung der Deutschen Stiftung Friedensforschung i. d. F. vom 10. März 2016.

|<sup>61</sup> An der Augsburger Erklärung beteiligt waren zudem die Verantwortlichen für die Studiengänge „Internationale Beziehungen und Entwicklungspolitik“ der Universität Duisburg-Essen und *Peace, Development, Security and International Conflict Transformation* an der Universität Innsbruck.

|<sup>62</sup> Augsburger Erklärung des Arbeitskreises „Curriculum und Didaktik“ der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) vom 21.03.2018, in: [http://www.peacemediation.de/uploads/7/7/3/9/1/773911539/ak\\_afk\\_mitteilungswissenschaftsrat.pdf](http://www.peacemediation.de/uploads/7/7/3/9/1/773911539/ak_afk_mitteilungswissenschaftsrat.pdf), zuletzt abgerufen am 4. Juni 2019, S. 1.

nen politikwissenschaftlichen Schwerpunkt auf, der Fragestellungen der Friedens- und Konfliktforschung mit Zugängen der Internationalen Beziehungen und völkerrechtlichen Aspekten verbindet. |<sup>63</sup> Über (Wahl-)Pflichtmodule etwa in den Bereichen Konfliktmanagement, Mediation oder Friedenspädagogik gewinnen diese Studiengänge ein je eigenes Profil. In zwei dieser Studiengänge bestehen in Wahlpflicht- bzw. Pflichtmodulen Lehrangebote in der naturwissenschaftlich-technischen Friedens- und Konfliktforschung. |<sup>64</sup> Annähernd gleichgewichtig politik- und sozialwissenschaftlich ausgerichtet und mit einem stärkeren Fokus auf innergesellschaftliche Konflikte versehen sind zwei Studiengänge – beide an der Universität Marburg –, während der einzige dezidiert sozialwissenschaftliche Masterstudiengang in Augsburg seit Wintersemester 2016/2017 keine Studierenden mehr aufnimmt; der Nachfolgestudiengang „Sozialwissenschaften: Konflikte in Politik und Gesellschaft“ wird seitens des Forschungsfeldes nicht als Studiengang der Friedens- und Konfliktforschung angesehen. Eine vornehmlich rechtswissenschaftliche Perspektive kennzeichnet den Weiterbildungsstudiengang „Mediation und Konfliktmanagement“ an der Universität Frankfurt/Oder. Über diese sieben Studiengänge der Friedens- und Konfliktforschung hinaus gibt es zwei primär sicherheitspolitisch ausgerichtete Masterstudiengänge, von denen einer militärhistorische Zugänge mit gegenwartsbezogenen Perspektiven verbindet (vgl. Übersicht 6 in Anhang 2). |<sup>65</sup>

Schwerpunkte in der Friedens- und Konfliktforschung können zudem in den Masterstudiengängen „Politik und Verwaltungswissenschaft“ und „Demokratisches Regieren und Zivilgesellschaft“ der Universitäten Konstanz bzw. Osnabrück sowie im Weiterbildungsstudiengang *Master of Public Policy* der Universität Erfurt gewählt werden. Darüber hinaus besteht in weiteren Masterstudiengängen die Möglichkeit, sich intensiver mit Fragen dieses Forschungsfeldes zu befassen, so etwa an den Universitäten Bochum und Duisburg-Essen in primär entwicklungspolitisch orientierten Studiengängen und in dem gemeinsamen

|<sup>63</sup> Dies trifft auf die Studiengänge der Universitäten Frankfurt am Main/Darmstadt, Hamburg, Magdeburg und Tübingen zu. Zudem gilt es für die Lehre zur Friedens- und Konfliktforschung in den im Kern anders ausgerichteten Studiengängen der FU Berlin/HU Berlin/Universität Potsdam sowie der Universitäten Duisburg-Essen, Erfurt und Osnabrück.

|<sup>64</sup> Dies gilt für den gemeinsam von der Universität Frankfurt/Main, der TU Darmstadt und der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung getragenen Studiengang „Internationale Studien/Friedens- und Konfliktforschung“ sowie für den von der Universität Hamburg und dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik gemeinsam angebotenen *Master of Peace and Security Studies*.

|<sup>65</sup> Dabei handelt es sich um den Weiterbildungsstudiengang *International Security Studies* der Universität der Bundeswehr München und den gemeinsam von der Universität Potsdam und dem Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr getragenen Masterstudiengang *War and Conflict Studies*. Zudem bietet die *Hertie School of Governance* im Studiengang *Master of International Affairs* eine Spezialisierungsmöglichkeit im Bereich *Security and Sustainability* an.



Masterstudiengang „Internationale Beziehungen“ der FU Berlin, der HU Berlin und der Universität Potsdam (vgl. Übersicht 7 in Anhang 2). Die Universität Hamburg bietet über den Masterstudiengang der Friedens- und Konfliktforschung hinaus im freien Wahlbereich ein interdisziplinäres Curriculum Friedensbildung/*Peacebuilding* an, in dem fakultätsübergreifend Lehrveranstaltungen gebündelt werden. An der Hochschule Magdeburg-Stendal ist ein Masterstudiengang „Kriegs- und Krisenjournalismus“ im Aufbau.

Für die Ausbildung der Studierenden in qualitativen und/oder quantitativen Methoden sehen die Friedens- und Konfliktforschungsstudiengänge in Magdeburg, Marburg und Tübingen spezielle (Wahl-)Pflichtmodule vor. Die übrigen Masterstudiengänge des Forschungsfeldes bieten hierfür keine spezifischen Lehrveranstaltungen an, sondern integrieren die Methodenausbildung in thematisch ausgerichtete Seminare und Vorlesungen. Den im Vergleich größten Raum nimmt die Methodenausbildung mit zwei entsprechenden Pflichtmodulen im Konstanzer Studiengang „Politik und Verwaltungswissenschaft“ ein. Um die Methodenkompetenz in der Friedens- und Konfliktforschung zu stärken, haben Wissenschaftler der Universität Konstanz jüngst im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung einen Arbeitskreis „Methoden“ gegründet, dem überwiegend Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in der Qualifizierungsphase angehören.

Die meisten Studiengänge der Friedens- und Konfliktforschung integrieren ein zwei- bis dreimonatiges Pflichtpraktikum; <sup>66</sup> im Fall der Marburger Studiengänge ist dieses im Ausland und bevorzugt in einer Organisation zu absolvieren, die sich mit Konfliktregulation befasst. Der Hamburger Studiengang hat einen Kooperationsverbund Friedensforschung und Sicherheitspolitik eingerichtet, dem eine Reihe universitärer und außeruniversitärer Einrichtungen überwiegend aus dem Inland angehören, die in Forschung und/oder Praxis in den genannten Feldern aktiv sind und regelmäßig Studierende als Praktikantinnen und Praktikanten aufnehmen.

Ein Auslandsaufenthalt ist in dem gemeinsamen *Joint Degree*-Studiengang der Universitäten Kent und Marburg verpflichtend vorgeschrieben; hier wird stets das erste Studienjahr in Großbritannien und das zweite in Deutschland absolviert. Für den Konstanzer Studiengang „Politik und Verwaltungswissenschaft“ bestehen *Double-Degree*-Optionen mit einer Reihe vor allem europäischer Universitäten, die mit entsprechenden Auslandsaufenthalten verbunden sind. Bereits beendet ist das vom DAAD geförderte Austauschprogramm der Universität

<sup>66</sup> Ausnahmen sind der Tübinger Masterstudiengang „Friedensforschung und Internationale Politik“, in dem ein Praktikum optional absolviert werden kann, sowie der berufsbegleitende Weiterbildungsstudiengang „Mediation und Konfliktmanagement“ der Universität Frankfurt/Oder.

Duisburg-Essen mit Universitäten in Iran, Marokko und Pakistan zum Thema *Peaceful Change and Violent Conflict – The Transformation of the Middle East and Western-Muslim Relations*. Im Rahmen dieses Programms hatten Studierende der beteiligten Hochschulen die Möglichkeit, gemeinsam an mehrtägigen Seminaren teilzunehmen, die im Wechsel an den kooperierenden Einrichtungen stattfanden.

Ein zusätzlicher Spracherwerb ist in keinen der spezialisierten Studiengänge formal integriert, lediglich für den *Joint Degree*-Masterstudiengang der Universitäten Marburg und Kent werden in einem Integrationsmodul Sprachkurse in Arabisch, Persisch und Türkisch angeboten.

Der Koordination der Studiengänge und dem Austausch zwischen den Verantwortlichen sowie der Reflexion und Weiterentwicklung der Lehre dient der Arbeitskreis „Curriculum und Didaktik“ in der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung, der zudem Workshops für Nachwuchskräfte sowie hochschuldidaktische Weiterqualifizierungen für erfahrene Lehrende anbietet. Diese Angebote werden von der Deutschen Stiftung Friedensforschung finanziell gefördert. Ein Ergebnis der Abstimmung zwischen den Studiengangsverantwortlichen sind die seit 2016 in den Sommersemestern (SoSe) durchgeführten internetgestützten Ringvorlesungen und *Blended Learning*-Seminare, an denen sich mehrere der Masterstudiengänge beteiligen, sowie einzelne standortübergreifende Präsenzveranstaltungen. In den letzten Jahren ist darüber hinaus eine Reihe von Lehrbüchern erschienen, die sich um die Klärung von Grundfragen der Friedens- und Konfliktforschung und um neue didaktische Formate bemühen. |<sup>67</sup>

Großen Raum in der Lehre nehmen Veranstaltungsformate zur Verknüpfung von Forschungs-, Praxis- und *Soft Skill*-Elementen ein. Hierzu gehören vor allem Planspiele und Simulationen internationaler Verhandlungen (z. B. *Moot Courts*, *National Model United Nations*), teilweise verknüpft mit Exkursionen zu nationalen, europäischen oder internationalen Organisationen, die für das Forschungsfeld von besonderem Interesse sind (z. B. Bundesministerien, Bundestag, OSZE, NATO, Internationaler Strafgerichtshof). |<sup>68</sup> Einzelne Masterstudiengänge der

|<sup>67</sup> So insbesondere die von Peter Imbusch und Ralf Zoll herausgegebene Reihe Friedens- und Konfliktforschung, in der bislang 15 Bände erschienen sind.

|<sup>68</sup> So führt bspw. der Masterstudiengang „Internationale Beziehungen/Friedens- und Konfliktforschung“ der Universitäten Frankfurt/Main und Darmstadt und der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung regelmäßig Simulationen der Verhandlungen zum nuklearen Nichtverbreitungsvertrag durch. Diese sind mit einer zweiwöchigen Exkursion zu den Verhandlungen verbunden. Die Studierenden werden bei den Vereinten Nationen akkreditiert, dürfen einen Teil der Verhandlungen unmittelbar beobachten und haben Gelegenheit, mit Diplomatinen und Diplomaten ins Gespräch zu kommen. Im Anschluss an die Verhandlungen findet vor Ort unter Leitung von Diplomatinen bzw. Diplomaten eine Verhandlungssimulation statt.

Friedens- und Konfliktforschung oder entsprechende Schwerpunkte anderer Studiengänge führen auch Exkursionen in (Post-)Konfliktregionen durch.<sup>69</sup> Mit diesen Exkursionen sind jedoch zumeist hohe finanzielle Kosten verbunden, die vor allem für Studierende aus solchen Regionen sowie aus (anderen) Entwicklungsländern oft nur schwer zu tragen sind.

An den meisten Standorten gehören zudem praxisbezogene Lehrformate zum Curriculum der Masterstudiengänge der Friedens- und Konfliktforschung. Diese reichen von einzelnen Vorträgen von Praktikerinnen und Praktikern über berufsfeldorientierende Praxismodule (z. B. Mediation) bis hin zu zweisemestrigen Praxisseminaren wie bspw. an der Universität Erfurt, in denen unter Einbindung *policy*-naher Institute (z. B. Stiftung Wissenschaft und Politik) Fallstudien bearbeitet werden. Darüber hinaus bieten einige der Studiengänge Veranstaltungen an, die auf den Erwerb von Kompetenzen für relevante Praxisfelder zielen (z. B. Medientraining, Verfassen von *policy papers*, internationale Verhandlungsführung, Projektmanagement, *Social Entrepreneurship*). Für rund 60 Studierende der Friedens- und Konfliktforschung aus unterschiedlichen Studiengängen wurde mit Förderung der Deutschen Stiftung Friedensforschung 2015 zum zweiten Mal ein mehrtägiger Praxisworkshop „Friedensarbeit praktisch erfahren“ durchgeführt. Den Studierenden wurden dabei einschlägige Praxisfelder vorgestellt und Raum zur Reflexion ihrer Erwartungen an den Beruf gegeben.

#### II.1.b Personelle Ausstattung der Studiengänge

Die Studiengänge und Studienschwerpunkte in der Friedens- und Konfliktforschung sind personell unterschiedlich ausgestattet. Über den größten Lehrkörper verfügt die Universität Frankfurt/Main, an der zum Stichtag (31.12.2017) nach eigenen Angaben für den entsprechenden Masterstudiengang 17 Professorinnen und Professoren sowie 21 wissenschaftliche Beschäftigte (davon zwölf mit Promotion) zur Verfügung standen. Hinzu kamen zehn Professorinnen und Professoren und acht wissenschaftliche Beschäftigte der TU Darmstadt sowie weitere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. Hingegen wird der Masterstudiengang *Peace and Conflict Studies* der Universität Magdeburg im Wesentlichen von zwei Profes-

<sup>69</sup> Entsprechende Exkursionen wurden von den Studiengängen bzw. Studienschwerpunkten der Universitäten Erfurt (Bosnien-Herzegowina), Magdeburg (Indien), Marburg (Kambodscha, Kosovo, Bosnien-Herzegowina, Kasachstan), Tübingen (Zypern) durchgeführt. In unregelmäßigen Abständen besteht für zehn Studierende des Tübinger Studiengangs die Möglichkeit, als Passagiere des *Peace Boat* für jeweils zehn Tage gemeinsam mit Studierenden aus anderen Ländern in (Post-)Konfliktregionen zu reisen, an den Anlaufstätten mit Vertreterinnen und Vertretern von Politik und NGOs zu sprechen und friedenspolitische Veranstaltungen an Bord zu gestalten bzw. daran teilzunehmen.

suren und vier wissenschaftlichen Beschäftigten (davon zwei mit Promotion) getragen und ist zwingend auf Lehrimporte anderer Professuren angewiesen. Ähnlich ist die Situation in Tübingen. Die Schwerpunktbereiche der Friedens- und Konfliktforschung in Duisburg-Essen und Osnabrück stützen sich jeweils nur auf eine Professur, in Erfurt auf eine Juniorprofessur ohne *Tenure Track*. |<sup>70</sup>

Beiträge zu Studiengängen der Friedens- und Konfliktforschung werden unter anderem von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler außeruniversitärer Forschungsinstitute erbracht. Den umfangreichsten Lehrbeitrag leistet das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg mit insgesamt 54 Semesterwochenstunden (SWS) im WS 2017/2018, überwiegend in dem vom Institut selbst maßgeblich mitgetragenen Studiengang *Master of Peace and Security Studies* der Universität Hamburg. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung boten im Berichtszeitraum (2014 – 2017) Lehrveranstaltungen im Umfang von durchschnittlich 24 SWS pro Semester an. Diese verteilten sich auf mehrere Universitäten im In- und Ausland. |<sup>71</sup> Das Lehrengagement des *Bonn International Center for Conversion* hat in den Jahren seit 2014 zugenommen und lag im WS 2016/2017 bei zehn SWS, überwiegend an der Universität Bonn.

#### II.1.c Zusammensetzung der Studierenden

Insgesamt 1.260 Studierende haben zwischen WS 2012/2013 und SoSe 2017 ein Studium der Friedens- und Konfliktforschung in einem der sieben bestehenden Masterstudiengänge sowie in dem inzwischen eingestellten Augsburger Masterstudiengang aufgenommen (vgl. Übersicht 8 in Anhang 2); das entspricht einer durchschnittlichen Gesamtstudienanfängerzahl von etwa 250 pro Jahr. |<sup>72</sup> Hinzu kommen Studierende, die sich in den primär anders ausgerichteten Masterstudiengängen in Berlin, Duisburg-Essen, Erfurt, Konstanz und Osnabrück für einen Schwerpunkt in der Friedens- und Konfliktforschung entschieden haben. Zahlen für diese Gruppe liegen nur für die Universität Konstanz vor; dort haben im genannten Zeitraum insgesamt 98 Studierende den Schwerpunkt „Internati-

|<sup>70</sup> Auch nach Ende der Laufzeit dieser Stelle (Ende 2019) soll die Friedens- und Konfliktforschung weiter als Schwerpunkt des *Master of Public Policy* der Universität Erfurt angeboten werden. Dabei ist noch offen, ob diese Lehre durch eine Professur/Juniorprofessur unterlegt oder durch eine wissenschaftliche Mitarbeiterin bzw. einen wissenschaftlichen Mitarbeiter oder eine Lehrbeauftragte bzw. einen Lehrbeauftragten abgedeckt werden soll.

|<sup>71</sup> Darunter sind die Universitäten Frankfurt/Main, Heidelberg, Potsdam, Luzern, die *Chiang Mai University* in Thailand, die *Stanford University* und die *John F. Kennedy School of Government* der *Harvard University*.

|<sup>72</sup> Der Weiterbildungsstudiengang „Mediation und Konfliktmanagement“ der Universität Frankfurt/Oder hat zum WS 2013/2014 erstmals Studierende aufgenommen.

onale Verwaltung und Konfliktmanagement“ im Masterstudiengang „Politik und Verwaltungswissenschaft“ gewählt.

Insgesamt überwiegt in den Masterstudiengängen der Friedens- und Konfliktforschung der Anteil weiblicher Studierender. |<sup>73</sup> Der Anteil ausländischer Studierender variiert zwischen 10 % und rund 40 %. Mit 10 % bis maximal 20 % ist dieser Anteil in den überwiegend deutschsprachigen Studiengängen der Universitäten Augsburg, Frankfurt/Main und Darmstadt sowie Tübingen am geringsten und mit 43 % in dem bilingualen Studiengang der Universität Hamburg am höchsten. In den beiden englischsprachigen Masterstudiengängen in Magdeburg sowie Marburg/Kent kommt etwa ein Drittel der Studierenden aus dem Ausland. Nicht nur hinsichtlich des Anteils, sondern auch mit Blick auf die Herkunft der ausländischen Studierenden zeigen sich große Unterschiede zwischen den Masterstudiengängen. An der Universität Magdeburg kommen die ausländischen Studierenden ausschließlich aus dem Nicht-EU-Ausland, |<sup>74</sup> wohingegen im *Master of Peace and Security Studies* der Universität Hamburg mehrheitlich europäische Studierende eingeschrieben sind, die zweitgrößte Gruppe kommt aus Asien. Im gemeinsamen Studiengang der Universitäten Marburg und Kent zeichnen sich bislang noch keine dominanten Herkunftsregionen ab, Großbritannien und Nicht-EU-Länder sind allerdings nur in geringer Zahl vertreten. Unter den Studiengängen mit einem optionalen Schwerpunktbereich in der Friedens- und Konfliktforschung weist der bilinguale Osnabrücker Studiengang „Demokratisches Regieren und Zivilgesellschaft“, der am Helmut-Schmidt-Programm des DAAD teilnimmt, einen Anteil von 35 bis 50 % ausländischer Studierender auf. Überwiegend von Studierenden aus dem Ausland belegt werden die Weiterbildungsstudiengänge *Master of Public Policy* der Universität Erfurt und *International Security Studies* der Universität der Bundeswehr München. |<sup>75</sup>

Mit Blick auf die disziplinäre Herkunft dominieren in den Masterstudiengängen der Friedens- und Konfliktforschung Studierende, die ein Bachelorstudium im

|<sup>73</sup> Vgl. Lambach, Daniel; Schneider, Patricia: Frieden studieren – und was dann? Ergebnisse einer Absolvent\*innenbefragung von Masterstudiengängen der Friedens- und Konfliktforschung, in: Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung, Online first: <https://doi.org/10.1007/s42597-019-00003-2>, zuletzt abgerufen am 2. Mai 2019, S. 5.

|<sup>74</sup> Die ausländischen Studierenden der Kohorte, die ihr Studium im WS 2017/2018 aufgenommen hat, kommen aus folgenden Ländern: Russland, Ukraine, Kambodscha, Mongolei, Peru. In anderen Kohorten kamen Studierende aus Bolivien, Kolumbien, Syrien, Thailand, Japan, Albanien, Costa Rica, Brasilien, Usbekistan, Aserbaidschan.

|<sup>75</sup> Bezogen auf die gesamte Zeit seines Bestehens kommen 95,6 % der Studierenden des Masterstudiengangs der Universität Erfurt aus dem Ausland, überwiegend aus außereuropäischen Staaten, darunter zunehmend (Post-)Konfliktländer. Im Weiterbildungsstudiengang der Universität der Bundeswehr München sind 85 % der Studierenden ausländischer Herkunft, von denen knapp 40 % aus den USA kommen, die übrigen aus weiteren 17 Ländern.

politik- oder sozialwissenschaftlichen Bereich absolviert haben. In geringerem Umfang sind auch Studierende mit Bachelorabschlüssen in geisteswissenschaftlichen, vereinzelt auch in naturwissenschaftlichen Fächern vertreten. Ein ähnliches Bild ergibt sich für die anders ausgerichteten Studiengänge, die eine Schwerpunktsetzung in der Friedens- und Konfliktforschung erlauben. Hingegen sind viele Studierende des Weiterbildungsstudiengangs der Universität der Bundeswehr München (ehemalige) Angehörige von Streitkräften und haben oftmals zunächst ein ingenieurwissenschaftliches Studium absolviert. Die berufstätigen Studierenden des Weiterbildungsstudiengangs der Universität Frankfurt/Oder sind in den Feldern Recht, Wirtschaft, Kultur/Gesellschaft, Politik, Verwaltung, Technik/Ingenieurwesen/Architektur oder in psychosozialen Berufen tätig.

Zur Auswahl der Studierenden wurden für die meisten Studiengänge der Friedens- und Konfliktforschung Verfahren etabliert, in denen neben der Abschlussnote des Bachelorstudiengangs und nachgewiesenen Fremdsprachenkenntnissen Motivationsschreiben oder Klausuren (Essays) und Interviews über die Zulassung entscheiden. In einzelnen Studiengängen wirkt sich Praxiserfahrung in einem einschlägigen Berufsfeld positiv auf die Zulassungschancen aus, in den Weiterbildungsstudiengängen wird sie vorausgesetzt.

#### II.1.d Perspektiven der Absolventinnen und Absolventen

Im Zeitraum vom WS 2012/2013 bis SoSe 2017 haben insgesamt 992 Studierende ihr Studium in einem der zwischenzeitlich acht Masterstudiengänge der Friedens- und Konfliktforschung abgeschlossen (vgl. Übersicht 9 in Anhang 2). Das entspricht einer durchschnittlichen Gesamtzahl von knapp 200 Absolventinnen und Absolventen pro Studienjahr. Hinzu kommen für den Begutachtungszeitraum 91 Absolventinnen und Absolventen des Schwerpunkts „Internationale Verwaltung und Konfliktmanagement“ der Universität Konstanz, eine nicht bekannte Anzahl weiterer Absolventinnen und Absolventen der anderen Studiengänge, die Schwerpunktsetzungen in der Friedens- und Konfliktforschung anbieten, und 47 Absolventinnen und Absolventen des sicherheitspolitischen Weiterbildungsstudiengangs der Universität der Bundeswehr München. |<sup>76</sup>

Zum Verbleib der Absolventinnen und Absolventen der Masterstudiengänge der Friedens- und Konfliktforschung und einiger benachbarter Studiengänge mit

|<sup>76</sup> Zum Vergleich: Im Fach Politikwissenschaft haben in Deutschland im Jahr 2016 insgesamt 1455 Studierende ein konsekutives Masterstudium abgeschlossen. Vgl. Statistisches Bundesamt: Fachserie 11, Reihe 4.2, PJ 2016. Da der Masterstudiengang *War and Conflict Studies* erst ab dem WS 2016/2017 angeboten wird, liegen hierzu noch keine Absolventenzahlen vor.

entsprechenden Schwerpunktangeboten hat der Arbeitskreis „Curriculum und Didaktik“ im Jahr 2017 eine Befragung der Betroffenen durchgeführt. |<sup>77</sup> Demnach ist etwa ein Viertel der Teilnehmenden an der Befragung auf kommunaler, Landes- oder Bundesebene in der öffentlichen Verwaltung tätig. Auch NGOs (18 %) und internationale Organisationen etwa die Vereinten Nationen (14,9 %) beschäftigen Absolventinnen und Absolventen dieser Studiengänge. In geringem Umfang werden Absolventinnen und Absolventen der Friedens- und Konfliktforschungsstudiengänge in Medienunternehmen (3,4 %), sozialen und kulturellen Vereinen und Verbänden (2,8 %) und allgemein in der Privatwirtschaft tätig (9,9 %). Über alle Berufsfelder hinweg sind rund 30 % der Absolventinnen und Absolventen im Ausland tätig, darunter viele mit ausländischer Staatsbürgerschaft. Knapp ein Viertel der Absolventinnen und Absolventen der konsekutiven Masterstudiengänge der Friedens- und Konfliktforschung verbleibt (zuletzt) in der Wissenschaft und strebt die Promotion an. 5,4 % der Befragten waren zum Zeitpunkt der Erhebung auf der Suche nach einem Arbeitsplatz. |<sup>78</sup>

## II.2 Nachwuchsförderung

Zwischen 2014 und 2017 wurden an den befragten Universitäten |<sup>79</sup> rund 130 Promotionen zu Themen der Friedens- und Konfliktforschung erfolgreich abgeschlossen, davon mehr als die Hälfte an den drei Universitäten Frankfurt/Main

|<sup>77</sup> Vgl. Lambach, Daniel; Schneider, Patricia: Frieden studieren – und was dann? Ergebnisse einer Absolvent\*innenbefragung von Masterstudiengängen der Friedens- und Konfliktforschung, in: Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung, Online first: <https://doi.org/10.1007/s42597-019-00003-2>, zuletzt abgerufen am 2. Mai 2019, S. 6. Einbezogen wurden Personen, die seit 2003 ein Studium in einem der Masterstudiengänge der Friedens- und Konfliktforschung an den Universitäten Frankfurt/Main und Darmstadt, Hamburg, Magdeburg oder Tübingen, im Masterstudiengang Internationale Beziehungen und Entwicklungspolitik der Universität Duisburg-Essen oder im Schwerpunkt Internationale Verwaltung und Konfliktmanagement des Masterstudiengangs Politik und Verwaltungswissenschaft der Universität Konstanz abgeschlossen haben. Darüber hinaus wurden auch Absolventinnen und Absolventen des Studiengangs *Peace, Development, Security and International Conflict Transformation* der Universität Innsbruck befragt. Die Rücklaufquoten unterscheiden sich teilweise deutlich zwischen den Standorten und liegen zwischen 16,7 und 33,1 %; im Durchschnitt lag die Rücklaufquote bei knapp einem Viertel der Befragten.

|<sup>78</sup> Diese Arbeitslosenquote liegt etwas höher als die für Absolventinnen und Absolventen der Politikwissenschaft (3,5 %) (vgl. Statistik der Bundesagentur für Arbeit: Berichte: Blickpunkt Arbeitsmarkt - Akademikerinnen und Akademiker, Nürnberg, Mai 2018, S. 28). Allerdings ist zu bedenken, dass der Studienabschluss des größten Teils der Personen, die an der Befragung der Absolventinnen und Absolventen der Friedens- und Konfliktforschung teilgenommen haben, nur wenige Jahre zurückliegt. Dies könnte die höhere Arbeitslosenquote teilweise erklären, da Arbeitslosigkeit bei Akademikerinnen und Akademikern vor allem in den ersten ein bis zwei Jahren nach Studienabschluss auftritt.

|<sup>79</sup> Das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld hat keine Angaben zur Anzahl der von seinen Beschäftigten abgeschlossenen Promotionen gemacht.

(43), Konstanz (18) und Marburg (12). |<sup>80</sup> Unter diesen Promovierten sind auch knapp 60 wissenschaftliche Beschäftigte der befragten außeruniversitären Forschungseinrichtungen, darunter 17 Beschäftigte des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg, elf des *German Institute of Global and Area Studies* und zehn der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. Im Frühjahr 2018 waren sechs Doktorandinnen und Doktoranden am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg tätig, davon fünf aus dem Ausland, ebenso kamen drei der 18 Promovierenden an der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung aus dem Ausland.

Gegenwärtig bietet im universitären Bereich lediglich das Institut für Entwicklung und Frieden der Universität Duisburg-Essen gemeinsam mit der Universität und der Hochschule Düsseldorf ein (seit 2006 laufendes) Promotionskolleg mit thematischer Ausrichtung auf die Friedens- und Konfliktforschung an. |<sup>81</sup> In diesem Rahmen wird etwa 20 Promovierenden der beteiligten Hochschulen sowie einigen Externen eine Reihe jeweils 1,5-tägiger Workshops mit theoretischer oder methodologischer Ausrichtung angeboten. Speziell an Promovierende aus Entwicklungs- und Schwellenländern richtete sich das vom DAAD geförderte Stipendienprogramm des Schwerpunkts *Conflict Studies and Management* der Universität Erfurt, in dem zwischen 2010 und 2018 neun Doktorandinnen und Doktoranden Arbeiten zur Friedens- und Konfliktforschung erstellt haben. Nach Auslaufen dieses Programms wurden weitere vier DAAD-Stipendien für entsprechende Promotionen an der *Willy-Brandt-School* der Universität Erfurt eingeworben.

Spezifische, durch die DFG oder andere Förderer finanzierte Graduiertenkollegs gibt es im Bereich der deutschen Friedens- und Konfliktforschung derzeit nicht, mehrere Einrichtungen haben nach eigenen Angaben allerdings vor, mittel- bis längerfristig entsprechende Anträge bei der DFG zu stellen. |<sup>82</sup> Für einige Doktorandinnen und Doktoranden des Forschungsfeldes besteht die Möglichkeit, in thematisch angrenzenden Graduiertenschulen und -kollegs strukturiert zu

|<sup>80</sup> Zum Vergleich: Im Fach Politikwissenschaft hat das Statistische Bundesamt für das Jahr 2016 insgesamt 305 Promotionen erfasst. Vgl. Statistisches Bundesamt: Fachserie 11, Reihe 4.2, PJ 2016.

|<sup>81</sup> Der Marburger Promotionsstudiengang „*Transitional Justice* nach massiver Gewalt“ wurde nach vierjähriger Laufzeit 2012 wieder eingestellt.

|<sup>82</sup> Das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld plant gemeinsam mit dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) einen Antrag für ein DFG-Graduiertenkolleg in der Friedens- und Konfliktforschung, gleiches gilt für das Zentrum für Konfliktforschung der Universität Marburg gemeinsam mit der Universität Gießen. Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg möchte gemeinsam mit der Universität Hamburg, der Helmut-Schmidt-Universität und weiteren Hamburger Einrichtungen zunächst ein Graduiertenkolleg mit Landesförderung beantragen, bevor in einem zweiten Schritt ein Förderantrag bei der DFG gestellt werden soll.



promovieren. Ein Beispiel hierfür ist die *Bonn International Graduate School for Development Research* (BIGS-DR) des Zentrums für Entwicklungsforschung der Universität Bonn, deren Lehrangebot ebenso wie die Promotionsbetreuung von erfahrenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des *Bonn International Center for Conversion* mitgetragen wird. An der Universität Konstanz eröffnet das 2019 auslaufende Exzellenzcluster „Kulturelle Grundlagen von Integration“ wissenschaftlichen Nachwuchskräften auch der Friedens- und Konfliktforschung die Möglichkeit, sich direkt nach Abschluss der Masterarbeit um ein zwölfmonatiges Übergangsstipendium als Anschubfinanzierung für eine Promotion oder um Mittel zur Finanzierung von Feldforschung zu bewerben. Promovierende der Politikwissenschaft an der FU Berlin können für eine längere Zeit als Forscherinnen und Forscher im Auswärtigen Amt arbeiten und sind hier einzelnen Referaten zugeordnet, um den wechselseitigen Wissenstransfer zu befördern. |<sup>83</sup> An einigen Universitäten sind die Promovierenden der Friedens- und Konfliktforschung in überfachliche Graduiertenschulen eingebunden. Darüber hinaus bieten einzelne universitäre Institute wie etwa das Zentrum für Konfliktforschung der Universität Marburg und einige Professorinnen und Professoren Forschungskolloquien teilweise speziell für Promovierende der Friedens- und Konfliktforschung an.

Vergleichbare Formate gibt es auch an einigen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, wie etwa das Doktorandenkolleg der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung sowie die Doktorandenprogramme des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg und des *German Institute of Global and Area Studies*. Diese Angebote stehen grundsätzlich auch externen Promovierenden offen. Die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung veranstaltet zudem Workshops für interne und externe Doktorandinnen und Doktoranden zu Methoden bzw. Forschungsdesigns und zum Wissenstransfer (z. B. Interviewtrainings).

Die Mehrheit der Doktorandinnen und Doktoranden ist auf (Teilzeit-)Stellen beschäftigt. Ferner vergibt neben der Universität Erfurt auch das *Bonn International Center for Conversion* derzeit eine geringe Anzahl an Promotionsstipendien im Rahmen drittmittelfinanzierter Projekte; im Jahr 2018 haben drei Promovierende auf diese Weise ein Stipendium des Bonner Zentrums erhalten. Stipendien für Masterstudierende in der Abschlussphase mit einschlägigen Themen vergibt zudem die Friedensakademie Rheinland-Pfalz.

|<sup>83</sup> Etabliert wurde diese Möglichkeit im Rahmen des SFB „Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit – Neue Formen des Regierens?“ der FU Berlin (Laufzeit 2006–2017), der auch Fragen der Friedens- und Konfliktforschung bearbeitet hat.

Nach Abschluss der Promotion verbleibt ein großer Anteil der wissenschaftlichen Nachwuchskräfte insbesondere der außeruniversitären Friedens- und Konfliktforschungsinstitute (zunächst) in der Wissenschaft. Von 2014 bis 2017 haben fünf von sechs wissenschaftlichen Beschäftigten des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg ihre wissenschaftliche Arbeit nach der Promotion fortgesetzt. Gleiches gilt für sechs von zehn Beschäftigten der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, von denen wiederum die Hälfte an der Einrichtung verblieb. Demgegenüber wechseln die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des *Bonn International Center for Conversion* nach der Promotion in der Regel in die Praxis, insbesondere zu internationalen Organisationen, die in der Friedenspolitik und -beratung tätig sind.

Von 2014 bis 2017 wurden im Forschungsfeld insgesamt fünf Habilitationen abgeschlossen und zwei weitere Habilitationsschriften eingereicht. Im Frühjahr 2018 haben am *Bonn International Center for Conversion* drei und am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg zwei wissenschaftliche Beschäftigte an ihrer Habilitation gearbeitet.

### 1.III KOOPERATIONEN UND VERNETZUNG

---

Sowohl zwischen den befragten Einrichtungen der Friedens- und Konfliktforschung als auch mit wissenschaftlichen Einrichtungen anderer Forschungsfelder oder Disziplinen bestehen vielfältige Kooperationsbeziehungen auf regionaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Während die überregionalen, europäischen und internationalen Kooperationen zumeist projektbezogen und somit befristet sind, gibt es auf regionaler Ebene vor allem in der Lehre auch dauerhafte Formen der Zusammenarbeit. Forschungsk Kooperationen, von denen im Folgenden einige exemplarisch genannt werden, sind auch hier in der Regel temporärer Natur.

#### III.1 Regionale Kooperationen und Vernetzung

In der Lehre unterhalten universitäre und außeruniversitäre Einrichtungen vor allem in Hamburg und im Raum Frankfurt/Main und Darmstadt auf Dauer angelegte Kooperationen. So wird der Studiengang *Master of Peace and Security Studies* der Universität Hamburg maßgeblich vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg getragen, der Masterstudiengang „Internationale Studien/Friedens- und Konfliktforschung“ gemeinsam von den Universitäten Frankfurt/Main und Darmstadt sowie der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. In Frankfurt/Main, Hamburg und Bonn sind die außeruniversitären Institute des Forschungsfeldes zudem über gemeinsame Berufungen wissenschaftlicher Leitungskräfte mit den örtlichen Universitäten verbunden.

Auch in der Forschung gibt es einzelne Kooperationen auf regionaler Ebene zwischen den befragten universitären und außeruniversitären Einrichtungen aus dem engeren und weiteren Feld der Friedens- und Konfliktforschung. Ein Beispiel hierfür ist das vom Gießener Zentrum östliches Europa und dem Herder-Institut federführend bearbeitete LOEWE-Projekt „Konfliktregionen im östlichen Europa“, an dem das Zentrum für Konfliktforschung der Universität Marburg, die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung und das in Berlin ansässige Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien beteiligt sind. Im Exzellenzcluster *Integrated Climate System Analysis and Prediction* (CliSAP) der Universität Hamburg, im Käte Hamburger Kolleg *Centre for Global Cooperation Research* der Universität Duisburg-Essen sowie im Sonderforschungsbereich (SFB) 700 „Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit – Neue Formen des Regierens?“ (2006–2017) der FU Berlin kooperieren bzw. kooperierten ebenfalls überwiegend Einrichtungen aus der Region.

Unter dem Stichwort „Friedenscampus Hamburg“ soll mit Förderung des Landes die Vernetzung zwischen den örtlichen universitären und außeruniversitären Einrichtungen, die in der Friedens- und Konfliktforschung tätig sind, vorangetrieben werden. In einem ersten Schritt sollen die Kooperationsbeziehungen zwischen Universität Hamburg, Helmut-Schmidt-Universität, *German Institute of Global and Area Studies*, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg, Führungsakademie der Bundeswehr und weiteren Einrichtungen konsolidiert bzw. neu etabliert werden. Angestrebt wird hierfür unter anderem die Einrichtung eines gemeinsamen Graduiertenkollegs und eines Leibniz-WissenschaftsCampus. In einem zweiten Schritt soll sich dieses Netzwerk national und international erweitern.

### III.2 Überregionale Kooperationen und Vernetzung

Zur überregionalen Vernetzung der deutschen Friedens- und Konfliktforschung trägt die Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) mit ihren zehn Arbeitskreisen, einer jährlichen Tagung und der von ihr herausgegebenen Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung (ZeFKo) bei. Die Vertreterinnen und Vertreter der naturwissenschaftlichen und technischen Friedens- und Konfliktforschung haben sich im Jahr 1996 bundesweit zum Forschungsverbund Naturwissenschaft, Abrüstung und internationale Sicherheit (FONAS) zusammengeschlossen. Die Vernetzung von Forschenden zum Themenkomplex Religion, Frieden und Konflikt hat sich der Forschungsverbund „Religion und Konflikt“ zur Aufgabe gemacht, der von der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft koordiniert wird.

In der Forschung bestehen überregionale Kooperationsbeziehungen unterschiedlicher Art. Eine längerfristige Zusammenarbeit findet bei der Erstellung des jährlichen „Friedensgutachtens“ statt. Diese Publikation, die von der Deut-

schen Stiftung Friedensforschung gefördert wird und in erster Linie auf Adressaten aus dem politischen Bereich zielt, wird seit 1987 regelmäßig gemeinschaftlich vom *Bonn International Center for Conversion*, der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, dem Institut für Entwicklung und Frieden der Universität Duisburg-Essen und dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg erarbeitet; bis 2017 war auch die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft beteiligt.

Explizit auf eine überregionale Vernetzung angelegt ist der von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung koordinierte Leibniz-Forschungsverbund „Krisen einer globalisierten Welt“, der zwanzig Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft umfasst. Weitere Beispiele für überregionale Zusammenarbeit in der Forschung sind zwei BMBF-Projekte zum Thema Radikalisierung, die vom Zentrum für Konfliktforschung der Universität Marburg bzw. vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg koordiniert werden. |<sup>84</sup> Ebenso führt die von der Union der deutschen Akademien der Wissenschaften getragene Arbeitsgruppe „Mit Sicherheit mehr Sicherheit? Perspektiven der Sicherheitspolitik für die Welt in 2035“ Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mehrerer deutscher Universitäten und außeruniversitärer Forschungseinrichtungen zusammen.

### III.3 Europäische Kooperationen und Vernetzung

Auf europäischer Ebene kooperieren Friedensforscherinnen und -forscher deutscher Einrichtungen mit einer Vielzahl an Universitäten, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und – in geringerem Umfang – nicht wissenschaftlichen Einrichtungen aus den Bereichen Politik, Militär und Polizei sowie mit NGOs und Wirtschaftsunternehmen. Darunter sind auch einzelne Kooperationen in der Lehre und Nachwuchsförderung. Neben den Universitäten Marburg und Konstanz, die *Joint Degree-* bzw. *Double Degree-*Vereinbarungen mit europäischen Universitäten (sowie im Falle von Konstanz zudem mit einer amerikanischen Universität) geschlossen haben (vgl. Anhang 1 1.II.1.a), ist auch das Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht der Universität Bochum in der Lehre in ein europäisches Netzwerk eingebunden. Die Förderung von Promovierenden zum Ziel hat das *Marie Skłodowska-Curie European Joint Doctorate Programme on Globalisation, Europe and Multilateralism – Sophistication of the Transnational Order, Networks and European Strategies* (GEM-STONES); hieran sind

|<sup>84</sup> An dem BMBF-Projekt „PANDORA: Propaganda, Mobilisierung und Radikalisierung zur Gewalt in der virtuellen und realen Welt“ (2017–2020) sind u. a. die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung und das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg beteiligt. An dem BMBF-Projekt „TERAS-INDEX: Terrorismus und Radikalisierung. Indikatoren für externe Einflussfaktoren“ (2010–2014) haben u. a. das *Bonn International Center for Conversion* und die Universität Erfurt mitgearbeitet.

auf deutscher Seite die Universität Hamburg und das *German Institute of Global and Area Studies* beteiligt. |<sup>85</sup> Ebenfalls dem Bereich der Lehre und Nachwuchsförderung zuzurechnen ist das mit Mitteln der EU geförderte Projekt *Peacebuilding Training in Europe* (2016–2018), an dem gemeinsam mit elf Partnereinrichtungen in Europa auch das Zentrum für Konfliktforschung der Universität Marburg mitgewirkt hat.

Ausgeprägter sind europäische Kooperationen auf Forschungsebene, häufig gefördert durch Programme der EU. Explizit der Vernetzung insbesondere der quantitativen Friedens- und Konfliktforschung in Europa und ihrer Datensammlungen dient die *COST Action European Network of Conflict Research* (ENCoRe). Unter Konsortialführung der ETH Zürich sind in diesem Netzwerk Einrichtungen aus mehr als zwölf europäischen Staaten miteinander verbunden, darunter die FU Berlin und die Universitäten Heidelberg und Mannheim, sowie bis 2016 die Universität Konstanz. Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Netzwerken und (Monitoring-)Projekten, in denen deutsche Einrichtungen vor allem aus dem außeruniversitären Bereich mit europäischen Partnern zu sicherheitspolitischen und sicherheitstechnischen Themen zusammenarbeiten. Von deutscher Seite in diese Projekte eingebunden sind oder waren das *Bonn International Center for Conversion*, die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg, die Stiftung Wissenschaft und Politik und das Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung der Universität Hamburg. Weitere Kooperationsprojekte mit Beteiligung deutscher außeruniversitärer Einrichtungen aus der engeren und weiteren Friedens- und Konfliktforschung bearbeiten Fragestellungen zu politischem Extremismus, Entwicklungszusammenarbeit und Humanitärer Hilfe sowie zu organisierter Kriminalität.

Insgesamt sind die befragten außeruniversitären Einrichtungen der deutschen Friedens- und Konfliktforschung auf europäischer Ebene häufiger in Kooperationsprojekte eingebunden als die universitären. Gleichwohl gibt es EU-Projekte mit Beteiligung der befragten deutschen Universitäten. Neben den oben bereits erwähnten lehr- und nachwuchsbezogenen Vorhaben sowie der *COST-Action* gehören hierzu beispielsweise auch das ERA-Net-Projekt *Living Memories – Living together with difficult memories and diverse identities* (2015–2017), in dem Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Universität Frankfurt/Main mit Partnern aus Estland, Lettland, Russland und der Türkei zusammengearbeitet haben, sowie das *Horizon 2020*-Projekt *Database and Assessment of Risks of violent*

|<sup>85</sup> Die Partner sind Universitäten und außeruniversitäre Einrichtungen in Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien sowie Japan und Kanada.

*Extremists* (DARE), an dem das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld beteiligt ist.

Kooperationen mit europäischen Partnereinrichtungen sind nicht auf EU-geförderte Projekte beschränkt, sondern werden teilweise unilateral, teilweise bilateral von Fördereinrichtungen unterschiedlicher Staaten finanziert. So wird das Projekt „Perspektiven der Friedensforschung in Europa und Eurasien“, in dem unter Federführung des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg Einrichtungen aus Georgien, Kirgisistan, Norwegen und der Ukraine sowie das *Bonn International Center for Conversion* zusammenarbeiten, von mehreren deutschen Fördereinrichtungen unterstützt. Ein weiteres Beispiel ist das von der Leibniz-Gemeinschaft geförderte und vom *German Institute of Global and Area Studies* koordinierte Verbundprojekt *Institutions for Sustainable Peace: Comparing Institutional Options for Divided Societies and Post-Conflict Countries* (2012–2016). Zu den internationalen Partnern gehörten das *Peace Research Institute Oslo* (PRIO), das *Graduate Institute of International and Development Studies* in Genf, das *Department of Peace and Conflict Research* der Universität Uppsala und die *School of Oriental and African Studies* in London. |<sup>86</sup> Die Universitäten Konstanz, Marburg und Potsdam sind in multi- bzw. bilaterale Forschungsprojekte einbezogen, die von schwedischer bzw. britischer Seite (ko-)finanziert werden. Durch die Deutsche Stiftung Friedensforschung gefördert wurde das Projekt „*Screening*“ *Transitional Justice in Serbia* (2015–2016), das die Universität Magdeburg gemeinsam mit dem *Institute for Contemporary History* in Belgrad durchgeführt hat.

#### III.4 Internationale Kooperation und Vernetzung

In einer Reihe internationaler Projekte arbeiten Einrichtungen der deutschen Friedens- und Konfliktforschung mit Partnereinrichtungen aus (Post-)Konfliktregionen in Afrika, Asien, Europa und Lateinamerika zusammen. So veranstaltet etwa das Zentrum für Konfliktforschung der Universität Marburg *Summer Schools* in (Post-)Konfliktregionen wie der Ukraine, Zentralasien und dem Kaukasus und leitet ein vom DAAD-gefördertes Forschungsprojekt zum Kaukasus-Konflikt, an dem die *Tbilisi State University* und die armenische Akademie der Wissenschaften beteiligt sind. Das *Bonn International Center for Conversion* koordiniert einige Projekte, die sich gemeinsam mit Partnern aus der jeweiligen Region mit Afghanistan, Kirgisistan oder der Ukraine befassen, und Lateinamerika liegt im Fokus von bi- oder multilateralen Kooperationsprojekten des *German Institute of Global and Area Studies* und des Deutschen Instituts für Entwicklungs-

|<sup>86</sup> Aus Deutschland waren unter anderem Friedens- und Konfliktforscherinnen und -forscher der Universitäten Duisburg-Essen, Konstanz, Marburg sowie das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg beteiligt.

politik. Weitere internationale Verbundprojekte akzentuieren friedenspädagogische oder sicherheitspolitische Fragen. |<sup>87</sup>

Neben diesen zumeist bi- oder trilateralen Projekten gibt es regional breiter angelegte Vorhaben wie bspw. das *Horizon 2020*-Projekt *Power and Region in a Multipolar Order* (2013–2017) unter Konsortialführung der *University of Oxford*. An diesem Projekt waren insgesamt elf Einrichtungen aus Brasilien, Deutschland, Großbritannien, Indien, Portugal, Russland, Südafrika und der Türkei beteiligt, darunter die Universität Hamburg und das *German Institute of Global and Area Studies*. Auch die Projekte „Das post-transatlantische Zeitalter. Ein Mächtekonzert des 21. Jahrhunderts“ (2011–2017) und *Global Norm Evolution and the Responsibility to Protect* (2012–2015) – beide unter Leitung bzw. Mitwirkung der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung – wurden jeweils von mehreren Forschungseinrichtungen aus dem europäischen und außereuropäischen Ausland gemeinsam bearbeitet. Im Bereich der Lehre gibt es ebenfalls breiter angelegte Kooperationen wie z. B. das Austauschprogramm mit Studierenden und Lehrenden mehrerer Universitäten aus (Post-)Konfliktregionen, das vom Marburger Zentrum für Konfliktforschung geleitet wird und an den Partneruniversitäten zum Kapazitätsaufbau im Bereich Friedens- und Konfliktforschung beiträgt. |<sup>88</sup>

Eine aktive Funktion übernehmen einzelne deutsche Einrichtungen auch bei der Etablierung oder Unterstützung internationaler Netzwerke. So gehört das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik zu den Gründungs- und Leitungsmitgliedern der *Africa Standing Group*, in der 35 Forschungseinrichtungen aus Afrika und den G20-Ländern zusammenwirken, und arbeitet in der *Task Force on Forced Migration* mit, die *Think Tanks* und Forschungseinrichtungen der G20-Länder umfasst. Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg war von 2013 bis 2017 für die Koordination des *OSCE Network of Think Tanks and Academic Institutions* zuständig, in dem 74 Einrichtungen aus dem gesamten OSZE-Gebiet vertreten waren.

Von den befragten universitären Einrichtungen der Friedens- und Konfliktforschung war das Zentrum für Konfliktforschung der Universität Marburg insge-

|<sup>87</sup> Mit Akzent auf friedenspädagogischen Fragen arbeitet das Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung in Projekten mit internationalen Partnern zusammen, bspw. mit der *Hebrew University* und der *University of Melbourne* zum Themenkomplex „Umweltwandel, Frieden und Bildung“. Die Stiftung Wissenschaft und Politik kooperiert in dem vom Norwegischen Verteidigungsministerium finanzierten Projekt *Security and Defence in Northern Europe* mit dem *Norwegian Institute for Defence Studies* und dem *Center for Strategic and International Studies* in Washington, D.C.

|<sup>88</sup> Beteiligt sind die *Catholic University of Eastern Africa* in Kenia, *University of Pretoria* in Südafrika, *Universidad de los Andes* in Kolumbien, *Universidad da Paz* in Osttimor, *University of Pristina* im Kosovo, *University of Kragujevac* in Serbien, *Tajik National University Dushanbe* in Tadschikistan und die *Université de Yaoundé* in Kamerun.

samt am häufigsten (11) in Verbundprojekte eingebunden, annähernd in gleichem Umfang auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene und in knapp der Hälfte dieser Projekte in leitender Funktion. Ebenfalls an einer großen Anzahl von Kooperationsprojekten waren die Universitäten Konstanz (10) und Bochum (9) beteiligt, wobei das Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht der Universität Bochum überwiegend auf nationaler Ebene aktiv war, während die Universität Konstanz einen Schwerpunkt im europäischen und internationalen Bereich hatte. Unter den befragten außeruniversitären Einrichtungen weist das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik im Berichtszeitraum die meisten kooperativen Projekte (13) auf und wählt seine Partner dabei zu etwa gleichen Teilen aus dem europäischen und dem internationalen Raum; die internationalen Kooperationsprojekte finanziert dieses Institut nahezu ausschließlich aus eigenen Haushaltsmitteln. Gemeinsam mit diesem Institut am aktivsten in internationalen Forschungsverbänden war das *Bonn International Center for Conversion* (5), das in all seinen Projekten die Koordination oder Konsortialführung übernahm. Im europäischen Raum war auch die Stiftung Wissenschaft und Politik häufiger in Kooperationsprojekte eingebunden (4) und hatte dabei einmal die Konsortialführung inne. Auf der nationalen Ebene ist das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung diejenige Einrichtung, die am häufigsten an Verbundforschungsprojekten der Friedens- und Konfliktforschung (6) mitarbeitet, darunter zweimal in koordinierender Funktion.

Befragt nach den wichtigsten ausländischen Kooperationspartnern führten die in der Friedens- und Konfliktforschung tätigen außeruniversitären Institute annähernd 60 mehrheitlich europäische Einrichtungen auf. Mehrfach genannt wurden dabei lediglich das *Center for Security Studies* der ETH Zürich und das *Peace Research Institute Oslo* (PRIO). Ein ähnliches Bild ergibt sich für die universitäre Friedens- und Konfliktforschung, die insgesamt mehr als 50 ausländische Kooperationspartner zu den wichtigsten zählt. Je dreimal genannt wurden dabei die *University of Queensland* und die *University of Uppsala*. Vergleichbar breit verteilt sind die Einrichtungen, die als wichtigste nationale Kooperationspartner genannt wurden. Unter den rund 50 deutschen Einrichtungen, die für die außeruniversitäre Friedens- und Konfliktforschung von besonderer Bedeutung sind, wurden die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung und das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg besonders häufig genannt, gefolgt von der Universität Frankfurt/Main. Die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung ist gemeinsam mit dem *German Institute of Global and Area Studies* auch wichtigster Kooperationspartner der universitären Friedens- und Konfliktforschung, dicht gefolgt vom Zentrum für Konfliktforschung der Universität Marburg. Insgesamt nennen die befragten universitären Einrichtungen der Friedens- und Konfliktforschung knapp 80 nationale Kooperationspartner, denen sie eine besondere Bedeutung beimessen.



Zur nationalen und internationalen Vernetzung der deutschen Friedens- und Konfliktforschung tragen auch Gastwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler bei. Am *Bonn International Center for Conversion*, der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung und dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg waren im Begutachtungszeitraum insgesamt rund 80 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für durchschnittlich etwa 3,5 Monate zu Gast. Davon kam mehr als die Hälfte aus dem außereuropäischen (v. a. Tadschikistan, Kirgisistan, Australien) und knapp ein Drittel aus dem europäischen Ausland (v. a. Großbritannien). Die übrigen wissenschaftlichen Gäste kamen von deutschen Einrichtungen.

Eine große Anzahl an Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftlern aus der Friedens-, Konflikt- und Entwicklungsforschung hat auch das Käte Hamburger Kolleg an der Universität Duisburg-Essen aufgenommen, das vom Institut für Entwicklung und Frieden mitgetragen wird. In den ersten sechs Jahren seines Bestehens (2012–2018) waren insgesamt 107 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus 30 Ländern und neun Disziplinen zu Gast an dieser Einrichtung, darunter auch zehn Postdocs. Mit einer Ausnahme dauerte dieser Aufenthalt jeweils ein Jahr. Weitere knapp 70 Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler hielten sich im Begutachtungszeitraum an den anderen befragten Universitäten auf, davon mehr als die Hälfte für zumeist wenige Tage an der Universität Konstanz (mehrheitlich aus den USA und Großbritannien). Das Zentrum für Demokratie- und Friedensforschung der Universität Osnabrück konnte im Rahmen eines universitären Programms zwischen 2010 und 2014 jährlich eine Gastprofessur „Frieden und Globale Gerechtigkeit“ besetzen.

#### **1.IV FORSCHUNGSINFRASTRUKTUREN**

---

##### IV.1 Bibliotheken, Archive und Fachinformationsdienste

Deutschlandweit gibt es an den befragten Einrichtungen 15 mehrheitlich öffentlich zugängliche Fach- und Spezialbibliotheken, die auf Literatur aus der Friedens- und Konfliktforschung und/oder sicherheitspolitischen Forschung konzentriert sind oder Sammlungsschwerpunkte auch in diesem Bereich aufweisen. Die mit Abstand größte des Forschungsfeldes ist die öffentlich zugängliche Bibliothek der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, die zweitgrößte wird vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg betrieben. Letztere umfasst eine OSZE-Depotbibliothek, in der Literatur der und über die OSZE systematisch gesammelt wird. Die Bibliothek des Instituts für Entwicklung und Frieden der Universität Duisburg-Essen, die im universitären Bereich die umfangreichsten Bestände in der Friedens- und

Konfliktforschung sowie Entwicklungspolitik bereit hält, steht für eine institutsexterne Nutzung aufgrund fehlender personeller Kapazitäten nur sehr eingeschränkt zur Verfügung.

Über umfangreiche Bestände aus dem Bereich der Friedens- und Konfliktforschung verfügt auch die Bibliothek des *German Institute of Global and Area Studies*, die größte Spezialbibliothek zu den Regionalstudien in Deutschland. Die öffentlich zugängliche Spezialbibliothek des Instituts für Theologie und Frieden mit ihren 190.000 sacherschlossenen Titeln ist auf den Themenkomplex „Theologie und Frieden“ konzentriert, die Bibliothek der *Berghof Foundation* auf Literatur zum Thema Konflikttransformation. Das Zentrum für Konfliktforschung der Universität Marburg hat die Bibliotheksbestände der Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn nach deren Auflösung gesichert. Das Hamburger Institut für Sozialforschung verfügt neben einer Spezialbibliothek zum Thema Gewaltforschung über das nach eigenen Angaben bundesweit größte Archiv zur Bewegungs- und Protestforschung mit Beständen zur sozialen Protestbewegung nach 1945 im deutschsprachigen Raum sowie in einigen Nachbarländern.

Elf deutsche Forschungsinstitute und ihre Bibliotheken tragen gemeinsam den Fachinformationsverbund (FIV) „Internationale Beziehungen und Länderkunde“, der die Fachdatenbank *World Affairs Online* (WAO) betreibt. |<sup>89</sup> WAO enthielt Ende 2017 mehr als 900.000 Metadatensätze mit Schwerpunkt auf globalen und regionalen, außen- und sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen. |<sup>90</sup> Die darin nachgewiesene Literatur ist inhaltlich erschlossen und durch einen hochspezialisierten Thesaurus multiperspektivisch recherchierbar. WAO steht auf zahlreichen Plattformen, Katalogen und Recherchesystemen zur Verfügung und versteht sich als Teil der *Open Data*- und *Open Access*-Bewegung. Im Sommer 2017 ist der FIV „Internationale Beziehungen und Länderkunde“ dem Südwestdeutschen Bibliotheksverbund beigetreten und übernimmt hier das Anlegen und die Pflege von Normvokabular in seinem Themenbereich in der Gemeinsamen Normdatei. Die Verbunddaten sind auch im *WorldCat* enthalten, der weltweit größten bibliografischen Datenbank.

|<sup>89</sup> Bei den beteiligten Einrichtungen handelt es sich um das *Bonn International Center for Conversion*, das Deutsch-Französische Institut (dfi), die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik, das *German Institute of Global and Area Studies*, die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, das Institut für Auslandsbeziehungen, das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, das Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung und das Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der FU Berlin.

|<sup>90</sup> Hierzu gehörten Bücher, Buchaufsätze, Zeitschriften, Zeitschriftenaufsätze, graue Literatur, elektronische Publikationen. Im Jahr 2015 wurde die Datenbank unmittelbar über die WAO-Homepage und die Kataloge der FIV-Institute knapp 192.000 Mal genutzt. Neuere Zahlen liegen nicht vor.

Einige der befragten Einrichtungen, die auf dem Gebiet der Friedens- und Konfliktforschung tätig sind, verfügen über teilweise umfangreiche Datensätze. Diese werden zumeist intern gespeichert. In größere Forschungsdatenbanken integriert sind lediglich die Datenbank des *German Institute of Global and Area Studies*, die eine Vielzahl der am Institut generierten qualitativen und quantitativen Forschungsdaten umfasst und auch auf der Datorium-Website von GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften veröffentlicht ist, |<sup>91</sup> und die Daten des Instituts für Entwicklung und Frieden der Universität Duisburg-Essen aus dem DFG-Projekt „Warum brechen Staaten zusammen? Eine Mehrmethoden-Untersuchung der Ursachen von Staatskollaps“ (2011–2014), die in einem Datensatz für qualitative vergleichende Analysen zusammengefasst und gemeinsam mit einem detaillierten Codebuch online beim *Harvard Dataverse* verfügbar sind. |<sup>92</sup>

Die meisten Datensätze und Aufbereitungen zu unterschiedlichen Themen der Friedens- und Konfliktforschung stellt das *Bonn International Center for Conversion* auf der eigenen oder speziellen Homepages bereit, so zu „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“, zu technischen Details unterschiedlicher Waffen und deren Proliferation sowie den *Global Militarization Index*. Gemeinsam mit dem Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück hat das *Bonn International Center for Conversion* zudem Daten zur Flüchtlingsforschung in Deutschland zusammengetragen und in einer online verfügbaren interaktiven Karte visualisiert. Das Bonner Zentrum, das seit längerem mit Geoinformationsdaten arbeitet, geht davon aus, dass fernerkundungsbasierte Methoden und eine entsprechende Datenerfassung und -bearbeitung für Analysen der Beziehungen von physischem Raum zu Phänomenen, Strukturen und Prozessen organisierter Gewalt in verschiedenen Kontexten (z. B. Flucht, Migration, Ressourcenextraktion) weiter an Bedeutung gewinnen werden. Gemeinsam mit Partnern beteiligt es sich an einem Antrag bei der *European Space Agency* (ESA) zur Entwicklung eines fernerkundungsbasierten Service zur Erfassung und zum Monitoring von Indikatoren von fragilen Staaten.

Ebenfalls online verfügbar ist das vom Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung seit 1991 jährlich herausgegebene Konfliktbarometer. Das

|<sup>91</sup> Die Daten des *German Institute of Global and Area Studies* sind entweder unter einer offenen Lizenz frei zugänglich oder auf Anfrage bei den verantwortlichen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern nutzbar.

|<sup>92</sup> Dieser Datensatz enthält Daten zu insgesamt 27 möglichen Ursachen von Staatskollaps für ein Sample von 43 Fällen. *Harvard Dataverse: Causes of State Collapse Dataverse* (University of Duisburg-Essen). <https://dataverse.harvard.edu/dataverse.xhtml?alias=statecollapse>, zuletzt abgerufen am 2. Mai 2019.

Heidelberger Institut stellt seine Datensätze unter anderem der EU und der Weltbank zur Verfügung und erstellt Karten. Das Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht der Universität Bochum ist an der Erstellung des jährlich online erscheinenden WeltRisikoIndex beteiligt, der Daten zum Katastrophenrisiko und zur Vulnerabilität von 171 Ländern weltweit aggregiert und für die wissenschaftliche Fachgemeinschaft aufbereitet. Eine Online-Karte mit georeferenzierten Einträgen zu terroristischen Anschlägen weltweit ist auf der Homepage des Instituts für Sicherheitspolitik in Kiel zu finden ebenso wie eine gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt erstellte „Dokumentation zu Abrüstung und Sicherheit“. Informationen und Einordnungen des weltweiten Kriegsgeschehens seit 1945 sind Gegenstand einer Datenbank der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung der Universität Hamburg. Auf der Homepage des Zentrums für Naturwissenschaft und Friedensforschung der Universität Hamburg verfügbar ist eine Datenbank, in der für die Verifikation des Biowaffenübereinkommens potenziell relevante Informationen zusammengetragen wurden. Hingegen macht das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr auf seiner Homepage zwei Standortdatenbanken zur Bundeswehr sowie zur Nationalen Volksarmee, den Grenztruppen der DDR und den sowjetischen (russischen) Streitkräften in der DDR zugänglich. Mit Förderung der Deutschen Stiftung Friedensforschung plant die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung in Kürze ihre Datenbank mit Daten zu allen humanitären militärischen Interventionen seit 1945 online zu stellen.

#### IV.3 Zeitschriften und Reihen

Im engeren Bereich der Friedens- und Konfliktforschung erscheinen in Deutschland drei wissenschaftliche Fachzeitschriften. Bislang rein deutschsprachig ist die „Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung“ (ZeFKo), die seit 2012 im Auftrag des Vorstands der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung herausgegeben wird. Die Beiträge der Zeitschrift „Sicherheit und Frieden/*Security and Peace*“ (S+F) des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg und der 1899 gegründeten „Friedens-Warte/*Journal of International Peace and Organization*“, die an der Schnittstelle von Politik- und Rechtswissenschaft Beiträge zur Friedenssicherung und zu Internationalen Organisationen veröffentlicht, erscheinen in deutscher oder englischer Sprache. ZeFKo und Friedens-Warte beschreiben sich als *peer-reviewed Journals*, S+F stellt es den Autorinnen und Autoren anheim, ob ihre Texte durch Herausgeberinnen und Herausgeber sowie die Redaktion beurteilt oder einem zusätzlichen Begutachtungsverfahren mit externen Gutachtenden unterworfen werden sollen.

Darüber hinaus werden Beiträge der Friedens- und Konfliktforschung in weiteren in Deutschland erscheinenden, ganz oder überwiegend deutschsprachigen Fachzeitschriften publiziert, von denen einige auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dieses Forschungsfeldes zu ihrem Herausgeberkreis zählen.

Dies gilt bspw. für die „Zeitschrift für Internationale Beziehungen“, die „Zeitschrift für Humanitäres Völkerrecht“, die „Zeitschrift für Flüchtlingsforschung“ und die Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung: „Mittelweg 36“. Die „Militärgeschichtliche Zeitschrift“ (MGZ) des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr greift in historischer Perspektive ebenfalls Themen der Friedens- und Konfliktforschung auf, wohingegen die „Zeitschrift für strategische Analysen“ (SIRIUS) des Instituts für Sicherheitspolitik in Kiel Beiträgen der praxisorientierten sicherheitspolitischen Forschung gewidmet ist.

Einige Fachzeitschriften, die auch Beiträge aus der Friedens- und Konfliktforschung publizieren und von deutschen Einrichtungen herausgegeben werden, erscheinen ausschließlich in englischer Sprache. Dies gilt für die vier Fachzeitschriften des *German Institute of Global and Area Studies* |<sup>93</sup> sowie die *open access*-Zeitschriften des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld (*International Journal of Conflict and Violence*) und des Instituts für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht der Universität Bochum (*Journal of International Human Action* sowie *Genocide Studies and Prevention*). Einzelne Vertreterinnen und Vertreter der deutschen Friedens- und Konfliktforschung gehören zu den Herausgeberkreisen internationaler, im Ausland erscheinender Fachzeitschriften dieses Forschungsfeldes. |<sup>94</sup>

Neben den Fachzeitschriften werden von einigen der befragten universitären und außeruniversitären Einrichtungen auch Buchreihen und Editionen mit Bezügen zur Friedens- und Konfliktforschung herausgegeben, darunter die gleichnamige Lehrbuchreihe „Friedens- und Konfliktforschung“, die von zwei Wissenschaftlern der Universitäten Marburg und Wuppertal etabliert wurde, das *Berghof Handbook for Conflict Transformation* der *Berghof Foundation*, das gemeinsam vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg und dem Auswärtigen Amt herausgegebene dreisprachige (deutsch, englisch, russisch) „OSZE-Jahrbuch“, die „Studien zur Friedensethik“ des Instituts für Theologie und Frieden sowie die „Studien zur Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts“ des Hamburger Instituts für Sozialforschung.

|<sup>93</sup> *Africa Spectrum*, *Journal of Current Chinese Affairs*, *Journal of Current Southeast Asian Affairs* und *Journal of Politics in Latin America*.

|<sup>94</sup> Zwei Wissenschaftler der Universitäten Hamburg und Konstanz sind Mitglieder des Herausgebergremiums des vom *Peace Research Institute Oslo* geschäftsführend herausgegebenen *Journal of Peace Research*, ein weiterer Wissenschaftler der Universität Konstanz ist Mitherausgeber der Fachzeitschrift *International Interactions* und ein Wissenschaftler der Helmut-Schmidt-Universität ist Mitherausgeber des *Journal of Intervention and Statebuilding*.

Ergänzt wird dieses Publikationsspektrum durch Online-Angebote wie etwa die von der *Berghof Foundation* herausgegebenen *Dialogue Series* zum Themenfeld Konflikttransformation oder die „Länderanalysen“ zu Staaten und Regionen Ostmitteleuropas, Osteuropas, des Kaukasus und Zentralasiens, an denen sich das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien beteiligt und die neben wissenschaftlichen Aufsätzen auch Chroniken des politischen Geschehens in der Region enthalten; diese Chroniken sind in einem datenbankgestützten Onlinearchiv des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien teilweise bis zurück in das Jahr 2003 zugänglich.

Daneben bestehen unterschiedliche Internetportale zu Fragen der Friedens- und Konfliktforschung wie beispielsweise die friedenspädagogische Website „Frieden Fragen“ der *Berghof Foundation* und die vom Institut für Sicherheitspolitik in Kiel betreute *International Counter Terrorism Academic Community*. Auch das sozialwissenschaftliche Internetportal „Soziopolis“ des Hamburger Instituts für Sozialforschung bietet Beiträgen aus der Friedens- und Konfliktforschung ein Forum.

## **1.V TRANSFER**

---

### V.1 Transferverständnis

Die Mehrzahl der befragten Einrichtungen der Friedens- und Konfliktforschung sieht Wissenstransfer auf der Basis grundlagen- und anwendungsorientierter Forschung als eine ihrer zentralen Aufgaben an (vgl. A.I.2 und Anhang 1 1.I.1). Dabei ist die Transferorientierung im außeruniversitären Bereich besonders ausgeprägt und gehört dort vielfach zu den satzungsgemäßen Aufgaben. Aber auch die universitäre Friedens- und Konfliktforschung weist dem Wissenstransfer einen hohen Stellenwert zu. Dabei sehen die meisten Einrichtungen ihre Aufgabe ausdrücklich nicht darin, rein nachfrageorientiert Lösungen für bereits identifizierte Probleme anzubieten. Vielmehr möchten sie mit ihrer konzeptuellen Arbeit auch dazu beitragen, aktuelle und mögliche künftige Probleme zu erkennen, zu deuten und gesellschaftliche Debatten anzustoßen, um auf diese Weise das Verständnis gesellschaftlicher Herausforderungen zu befördern.

Der Wissenschaftsrat hat 2016 betont, „dass ein einfaches lineares Modell von Transfer im Sinne einer Übertragung von bereits erarbeitetem explizitem und dokumentiertem Wissen in den meisten Fällen unrealistisch ist und zu kurz greift“; vielmehr sollten Austauschprozesse mit den Transferpartnern „bi- oder

multidirektional und rekursiv angelegt sein“. |<sup>95</sup> Dieses Transferverständnis wird von der Mehrzahl der Einrichtungen geteilt. Transfer wird demnach als interaktiver Prozess angesehen, „für den eine wechselseitige Durchdringung von politischen und wissenschaftlichen Interessen und Sichtweisen konstitutiv ist“, wie bspw. die Stiftung Wissenschaft und Politik in ihren Antworten auf den Fragebogen des Wissenschaftsrats ausführt. Dieses Verständnis dominiert vor allem im Hinblick auf Beratungsprozesse unterschiedlicher Art und für unterschiedliche Akteure. In geringerem Umfang findet es sich auch bei der Beschreibung von Aktivitäten der Fort- und Weiterbildung von Praktikerinnen und Praktikern. Demgegenüber wird der Wissenstransfer in Medien und breitere Öffentlichkeit überwiegend als lineare Vermittlung von Forschungsergebnissen, Informationen und Einschätzungen durch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler beschrieben. Nach Angaben vieler Einrichtungen hat die Beratungsnachfrage aus Politik, Administration, Medien und Öffentlichkeit in den letzten fünf bis zehn Jahren deutlich zugenommen.

## V.2 Transferformate und Adressaten

Der Wissenstransfer erfolgt insbesondere im Beratungskontext zum einen auf der Basis unterschiedlicher Publikationsformate. Vor allem die befragten außeruniversitären Einrichtungen verfolgen dabei eine Publikationsstrategie, die neben klassischen wissenschaftlichen Veröffentlichungen diverse, vornehmlich online zugängliche Kurzpublikationen umfassen, in denen wichtige Informationen und Einschätzungen zu aktuellen Themen gebündelt sind. Damit reagieren sie auf Wünsche aus dem politischen Raum nach kompakten Darstellungen. |<sup>96</sup>

Von großer Bedeutung sind zum anderen unterschiedliche Gesprächsformate. Diese reichen von zum Teil mehrtägigen internationalen Konferenzen mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, Politik und anderen gesellschaftlichen Bereichen (z. B. *GIGA Global Transitions Conference*) über regelmäßige – zuweilen exklusive – Gesprächskreise (zumeist unter *Chatham House-Rules* |<sup>97</sup>) mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Administration, Wissenschaft, teilweise auch aus Militär oder zivilen Sicherheitskräften bis hin zu Vieraugengesprächen. Insbesondere die Stiftung Wissenschaft und Politik veranstaltet mehrere dieser Formate. Seltener werden andere Veranstaltungsformate wie

|<sup>95</sup> Wissenschaftsrat: Wissens- und Technologietransfer als Gegenstand institutioneller Strategien. Positionspapier, Weimar 2016, S. 11.

|<sup>96</sup> Beispiele hierfür sind die Formate *BICC Policy Brief*, *SWP-Aktuell* und *ZOiS Spotlight*.

|<sup>97</sup> Gesprächsteilnehmerinnen und -teilnehmer dürfen den Inhalt der Gespräche auch gegenüber Dritten kommunizieren, müssen sich jedoch verpflichten, dabei die Gesprächsbeiträge nicht den einzelnen Teilnehmerinnen und Teilnehmern zuzuordnen.

Lesungen, Ausstellungen oder Filme für den Wissenstransfer genutzt. Ein besonderes Transferformat bieten das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg und die Stiftung Wissenschaft und Politik an, die Angehörigen der Bundeswehr bzw. Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Auswärtigen Amtes und anderer Ressorts die Gelegenheit geben, auf dem Wege einer Entsendung oder Abordnung für einen mehrmonatigen Zeitraum aktiv an der Forschung der Einrichtungen teilzunehmen. Im Gegenzug entsendet die Stiftung Wissenschaft und Politik Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in die Planungsstäbe oder Referate von Bundesministerien, wo sie ebenfalls für mehrere Monate als vollwertige Kräfte in die Arbeit eingebunden werden. Wie oben bereits angesprochen, besteht auch für politikwissenschaftliche Nachwuchskräfte der FU Berlin die Möglichkeit, für längere Zeit als Forschende in Referate des Auswärtigen Amtes eingebunden zu sein (vgl. Anhang 1 1.II.2).

Die Transferleistungen der universitären und außeruniversitären Friedens- und Konfliktforschung richten sich an vielfältige Adressatenkreise. Den größten Raum nimmt die Beratung politischer Akteure auf unterschiedlichen Ebenen ein – von internationalen und europäischen Organisationen bis hin zu regionalen und kommunalen Einrichtungen, von staatlichen bis hin zu nichtstaatlichen Organisationen –, gefolgt von den Medien und einer breiteren Öffentlichkeit. Einzelne Einrichtungen bieten ferner Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen an oder sind auf andere Weise im Bildungsbereich aktiv. Im Folgenden wird ein Überblick über die Transferaktivitäten des Forschungsfeldes gegeben, die jeweils exemplarisch veranschaulicht werden.

## V.2.a Beratung

### *Internationale Organisationen*

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler einzelner Einrichtungen vertreten Deutschland im Auftrag der Bundesregierung in internationalen Gremien oder Delegationen. Dies betrifft in erster Linie das Feld der Rüstungskontrolle und Abrüstung wie beispielsweise Arbeitsgruppen der *International Partnership on Nuclear Disarmament Verification* des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrages, in dem das Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung der Universität Hamburg und das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg die deutschen Vertreter stellen. Es gilt aber auch für Gremien, die sich um die Beilegung von gewaltsamen Konflikten in bestimmten Ländern oder Regionen bemühen, wie etwa die *International Syria Support Group*, deren *Ceasefire Task Force* vom Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik geleitet wurde. Darüber hinaus sind einzelne Einrichtungen beratend für die Vereinten Nationen bzw. deren Unterorganisationen tätig, z. B. das *German Institute of Global and Area Studies* für das *High-Level Review on UN Sanctions*.



Beratungstätigkeiten deutscher Einrichtungen der engeren und weiteren Friedens- und Konfliktforschung finden auch auf Ebene der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sowie der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) statt. Das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik berät beispielsweise vor allem die Expertengremien des OECD-Entwicklungsausschusses *International Network on Conflict and Fragility* regelmäßig zu konfliktrelevanten Themen. Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg verfügt über ein *Centre for OSCE Research*, das seine Beratungsleistungen dem Auswärtigen Amt, der OSZE sowie den OSZE-Vertretungen zahlreicher Teilnehmerstaaten zur Verfügung stellt. Ferner koordiniert es das *OSCE Network of Think Tanks and Academic Institutions*, in dem derzeit 76 Einrichtungen aus 40 Staaten gemeinsam Expertisen erarbeiten und Diskussionen zum sicherheitspolitischen Dialog in der OSZE anstoßen, und hat in den letzten Jahren vorbereitende Schulungen für Diplomatinen und Diplomaten aller OSZE-Vorsitze durchgeführt. Beratungstätigkeiten auf NATO-Ebene zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie zur Rüstungskontrolle erfolgen sowohl in Form kleinerer Gesprächsformate (z. B. *Expert Exchange, Briefings*) als auch in Gestalt von Vorträgen etwa vor der Parlamentarischen Versammlung der NATO. |<sup>98</sup> Zu den internationalen Organisationen und Gremien, für die deutsche Einrichtungen der Friedens- und Konfliktforschung beratend tätig sind, gehören zudem unter anderem die Weltbank, die Vertragsstaaten des Bio-waffenübereinkommens, die *Preparatory Commission for the Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty Organization* und die Internationale Atomenergiebehörde.

Mit Ausnahme des Zentrums für Naturwissenschaft und Friedensforschung der Universität Hamburg sind auf internationaler Ebenen ausschließlich außer-universitäre Einrichtungen längerfristig oder dauerhaft aktiv und institutionell in Gremien eingebunden; Beratungsleistungen der universitären Friedens- und Konfliktforschung erfolgen punktuell und sind in der Regel auf einmalige Veranstaltungsformate begrenzt.

### *Europäische Union*

Auf europäischer Ebene erbringen nur wenige der befragten deutschen Einrichtungen der Friedens- und Konfliktforschung Beratungsleistungen. Über ein eigenes Büro in Brüssel, das zur Vernetzung und zur Koordination von Beratungstätigkeiten auf europäischer und NATO-Ebene dient, verfügt seit 2009 die Stiftung Wissenschaft und Politik. Die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung organisiert in Kooperation mit der hessischen Landesvertretung

|<sup>98</sup> Für die NATO waren insbesondere die Stiftung Wissenschaft und Politik, die Universität Magdeburg und das Zentrum für Demokratie- und Friedensforschung der Universität Osnabrück beratend tätig.

in Brüssel einen regelmäßigen Austausch zu aktuellen politischen Themen (*Crisis Talks*). Beratungsleistungen von deutscher Seite werden überdies für den Rat der Europäischen Union, die Europäische Kommission und den Europäischen Auswärtigen Dienst, das Europäische Parlament und seinen Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung sowie den *Help Desk* für Rüstungsfragen für die europäischen Institutionen und die Mitgliedsstaaten erbracht. Diese Beratungsprozesse werden v. a. von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern dieses Forschungsfeldes der Universität Tübingen getragen. Darüber hinaus werden einzelne Einrichtungen in spezifische Konsultationsprozesse eingebunden, so war etwa das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik am Konsultationsprozess für die Erarbeitung der *EU Global Strategy* zur gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik beteiligt.

#### *Einzelne Staaten und Regionen*

In begrenztem Umfang sind die befragten deutschen Einrichtungen für ausländische Staaten und Regionen tätig. Besonders aktiv ist hier das *Bonn International Center for Conversion*, das die Afrikanische Union, die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECO-WAS) und das *Regional Centre on Small Arms* (RECSA) in Nairobi im Bereich der Kleinwaffenkontrolle berät und technische Beraterinnen und Berater entsendet. Diese Entsendungen erfolgen zumeist längerfristig, um Fachexpertise direkt in die kooperierende Organisation einzubinden und zum Kapazitätsaufbau beizutragen.

Weitere Beratungsaktivitäten dienen der Unterstützung von Dialogprozessen v. a. im östlichen Europa, so bspw. die Kommission *Cooperation and Confidence Building in the Baltic Sea Region*, in der sich die Ostsee-Anrainerstaaten unter Leitung eines Wissenschaftlers der Helmut-Schmidt-Universität zu Rüstungskontrolle, vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen und zivilgesellschaftlicher Zusammenarbeit austauschen. Ein weiteres Beispiel ist die Unterstützung von Dialogprozessen und Netzworkebildungen von lokalen, nationalen und internationalen Akteuren in der Ukraine, die das *Center for Peace Mediation* der Universität Frankfurt/Oder leistet.

#### *Bund*

Das Gros der Politikberatung der deutschen Friedens- und Konfliktforschung konzentriert sich auf die Bundesebene und hier vor allem auf die Bundesregierung (Leitungs- und Fachebene). Um den Kontakt zu den politischen Akteuren in Berlin in Regierung und Parlament zu intensivieren und zu koordinieren, haben das *German Institute of Global and Area Studies* und die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung in jüngerer Zeit eigene Büros in Berlin eingerichtet; das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg be-

reitet diesen Schritt vor. Ebenfalls auf Regierung und Parlament zielt das jährliche Friedensgutachten, von dem bereits die Rede war (vgl. Anhang 1 1.III.2). Dessen Befunde und Empfehlungen werden von den beteiligten Forschungseinrichtungen regelmäßig auf der Bundespressekonferenz sowie in den einschlägigen Bundesministerien und Parlamentsausschüssen vorgestellt und erläutert.

Ein neues und für alle Interessierten offenes Beratungsformat, das in der Friedens- und Konfliktforschung sehr positiv aufgenommen wurde und an dem sich mehrere Einrichtungen beteiligt haben, ist der *PeaceLab*-Prozess, den die Bundesregierung 2016 unter Federführung des Auswärtigen Amtes (AA) angestoßen hat. Ging es zunächst (Sommer 2016 bis Frühjahr 2017) darum, vielfältige Perspektiven in einen Leitlinienprozess einzubeziehen, steht seit Verabschiedung der Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ im Juni 2017 deren Umsetzung im Vordergrund. |<sup>99</sup>

Innerhalb der Bundesregierung unterhält die Friedens- und Konfliktforschung besonders zahlreiche Kontakte zum AA, in dessen Beiräten und Arbeitskreisen eine Reihe von universitären und außeruniversitären Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus diesem Forschungsfeld mitarbeiten. Dies gilt beispielsweise für den Beirat Zivile Krisenprävention und Friedensförderung der Bundesregierung, den VN-politischen Beirat und den Arbeitskreis Friedens- und Konfliktforschung sowie für einige regelmäßige Gesprächskreise zu bestimmten Themen (z. B. Rüstungskontrolle, Kleinwaffen), Ländern oder Regionen (z. B. Afghanistan, Pakistan, Südsudan, Asien). In einzelnen Fällen werden Vertreterinnen und Vertreter der Friedens- und Konfliktforschung auch in bi- oder multilaterale Beratergruppen wie z. B. die „Hochrangige Beratergruppe zu den außenpolitischen Aspekten der Vereinigung Koreas“ eingebunden, teilweise übernehmen sie hier auch eine koordinierende Funktion. |<sup>100</sup>

|<sup>99</sup> Dabei bittet die Bundesregierung zum einen um Diskussionsbeiträge zu Debatten, die sie selbst anregt, und zum anderen um Beiträge zu Themen, die der Beirat Zivile Krisenprävention und Friedensförderung der Bundesregierung unabhängig von dieser setzt.

|<sup>100</sup> In den genannten Gremien sind oder waren Vertreterinnen und Vertreter folgender Einrichtungen eingebunden: *Bonn International Center for Conversion* (mehrfach), Institut für Entwicklung und Frieden der Universität Duisburg-Essen, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Zentrum für Konfliktforschung der Universität Marburg, Universität Tübingen, Helmut-Schmidt-Universität (mehrfach). Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg koordiniert mit Finanzierung des AA und Hamburgs gemeinsam mit dem *Primakov National Research Institute of World Economy and International Relations* in Moskau sowie der *Arms Control Association* in Washington D. C. das Projekt *Deep Cut Commission*, in dem Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, ehemalige Diplomatinen und Diplomaten sowie Militärs aus Deutschland, Russland und den USA miteinander diskutieren und an gemeinsamen Berichten zur nuklearen Abrüstung arbeiten. Laut Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg ist dies inzwischen international einer der wenigen *Track II*-Kontakte, in denen zwischen Akteuren dieser Länder noch über Sicherheitsfragen diskutiert wird.

Einzelne Einrichtungen stehen mit Abteilungen oder Referaten des AA in ständigem Kontakt, so etwa das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg |<sup>101</sup> und das *Center for Peace Mediation* der Universität Frankfurt/Oder, das eine in die Mediationseinheit des AA eingebettete Forschungs- und Transferstelle unterhält, die zu Konzepten, Modellen, Strategie und Institutionalisierung von Mediation im politischen Kontext berät.

In vergleichbarer Weise wie das AA bindet das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der engeren und weiteren Friedens- und Konfliktforschung in Gremien und Gesprächskreise ein, besonders häufig das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik, das *German Institute of Global and Area Studies*, das Institut für Entwicklung und Frieden der Universität Duisburg-Essen und das *Bonn International Center for Conversion*.

Vielfach erfolgt die Beratung von AA und BMZ in Form von Ressortforschungsvorhaben und wissenschaftlichen Studien – häufig mit Transferkomponenten –, die von den Ressorts gefördert werden. Für das BMZ werden in der Regel Ressortforschungsvorhaben durchgeführt, in denen u. a. entwicklungspolitische Instrumente und Maßnahmen untersucht und aus denen Hinweise bzw. Empfehlungen für die Konzeption und Umsetzung der Entwicklungszusammenarbeit mit den Partnerländern bzw. für politische Programme abgeleitet werden. Einen weiteren Schwerpunkt der Beratung des BMZ bilden länderbezogene Informationen und Einschätzungen (bspw. durch das Institut für Entwicklung und Frieden der Universität Duisburg-Essen zu Afghanistan, Irak, Iran, Israel/Palästina, Pakistan und Syrien), Datenaufbereitungen in Form von in der Regel öffentlich zugänglichen Datenbanken wie der Rüstungsdatenbank [www.ruestungsexporte.info](http://www.ruestungsexporte.info) (*Bonn International Center for Conversion*) sowie die sogenannten „Politökonomischen Kurzanalysen“ (PÖK) und die jährliche „Krisenfrühwarnung“ – beide koordiniert vom *German Institute of Global and Area Studies*.

In deutlich geringerem Umfang nimmt das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) Beratungsleistungen der universitären und außeruniversitären Friedens- und Konfliktforschung in Anspruch, etwa durch Einbindung in einen *Strategic Foresight*-Prozess |<sup>102</sup> oder zur Ausrichtung von Veranstaltungsreihen wie den jährlichen Schlangenbader Gesprächen, ein von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung veranstaltetes deutsch-russisches sicherheits-

|<sup>101</sup> Ständige Kontakte bestehen zu den Organisationseinheiten für Abrüstung und Rüstungskontrolle, OSZE, Südkaukasus und Zentralasien sowie Terrorismus, Stabilisierung und Konfliktnachsorge.

|<sup>102</sup> In diesen Prozess, der im Auftrag des BMVg durch die Führungsakademie der Bundeswehr und die Bundesakademie für Sicherheitspolitik durchgeführt wurde, war eine Friedens- und Konfliktforscherin der Helmut-Schmidt-Universität eingebunden.

politisches Dialogforum mit hochrangiger Besetzung aus Politik, Militär, Wissenschaft und Publizistik. Für das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) haben Friedens- und Konfliktforscherinnen und -forscher anwendungsorientierte Forschungsprojekte bspw. zur Radikalisierung durchgeführt. In diesem Themenfeld fördert auch das BMBF Forschungsprojekte (vgl. Anhang 1 I.1.5).

Im Vergleich zur Beratung der Bundesregierung nimmt die Beratung des Deutschen Bundestags deutlich weniger Raum ein und findet dann überwiegend im Rahmen von Expertenanhörungen durch einschlägige Bundestagsausschüsse oder -unterausschüsse statt. Zu spezifischen Themen wie etwa unbemannte Waffensysteme (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg) werden Gutachten für diese Ausschüsse oder den Wissenschaftlichen Dienst des Bundestags erstellt. Regelmäßige Gesprächskreise mit Bundestagsabgeordneten zu bestimmten Themen unterhält die Stiftung Wissenschaft und Politik, z. B. zur Proliferation und zur transnationalen organisierten Kriminalität; sie bietet zudem für dienstjüngere Abgeordnete aus den Bereichen der Außen- und Sicherheitspolitik die Beratungsrunde *Young Potentials* an. In einzelnen Fällen finden ferner Kolloquien oder Workshops speziell für Bundestagsabgeordnete statt, so z. B. ein vom *German Institute of Global and Area Studies* veranstalteter Workshop zum Politischen Islam. Informeller gehalten sind die thematisch ausgerichteten Parlamentarischen Frühstücke oder Abende einzelner Einrichtungen. |<sup>103</sup>

Die Beratungsaktivitäten der Friedens- und Konfliktforschungseinrichtungen im parlamentarischen Raum sind mehrheitlich fraktionsübergreifend angelegt. Lediglich in Ausnahmefällen und dann ausschließlich auf Nachfrage richten sie sich an einzelne Fraktionen. Geringen Raum nimmt auch die Beratungsarbeit auf der Ebene politischer Parteien und parteinaher Stiftungen ein.

### *Länder und Kommunen*

Eine Beratung auf Länder- und kommunaler Ebene findet durch die befragten Einrichtungen der Friedens- und Konfliktforschung nur vereinzelt statt und ist dann zumeist auf den Bildungsbereich bezogen. Ein Beispiel hierfür ist die Mit-

|<sup>103</sup> Im Begutachtungszeitraum haben die Deutsche Stiftung Friedensforschung, das *Bonn International Center for Conversion* und die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung derartige Veranstaltungen durchgeführt. Im Rahmen der Veranstaltung „Leibniz im Bundestag“ bieten die einschlägigen Institute der Leibniz-Gemeinschaft Bundestagsabgeordneten Gespräche auch zu Fragen der Friedens- und Konfliktforschung an (z. B. zu Massenvernichtungswaffen im Nahen und Mittleren Osten, zur Stabilität autokratischer Systeme oder zur Radikalisierung in Europa und Afrika).

arbeit der *Berghof Foundation* sowie von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Universität Tübingen an der Servicestelle Friedensbildung Baden-Württemberg, die die Friedensbildung fächerübergreifend in den Schulen des Landes stärken und in den Bildungsplänen verankern soll. Ein weiteres Beispiel sind die Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote, die die Friedensakademie Rheinland-Pfalz unter anderem für Lehrkräfte an Schulen, aber auch für andere Zielgruppen wie etwa die Polizei entwickelt, um die Krisenprävention und die zivile Konfliktbearbeitung zu stärken und weiterzuentwickeln. |<sup>104</sup>

Eine über den Bildungsbereich hinausgehende Zielsetzung verfolgt das landesweite Netzwerk von Akteuren aus Wissenschaft und Praxis im Bereich der Prävention und Intervention bei unterschiedlichen Formen des Extremismus, das vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld für Nordrhein-Westfalen koordiniert wird. |<sup>105</sup>

In einzelnen Fällen werden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vor allem der universitären Friedens- und Konfliktforschung zur Beratung von kommunalen Einrichtungen, Polizei, Schulen etc. mit Blick auf Konfliktbeilegung und -prävention herangezogen. |<sup>106</sup> Vereinzelt werden Einrichtungen der Friedens- und Konfliktforschung von deutschen Gerichten zudem zur Erstellung von Gutachten aufgefordert, so etwa die Stiftung Wissenschaft und Politik in einem Strafprozess gegen Anhänger einer ausländischen terroristischen Vereinigung.

#### *Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Kirchen und andere Organisationen*

Einige befragte Einrichtungen der Friedens- und Konfliktforschung sind in der Beratung von Kirchen, NGOs und anderen, teilweise auch öffentlich finanzierten Organisationen tätig. Der Schwerpunkt liegt hierbei auf staatlichen sowie nicht-staatlichen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, wie insbesondere der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) und der Welthungerhilfe. Dabei handelt es

|<sup>104</sup> Impulse für die Lehrplangestaltung in der gymnasialen Oberstufe im Fach Gemeinschaftskunde hat das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung für das Regierungspräsidium Freiburg i. Br. gegeben.

|<sup>105</sup> Netzwerk CoRE-NRW (CoRE: *Connecting Research on Extremism*).

|<sup>106</sup> So leisten etwa Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Universität Augsburg Erziehungsberatung in Bezug auf häusliche Gewalt beim städtischen Amt für Kinder, Jugend und Familie, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Universität Magdeburg führen für Einrichtungen vor allem aus der Stadt und der Region Konfliktmedationen oder Mediationstrainings sowie Trainings im Bereich Interkulturelle Kompetenz und Konfliktsensibilität durch.

sich teilweise um dauerhafte Kooperationen, |<sup>107</sup> teilweise um temporäre Beratungsleistungen und anwendungsorientierte Projekte etwa zur Evaluation von Maßnahmen im Bereich der friedenspolitischen Entwicklungszusammenarbeit. Einzelne Einrichtungen wie z. B. die Universitäten Frankfurt/Main und Darmstadt veranstalten für staatliche und nicht-staatliche Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit Workshops und Sommerschulen zu bestimmten Themen der Friedens- und Konfliktforschung, andere wie das Institut für Entwicklung und Frieden der Universität Duisburg-Essen entwickeln Bildungsmaterialien und *Briefings*. Mit zivilgesellschaftlichen und regierungsnahen Mediationsorganisationen und dem Auswärtigen Amt steht das *Center for Peace Mediation* der Universität Frankfurt/Oder im Bereich der Friedensmediation in regelmäßigem Austausch, führt mit diesen sowie weiteren Akteuren Konferenzen zu Mediation durch und verfasst Informations- und Positionspapiere. |<sup>108</sup>

Die christlichen Kirchen in Deutschland und ihre bzw. ihnen nahestehende Organisationen nehmen ebenfalls Beratung von Einrichtungen der Friedens- und Konfliktforschung in Anspruch. Besonders aktiv sind hier die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft und das Institut für Theologie und Frieden als kirchliche Einrichtungen, aber auch universitäre und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in öffentlicher Trägerschaft engagieren sich in diesem Bereich. |<sup>109</sup> Als einzige Forschungseinrichtung ist das Institut für Entwicklung und Frieden der Universität Duisburg-Essen Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung, in der das BMZ, die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, kirchliche Hilfswerke, politische

|<sup>107</sup> Kooperationsvereinbarungen und *Memoranda of Understanding* unterhält bspw. das Zentrum für Konfliktforschung der Universität Marburg mit der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, dem Zivilen Friedensdienst und der Akademie für Konflikttransformation. Gemeinsam haben die genannten Einrichtungen in den letzten Jahren im Bereich *Transitional Justice* gearbeitet und Kooperationsmöglichkeiten beim Aufbau von Studiengängen der Friedens- und Konfliktforschung in Postkonfliktgesellschaften entwickelt. Das Institut für Entwicklung und Frieden der Universität Duisburg-Essen arbeitet auf institutionalisierter Grundlage mit der Stiftung Entwicklung und Frieden zusammen und ist dabei für die wissenschaftliche Vorbereitung, Begleitung und Auswertung der Stiftungsarbeiten und insbesondere für den Transfer in Politik und Zivilgesellschaft zuständig.

|<sup>108</sup> Mit Vertreterinnen und Vertretern des deutschen und des Schweizer Auswärtigen Amtes, des Zentrums für internationale Friedenseinsätze, des *Center for Security Studies* der ETH Zürich, der *UN Support Unit* sowie mit *swisspeace* und der *Berghof Foundation* hat das *Center for Peace Mediation* bspw. im September 2018 ein *Think Tank-Retreat* zu den Perspektiven von *Multilevel & Multilateral Cooperation in Peace Mediation* ausgerichtet.

|<sup>109</sup> Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Universität Tübingen etwa sind in Beratungsgremien der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE), der Deutschen Bischofskonferenz, der Kirchen in Baden-Württemberg und im Katholischen Arbeitskreis Not- und Katastrophenhilfe aktiv. Das Institut für Entwicklung und Frieden der Universität Duisburg-Essen hat Fallstudien für Misereor und für das Hilfswerk Fastenopfer durchgeführt.

Stiftungen und zivilgesellschaftliche Netzwerke zusammengeschlossen sind, um ihre Kompetenzen zu bündeln und die Kooperation zu stärken. In diesem Rahmen ist das Institut für Entwicklung und Frieden für die Schnittstellenarbeit zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik zuständig sowie für die Entwicklung hierfür geeigneter neuer Austauschformate wie etwa so genannter „Ländertische“ (zuletzt zu Mali und Kenia).

#### *Ausbildung, Fort- und Weiterbildung*

Mehrere befragte Einrichtungen engagieren sich in der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Praktikerinnen und Praktikern aus der Entwicklungszusammenarbeit und Friedensarbeit sowie der Exekutive von (Post-)Konfliktregionen. Bereits seit längerem bietet das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik – teilweise gemeinsam mit Partnern aus Schwellenländern – entsprechende Programme an (z. B. *Managing Global Governance Programme*), in jüngerer Zeit auch die Universität Konstanz (*Leadership for Syria*) sowie das Zentrum für Demokratie- und Friedensforschung der Universität Osnabrück.

Während diese Programme in Deutschland angeboten werden, führt das *Bonn International Center for Conversion* seine Ausbildungsveranstaltungen für Regierungsbeamte und Angehörige von Militär, Polizei und anderen Sicherheitsbehörden vorwiegend in (Post-)Krisenregionen Afrikas durch und beteiligt sich dort an internationalen Schulungsprogrammen unter der Leitung der *Multinational Small Arms and Ammunition Group*. Gegenstand dieser Ausbildungsformate ist vor allem die sichere Lagerung von Waffen und Munition. Besonders geeignete Absolventinnen und Absolventen werden zu Ausbilderinnen und Ausbildern weiterqualifiziert.

An der Ausbildung von deutschen bzw. internationalen Diplomatinen und Diplomaten beteiligen sich regelmäßig die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung bzw. das *Center for Peace Mediation* der Universität Frankfurt/Oder. Andere Einrichtungen unterhalten Fort- und Weiterbildungsangebote zu Themen der Friedens- und Konfliktforschung für weitere Berufsgruppen, so die FU Berlin (für Medienschaffende), die Friedensakademie Rheinland-Pfalz (für Lehrerinnen und Lehrer, Polizeianwärterinnen und -anwärter sowie ehrenamtlich Engagierte) und die Helmut-Schmidt-Universität (für Offiziere im Rahmen der Führungsakademie der Bundeswehr).

#### *Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit*

Einzelne befragte Einrichtungen sind im Bereich der Friedenspädagogik engagiert. Einen Schwerpunkt in diesem Bereich hat die *Berghof Foundation*, die u. a. didaktische Materialien, insbesondere für den Unterricht mit jungen Flüchtlingen, bereit stellt und die friedenspädagogische Website „Frieden Fragen“ betreibt, die sich vornehmlich an Kinder und Jugendliche richtet. Wissenschaftle-



rinnen und Wissenschaftler der Universität Frankfurt/Main und der TU Darmstadt engagieren sich in der Lehrerfortbildung. Darüber hinaus sind mehrere Einrichtungen mit unterschiedlichen Angeboten an Schulen bzw. in außerschulischen Veranstaltungen für Schülerinnen und Schüler aktiv. Die Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung der Universität Hamburg hat bspw. die Federführung bei dem bis zu viermal jährlich stattfindenden Schülerlabor der Akademie der Wissenschaften in Hamburg zur Friedens- und Konfliktforschung. Wissenstransfer im Bildungsbereich findet ferner im Hinblick auf Studium und Lehre statt, insbesondere in Form der Unterstützung bei der Entwicklung einschlägiger Studiengänge. So hat das *Center for Peace Mediation* der Universität Frankfurt/Oder das Schweizerische Außenministerium und die ETH Zürich bei der Konzeption und Curriculumsentwicklung für den neuen Masterstudiengang *Mediation in Peace Processes* unterstützt und trägt zu einzelnen Modulen bei.

Im Bereich der politischen Bildung arbeiten einzelne befragte Einrichtungen eng mit der Bundeszentrale für politische Bildung zusammen. Besonders eng ist diese Kooperation seitens des *Bonn International Center for Conversion*, das gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung das Internetportal „Krieg und Frieden“ betreibt. Zu den verbreiteten Formaten der politischen Bildungsarbeit für eine breitere Öffentlichkeit gehören zudem Ringvorlesungen |<sup>110</sup>, Einzelvorträge und Diskussionsrunden sowie die Beteiligung an lokalen Veranstaltungen wie den Nächten der Wissenschaft. Primär auf Angehörige der Bundeswehr zielen die Lehr- und Bildungsmaterialien des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaft der Bundeswehr. |<sup>111</sup> Mit seinen Wanderausstellungen richtet sich dieses Zentrum aber auch an die Öffentlichkeit. Insgesamt werden Ausstellungen wie auch Filmvorführungen bislang nur vereinzelt eingesetzt, um eine breitere Öffentlichkeit für Themen der Friedens- und Konfliktforschung zu sensibilisieren. |<sup>112</sup>

|<sup>110</sup> Hierzu gehören bspw. die in jedem Semester stattfindende öffentliche Ringvorlesung „Konflikte der Gegenwart und Zukunft“ an der Universität Marburg und die Vortragsreihe „Politik und Wissenschaft in Zeiten der Fake News“ im Sommersemester 2018 an der Universität Frankfurt/Main.

|<sup>111</sup> Hierzu gehört auch die vom Zentrum herausgegebene Zeitschrift „Militärgeschichte – Zeitschrift für historische Bildung“, die kostenlos in der Bundeswehr verteilt wird, aber auch außerhalb bezogen werden kann.

|<sup>112</sup> So waren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Universität Frankfurt/Main am Begleitprogramm der Ausstellung „Unter Waffen“ des Frankfurter Museums für angewandte Kunst beteiligt und das *Bonn International Center for Conversion* hat seine Fotoausstellung *A Call for Arms* und den gleichnamigen Film unter anderem bei den Vereinten Nationen in New York aber auch an anderen Orten im In- und Ausland präsentiert.

Einzelne befragte Einrichtungen betreiben oder beteiligen sich mit Beiträgen an deutsch- oder englischsprachigen Blogs. So liefert bspw. die Universität Konstanz regelmäßig Beiträge zu amerikanischen Blogs wie *Monkey Cage* (*Washington Post*) oder *Political Violence at a Glance*, um ein internationales Publikum zu erreichen. |<sup>113</sup> Darüber hinaus werden Soziale Medien primär genutzt, um Mitschnitte von Vorträgen oder Publikationen breiter zugänglich zu machen oder um auf Veröffentlichungen und Veranstaltungen hinzuweisen.

Zahlreiche der befragten universitären und außeruniversitären Einrichtungen der Friedens- und Konfliktforschung geben an, häufig von Vertreterinnen und Vertretern von Printmedien, Hörfunk- oder Fernsehsendern für Hintergrundgespräche, Interviews sowie in geringerem Umfang für Beiträge angefragt zu werden.

### *Transferthemen*

Im Begutachtungszeitraum wurde nach Auskunft der befragten universitären und außeruniversitären Einrichtungen der Friedens- und Konfliktforschung eine breite Themenpalette für den Wissenstransfer in Beratung, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit sowie in der Bildungsarbeit nachgefragt. Von besonderem Interesse waren vor allem für Politik und Medien Informationen und Einschätzungen zu aktuellen Krisen und Konflikten sowie entsprechende länder- bzw. regionspezifische Expertisen vornehmlich zur MENA-Region |<sup>114</sup>, Afrika und Nordkorea. Das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien informiert vor allem zur Ukraine und zu Russland und plant eine Ausweitung seiner Expertise auf andere ungeklärte postsowjetische Konflikte. Aber auch losgelöst von konkreten Fällen wurde vor allem aus dem politischen Raum Beratungsbedarf zu Konfliktursachen, Konfliktverläufen, Konfliktbewältigung und Friedenssicherung artikuliert.

Weitere Themenschwerpunkte des Wissenstransfers waren Flucht, Migration und Integration. Dabei spielten neben der Frage nach Flucht- und Migrationsursachen (einschließlich der umweltbedingten Migration) auch der Flüchtlingschutz sowie der gesellschaftliche Zusammenhalt und innergesellschaftliche Konflikte in Deutschland eine Rolle. Teilweise eng damit verbunden ist der gleichfalls stark nachgefragte Themenkomplex Populismus, Radikalisierung, politischer und religiöser Extremismus sowie Terrorismus, letzterer sowohl im Hinblick auf Entwicklungen in Deutschland und Europa als auch in Afghanis-

|<sup>113</sup> Ebenfalls in diesem Bereich aktiv sind z. B. auf die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung und das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung zu.

|<sup>114</sup> MENA: *Middle East & North Africa*.

tan und Irak sowie am Horn von Afrika. Hierbei standen Ursachen und Formen von Radikalisierung und Extremismus, Möglichkeiten zur Prävention und Deradikalisierung sowie Wege der Terrorismusbekämpfung im Zentrum des Interesses.

Daneben haben klassische Themen der Friedens- und Konfliktforschung Nachfrage seitens Politik, Medien und Öffentlichkeit erfahren. Dies gilt erstens für die deutsche und europäische Außen- und Sicherheitspolitik, die aufgrund des Kurswechsels der amerikanischen Außenpolitik und der unsicheren Weiterentwicklung der NATO auf zunehmendes Interesse stößt. In diesen Kontext fallen auch Beratungsnachfragen zur Rolle der Bundeswehr und ihren Auslandseinsätzen sowie zum Verhältnis von Entwicklungspolitik, humanitärer Hilfe und Sicherheitspolitik. Zweitens ist Expertise zu Themen aus dem Bereich Rüstungskontrolle, Proliferation, Abrüstung und vermehrt auch zu neuen Waffensystemen (Robotik, Künstliche Intelligenz, *Cyber*) anhaltend nachgefragt.

# Anhang 2

## Übersichten

# Übersicht 1: Beschäftigungsverhältnisse der universitären Zentren für Friedens- und Konfliktforschung | <sup>115</sup>

Stand: 30.06.2018

	Aus Grundmitteln finanzierte Beschäftigungsverhältnisse (VZÄ)	Aus Drittmitteln finanzierte Beschäftigungsverhältnisse (VZÄ)
<b>Universität Bielefeld:</b>		
Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung	2,0 wissenschaftl. Beschäftigte mit Promotion	26 wissenschaftl. Beschäftigte vor bzw. mit Promotion*
<b>Universität Bochum:</b>	<b>4,5 Professuren</b>	
Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht	1,0 wissenschaftl. Beschäftigte mit Promotion 1,8 wissenschaftl. Beschäftigte vor der Promotion	1,0 wissenschaftl. Beschäftigte mit Promotion 5,05 wissenschaftl. Beschäftigte vor der Promotion
<b>Universität Duisburg-Essen:</b>	<b>4,0 Professuren</b>	
Institut für Entwicklung und Frieden**	1,25 wissenschaftl. Beschäftigte mit Promotion	1,15 wissenschaftl. Beschäftigte ohne Promotion
<b>Universität Frankfurt/Oder</b>	<b>1,0 Professuren</b>	
Institut für Konfliktmanagement (IKM) und dessen Schwerpunktbereich <i>Center for Peace Mediation (CPM)</i>	2,9 wissenschaftl. Beschäftigte mit Promotion 2,4 wissenschaftl. Beschäftigte vor der Promotion	0,8 wissenschaftl. Beschäftigte vor der Promotion
<b>Universität Hamburg:</b>	<b>1,0 Professuren</b>	
Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung	1,5 wissenschaftl. Beschäftigte mit Promotion 0,5 wissenschaftl. Beschäftigte vor der Promotion	2,0 wissenschaftl. Beschäftigte mit Promotion 0,65 wissenschaftl. Beschäftigte ohne Promotion
<b>Universität Heidelberg:</b>		
Heidelberger Institut für internationale Konfliktforschung	-	-
<b>Universität Marburg:</b>	<b>2,5 Professuren</b>	
Zentrum für Konfliktforschung	1,5 wissenschaftl. Beschäftigte mit Promotion 1,5 wissenschaftl. Beschäftigte vor der Promotion	1,0 wissenschaftl. Beschäftigte mit Promotion 4,0 wissenschaftl. Beschäftigte ohne Promotion
<b>Universität Osnabrück:</b>		
Zentrum für Demokratie und Friedensforschung	-	1,0 wissenschaftl. Beschäftigte ohne Promotion

\* Hierbei handelt es sich um die Anzahl der Personen, nicht der Stellen bzw. VZÄ.

\*\* Die Professuren sind zu einem Anteil von zwischen einem Viertel und einem Drittel ihrer Kapazitäten mit der Friedens- und Konfliktforschung befasst, die wissenschaftlichen Beschäftigten ohne Promotion zu je 50 % und die wissenschaftlichen Beschäftigten mit Promotion zu 50 bzw. 100 %.

| <sup>115</sup> Quelle: Wissenschaftsrat nach Angaben der Einrichtungen. Zum *Institute for International Peace and Security Law* an der Universität zu Köln liegen keine Angaben vor. Auf der Homepage des Instituts sind zum 1. Juli 2018 eine Professur und fünf wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verzeichnet (vgl. Universität zu Köln: *Institute for International Peace and Security Law*. <http://www.iipsl-cologne.com/>, zuletzt abgerufen am 1. Juli 2018.

## Übersicht 2: Beschäftigungsverhältnisse der außeruniversitären Einrichtungen, die in der Friedens- und/oder Konfliktforschung tätig sind

Stand: 30.06.2017

Einrichtung	Wissenschaftliches Personal				Nichtwissenschaftliches Personal			
	Aus Grundmitteln finanzierte Beschäftigungsverhältnisse		Aus Drittmitteln finanzierte Beschäftigungsverhältnisse		Aus Grundmitteln finanzierte Beschäftigungsverhältnisse		Aus Drittmitteln finanzierte Beschäftigungsverhältnisse	
	in VZÄ	in Personen	in VZÄ	in Personen	in VZÄ	in Personen	in VZÄ	in Personen
Bonn International Center for Conversion (BICC)	1,0	1	24,0	27	9,0	11	-	-
Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)	20,35	29	13,45	18	14,06	19	0,1	1
Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)	11,2	13	5,46	7	5,6	8	0,92	2
Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)	7,4	15	6,0	12	0,2	2	0,1	1
Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST)	1,0	2	1,0	2	-	-	2,26	3
Georg-Eckert-Institut – Leibniz-Institut für internationale Schulbuchforschung (GEI) *	22,9	26	20,75	25	36,5	49	7,67	18
German Institute of Global and Area Studies (GIGA) *	25,95	30	17,96	24	45,3	66	3,37	10
Hamburger Institut für Sozialforschung (HIS) *	13,9	14	-	-	13,2	17	-	-
Institut für Sicherheitspolitik an der Christian-Albrechts-Universität Kiel (ISPK)	9,49	18	1,0	1	1,6	5	-	-
Institut für Theologie und Frieden (ITHF)	k. A.	4	k. A.	2	k. A.	6	k. A.	-
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) *	59,4	64	10,85	13	54,4	72	3,98	8
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) *	95,4	139	85,8	138	105,1	125	9,0	10
Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) *	k. A.	65	-	-	k. A.	86	-	-
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) *	9,5	10	-	-	8,3	9	-	-

\* Ausgewiesen sind die Angaben der Einrichtungen zur Gesamtzahl der Stellen für wissenschaftliches sowie nicht wissenschaftliches Personal bzw. zur Gesamtzahl der jeweils beschäftigten Personen. Lediglich ein (unterschiedlich großer) Teil der in diesen Einrichtungen tätigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ist überwiegend oder ausschließlich mit Themen der Friedens- und Konfliktforschung und/oder der sicherheitspolitischen Forschung befasst.

Quelle: Wissenschaftsrat nach Angaben der Einrichtungen

**Übersicht 3a: Forschungsschwerpunkte der universitären Einrichtungen im  
Bereich Friedens- und Konfliktforschung**

Forschungsschwerpunkte	U Augsburg	FU Berlin	U Bielefeld	U Bochum	U Duisburg-Essen	U Erfurt	U Frankfurt a. M./TU Darmstadt	U Frankfurt a. O.	U Hamburg	HSU Hamburg	U Heidelberg	U Konstanz	U Magdeburg	U Marburg	U Osnabrück	U Potsdam	U Tübingen	Gesamt
Gewaltforschung	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	7
Flucht und Migration	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	6
Staatlichkeit, Demokratie und Gewalt	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	5
Internationale Interventionen	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	5
Radikalisierung, Extremismus und Terrorismus	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	4
Transitional Justice	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	4
Umwelt und Konflikt	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	4
Europäische Außen- und Sicherheitspolitik	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	3
Veränderte Weltordnung und neue Gewaltpotentiale	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	3
Grundbegriffe der Friedens- und Konfliktforschung	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	3
Gender und bewaffnete Konflikte	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	3
Cybersicherheit und digitale Technologie	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	2
Rüstungskontrolle und Abrüstung	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	2
Strategien des Konfliktmanagements / Mediation	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	2
Kriegsursachenforschung	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	2
Humanitäres Völkerrecht und Friedenssicherungsrecht	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Management humanitärer Krisen	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Dokumentation politischer Konflikte	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Streitkräfte	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Regionale Konfliktbearbeitungsansätze	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1

Quelle: Wissenschaftsrat nach Angaben der Einrichtungen

### Übersicht 3b: Forschungsschwerpunkte der außeruniversitären Einrichtungen, die in der Friedens- und Konfliktforschung tätig sind

Forschungsschwerpunkte	Berghof Found.	BICC	DIE	FEST	GEI	GIGA	HIS	HSFK	IFSH	ISPK	ITHF	SWP	WZB	ZMSBw	ZOIS	Gesamt
Radikalisierung, Extremismus und Terrorismus																7
Cybersicherheit und digitale Technologie																5
Europäische Außen- und Sicherheitspolitik																5
Gerechtigkeit und Recht in bewaffneten Konflikten																4
Staatlichkeit, Demokratie und Gewalt																4
Rüstungskontrolle und Abrüstung																4
Flucht und Migration																4
Internationale Interventionen																3
Veränderte Weltordnung und neue Gewaltpotentiale																2
Kooperation und Frieden																2
Strategien des Konfliktmanagements																2
Streitkräfte																2
Bildung und Frieden																2
Transnationale Organisierte Kriminalität																1
Maritime Strategie																1
Alltag in Konfliktzonen																1
Frieden und Entwicklung																1
Glokale Konflikte																1
Zwang in der Friedenssicherung																1
Nicht-gewaltförmiger Widerstand																1
Gewaltforschung (Typologien)																1

Quelle: Wissenschaftsrat nach Angaben der Einrichtungen



**Übersicht 4: Vereinnahmte Drittmittel der befragten universitären und außeruniversitären Einrichtungen der Friedens- und Konfliktforschung (2014–2017) nach Drittmittelgebern**

Drittmittelgeber	Summe der Drittmittel in Tsd. Euro		
	AUF	Universitäten	Insgesamt
DFG	4.990	7.273	<b>12.263</b>
Bund	14.412	8.646	<b>23.058</b>
Land/Länder	353	1.037	<b>1.390</b>
EU	3.025	6.179	<b>9.204</b>
Wirtschaft	160	93	<b>253</b>
Stiftungen	2.743	2.933	<b>5.676</b>
Deutsche Stiftung Friedensforschung	522	786	<b>1.308</b>
Sonstige	4.475	1.221	<b>5.696</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>30.680</b>	<b>28.168</b>	<b>58.848</b>

Quelle: Wissenschaftsrat nach Angaben der Einrichtungen

## Übersicht 5: Studiengänge in der Friedens- und Konfliktforschung

Einrichtung		Studiengang		Anmerkungen
<b>Universität Augsburg</b>	zweijähriger Masterstudiengang	Sozialwissen- schaftliche Konflikt- forschung	seit WS 2009/2010	Nimmt seit WS 2016/2017 keine Studierenden mehr auf. Neuer Studiengang: Sozialwissenschaften - Konflikte in Politik und Gesellschaft
<b>Universität Frankfurt/Main / Technische Universität Darmstadt / Leibniz- Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)</b>	zweijähriger Masterstudiengang	Internationale Studien/Friedens- und Konfliktforschung	seit WS 2007/2008	
<b>Universität Frankfurt/Oder</b>	dreisemestriger berufs- begleitender Studiengang für Postgraduierte (M.A. u. LL.M.-Abschluss mögl.)	Mediation und Konflikt- management	seit 2009	
<b>Universität Hamburg / Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg (ISFH)</b>	einjähriger Masterstudiengang	<i>Master of Peace and Security Studies (MPS)</i>	seit WS 2002/2003	Anschubförderung durch die DSF
<b>Universität Magdeburg</b>	zweijähriger Masterstudiengang	<i>Peace and Conflict Studies (PACS)</i>	seit WS 2003/2004	Anschubförderung durch den DAAD
<b>Universität Marburg</b>	zweijähriger Masterstudiengang	Friedens- und Konflikt- forschung	seit WS 2004/2005	Anschubförderung durch die DSF
<b>Universität Marburg / University of Kent</b>		<i>Peace and Conflict Studies</i>	seit WS 2011/2012	Joint Degree- Studienabschluss
<b>Universität Tübingen</b>	zweijähriger Masterstudiengang	Friedens- forschung und Internationale Politik	seit WS 2004/2005	Anschubförderung durch die DSF

Quelle: Wissenschaftsrat nach Angaben der Einrichtungen

## Übersicht 6: Sicherheitspolitische Studiengänge

Einrichtung	Studiengang	Anmerkungen
Universität der Bundeswehr München	einjähriger Masterstudiengang <i>International Security Studies</i>	Weiterbildungsstudiengang
Universität Potsdam / Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw)	zweijähriger Masterstudiengang <i>War and Conflict Studies</i>	

Quelle: Wissenschaftsrat nach Angaben der Einrichtungen

## Übersicht 7: Studiengänge mit optionalen Schwerpunkten in der Friedens- und Konfliktforschung

Universität / Fachbereich	Studiengang mit FKF-Bezug	Anmerkungen
Freie Universität Berlin - Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften Humboldt-Universität zu Berlin - Institut für Sozialwissenschaften Universität Potsdam - Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät	Internationale Beziehungen	
Universität Bochum - Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht (IFHV)	Internationale Humanitäre Hilfe	
Universität Duisburg-Essen - Fakultät für Gesellschaftswissenschaften	Internationale Beziehungen und Entwicklungspolitik	
Universität Erfurt - Willy Brandt School of Public Policy	<i>Master of Public Policy</i>	Weiterbildungsstudiengang
Universität Konstanz - Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft	Politik und Verwaltungswissenschaft	
Universität Osnabrück - Zentrum für Demokratie- und Friedensforschung (ZeDF)	Demokratisches Regieren und Zivilgesellschaft	

Quelle: Wissenschaftsrat nach Angaben der Einrichtungen

## Übersicht 8: Studienanfängerinnen und -anfänger der Friedens- und Konfliktforschungsstudiengänge

Stand: 30.06.2017

	Universität Augsburg *	Universität Frankfurt / Main **	Universität Frankfurt / Oder	Universität Hamburg	Universität Magdeburg	Universität Marburg ***	Universität Tübingen	S u m m e
WS 2012/2013	31	73		26	35	53	22	240
SS 2013						1		1
WS 2013/2014	29	60	48	25	44	53	22	281
SS 2014								0
WS 2014/2015	30	68		25	32	46	25	226
SS 2015			50					50
WS 2015/2016	31	64		25	33	49	31	233
SS 2016								0
WS 2016/2017	0	70	43	24	22	1	28	188
SS 2017						41		41
<b>Insgesamt</b>	<b>121</b>	<b>335</b>	<b>141</b>	<b>125</b>	<b>166</b>	<b>244</b>	<b>128</b>	<b>1.260</b>

Quelle: Wissenschaftsrat nach Angaben der Einrichtungen

## Übersicht 9: Absolventinnen und Absolventen der Friedens- und Konfliktforschungsstudiengänge

Stand: 30.06.2017

	Universität Augsburg *	Universität Frankfurt / Main **	Universität Frankfurt / Oder	Universität Hamburg	Universität Magdeburg	Universität Marburg ***	Universität Tübingen	S u m m e
WS 2012/2013	12	11		2	9	21	9	64
SS 2013		14		23	9	26	6	78
WS 2013/2014	14	22	44		18	10	7	115
SS 2014		24		24	7	24	7	86
WS 2014/2015	12	23			8	22	10	75
SS 2015		45	47	24	14	23	11	164
WS 2015/2016	21	24			5	16	11	77
SS 2016		25		22	11	14	15	87
WS 2016/2017	27	28	43		10	27	9	144
SS 2017		32		24	7	30	9	102
<b>Insgesamt</b>	<b>86</b>	<b>248</b>	<b>134</b>	<b>119</b>	<b>98</b>	<b>213</b>	<b>94</b>	<b>992</b>

\* Der Studiengang "Sozialwissenschaftliche Konfliktforschung" läuft aus und nimmt seit WS 2016/2017 keine Studierenden mehr auf.

\*\* Es handelt sich hierbei um den Masterstudiengang "Internationale Studien/Friedens- und Konfliktforschung", der gemeinsam mit der Universität Darmstadt und der HSFK getragen wird.

\*\*\* Die Angaben umfassen die Studierenden des Studiengangs "Friedens- und Konfliktforschung" sowie des gemeinsam mit der University of Kent angebotenen Studiengangs "Peace and Conflict Studies".

Quelle: Wissenschaftsrat nach Angaben der Einrichtungen

# Anhang 3

## Bewertungsbericht zur Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF), Osnabrück

---

<b>Vorbemerkung</b>	<b>127</b>
<b>A. Ausgangslage</b>	<b>128</b>
<b>A.I Entwicklung und Aufgaben</b>	<b>128</b>
I.1 Vorgeschichte und Entwicklung der DSF	128
I.2 Aufgaben	131
I.3 Positionierung der DSF im fachlichen Umfeld	132
<b>A.II Arbeitsschwerpunkte</b>	<b>134</b>
II.1 Förderung	134
II.2 Weitere wichtige Arbeitsfelder	145
II.3 Kooperationen	147
II.4 Qualitätssicherung	148
<b>A.III Organisation und Ausstattung</b>	<b>150</b>
III.1 Organisation	150
III.2 Ausstattung	151
<b>A.IV Künftige Entwicklung</b>	<b>154</b>
<b>B. Bewertung</b>	<b>157</b>
<b>B.I Zur Bedeutung</b>	<b>157</b>
<b>B.II Zur Positionierung im Wissenschaftssystem und im fachlichem Umfeld</b>	<b>159</b>
<b>B.III Zu den Arbeitsschwerpunkten</b>	<b>160</b>
III.1 Zu Förderkonzept und Förderformaten	160
III.2 Zum Vergabeverfahren	163
III.3 Zum Transfer	164
III.4 Zur Qualitätssicherung	164
<b>B.IV Zu Organisation und Ausstattung</b>	<b>165</b>
IV.1 Zur Organisation	165
IV.2 Zur Ausstattung	165
<b>Übersichten zu Anhang 3</b>	<b>168</b>

---

# Vorbemerkung

Im Rahmen seiner Bitte an den Wissenschaftsrat, das Forschungsfeld ‚Friedens- und Konfliktforschung‘ umfassend zu begutachten |<sup>116</sup>, hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) auch darum gebeten, die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF) als Förderorganisation zu evaluieren. Dabei sollte geprüft werden, ob die DSF seit ihrer Gründung maßgeblich zur Stärkung der deutschen Friedens- und Konfliktforschung und zur Gewährleistung ihrer Unabhängigkeit beigetragen hat und welche Rolle sie im Umfeld weiterer Förderer spielt. Der Wissenschaftsrat wurde gebeten, Empfehlungen zu künftigen strategischen Aufgaben, Zielen und Handlungsoptionen für die DSF zu formulieren und die mittel- bis langfristige Bedeutung dieser Empfehlungen für die Finanzierungsmodalitäten aufzuzeigen.

Die vom Wissenschaftsrat mit der Begutachtung der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland beauftragte Arbeitsgruppe hat am 7. Dezember 2018 Gespräche mit den Stiftungsorganen und dem wissenschaftlichen Beirat der DSF geführt. Darüber hinaus haben 35 universitäre und außeruniversitäre Einrichtungen der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland schriftlich und teilweise auch im Rahmen von Gesprächen mit der Arbeitsgruppe zu Umfang und Qualität der Forschungsförderung für das Forschungsfeld und insbesondere zur Bedeutung der DSF Stellung genommen; diese Stellungnahmen wurden bei der Evaluation der DSF berücksichtigt.

Der vorliegende Bewertungsbericht zur DSF ist in zwei Teile gegliedert. Der darstellende Teil ist mit der Einrichtung abschließend auf die richtige Wiedergabe der Fakten abgestimmt worden. Der Bewertungsteil gibt die Einschätzung der Arbeitsgruppe zu Förderleistungen, Strukturen und Organisationsmerkmale wieder.

|<sup>116</sup> Vgl. S. 7 dieser Empfehlungen.

---

# A. Ausgangslage

---

## A.1 ENTWICKLUNG UND AUFGABEN

---

Die im Jahr 2000 durch die Bundesrepublik Deutschland gegründete Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF) ist eine rechtlich selbständige und als gemeinnützig anerkannte Stiftung bürgerlichen Rechts mit Sitz in Osnabrück.

### I.1 Vorgeschichte und Entwicklung der DSF

Die Anfänge der deutschen Friedens- und Konfliktforschung in der Bundesrepublik reichen in die späten 1950er Jahre zurück. |<sup>117</sup> Zu einer Förderung durch öffentliche Mittel und einer institutionellen Konturierung des Forschungsfeldes kam es zu Beginn der 1970er Jahre, als die Bundesregierung auf Empfehlung des Wissenschaftsrats die Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK) gründete und mit der Förderung des Forschungsfeldes sowie der „Verbreitung des Friedensgedankens“ beauftragte. |<sup>118</sup> In die gleiche Zeit fielen auch die ersten Gründungen außeruniversitärer Forschungsinstitute der Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt/Main und Hamburg durch die jeweiligen Länder.

Bis zu ihrer aus politischen Gründen erfolgten Auflösung Ende 1983 förderte die DGFK 305 Forschungsprojekte und verausgabte dafür insgesamt rund 28 Mio. DM; eine weitere Million DM diente der „Verbreitung des Friedensge-

| <sup>117</sup> Zur Geschichte der Friedens- und Konfliktforschung vor allem in der Bundesrepublik, in geringerem Umfang auch in der DDR vgl. Wasmuth, Ulrike C.: Geschichte der deutschen Friedensforschung. Entwicklung – Selbstverständnis – Politischer Kontext, Münster 1998.

| <sup>118</sup> Vgl. Wissenschaftsrat: Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Förderung der Friedens- und Konfliktforschung, Berlin, 30. Mai 1970 (Drs. 1688/70). Die DGFK wurde im Herbst 1970 gegründet; Gründungsmitglieder waren neben dem Bund und den elf Ländern Vertreter der Arbeitgeber und der Gewerkschaften, der Kirchen und des Zentralrates der Juden in Deutschland.



dankens“. |<sup>119</sup> Nach Auflösung der DGFK wurde die Sonderförderung der Friedens- und Konfliktforschung, wie vom Wissenschaftsrat in einer weiteren Stellungnahme empfohlen, durch eine bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) eigens eingerichtete Senatskommission fortgesetzt. |<sup>120</sup> Ende 1994 wurde das Sonderprogramm der DFG zur Förderung der Friedens- und Konfliktforschung – entgegen dem Votum der DFG-Senatskommission – durch die damalige Bundesregierung eingestellt.

In den 1990er Jahren stieg vor dem Hintergrund eskalierender Gewaltkonflikte innerhalb und außerhalb Europas die Nachfrage nach wissenschaftlich fundierter Analyse und Beratung zu den Ursachen, Dynamiken und Transformationsprozessen von Konflikten. Daher verständigte sich die Bundesregierung 1998 in ihrem Koalitionsvertrag darauf, die Förderung der Friedens- und Konfliktforschung wieder aufzunehmen. Um die finanzielle und politische Unabhängigkeit der Förderung für dieses Forschungsfeld zu gewährleisten, wurde die DSF als kapitalgedeckte Stiftung bürgerlichen Rechts gegründet. Das Stiftungskapital von 50 Mio. DM (rd. 25,56 Mio. Euro) wurde auf Beschluss des Deutschen Bundestags aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) zur Verfügung gestellt. Nachdem in Osnabrück eine Geschäftsstelle eingerichtet worden war, nahm die DSF ihre Fördertätigkeit in der zweiten Jahreshälfte 2001 auf.

Diese Fördertätigkeit erfolgte in den ersten Jahren zum einen durch eine thematisch offene Forschungs- und Tagungsförderung und zum anderen durch ein Sonderprogramm zur Struktur- und Nachwuchsförderung, für das von 2002 bis 2011 insgesamt fünf Millionen Euro zur Verfügung gestellt wurden. Mit diesen Mitteln wurden Anschubfinanzierungen für drei Stiftungsprofessuren und drei Masterstudiengänge sowie eine strukturierte Promotionsförderung im Forschungsfeld geleistet. |<sup>121</sup>

|<sup>119</sup> Als zwischen März 1979 und Februar 1982 zunächst Bayern und in der Folge alle CDU-geführten Bundesländer und der Arbeitgeberverband mit dem Vorwurf, die DGFK agiere politisch einseitig, die Gesellschaft verließen, sah der von der Bundesregierung erneut beauftragte Wissenschaftsrat keine Grundlage mehr für die Fortführung der DGFK und empfahl im Mai 1983 ihre Auflösung. Vgl. Wissenschaftsrat: Stellungnahme zur weiteren Förderung der Friedens- und Konfliktforschung, Berlin 1983 (Drs. 6107/83), S. 20–33.

|<sup>120</sup> vgl. Wissenschaftsrat: Stellungnahme zur weiteren Förderung der Friedens- und Konfliktforschung, (Drs. 6107/83) Berlin 1983, S. 20–33.

|<sup>121</sup> Im Rahmen dieses Programms wurden (1.) die Masterstudiengänge der Friedens- und Konfliktforschung an den Universitäten Marburg und Tübingen sowie der postgraduale Masterstudiengang „*Peace and Security Studies*“ an der Universität Hamburg gefördert. Die Studiengänge werden bis heute durch begleitende Vernetzungs- und didaktische Qualifizierungsprojekte unterstützt. Darüber hinaus leistete die DSF (2.) Anschubfinanzierungen für Stiftungsprofessuren an den Universitäten Marburg, Tübingen und Ham-

Im Sommer 2013 verabschiedete die DSF ein neues Förderkonzept (vgl. Anhang 3 A.II.1.a). Mit der Neukonzeption wurde das Ziel verfolgt, die Förderangebote im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten gezielt auf die spezifischen Bedürfnisse der Friedens- und Konfliktforschung auszurichten und verstärkt auf Alleinstellungsmerkmale in der Förderlandschaft zu setzen. Seither soll die Forschungsförderung laut DSF insbesondere die inhaltlichen Innovationspotentiale des Forschungsfeldes sowie nationale und internationale Forschungskooperationen stärken. Als Querschnittsaufgabe soll zudem die Nachwuchsförderung in allen Förderformaten berücksichtigt werden. Ferner sollen zur Intensivierung des Austauschs in Forschung und Lehre Vernetzungsaktivitäten unterstützt werden. Für den Wissenstransfer in Praxis und Öffentlichkeit sind besondere Förderformate vorgesehen.

Eine im Jahr 2016 erfolgte Satzungsreform ermöglicht unter bestimmten Voraussetzungen eine begrenzte Entnahme von Mitteln aus dem Stiftungskapital und eröffnet der DSF damit einen neuen finanziellen Spielraum. |<sup>122</sup> Vor diesem Hintergrund schrieb die DSF im Jahr 2017 in Ergänzung zur offenen Projektförderung erstmals eine thematische Förderlinie aus, in deren Rahmen 2018 und 2019 mit insgesamt 0,6 Mio. Euro Forschungsvorhaben zum Thema „Neue Technologien: Risiken und Chancen für internationale Sicherheit und Frieden“ gefördert werden sollen.

Seit Beginn ihrer Tätigkeit widmet sich die DSF neben der Forschungsförderung auch dem Transfer von Wissen aus der Forschung in die politische Praxis und die Öffentlichkeit (vgl. Anhang 3 A.II.2). Im Zuge der Übernahme von Aufgaben der Ende 2007 aufgelösten Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn richtete die DSF ein separates Budget für Vernetzungs- und Transferprojekte ein. Mit der

burg; mittels letzterer wurde erstmals naturwissenschaftliche Friedensforschung an einer deutschen Universität institutionell verankert. (3.) Zudem erfolgte eine strukturierte Promotionsförderung, aus deren Mitteln in den Jahren 2002 und 2004 an der Universität Marburg, der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) in Frankfurt/M. und am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) je acht (bzw. an der HSFK: sieben) Promotionsstipendien vergeben werden konnten. Durch das zuletzt genannte Fördermodell sollten Möglichkeiten für „konzentrierte fachwissenschaftliche Studien im Bereich der Friedensforschung“ geschaffen werden, wobei insbesondere trans- und interdisziplinäre Aspekte des Feldes berücksichtigt werden sollten. Neben einem gemeinsamen Forschungskontext sollten mittels eines „Betriebssystem“ zusätzliche Qualifikationen vermittelt werden, „die die Promovierenden auf zukünftige Berufsfelder vorbereiten“.

| 122 § 4 (3) der Satzung für die Deutsche Stiftung Friedensforschung i.d.F. v. 10. März 2016: „Auf Beschluss des Stiftungsrats können für besondere Fördermaßnahmen, die das jeweils gültige Förderkonzept erweitern und nur durch eine Entnahme aus dem Stiftungskapital zu verwirklichen sind, bis zu 2,5 Mio. Euro aus dem Vermögen entnommen werden. Darüber hinausgehende Entnahmen sind an die Voraussetzung gebunden, eine konkrete Planung zu erstellen, die Vermögenswerte durch später erfolgende Ertragsthesaurierungen, Zuwendungen oder Zustiftungen zurückzuführen.“

Satzungsreform 2016 wurde der Wissenstransfer als ein zentraler Stiftungszweck verankert. Seither können hierfür in größerem Umfang als zuvor finanzielle Mittel eingesetzt werden. Ebenso können die Transferaktivitäten der Stiftung über die Vermittlung von Projektergebnissen in Politik und Öffentlichkeit hinausgehen. Um ihre entsprechenden Aktivitäten künftig strategischer auszurichten, erarbeitet die DSF nach eigenen Angaben derzeit ein Konzept für die Wissenschaftskommunikation (vgl. Anhang 3 A.IV).

In den Jahren 2001 bis 2017 hat die DSF für die Projektförderung insgesamt 12,3 Mio. Euro verausgabt. Hinzu kamen im Zeitraum von 2002 bis 2011 die bereits angesprochenen Fördermittel im Umfang von 5 Mio. Euro für das Programm zur Struktur- und Nachwuchsförderung.

## 1.2 Aufgaben

In der Präambel der Satzung der DSF in der Fassung vom 10. März 2016 wird die Aufgabe der Stiftung wie folgt beschrieben: „Im Lichte des Gebots in der Präambel des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland ‚dem Frieden der Welt zu dienen‘, soll die Deutsche Stiftung Friedensforschung durch die Förderung wissenschaftlicher Vorhaben dazu beitragen, Erkenntnisse darüber zu gewinnen, unter welchen Voraussetzungen und Bedingungen

- \_ nachhaltige Formen friedlichen Zusammenlebens der Menschen und Gesellschaften gefördert,
- \_ Krieg, Gewalt, Unterdrückung und existenzielle Not verhütet,
- \_ Menschenrechte gewahrt und
- \_ die internationalen Beziehungen auf die Grundlage des Rechts gestellt werden können.

Sie soll ferner im Rahmen ihrer Zweckbestimmung die Vermittlung von Wissen und Erkenntnissen in die Praxis und Öffentlichkeit unterstützen.“ |<sup>123</sup>

Laut § 2 der Satzung ist es der Zweck der Stiftung „die Friedens- und Konfliktforschung ihrer außen- und sicherheitspolitischen Bedeutung gemäß insbesondere in Deutschland dauerhaft zu stärken und zu ihrer politischen und finanziellen Unabhängigkeit beizutragen.“ Hierzu soll die DSF wissenschaftliche Vorhaben fördern und initiieren, nationale und internationale wissenschaftliche Konferenzen durchführen, den wissenschaftlichen Nachwuchs und wissenschaftliche Vernetzungen fördern sowie Forschungsergebnisse in Praxis und Öffentlichkeit vermitteln. Die DSF soll darüber hinaus „Impulse zur Fortentwicklung des Forschungsfelds“ geben, selbst jedoch keine Forschung

| <sup>123</sup> Präambel der Satzung der Deutschen Stiftung Friedensforschung i. d. F. vom 10. März 2016.

durchführen. Zu den Aufgaben der DSF gehört es zudem, die internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit und Sichtbarkeit der deutschen Friedens- und Konfliktforschung zu unterstützen und hierfür mit anderen Einrichtungen im In- und Ausland zusammenzuarbeiten. Dadurch soll auch der wissenschaftliche Austausch und Dialog mit der Praxis befördert werden, insbesondere auch auf europäischer Ebene. Schließlich hält die Satzung fest, dass die Förderung durch die DSF mit der Verpflichtung verbunden ist, die Ergebnisse der geförderten Projekte und Vorhaben öffentlich zugänglich zu machen. |<sup>124</sup>

### 1.3 Positionierung der DSF im fachlichen Umfeld

Als einzige Fördereinrichtung in Deutschland und Europa unterstützt die DSF gezielt die Friedens- und Konfliktforschung. Zwar fördert die DFG in größerem Umfang und mit jeweils deutlich größeren Projektbudgets Vorhaben der Friedens- und Konfliktforschung. Allerdings bietet sie keine gezielten Förderlinien für dieses Forschungsfeld an und kann daher nach Einschätzung der DSF thematisch und strukturell hier keine besonderen Impulse setzen.

Fördermittel für Forschungs- und Transferprojekte zu Themen, die für die Friedens- und Konfliktforschung relevant sind, stellen zudem mehrere Bundesministerien bereit, so insbesondere das Auswärtige Amt (AA) und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zu konkreten Sachthemen wie Rüstungskontrolle oder Migrations- und Fluchtursachen, sowie das BMBF zu übergeordneten Fragestellungen und Themen wie z. B. Krisen, Sicherheit, Integration. Das BMBF fördert darüber hinaus in jüngerer Zeit weitere Verbundprojekte zu aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen, mit denen sich auch die Friedens- und Konfliktforschung befasst. Der thematische Schwerpunkt liegt hier auf Fragen innergesellschaftlicher Rückwirkungen internationaler Gewaltkonflikte. Diese Projekte sollen dazu beitragen, den fächerübergreifenden Forschungsstand zu ermitteln, Erkenntnisse zu bündeln und für den Wissenstransfer in die Praxis aufzubereiten. In einzelnen dieser Projekte ist die DSF als Transferpartnerin beteiligt (vgl. Anhang 3 A.II.2.b).

Andere Stiftungen der Forschungsförderung wie insbesondere die Volkswagen-Stiftung und die Gerda Henkel Stiftung verfügen über einzelne, zeitlich befristete Förderprogramme, die in unterschiedlichem Maße Schnittstellen zur Friedens- und Konfliktforschung aufweisen, laut DSF jedoch keine nachhaltige Förderung dieses Forschungsfeldes anstreben. Die *Berghof Foundation*, eine private Stiftung, hat lange Zeit in vergleichbarem Umfang wie die DSF bestimmte

| <sup>124</sup> § 2 der Satzung der Deutschen Stiftung Friedensforschung i. d. F. vom 10. März 2016.

Forschungsfelder der Friedens- und Konfliktforschung gefördert, diese Aktivitäten im Jahr 2016 jedoch nahezu vollständig eingestellt.

Weitere Möglichkeiten, Drittmittel einzuwerben, bestehen für die Friedens- und Konfliktforschung wie für andere Forschungsfelder auf EU-Ebene. Insbesondere größere außeruniversitäre, in geringerem Umfang auch universitäre, Einrichtungen beteiligen sich an EU-geförderten Kooperationsprojekten. Ausländische Einrichtungen wie etwa die US-amerikanische *Ford-Foundation* oder *Carnegie Endowment*, die in früheren Jahren als Förderorganisationen auch für das Feld der Friedens- und Konfliktforschung aufgetreten sind, haben ihre entsprechenden Tätigkeiten eingestellt.

Nach eigener Einschätzung steht die DSF mit keiner der genannten nationalen und internationalen Fördereinrichtungen in unmittelbarem Wettbewerb, sondern hält es – nicht zuletzt angesichts ihrer begrenzten eigenen Fördermöglichkeiten – für unabdingbar, dass die Einrichtungen der Friedens- und Konfliktforschung auf weitere Fördermöglichkeiten zugreifen können. Allerdings weist die nationale und europäische Förderlandschaft aufgrund ihrer mangelnden Kenntnisse des spezifischen Förderbedarfs dieses Forschungsfelds gravierende Förderlücken auf. An dieser Stelle setze die DSF ein, die eine ihrer besonderen Stärken darin sieht, zugleich institutionell unabhängig zu sein und über eine große Nähe zum Forschungsfeld zu verfügen. So könne sie einerseits Förderbedarf im unmittelbaren Austausch mit den wissenschaftlichen Einrichtungen ermitteln und verfüge andererseits über einen Überblick über das gesamte Feld, der es ermögliche, inhaltliche und strukturelle Defizite zu identifizieren. Dies versetze sie in die Lage, Förderprogramme und -formate zielgerichtet zu entwickeln und so Förderlücken im System zu schließen. Damit verfügt die DSF nach eigenem Bekunden über ein Alleinstellungsmerkmal und kann auch mit kleineren Förderformaten und geringeren Finanzvolumina sichtbare Beiträge zur Weiterentwicklung des Forschungsfeldes leisten. So sei die Stiftung etwa prioritärer Ansprechpartner für die Förderung von Tagungen, darunter auch Konferenzen mit großer internationaler Sichtbarkeit und (auch außenpolitischer) Reputation wie die internationale völkerrechtliche Konferenz *The International Criminal Court in Turbulent Times* (Mai 2018, Deutsche Botschaft Den Haag) und der Konferenzzyklus *Structures of cooperative and common security: A prospect for development of East Asia?* (Stationen 2016 in Hamburg und 2017 in Beijing). Ebenso biete das Format der Standardprojekte (vgl. Anhang 3 A.II.1.b) Kombinationsmöglichkeiten für interdisziplinäre, anwendungsorientierte und explorative Forschung, die in dieser Form von keiner anderen Förderorganisation angeboten würden. Mit Einrichtung der thematischen Förderlinie habe die DSF ihr Alleinstellungsmerkmal weiter gestärkt.

Die Forschungsförderung nimmt als Hauptaufgabe der DSF nach eigenen Schätzungen durchschnittlich etwa 45 % der Kapazitäten der Gremien und der Geschäftsstelle in Anspruch. Weitere Aufgaben sind die Unterstützung der Friedens- und Konfliktforschung jenseits der Forschungsförderung etwa durch die Konzeption und Organisation von Tagungen und Workshops, Beratungstätigkeiten und Lobbyarbeit (ca. 10 %), die Unterstützung des Wissenstransfers in die Politik (15 %) sowie die Öffentlichkeitsarbeit (Bearbeitung von Medienanfragen, Gestaltung und Pflege der Homepage, Newsletter etc.), für die etwa 10 % der Arbeitskapazitäten aufgewendet werden. Schließlich entfallen rd. 20 % der Kapazitäten auf administrative Aufgaben, die Betreuung der Vermögensverwaltung, die Betreuung und Durchführung von Gremiensitzungen, die Verwaltung der Quidde-Stiftung |<sup>125</sup> und den Austausch mit anderen Stiftungen.

## II.1 Förderung

### II.1.a Förderkonzept

Grundlage der Forschungsförderung ist das „Förderkonzept der DSF. Forschungsinnovation, Netzwerkbildung, Praxistransfer“ vom Oktober 2013. Dieses wurde basierend auf Empfehlungen einer externen Expertenkommission |<sup>126</sup> und unter Mitwirkung der Geschäftsstelle durch den Geschäftsführenden Vorstand entwickelt, mit dem wissenschaftlichen Beirat abgestimmt und vom Stiftungsrat verabschiedet. Maßgeblich für die Gestaltung dieses Förderkonzepts waren die Ziele der DSF (vgl. Anhang 3 A.I.2), die damit verbundene Positionierung in der Förderlandschaft, der (auch über Nachfrage aus dem Forschungsfeld) identifizierte Förderbedarf, die Relevanz für die Weiterentwicklung des Forschungsfeldes sowie die Nachwuchsförderung. Zudem waren neben operativen und finanziellen Aspekten die Berücksichtigung von Querschnittsthemen (z. B. Genderforschung), die Internationalisierung und die Stärkung des Wissenstransfers relevant. Insgesamt soll das Förderkonzept zur Profilierung der DSF beitragen.

| <sup>125</sup> Die 2011 gegründete Ludwig Quidde-Stiftung wird von der DSF verwaltet; das Stiftungskapital in Höhe von 178 Tsd. Euro wird als Sondervermögen geführt. Sie geht aus einer privaten Stiftung hervor, mit der Leben und Werk des deutschen Friedensnobelpreisträgers (1927) Ludwig Quidde in Erinnerung gerufen werden. Eine der zentralen Aufgaben der Ludwig Quidde-Stiftung liegt in der Verleihung des Ludwig Quidde-Preises. Darüber hinaus werden Projekte, Tagungen und Publikationen zu Themen der Friedensforschung und Friedensförderung unterstützt.

| <sup>126</sup> Die externe Evaluation durch fünf Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem In- und Ausland fand 2008 statt.

In diesem Förderkonzept hat die DSF vier Förderkategorien definiert und diesen – unabhängig von der Ertragsentwicklung – jährliche Mindestbudgets zugewiesen: Forschungsprojekte (500 Tsd. Euro), wissenschaftliche Tagungen (80 Tsd. Euro), Vernetzungs- und Transferprojekte (40 Tsd. Euro) sowie sog. Ausnahmeprojekte (30 Tsd. Euro) (vgl. Anhang 3 A.II.1.b). Das konkrete Förderbudget für die einzelnen Kategorien wird jährlich vom Stiftungsrat festgelegt. Den Förderkategorien sind jeweils unterschiedliche Förderformate zugeordnet, die laut DSF bedarfsorientiert entwickelt wurden. Gemäß Förderkonzept sollen die Förderangebote der DSF insbesondere dort ansetzen, wo keine oder nur eingeschränkte alternative Unterstützungsmöglichkeiten für die Friedens- und Konfliktforschung bestehen.

Aufgrund eines entsprechenden Votums des wissenschaftlichen Beirates und von Rückmeldungen aus dem Forschungsfeld haben sich Vorstand und Stiftungsrat dafür entschieden, in dem Förderkonzept an thematisch offenen Förderlinien festzuhalten, um auch weiterhin die Vielfalt der Friedens- und Konfliktforschung unterstützen zu können. Im Jahr 2017 wurde darüber hinaus eine auf zwei Jahre befristete thematische Förderlinie „Neue Technologien“ eingeführt. Dieses Förderformat wurde im Austausch mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern entwickelt, mit denen in einem Workshop unterschiedliche Modelle diskutiert wurden; ferner wurde der wissenschaftliche Beirat in die Konzeption einbezogen. Der Stiftungsrat stimmte dieser neuen Förderlinie 2017 zu. Maßgebliche Kriterien der Ausschreibung waren hier der identifizierte Förderbedarf, Interdisziplinarität, nationale wie internationale Vernetzung und die Fortentwicklung des Themenfeldes (vgl. Anhang 3 A.II.1.b).

Ein systematisches Monitoring der Förderaktivitäten anderer Organisationen zur Identifizierung von Förderlücken führt die DSF nicht durch. Allerdings verfügt die Stiftung nach eigener Einschätzung über einen breiten Überblick über die Förderaktivitäten im Forschungsfeld, der sich aus *Newslettern* von Förder- und Forschungseinrichtungen, gezielten Internetrecherchen, eingereichten Unterlagen von Antragstellenden sowie insbesondere aus der Vernetzung der wissenschaftlichen Gremienmitglieder und der Geschäftsstelle im Forschungsfeld ergibt.

## II.1.b Förderkategorien

### *Thematisch offene Forschungsförderung*

In der thematisch offenen Forschungsförderung möchte die DSF innovative Projekte der Grundlagen- oder anwendungsorientierten Forschung fördern, die geeignet sind, neue Forschungsgebiete zu erschließen, Forschungslücken zu bearbeiten, einen Beitrag zur theoretisch-methodischen Weiterentwicklung von Forschungsansätzen zu leisten und Ergebnisse für den Wissenstransfer zu erar-

beiten. In Anbetracht der begrenzten Förderbudgets geht es hierbei laut DSF in erster Linie um Anschubfinanzierungen und explorative Studien. Mit dieser Förderlinie, die drei Förderformate umfasst, erreicht die DSF nach eigenen Aussagen über den institutionellen Kern der Friedens- und Konfliktforschung hinaus auch angrenzende Forschungsfelder, die zu friedens- und sicherheitspolitischen Themen arbeiten. Folgende Förderformate sind dieser Linie zugeordnet:

- Postdoc-Projekte (max. 150 Tsd. Euro, Laufzeit max. 30 Monate, jährlich ein Antragstermin): Dieses Format, wendet sich an junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nach der Promotion, die bereits ausgezeichnete wissenschaftliche Leistungen erbracht haben. Ihnen soll die Möglichkeit eröffnet werden, eigene Forschungsmittel einzuwerben und sich für eine weitere wissenschaftliche Karriere in der Friedens- und Konfliktforschung zu qualifizieren. Erwartet wird, dass mit dem Vorhaben eine innovative Forschungsleistung erbracht wird und eine Aufarbeitung der Ergebnisse für den Wissenstransfer erfolgt. Darüber hinaus sollen sich die Geförderten z. B. durch Tagungsteilnahmen national und international vernetzen und wissenschaftliche Erfahrungen sammeln. In den ersten drei Jahren nach Etablierung dieses Formats gingen acht Anträge ein, die aufgrund unzureichender Qualität und oftmals mangelnder Begleitung durch die gastgebende Einrichtung negativ beschieden wurden. Zuletzt hat sich laut DSF die Qualität der Anträge verbessert, so dass 2018 erstmals Postdoc-Projekte in die Förderung aufgenommen werden konnten.
- Standardprojekte (bis 2013: „Forschungsvorhaben“, max. 100 Tsd. Euro, Laufzeit max. 24 Monate, jährlich zwei Antragstermine): Mit diesem Format werden Projekte mit einer für die Friedens- und Konfliktforschung innovativen Themenstellung gefördert, von denen Impulse für eine vertiefende Erschließung neuer Forschungsfelder und die Weiterentwicklung bestehender Forschungsstränge erwartet werden. Zugleich müssen diese Projekte ihr Potential für die wissenschaftliche Politik- und Gesellschaftsberatung verdeutlichen.
- Pilotprojekte (max. 20 Tsd. Euro, Laufzeit max. 12 Monate, jährlich zwei Antragstermine): Die mit diesem Format geförderten Projekte sollen explorativ angelegt sein und dazu beitragen, ein neues Forschungsfeld thematisch und konzeptionell zu erschließen oder einen neuen Forschungsansatz zu testen. Von den Geförderten wird eine erste Fachveröffentlichung und ein Antrag für ein größeres Anschlussprojekt bei der DSF oder einer anderen Fördereinrichtung erwartet.

Im Zeitraum von 2008 bis 2017 hat die DSF in der thematisch offenen Forschungsförderung 65 Projekte unterstützt, darunter 44 Forschungsvorhaben bzw. Standardprojekte (bei 137 Anträgen) und 21 Pilotstudien (bei 52 Anträgen). Im selben Zeitraum wurden neun Postdoc-Projekte beantragt, von denen keines bewilligt wurde (vgl. Übersicht 4 in Anhang 3).



Die Hälfte der geförderten Forschungsvorhaben/Standardprojekte war rein politikwissenschaftlich ausgerichtet, an zwei weiteren war die Politikwissenschaft beteiligt (gemeinsam mit Verwaltungs- bzw. Kulturwissenschaften). Fünf der in diesem Format bewilligten Anträge kamen aus der Physik, in zwei weiteren Projekten kooperierten Physikerinnen bzw. Physiker mit Vertreterinnen bzw. Vertretern aus der Biologie bzw. den Technikwissenschaften. Weitere geförderte Forschungsvorhaben/Standardprojekte wurden von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern folgender Disziplinen bearbeitet: Rechtswissenschaft (3), Ethnologie (2), Kommunikationswissenschaft (2), Anthropologie (1), Bildungswissenschaft (1), Ökonomie (1), Philosophie (1) und Sozialpsychologie (1). Unter den Pilotstudien sind 15 rein politikwissenschaftliche Projekte und drei weitere mit politikwissenschaftlicher Beteiligung (gemeinsam mit Kulturwissenschaften, Pädagogik bzw. Sinologie). Die übrigen geförderten Pilotstudien wurden von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Medien- und Kommunikationswissenschaften, Ökonomie und Rechtswissenschaft eingeworben (vgl. Übersicht 4 und 5 in Anhang 3). |<sup>127</sup> Zwischen Oktober 2013 und 2017 wurden acht Pilotstudien gefördert. In all diesen Fällen wurden Fachpublikationen veröffentlicht oder zur Veröffentlichung eingereicht. Aus vier der Pilotstudien ergaben sich Nachfolgeanträge, bei den anderen vier wurden zum Berichtszeitpunkt (Frühjahr 2018) größere Projekte vorbereitet.

#### *Thematische Forschungsförderung*

Mit der 2017 erstmals ausgeschriebenen und nicht im Förderkonzept verankerten thematischen Förderung „Neue Technologien: Risiken und Chancen für internationale Sicherheit und Frieden“ möchte die DSF Vorhaben in einem trans-/interdisziplinären Themenfeld anstoßen, das – obgleich von großer Bedeutung für die Außen- und Sicherheitspolitik – durch einen strukturell bedingten Rückgang der Forschungskapazitäten insbesondere im natur- und technikwissenschaftlichen Bereich gekennzeichnet ist. Die Förderlinie soll zum einen dazu beitragen, dieses Forschungsgebiet zu stärken und zu profilieren, und zum anderen Ergebnisse mit einem großen Transferpotential für die Politik- und Gesellschaftsberatung hervorbringen. Diese Förderlinie, für die zwei Ausschreibungsrunden in den Jahren 2018 und 2019 vorgesehen sind, baut auf den übrigen oben und im folgenden genannten Förderformaten auf, die in diesem Rahmen an spezifischere Zielsetzungen geknüpft wurden. So sollen Standardprojekte primär zur Bearbeitung themenfeldübergreifender Fragen genutzt werden und die mit einem erhöhten Förderbudget (maximal 40 Tsd. Euro) ausgestatteten Pilotstudien können auch einer systematischen Auswertung des in-

| <sup>127</sup> In Klammern ist die Anzahl der bewilligten Projekte pro Disziplin genannt.

ternationalen Forschungsstandes und seiner Aufbereitung für die wissenschaftliche Politikberatung oder der Bearbeitung *policy*-orientierter Themen dienen. Im Tagungsbereich werden ausschließlich internationale Veranstaltungen gefördert. Mit einem erhöhten Fördervolumen (maximal 25 Tsd. Euro) werden Vernetzungsprojekte gefördert, die auf einen multi- oder interdisziplinären Austausch und die Entwicklung multiperspektivischer Forschungsansätze zielen. Projektgruppen, Tagungszyklen etc. können über einen Zeitraum von bis zu 24 Monaten gefördert werden. Mit maximal 10 Tsd. Euro werden Transferprojekte unterstützt, die bei der Vermittlung von Forschungsergebnissen mit Akteuren kooperieren oder Zielgruppen ansprechen wollen, die nicht zum Kreis universitärer oder außeruniversitärer Forschungseinrichtungen gehören.

#### *Förderung von Tagungen*

Mit zwei Formaten fördert die DSF wissenschaftliche Tagungen:

- internationale wissenschaftliche Tagungen (max. 20 Tsd. Euro, fortlaufende Antragstellung): Mit diesem Format möchte die DSF dazu beitragen, die internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit zu unterstützen und die internationale Sichtbarkeit der deutschen Friedens- und Konfliktforschung zu stärken. Der Anteil ausländischer Referentinnen und Referenten muss bei mindestens 40 % liegen.
- Arbeitstagungen (max. 10 Tsd. Euro, fortlaufende Antragstellung): Dieses Format, das in Ergänzung zu geförderten Forschungsprojekten oder als eigenständiges Vorhaben beantragt werden kann, soll der Diskussion neuerer Forschungsergebnisse der Friedens- und Konfliktforschung oder angrenzender Forschungsfelder in einem disziplinären oder interdisziplinären Rahmen dienen und ermöglichen, weiterführende Projektideen zu entwickeln. Dabei sollen auch wissenschaftliche Nachwuchskräfte eingebunden werden.

Von 2008 bis 2017 wurden insgesamt 93 Anträge für die Förderung von wissenschaftlichen Tagungen gestellt, von denen 67 bewilligt wurden. 37 der geförderten Tagungen waren ausschließlich von Politikwissenschaftlerinnen bzw. -wissenschaftlern beantragt worden, zwei weitere gemeinsam mit Kultur- bzw. Geschichtswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern. Weitere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die erfolgreich Tagungsmittel bei der DSF erworben haben, kamen aus folgenden Disziplinen: Rechtswissenschaft (11), Geschichtswissenschaft (6), Soziologie (3), Physik (2), Theologie (eine eigenständige

und zwei kooperative Tagungen mit Ökonomie bzw. Soziologie) sowie Geographie (1), Ökonomie (1) und Pädagogik (1) (vgl. Übersicht 4 und 5 in Anhang 3). |<sup>128</sup>

#### *Förderung von Vernetzungs- und Transferprojekten*

Auch in diesem Bereich verfügt die DSF über zwei Förderformate:

- \_ Vernetzungsprojekte (max. 10 Tsd. Euro, fortlaufende Antragstellung): Dieses Format zielt auf eine Intensivierung der Zusammenarbeit und des Austauschs auf unterschiedlichen Ebenen. Gefördert werden Vorhaben des fächerübergreifenden wissenschaftlichen Austauschs, der Vernetzung des wissenschaftlichen Nachwuchses (z. B. im Rahmen von Tagungen der Jungen AFK |<sup>129</sup>), des Dialogs von Wissenschaft und Praxis sowie Aktivitäten zur Koordination und Weiterentwicklung der Lehrangebote in den einschlägigen Masterstudiengängen; hierzu gehört bspw. auch die hochschuldidaktische Weiterbildung junger Lehrkräfte dieser Studiengänge.
- \_ Transferprojekte (max. 5 Tsd. Euro, fortlaufende Antragstellung): Die in diesem Format geförderten Vorhaben sollen einen originellen und zielgerichteten Beitrag zur Vermittlung von Forschungsergebnissen der Friedens- und Konfliktforschung in (politische) Praxis und Öffentlichkeit leisten. Unterstützt werden Veranstaltungen, Ausstellungen, Internetseiten, Bildungsmaterialien (inkl. Hand- und Lehrbücher) und Publikationen, die auf ein breiteres Publikum zielen. |<sup>130</sup> In den letzten Jahren wurden mit diesem Format vor allem Vorhaben aus dem Bereich der Politikberatung unterstützt. Hierzu gehörten bspw. die Tagungen des Arbeitskreises Bio- und Chemiewaffen, *Side Events* bei internationalen Konferenzen (z. B. *Convention on Certain Conventional Weapons*) und die *Track-2* Gespräche zur Nichtverbreitung und Abrüstung im Nahen und Mittleren Osten, an denen jeweils Vertreterinnen und Vertreter aus der Friedens- und Konfliktforschung sowie der nationalen und internationalen Politik beteiligt waren – teilweise mit regelmäßigen Treffen über einen längeren Zeitraum hinweg. Zudem wurden Projekte gefördert, die sich an eine breitere Öffentlichkeit richten und einen Beitrag zur politischen Bildung leis-

| <sup>128</sup> In Klammern ist die Anzahl der bewilligten Tagungen pro Disziplin genannt.

| <sup>129</sup> Bei der Jungen AFK handelt es sich um einen Arbeitskreis der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler „aller Generationen, die sich erst seit kurzer Zeit mit diesem Forschungsfeld beschäftigen.“ (vgl. Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung e. V.: Arbeitskreis Junge AFK. <https://afk-web.de/cms/arbeitskreise-der-afk/arbeitskreis-junge-afk/>, zuletzt abgerufen am 20.09.2018).

| <sup>130</sup> Bei Publikationen beschränkt sich die Unterstützung auf die Editionsarbeiten; die Drucklegung wird hingegen nicht unterstützt.

ten, wie z. B. der von der *Berghof Foundation* erarbeitete Band „Frieden lernen mit Reportagen. Anregungen für Studium und Lehre“ sowie Ausgaben des „Mut Magazins“ zu den Themen Flucht und Deradikalisierung, die mit einer Auflage von 500 Tsd. Exemplaren als Beilage regionaler und überregionaler Zeitungen verbreitet wurden.

Von den 71 Anträgen zur Förderung von Vernetzungs- und Transferprojekten (inkl. Zeitschriftenförderung und Publikationen) wurden im Zeitraum von 2008 bis 2017 insgesamt 53 bewilligt. 38 der bewilligten Vernetzungs- und Transferprojekte wurden ausschließlich von Vertreterinnen und Vertretern der Politikwissenschaft beantragt, acht weitere gemeinsam mit Mikrobiologinnen und -biologen und eine weitere gemeinsam mit Physikerinnen und Physikern. Zudem gab es ein gefördertes gemeinsames Vernetzungsprojekt von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Kommunikationswissenschaft und der Soziologie, je zwei Vernetzungs- und Transferprojekte aus den Reihen der Geschichtswissenschaft und Pädagogik sowie eines seitens der Sozialpsychologie.

#### *Förderung von Ausnahmeprojekten*

Diese Förderlinie zielt darauf, Vorhaben zu unterstützen, die eine außergewöhnliche Bedeutung für Forschung, Lehre und Transfer in der Friedens- und Konfliktforschung haben. Eine Antragstellung ist nur dann möglich, wenn die DSF Fördermittel für einen bestimmten Zweck ausschreibt (was bislang nicht erfolgt ist) oder auf der Grundlage einer Voranfrage dazu auffordert, einen Antrag einzureichen. In dieser Linie fördert die DSF bereits seit einiger Zeit ausschließlich das „Friedensgutachten“ (vgl. Anhang 3 A.II.1.d).

Die DSF sieht die besondere Stärke ihres Förderportfolios in der flexiblen Gestaltungsmöglichkeit der Formate. Diese stehen zum einen Projekten aus unterschiedlichen Themenfeldern und Disziplinen offen und ermöglichen unterschiedliche theoretische wie methodische Zugänge. Zum anderen können Förderbudgets und -laufzeiten variabel auf die jeweiligen Projektkonzeptionen zugeschnitten werden. Obgleich die DSF aufgrund ihres geringen Förderbudgets auf eine aktive Bewerbung ihrer Förderangebote verzichtet, ist ihren Angaben zufolge die Nachfrage in allen genannten Förderbereichen anhaltend hoch; dies gelte für Anträge sowohl aus dem engeren Bereich der Friedens- und Konfliktforschung als auch aus angrenzenden Forschungsfeldern und unterschiedlichen Fachdisziplinen. Insbesondere aus den letztgenannten Bereichen wie etwa der Migrations- und Fluchtforschung sowie der Radikalisierungs- und Terrorismusforschung hat laut DSF die Anzahl der Anträge in den letzten Jahren zugenommen; diese richten sich vielfach auf Vorhaben zur Untersuchung der Rückwirkungen internationaler Konflikte auf innergesellschaftliche Konflikte in Deutschland und Europa.

Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ist für die DSF ein Querschnittskriterium, das möglichst in allen Förderformaten berücksichtigt werden soll und schlägt sich überdies in dem eigenständigen Format der Postdoc-Projekte nieder (vgl. Anhang 3 A.II.1.b). Hingegen gibt es kein eigenes Format für die Förderung der Gleichstellung. Laut DSF gibt es in der Friedens- und Konfliktforschung eine ausgeprägte Sensibilität für Gleichstellungsfragen, weshalb kein Anlass für spezifische Förderformate gesehen wird. Unter den Antragstellenden liegt der Frauenanteil seit Beginn der DSF-Fördertätigkeit bei 37,8 %, unter den Geförderten bei 39,3 %. Deutlich höher ist der Frauenanteil mit 59,1 % bei den wissenschaftlichen Projektstellen, die aus DSF-Drittmitteln finanziert wurden.

#### II.1.c Bewerbungsvoraussetzungen

Die Förderangebote der DSF zielen auf Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem universitären und außeruniversitären Bereich, die sich unabhängig von ihrem fachlichen Selbstverständnis mit Fragen der Friedens- und Konfliktforschung befassen. |<sup>131</sup> Die Bewilligung von Fördermitteln erfolgt ausnahmslos an Einrichtungen, nicht an Personen. Förderungsfähig sind nach den Richtlinien der DSF öffentliche und private Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen sowie Vereine und Stiftungen; hierzu gehören auch Verbände wie die Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK). Diese Einrichtungen müssen ihren Sitz im Inland haben, Tagungen können in begründeten Ausnahmefällen auch im Ausland stattfinden, sofern eine deutsche Einrichtung als zentrale AusrichterIn fungiert. Kooperative Fördermodelle sind für die Tagungsförderung möglich. Die DSF kann keine Overheadkosten übernehmen und geht daher davon aus, dass die geförderte Einrichtung entsprechende Eigenleistungen erbringt.

Die DSF achtet nach eigenem Bekunden auf Chancengleichheit und, sofern bekannt, auf die individuellen Lebensumstände der Antragstellenden. In den Förderrichtlinien weist sie auf die Möglichkeit einer individuellen Beratung hin. Zudem bietet sie in der Projektförderung flexible und unbürokratische Lösungen an, wenn bei Beginn oder im Verlauf eines Projektes unvermeidliche Verzögerungen auftreten. |<sup>132</sup> Sofern dies schlüssig begründet werden kann, können Fördermittel kostenneutral umgeschichtet oder umgewidmet werden; ebenso

| <sup>131</sup> Mindestvoraussetzung ist in der Regel die Promotion. In Ausnahmefällen können sich auch Personen ohne Promotion bewerben, die langjährige Arbeitserfahrung und Publikationstätigkeit in der Wissenschaft nachweisen können.

| <sup>132</sup> Dies gilt etwa für Schwangerschaft und Kinderbetreuung, Krankheit, Behinderung oder Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger.

ist eine kostenneutrale Verlängerung des Förderzeitraums möglich. Laut DSF wird ferner darauf geachtet, weder bei den Förderbestimmungen noch im Begutachtungsverfahren ausgrenzende Regelungen und Maßstäbe anzulegen. Daher eröffnet die DSF auch die Möglichkeit, Anträge in deutscher oder englischer Sprache einzureichen.

#### II.1.d Auswahlverfahren

In ihrer Förderpraxis orientiert sich die DSF nach eigenen Angaben an der DFG-Denkschrift zur „Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis“ sowie an den „10 Handreichungen guter Förderpraxis – für wissenschaftsfördernde Stiftungen“ des Arbeitskreises Wissenschaft und Forschung im Bundesverband Deutscher Stiftungen. |<sup>133</sup>

Grundlegende Kriterien für die Bewertung der Anträge sind die wissenschaftliche Relevanz und Originalität, die Qualität des Antrags und des Forschungsdesigns, Qualifikation der bzw. des Antragstellenden sowie Relevanz für die wissenschaftliche Politik- und Gesellschaftsberatung. Ergänzende Kriterien sind die Generierung von Handlungs- und Orientierungswissen für Praxisakteure, nationale und internationale Wissenschaftskooperationen sowie Beteiligung und Förderung wissenschaftlicher Nachwuchskräfte. Diese ergänzenden Kriterien können laut DSF bei gleichwertiger Erfüllung der grundlegenden Kriterien durch mehrere Anträge entscheidend für den Erfolg des Antrags sein.

Zur Begutachtung von Anträgen setzt die DSF ein *peer-review*-Verfahren ein, das für die einzelnen Förderformate unterschiedlich ausgestaltet ist. Für die Formate der thematisch offenen Förderlinie werden pro Antrag zwei externe Fachgutachten eingeholt. Bei abweichenden Gutachten zu Postdoc- und Standardprojektanträgen wird ein Drittgutachten angefordert, wobei die beiden abweichenden Gutachten in anonymisierter Form bereitgestellt werden. Ebenso sind in diesen Formaten Drittgutachten obligatorisch, wenn Mitglieder des Vorstands oder die durch sie vertretenen Institutionen Förderanträge stellen. |<sup>134</sup> Auch für Anträge von Mitgliedern des Stiftungsrates – nicht aber von der durch sie vertrete-

| <sup>133</sup> Bundesverband Deutscher Stiftungen: 10 Handreichungen guter Förderpraxis – für wissenschaftsfördernde Stiftungen. [https://www.stiftungen.org/fileadmin/stiftungen\\_org/Verband/Was\\_wir\\_tun/-Veranstaltungen/AK-Wissenschaft-Forschung/Handreichungen-guter-Foerderpraxis.pdf](https://www.stiftungen.org/fileadmin/stiftungen_org/Verband/Was_wir_tun/-Veranstaltungen/AK-Wissenschaft-Forschung/Handreichungen-guter-Foerderpraxis.pdf), zuletzt abgerufen am 20.09.2018.

| <sup>134</sup> Sollte ein derartiger Antrag bewilligt werden, müssen die Beschlussunterlagen dem Stiftungsrat im schriftlichen Umlauf vorgelegt werden. Erhebt ein Mitglied des Stiftungsrates Einwände gegen das Verfahren, wird die Bewilligung der Mittel aufgeschoben und der Antrag wird zur erneuten Befassung an den Vorstand zurückverwiesen; dieser muss seine Entscheidung dann schriftlich gegenüber dem Stiftungsrat begründen. Vgl. §5 (8) der Geschäftsordnung für den Vorstand der Deutschen Stiftung Friedensforschung vom 31. Mai 2016.

nen Institution – ist ein Drittgutachten einzuholen. Bei diesen beiden Förderformaten ist zudem eine Nachqualifizierung, d. h. eine Überarbeitung des Antrages, möglich. Sollte die DSF eine Nachqualifizierung verlangen, fällt die Förderentscheidung auf der Grundlage der abschließenden Beurteilung durch die Fachgutachtenden.

Im Format Pilotstudien sind weder Drittgutachten noch Nachqualifizierungsmöglichkeiten vorgesehen. Für die Formate in den Förderlinien Tagungen sowie Vernetzungs- und Transferprojekte wird jeweils ein externes Fachgutachten eingeholt; liegt das Fördervolumen unter 5 Tsd. Euro kann der Vorstand auch ohne externes Gutachten entscheiden. Gleiches gilt bei seriellen Projekten der Vernetzungs- und Transferförderung, die ggf. nachlaufend evaluiert werden. Über Ausnahmeprojekte wird im Regelfall auf der Basis von zwei externen Gutachten entschieden; Projektevaluationen bilden die Grundlage für die Entscheidung über eine Weiterförderung.

Mit der Erstellung der externen Fachgutachten werden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem In- und Ausland beauftragt, die unter beratender Beteiligung des wissenschaftlichen Beirats und auf der Grundlage eigener Recherchen durch die Geschäftsführerin bzw. den Geschäftsführer ausgewählt werden. Um eine klare Trennung von Begutachtung und Entscheidung sicher zu stellen, ist der Vorstand nicht an der Auswahl der Gutachtenden beteiligt. Je ein Gutachten soll möglichst aus dem Feld der Friedens- und Konfliktforschung und ein weiteres aus der Fachdisziplin der bzw. des Antragstellenden kommen. Die Gutachtenden werden über Förderkriterien und Entscheidungsverfahren informiert und zu möglichen Befangenheitsgründen befragt. Während die Namen der Gutachtenden zur Sicherung der Vertraulichkeit ausschließlich dem Vorstand offengelegt werden, werden die Anträge nicht anonymisiert, da die Ausgewiesenheit der bzw. des Antragstellenden ein Förderkriterium ist. Im Interesse der Verfahrenstransparenz werden den Antragstellenden die Gutachten in anonymisierter Form übermittelt. Die DSF legt nach eigenen Angaben großen Wert auf eine hinreichende Distanz zwischen Gutachtenden und Antragstellenden, um eine sachgerechte und faire Bewertung zu gewährleisten.

Mit der Satzungsreform von 2016 ging die Auswahlentscheidung vom Stiftungsrat auf den Vorstand über, wodurch die Verfahren laut DSF deutlich effizienter und flexibler gestaltet werden können. Der Vorstand prüft sowohl die Projektanträge als auch die Angemessenheit und Plausibilität der externen gutachterlichen Bewertungen. Er trifft keine Entscheidung gegen gut begründete Fachgutachten, behält sich aber vor, abzuwägen, inwiefern eine vom Gutachtervotum abweichende Entscheidung angemessen ist. Das heißt, dass den externen Gutachten zwar eine große, aber keine ausschließliche Bedeutung für die Förderentscheidung zukommt. Unter Berücksichtigung der DSF-Förderkriterien stellt der Vorstand die Förderwürdigkeit der Vorhaben fest.

Sollte die Anzahl der positiv bewerteten Projekte das verfügbare Förderbudget übersteigen, erstellt der Vorstand eine Rangfolge der zu fördernden Projekte. Abgelehnte Anträge können nach Überarbeitung (einmalig) erneut eingereicht werden, wovon laut DSF häufig Gebrauch gemacht wird. Bei Eigenanträgen nimmt das betreffende Vorstandsmitglied nicht an der Beratung und Beschlussfassung teil. Der Stiftungsrat übernimmt eine Kontrollfunktion, in dem die DFG-Vertreterin bzw. der DFG-Vertreter im Stiftungsrat die Entscheidungsverfahren auf formale Richtigkeit prüft und dem Stiftungsrat hierüber Bericht erstattet. Der Vorstand berichtet dem Stiftungsrat und dem wissenschaftlichen Beirat über seine Förderentscheidung.

Aufgrund guter Erfahrungen möchte die DSF an ihrem Auswahlverfahren festhalten, das nach eigenen Angaben positive Rückmeldungen der Fachgemeinschaft hervorruft. Dazu trage neben der Transparenz insbesondere die überwiegend gute bis sehr gute Qualität der Fachgutachten bei, die vielfach wichtige Verbesserungsmöglichkeiten hinsichtlich des Forschungsdesigns aufzeigten. Die Empfehlung der externen Evaluierungskommission von 2008, eine feststehende Gutachterkommission für die Bewertung der Anträge einzusetzen, habe die DSF als nicht praktikabel bewertet, da die Mitglieder dieser Kommission mit einem enormen Arbeitsaufwand konfrontiert wären. Zudem könne eine Kommission nicht die gesamte Bandbreite fachlicher Kompetenzen vereinen, die zur Beurteilung der disziplinär, thematisch und methodisch vielfältigen Anträge erforderlich sei.

#### II. 1.e Prüfung des Projekterfolgs

Während der Förderung steht die Geschäftsstelle als Ansprechpartnerin für projektbezogene Fragen bereit, begleitet die Projekte jedoch nicht aktiv. Die Geförderten müssen keine Zwischenberichte vorgelegen. Zum Projektabschluss verlangt die DSF neben einem Endnachweis über die Mittelverwendung einen maximal zehnteiligen Arbeitsbericht mit einer knappen Darstellung des Projektverlaufs, der wichtigsten Ergebnisse und des weiterführenden Forschungsbedarfs. Darüber hinaus muss ein zusammenfassender, allgemeinverständlicher Forschungsbericht erstellt werden, der in der stiftungseigenen Reihe „Forschung DSF“ veröffentlicht werden kann. |<sup>135</sup> Die vorgelegten Ergebnisse werden denjenigen Wissenschaftlerinnen bzw. Wissenschaftlern, die bereits den Antrag begutachtet hatten, für eine kurze abschließende Stellungnahme übermittelt. Bei Tagungsformaten wird ein Arbeits- und Tagungsbericht erwartet.

| <sup>135</sup> Sofern bereits vergleichbare Publikationen erschienen und gut zugänglich sind, verzichtet die DSF auf den Ergebnisbericht.



Die Förderbestimmungen verpflichten die Geförderten darauf, die DSF auch über den Förderzeitraum hinaus über Medienberichte zum geförderten Projekt, Publikationen aus dem Vorhaben sowie Transfer- und Vernetzungsaktivitäten zu informieren bzw. Belegexemplare, Programme etc. vorzulegen. In mehreren Fällen hat die DSF Geförderte an eigenen Transferveranstaltungen beteiligt.

Die DSF gibt an, zur Bewertung geförderter Projekte folgende Kriterien anzulegen:

- \_ erfolgreicher Abschluss der Forschungsarbeiten im Förderzeitraum,
- \_ Erfüllung der Erwartungen in Relation zum Förderantrag,
- \_ Zahl und Platzierung der aus dem Projekt hervorgegangenen Fachpublikationen (referierte Fachzeitschriften und Beiträge zur Wissenschaftskommunikation),
- \_ internationale Sichtbarkeit der Projektergebnisse (Publikationen, Konferenzbeiträge etc.),
- \_ Beiträge zum Wissenstransfer in Praxis und Öffentlichkeit,
- \_ Vorlage eines zusammenfassenden Ergebnisberichts für die Reihe „Forschung DSF“.

Bei seriellen Förderungen im Bereich der Vernetzungsprojekte (z. B. Förderung der Jahreskolloquien der AFK) wird die Zielerreichung nachlaufend durch externe Gutachtende geprüft. Die Ergebnisse dieser Begutachtung werden der Entscheidung über die Weiterförderung zugrunde gelegt. In der Regel enthalten diese Gutachten Empfehlungen oder Auflagen, zu denen die Antragstellenden um Stellungnahme gebeten werden.

## II.2 Weitere wichtige Arbeitsfelder

### II.2.a Leistungen für die Wissenschaft

Allein oder in Kooperation mit Partnern richtet die Stiftung Konferenzen aus, die der interdisziplinären Diskussion neuer Entwicklungen in der Forschung und dem internationalen Austausch dienen sollen. Nach eigenen Aussagen kann die DSF derartige Konferenzen aufgrund begrenzter finanzieller und personeller Ressourcen nur in größeren zeitlichen Abständen organisieren. Seit 2008 hat die DSF fünf nationale und internationale Konferenzen gemeinsam mit Partneereinrichtungen durchgeführt (vgl. Übersicht 5 in Anhang 3).

### II.2.b Transfer

Transferleistungen erbringt die DSF über die Förderung von Transferprojekten hinaus (vgl. Anhang 3 A.II.1.b) durch eigene Aktivitäten. Dabei greift sie teilweise auf Ergebnisse geförderter Projekte zurück – in jüngerer Zeit etwa auf Ergebnisse völkerrechtlicher und naturwissenschaftlich-technischer Projekte zu

Erfolgsbedingungen des *Peacebuilding* und zu unbemannten bewaffneten Systemen. Dies ist jedoch aufgrund der unterschiedlichen zeitlichen Horizonte von Wissenschaft und Politik nicht immer möglich.

Beim Transfer in den politischen Raum setzt die DSF vor allem auf Dialogformate wie Parlamentarische Abende, Fachgespräche und Workshops, die Impulse für aktuelle friedenspolitische Debatten geben sollen. Laut DSF stoßen die seit 2004 in den Räumen der Parlamentarischen Gesellschaft in Berlin stattfindenden Parlamentarischen Abende unter den Abgeordneten auf positive Resonanz. Themen der letzten Jahre waren Salafismus in Deutschland, Flüchtlingspolitik, Friedenssicherung, internationale Schutzverantwortung und der rüstungstechnologische Wandel. Das jüngste Fachgespräch im Bundestag fand im Februar 2017 statt und war der Bedeutung der natur- und technikwissenschaftlichen Friedensforschung für die deutsche und europäische Außen- und Sicherheitspolitik gewidmet. Zu den Dialogformaten rechnet die DSF auch die Kooperation mit dem Forum Globale Fragen des Auswärtigen Amtes zur Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik.

Die Initiative für diese stiftungseigenen Aktivitäten geht überwiegend von der DSF aus, wobei sie den Austausch mit den Adressatinnen und Adressaten sucht und sich bspw. bei der Vorbereitung und Themensetzung der Parlamentarischen Abende an Rückmeldungen aus den fachpolitischen Kreisen des Deutschen Bundestags orientiert. In einzelnen Fällen wird die DSF für Kooperationen angefragt, beteiligt sich jedoch nur, wenn im Rahmen der Veranstaltung ein wissenschaftsbasierter Transfer möglich ist. Sie beteiligt sich grundsätzlich nicht an (partei-)politischen Kampagnen.

Politikberatend nahm die DSF am *PeaceLab*-Prozess 2016–2017 der Bundesregierung unter Federführung des AA teil. Dieser Prozess zielte auf die Einbindung möglichst vielfältiger Perspektiven in die Entwicklung der Leitlinien der Bundesregierung „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“. Die DSF hat hierzu unter anderem an der Bearbeitung der Frage mitgewirkt, wie die Wissenschaft und vor allem die Friedens- und Konfliktforschung als Dialogpartner der Auswärtigen Politik im Leitlinienpapier verankert werden kann.

Ferner beteiligt sich die DSF als Transferpartner an Verbundprojekten. Derzeit sind dies die vom BMBF geförderten Projekte „Gesellschaft Extrem. Radikalisierung und Deradikalisierung in Deutschland“ unter Federführung der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), „Flucht: Forschung und Transfer. Flüchtlingsforschung in der Bundesrepublik Deutschland“, das gemeinsam vom Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (I-MIS) der Universität Osnabrück und dem *Bonn International Center for Conversion* (BICC) durchgeführt wird, sowie „MAPEX. Mapping und Analyse von Präventions- und Distanzierungsprojekten im Umgang mit islamistischer Radikalisierung“, das vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung

(IKG) der Universität Bielefeld koordiniert wird. In diesen Projekten unterstützt die DSF die Präsentation der Ergebnisse im politischen Raum und in der Fachöffentlichkeit.

Darüber hinaus unterstützt die DSF die Medien, indem sie Expertinnen und Experten aus der Friedens- und Konfliktforschung für Hintergrundgespräche und Interviews vermittelt.

Vor dem Hintergrund innergesellschaftlicher Entwicklungen in Deutschland und Europa, akuter Gewaltkonflikte und einer Erosion der überkommenen internationalen Friedens- und Sicherheitsarchitektur sowie angesichts eines sich wandelnden außenpolitischen Selbstverständnisses Deutschlands hat die Nachfrage nach wissenschaftlich fundierten Forschungsergebnissen aus dem politischen Raum, aber auch aus den Medien und der Zivilgesellschaft laut DSF in den letzten Jahren deutlich zugenommen, ebenso hat sich das nachgefragte Themenspektrum deutlich erweitert. Neben tagespolitisch aktuellen Themen, die sich insbesondere auf Ursachen und Dynamiken akuter Gewaltkonflikte (z. B. Jemen, Syrien, Südsudan, Ukraine) beziehen, werden auch eher strukturelle Themen nachgefragt (z. B. zu internationaler und regionaler Ordnungs- und Sicherheitspolitik, Rüstungsdynamiken, Rüstungskontrolle und Abrüstung). Im Zuge einer Organisationsreform des Auswärtigen Amtes sowie der Erarbeitung und Verabschiedung der Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ haben sich zudem die Kommunikationsformen zwischen Politik und Wissenschaft verändert, so die DSF. Der politische Raum habe sich zunehmend für die Einbindung gesellschaftlicher Akteure und den Dialog mit Wissenschaft und Praxis geöffnet; dies ermögliche es der Friedens- und Konfliktforschung, neue Kommunikationswege und Dialogformate zu etablieren. Eine Veränderung habe schließlich auch die Medienlandschaft erfahren; die Wissenschaft müsse sich mit neuen Formaten auf die wachsende Bedeutung internetgestützter Kommunikationsformen einstellen.

### II.3 Kooperationen

In der Forschungsförderung kooperiert die DSF nicht mit anderen Fördereinrichtungen, da es ihr nach eigenem Bekunden nicht möglich ist, die hierfür erforderlichen anteiligen Fördermittel aus ihrem Budget bereit zu stellen. |<sup>136</sup>

| <sup>136</sup> Einen Kooperationsversuch gab es gegen Ende des vorigen und zu Beginn des laufenden Jahrzehnts mit der *Berghof Foundation*. Beide Förderorganisationen wollten jeweils 250 Tsd. Euro zur Einrichtung von Stiftungsprofessuren für biologische Friedensforschung, später auch für Informatik an der TU Darmstadt bereitstellen. Aufgrund von Problemen bei der Stellenbesetzung konnte diese Kooperationsvereinbarung jedoch nicht umgesetzt werden.

Kooperationen mit vielfältigen anderen Einrichtungen unterhält die DSF hingegen bei Fachtagungen und öffentlichen Veranstaltungen, Transfer- und Verbundprojekten. Dabei hängt die Auswahl der Partneereinrichtungen laut DSF unter anderem vom Veranstaltungsort ab. Bei kooperativ durchgeführten Fachtagungen hat die DSF in einigen Fällen die Federführung inne, so etwa bei der Tagung *Peacebuilding in Crises? Experiences and New Perspectives*, die 2014 in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Demokratie- und Friedensforschung der Universität Osnabrück stattfand. Gemeinsam mit lokalen und überregionalen Partnern wie z. B. dem Auswärtigen Amt, dem Institut für Auslandsbeziehungen sowie der Volkshochschule und der Universität Osnabrück richtet die DSF ferner an ihrem Standort öffentliche Diskussions- und Informationsveranstaltungen aus. In Transferprojekten ist die DSF zumeist für deren Konzeption, Planung und teilweise auch Durchführung verantwortlich; Kooperationspartner sind hier Ministerien oder ministerielle Gremien wie etwa der Beirat Zivile Krisenprävention und Friedensförderung der Bundesregierung oder wissenschaftliche Verbände wie bspw. der Forschungsverbund Naturwissenschaft, Abrüstung und Internationale Sicherheit (FONAS). Seit 2016 ist die DSF auch als Transferpartner in Verbundforschungsprojekten aktiv und arbeitet dabei mit wissenschaftlichen Einrichtungen wie der HSKF zusammen (vgl. Anhang 3 A.II.2.b). Die Beiträge der DSF bestanden hier bislang insbesondere in der Planung und Durchführung von Parlamentarischen Abenden und Transfertagungen für fachpolitische Praxisakteure aus Bundestag, Ministerien, Sicherheitsdiensten und NGOs; in einem Projekt wirkte die Stiftung auch im Projektbeirat mit.

Für den Aufbau europäischer oder internationaler Kooperationen verfügt die DSF nach eigenen Angaben derzeit nicht über ausreichende personelle und finanzielle Mittel.

#### II.4 Qualitätssicherung

Die DSF verfügt über einen wissenschaftlichen Beirat, der aus maximal 15 Mitgliedern besteht. Derzeit umfasst der Beirat zwölf Mitglieder, darunter ein Mitglied aus dem Ausland, zwei Mitglieder aus der forschungsfeldnahen Praxis, sechs Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Universitäten und drei aus außeruniversitären Forschungseinrichtungen des Inlandes. Die bzw. der Vorsitzende sowie eine Stellvertretung werden aus der Mitte des Beirates gewählt; die Wahl der bzw. des Vorsitzenden muss durch den Stiftungsrat bestätigt werden. Die Mitglieder des Beirates werden vom Stiftungsrat berufen; die bzw. der Beiratsvorsitzende sowie der Vorstand können dem Stiftungsrat Vorschläge unterbreiten. Die Mitgliederdauer beträgt drei Jahre, eine zweimalige Wiederberufung ist möglich.

Der wissenschaftliche Beirat hat die Aufgabe, Stiftungsrat und Vorstand bei der Ausgestaltung der Fördertätigkeit zu beraten. Dies gilt insbesondere für die

Entwicklung und Überprüfung des Förderkonzepts, die Ermittlung des Förderbedarfs in der Struktur- und Nachwuchsförderung sowie bei der Ausarbeitung thematisch gebundener Förderausschreibungen. Ferner sollen die Beiratsmitglieder der DSF für Begutachtungen und Evaluierungen zur Verfügung stehen sowie die Stiftung bei der Konzeption eigener wissenschaftlicher Veranstaltungen und Transferaktivitäten beraten.

In den Jahren 2007/2008 wurde die DSF-Förderung von Forschungsprojekten durch eine externe, mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern besetzte, Kommission evaluiert. Im Ergebnis wurde der DSF bescheinigt, dass sie ihre satzungsgemäßen Ziele erreichen konnte. Zugleich wurde eine Weiterentwicklung der Förderprogrammatis empfohlen, die nach Beratungen in den Stiftungsorganen und dem wissenschaftlichen Beirat zur Entwicklung des neuen Förderkonzepts vom Oktober 2013 führte (vgl. Anhang 3 A.II.1.a). Eine Überprüfung dieses Konzepts durch den wissenschaftlichen Beirat wurde 2017 eingeleitet.

Um zu prüfen, ob die Förderlinien und -formate der Strukturförderung von 2002–2011 ihre Ziele erreicht haben, führte die DSF ein Monitoring durch. Sie wertete Projektberichte aus und prüfte empirische Daten (z. B. über das Verhältnis von Bewerbungen und Zulassungen zu den geförderten Studiengängen). Weiterhin erfolgten Zwischenevaluationen durch externe Gutachtende |<sup>137</sup> sowie eine gemeinsame Evaluation der Stiftungsprofessur für naturwissenschaftliche Friedensforschung durch die Universität Hamburg und die DSF; die geförderten Studiengänge wurden akkreditiert und sind inzwischen reakkreditiert. Nach Aussagen der DSF erzielten alle von ihr anspruchsbasierten Strukturprojekte in den externen Bewertungen hervorragende Ergebnisse und die Studienplätze der Masterstudiengänge werden stark nachgefragt.

Nach eigenen Angaben stuft die DSF Förderformate als grundsätzlich erfolgreich ein, wenn sie Förderbedarf im Forschungsfeld ansprechen, d. h. eine große Nachfrage erzeugen, und die Anträge qualitativ das Potential haben, die mit den Formaten verbundenen Zielsetzungen zu erreichen. Ein weiteres Erfolgskriterium liegt in Beiträgen der geförderten Vorhaben zu den übergeordneten Zielen des Förderkonzepts (vgl. Anhang 3 A.II.1.a; zur Qualitätssicherung der einzelnen Projekte vgl. Anhang 3 A.II.1.e).

Transferveranstaltungen bewertet die DSF danach, ob sie die Erwartungen und Ziele erfüllt haben. Hierzu werden Kriterien wie die Teilnehmerzahl, die Qualität der Beiträge und der Verlauf der Veranstaltung herangezogen. Bei kleineren Veranstaltungen bemüht sich die DSF zusätzlich darum, mündliche Einschät-

| <sup>137</sup> Einer Zwischenevaluation unterzogen wurden die Studiengänge in Hamburg und Tübingen sowie die Promotionsförderungen.

zung aus dem Kreis der Teilnehmenden zu erhalten, bei größeren Transferfertigungen wird ein Rückmeldebogen ausgegeben und ausgewertet. Die Ergebnisse, die die Geschäftsstelle aus ihren Beobachtungen und den Rückmeldungen von Teilnehmenden gewonnen hat, werden im Vorstand diskutiert und haben in den letzten Jahren zu Modifikationen der Transferformate und der Veranstaltungsorganisation geführt. Darüber hinaus nutzt die DSF nach eigenen Angaben auch den Erfahrungsaustausch mit anderen Einrichtungen, um *best practices* bei der Gestaltung von Transferformaten zu ermitteln.

### **A.III ORGANISATION UND AUSSTATTUNG**

---

#### III.1 Organisation

Die Organe der DSF sind der Vorstand und der Stiftungsrat. Der Vorstand besteht aus fünf vom Stiftungsrat bestellten Mitgliedern, wobei die Vorstandsmitglieder ein Vorschlagsrecht für Neu- und Wiederbestellungen haben. Der Vorstand setzt sich mehrheitlich aus Vertreterinnen und Vertretern der Wissenschaft zusammen, zudem können bis zu zwei Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens mit fachlich einschlägigen Erfahrungen und Kompetenzen dem Vorstand angehören. Die Amtszeit der Vorstandsmitglieder beträgt drei Jahre, zweimalige Wiederbestellungen sind zulässig. Aus seiner Mitte wählt der Vorstand eine Vorsitzende bzw. einen Vorsitzenden und eine stellvertretende Vorsitzende bzw. einen stellvertretenden Vorsitzenden.

Der Vorstand, der mindestens zweimal jährlich und bei Bedarf tagt, führt die Geschäfte der DSF und ist zuständig für alle Aufgaben, die durch die Satzung nicht anderen Stiftungsorganen zugewiesen sind. In die Zuständigkeit des Vorstands fallen insbesondere die Verwendung der Stiftungsmittel, das Controlling der Vermögensverwaltung, die Aufstellung des jährlichen Wirtschaftsplans und des Jahresabschlusses sowie die Erstellung eines Tätigkeitsberichts und die Bestellung einer Geschäftsführerin bzw. eines Geschäftsführers. Entscheidungen werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder getroffen, bei Stimmengleichheit ist die Stimme der bzw. des Vorsitzenden oder ihrer bzw. seiner Stellvertretung ausschlaggebend.

Der Stiftungsrat ist das oberste Organ der Stiftung und besteht aus zwölf Mitgliedern, davon drei Mitglieder des Deutschen Bundestags, je eine Vertreterin bzw. ein Vertreter von AA, BMBF, BMVg und BMZ und fünf wissenschaftliche Vertreterinnen und Vertreter aus der Friedens- und Konfliktforschung, darunter eine Vertreterin bzw. ein Vertreter der DFG. Die wissenschaftlichen Mitglie-

der des Stiftungsrates werden von der Stifterin, d. h. der Bundesrepublik Deutschland vertreten durch das BMBF, ernannt; das Vorschlagsrecht liegt beim Stiftungsrat. | <sup>138</sup> Ihre Amtszeit beträgt vier Jahre, eine einmalige Wiederbestellung ist zulässig. Der Stiftungsrat wählt aus seiner Mitte eine Vorsitzende bzw. einen Vorsitzenden und eine Stellvertretung; eine dieser beiden Positionen soll mit einer Vertreterin bzw. einem Vertreter der Wissenschaft besetzt werden.

Der Stiftungsrat, der mindestens einmal jährlich tagt, beschließt über die grundsätzlichen Fragen der Stiftungsorganisationen sowie über die Ausrichtung und Rahmenbedingungen der Maßnahmen zur Erfüllung des Stiftungszwecks. Er beaufsichtigt den Vorstand. Zudem beschließt der Stiftungsrat den Wirtschaftsplan, legt die Förderprogramme sowie die Leitlinien und Modalitäten der Vergabe von Fördermitteln fest und entscheidet über Fördermaßnahmen, die über den Rahmen des jeweils gültigen Förderkonzepts hinausgehen, sowie über stiftungseigene Projekte, die einen Umfang von 25 Tsd. Euro jährlich übersteigen oder zu Verpflichtungen der DSF führen, die über einen Zeitraum von drei Jahren hinausgehen. Satzungsänderungen bedürfen einer Dreiviertelmehrheit der Stiftungsratsmitglieder sowie der Genehmigung der Stifterin. | <sup>139</sup> An den Sitzungen des Stiftungsrates können die Mitglieder des Vorstandes, die Geschäftsführerin bzw. der Geschäftsführer, die bzw. der Vorsitzende des wissenschaftlichen Beirates und vom Stiftungsrat bei Bedarf hinzugezogene Sachverständige beratend teilnehmen. | <sup>140</sup>

Sofern die DSF darauf Einfluss hat, verfolgt sie bei der Besetzung ihrer Organe und Gremien Gleichstellungsgrundsätze.

## III.2 Ausstattung

### III.2.a Finanzausstattung

Im Haushaltsjahr 2017 verausgabte die DSF 1,21 Mio. Euro, davon 804 Tsd. Euro für die Förderung von Projekten, 16 Tsd. Euro für stiftungseigene Initiativprojekte und Wissenstransfer und 5 Tsd. Euro für Kooperationsprojekte der DSF mit anderen Einrichtungen. Weitere 250 Tsd. Euro entfielen auf die Verwaltung der DSF (darunter 196 Tsd. Euro Personalkosten sowie 14 Tsd. Euro Miet- und Betriebskosten) und 141 Tsd. Euro auf Ausgaben für die Vermögensverwaltung

| <sup>138</sup> Die Mitglieder des Bundestags und die Ressortvertretungen werden auf Vorschlag der entsendenden Stelle ernannt.

| <sup>139</sup> Zudem ist die Genehmigung der Stiftungsaufsichtsbehörde erforderlich.

| <sup>140</sup> Entscheidungen werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder getroffen, bei Stimmgleichheit ist die Stimme der bzw. des Vorsitzenden oder ihrer bzw. seiner Stellvertretung ausschlaggebend.

(zur Entwicklung der Erträge und Aufwendungen seit Gründung der DSF vgl. Übersicht 2 in Anhang 3). Die Budgets für Forschungs-, Tagungs-, Vernetzungs- und Transferprojekte sind wechselseitig deckungsfähig; gleiches gilt für die einzelnen Positionen der Verwaltungsaufwendungen.

Den Aufwendungen standen Erträge in Höhe von 1,06 Mio. Euro (Soll) gegenüber, darunter 997 Tsd. Euro aus der Vermögensverwaltung und 64 Tsd. Euro aus sonstigen Quellen (u. a. Rückzahlungen von geförderten Projekten, Drittmittel aus Kooperationsprojekten). Der Differenzbetrag zwischen Erträgen und Aufwendungen im Umfang von 149 Tsd. Euro wurde durch Verwendungsbeschluss des Stiftungsrates vom 28. November 2018 durch die freie Rücklage ausgeglichen.

Seit 2007 vereinnahmte die DSF 444.500 Euro – teilweise im Rahmen der Beteiligung als Transferpartner an Verbundforschungsprojekten (vgl. Anhang 3 A.II.2.b) – an zweckgebundenen Drittmitteln zur Vorbereitung, Durchführung und Publikation von internationalen Symposien und Parlamentarischen Abenden.

Die DSF finanziert ihre Aktivitäten überwiegend durch Erträge aus der Bewirtschaftung ihres Stiftungskapitals. Bis 2013 verfolgte sie das Ziel, das Stiftungskapital in seinem nominalen Wert zu erhalten. |<sup>141</sup> Zwar finanzierte sie das Programm zur Struktur- und Nachwuchsförderung 2002–2011 (vgl. Anhang 3 A.I.1) durch einen Kapitalverzehr. Diese Reduzierung war jedoch mit der konkreten Erwartung verbunden, dass der Substanzverlust durch den Bund ausgeglichen wird. Zustiftungen aus den Haushalten von BMBF (4,0 Mio. Euro) und BMVg (1,0 Mio. Euro) brachten in den Jahren 2004 bis 2007 das Stiftungsvermögen wieder auf den ursprünglichen Stand. Eine weitere Zustiftung aus dem Haushalt des BMBF im Umfang von 1,5 Mio. Euro erhielt die DSF im Jahr 2007; hiermit sollte die Übernahme von Aufgaben der aufgelösten Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn (AFB) im Bereich Vernetzung und Transfer kompensiert werden. Dadurch wurde das ursprüngliche Stiftungskapital im Umfang von 25,56 Mio. Euro auf derzeit 27,06 Mio. Euro erhöht. |<sup>142</sup>

Grundsätzlich ist der DSF unter definierten Voraussetzungen ein Kapitalverzehr möglich. Auf der Grundlage der 2016 reformierten Satzung legte der Stiftungsrat ein jährliches Mindestförderbudget in Höhe von 650 Tsd. Euro fest und ent-

| <sup>141</sup> Hingegen wurde ein realer Werterhalt (Inflationsausgleich) nicht angestrebt, um in möglichst hohem Umfang Mittel für die Förderung bereitstellen zu können. Nach Berechnungen der DSF wären zum Ausgleich der Inflation in den vergangenen zehn Jahren rd. 3,8 Mio. Euro erforderlich gewesen.

| <sup>142</sup> Unabhängig davon erhielt die DSF in den Jahren 2007 bis 2017 eine jährliche Zustiftung in Höhe von 100 Euro zum Stiftungskapital durch eine Privatperson.



schied somit, die Förderbudgets von der Ertragslage der Stiftung zu entkoppeln und für die Aufrechterhaltung der (Mindest-)Förderleistung ggf. einen Verzehr des nominalen Stiftungsvermögens in Kauf zu nehmen. Von dieser Möglichkeit wurde bis einschließlich 2017 nicht Gebrauch gemacht. Für das Jahr 2018 werden die Aufwendungen für die thematische Förderlinie in Höhe von 300 Tsd. Euro sowie eventuell auch ein Teil der übrigen Förderleistungen aller Voraussicht nach nur durch eine Entnahme aus dem Stiftungskapital finanziert werden können.

Die DSF beklagt, dass sie aufgrund ihrer Unterkapitalisierung ihr Potential als Fördereinrichtung nicht besser ausschöpfen und lediglich kurze Projektzeiträume mit engen Personalkosten- und Feldforschungsbudgets finanzieren könne. Die Budgets der Förderformate könnten nicht an gestiegene Kostenstrukturen (v. a. Personalkosten) angepasst werden.<sup>143</sup> Zur Finanzierung vergleichender, interdisziplinärer oder umfangreicher empirischer Studien reichten die Fördersummen in der Regel nicht aus. Auch schränke die Mittelknappheit die Flexibilität ein, auf neuen Förderbedarf (z. B. zu Cyberraum und Künstlicher Intelligenz) zu reagieren. Seit Beendigung des Strukturförderprogramms im Jahr 2011 habe die DSF keine Möglichkeit mehr, vergleichbare strukturbildende Maßnahmen zu unterstützen, obgleich es hier eine große Nachfrage gebe, bspw. hinsichtlich eines Kapazitätsaufbaus in der natur- und technikkissenschaftlichen Friedens- und Konfliktforschung.

In Memoranden hat die DSF nach eigenem Bekunden in den vergangenen Jahren wiederholt darauf aufmerksam gemacht, dass sie als Einrichtung der Forschungsförderung strukturell unterfinanziert sei. Dieses grundsätzliche Problem habe sich durch die anhaltende Niedrigzinsphase verschärft, obgleich es in der Vermögensverwaltung gelungen sei, den Rückgang der Zinseinnahmen durch andere Erträge teilweise zu kompensieren. Zur Verbesserung der finanziellen Ausstattung und somit der Erweiterung von Handlungsräumen werden laut DSF intern unterschiedliche Optionen diskutiert. Prioritäres Ziel sei demnach eine substantielle Aufstockung des Stiftungskapitals, zumindest auf den doppelten Nominalwert.<sup>144</sup> Dies sei die einzige Lösung, die in vollem Umfang konform sei mit dem gewählten Stiftungsmodell und das Prinzip der Unabhängigkeit wahren würde. Um die Handlungs- und Reaktionsfähigkeit der DSF zu

| <sup>143</sup> Das Budget für das heute als Standardformat bezeichnete Hauptformat der Forschungsförderung sei 2009 zunächst von 150 Tsd. Euro auf 175 Tsd. Euro erhöht worden, um die Kostensteigerungen der Vorjahre aufzufangen. Im Rahmen des seit 2013 geltenden Förderkonzepts sei es jedoch auf 100 Tsd. Euro reduziert worden. Eine erneute Anhebung um 10 Tsd. Euro für Standardprojekte und um 5 Tsd. Euro für Pilotstudien wurde am 28.11.2018 vom Stiftungsrat beschlossen.

| <sup>144</sup> Ein Stiftungskapital im Umfang von rd. 50 Mio. Euro war nach Angaben der Stiftung bereits bei Gründung der DSF als notwendige Mindestausstattung in der Diskussion.

stärken, sollte dabei ein Teil des Stiftungskapitals auch künftig verzehrbar sein. Dies setze laut DSF jedoch die Bereitschaft der Stifterin voraus, den verzehrten Kapitalanteil in regelmäßigen Abständen wieder aufzustocken.

Als weitere Option diskutiere die DSF die Bereitstellung von Zuwendungen aus öffentlichen Haushalten für thematisch definierte oder strukturbildende Förderprogramme; allerdings sei auch bei dieser Option eine Kapitalerhöhung erforderlich, um die Leistungsfähigkeit der DSF zu erhalten. Eine Projektträgerfunktion der DSF für das BMBF auf dem Gebiet der Friedens- und Konfliktforschung, die als Option ebenfalls erörtert worden sei, stieße nach Einschätzung der DSF auf hohe rechtliche Hürden.

### III.2.b Personalausstattung

Die Geschäftsstelle der DSF in Osnabrück verfügt über 2,65 Stellen (VZÄ). Dabei handelt es sich um die Stelle der Geschäftsführerin bzw. des Geschäftsführers sowie 1,65 rein administrativ definierte Stellen für die Buchhaltung und das Sekretariat (vgl. Übersicht 3 in Anhang 3). Nach eigenen Angaben wäre es mit der bestehenden Struktur ohne weiteres möglich, in größerem Umfang Fördergelder zu verwalten. Für erweiterte Aktivitäten im Wissenstransfer und der Öffentlichkeit reicht die verfügbare Personalausstattung laut DSF jedoch nicht aus.

## A.IV KÜNFTIGE ENTWICKLUNG

---

Die DSF sieht ihre Kernaufgabe auch künftig in der Forschungsförderung. Sie möchte die themenoffene, nachfragegesteuerte Förderung, die dem gesamten Forschungsfeld offen steht, fortsetzen. Dabei würde sie das Förderbudget insbesondere für die Pilotstudien gern ebenso erhöhen wie die Flexibilität in der gesamten Projektförderung. Auch möchte sie sich für internationale Kooperationen öffnen. Zugleich strebt sie – vorbehaltlich einer positiven internen Evaluation – an, die neu eingerichtete thematische Förderlinie als zusätzliches Förderangebot auf mittlere Sicht zu verstetigen. Für die Themenfindung werde die DSF sowohl wissenschaftliche Debatten und Trends in der Friedens- und Konfliktforschung sowie in angrenzenden Forschungsfeldern berücksichtigen als auch politische Entwicklungen und Herausforderungen in den Blick nehmen. Mit dieser thematischen Förderlinie werde es der DSF möglich, ihre Steuerungsfähigkeit zu erhöhen, unterrepräsentierte oder als besonders innovativ eingeschätzte Forschungsfelder gezielt zu unterstützen und die Sichtbarkeit des Forschungsfeldes sowie der Stiftung selbst weiter zu erhöhen. Sollte sich die finanzielle Ausstattung der DSF verbessern, würde sie sich zudem wieder vermehrt der strukturbildenden Förderung zuwenden, um zu einer gezielten Bearbeitung struktureller Desiderate des Forschungsfeldes beitragen zu können.

Diese Desiderate sieht die DSF insbesondere in der Nachwuchsförderung, in internationalen Kooperationen und beim Aufbau leistungsfähiger Transferstrukturen. Bedarf bestehe zudem im Bereich interdisziplinärer und feldübergreifender Projekte; um diese zu unterstützen seien die Fördervolumina der DSF derzeit zu gering. Allerdings könnten auch kleinere Formate wie die Förderung interdisziplinärer Vernetzungen und Austauschprozesse, die derzeit in der thematischen Förderlinie getestet werden, perspektivisch eine größere wissenschaftliche Forschungszusammenarbeit auf den Weg bringen.

Ferner möchte die DSF die Synthesefähigkeit des Forschungsfeldes weiter stärken. Ein Schritt hierzu sei mit der thematischen Förderlinie erfolgt, in der auch wissenschaftliche Arbeiten unterstützt werden können, die keinen eigenständigen neuen – empirischen, theoretischen oder anwendungsbezogenen – Beitrag leisten, sondern Wissensbestände über bestimmte Themenfelder fächerübergreifend auswerten und für Forschung und Praxis zusammenfassend aufarbeiten. Die DSF sieht hier Möglichkeiten, ein neues Aufgabenfeld und Förderformat zu entwickeln.

Als neuen Aufgabenschwerpunkt sieht die DSF den Wissenstransfer, für den Förderangebote ausgebaut sowie vermehrt stiftungseigene Transferformate entwickelt und eigenständig oder in Kooperationen realisiert werden sollen. Dabei sieht sich die DSF vor allem in einer Vermittlungsfunktion. Angestrebt werden regelmäßige Formate, die der Präsentation des Forschungsfeldes im politischen Raum und in der Fachöffentlichkeit sowie der Vernetzung von wissenschaftlichen, politischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren dienen sollen. Um ihre entsprechenden Aktivitäten künftig strategischer auszurichten, erarbeitet die DSF nach eigenen Angaben momentan ein Konzept für die Wissenschaftskommunikation. Eine mögliche neue Aufgabe könnte der DSF zufolge auch darin bestehen, eine internetgestützte Forschungslandkarte der deutschen Friedens- und Konfliktforschung zu erstellen, die Auskunft über alle relevanten Forschungsprojekte gibt. Damit ließen sich Ansprechpartnerinnen und -partner sowie Kooperationsmöglichkeiten leichter identifizieren, Forschungstrends und -schwerpunkte im Feld erkennen und bewerten sowie Forschungslücken und -bedarf bestimmen. Allerdings sieht die DSF aufgrund ihrer verfügbaren personellen und finanziellen Ressourcen derzeit jedoch keinen Spielraum für die Realisierung einer solchen Forschungslandkarte.



---

# B. Bewertung

---

## B.1 ZUR BEDEUTUNG

---

Die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF) erfüllt ihre Aufgabe, zur Konsolidierung, Stärkung und konzeptionellen Weiterentwicklung der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland beizutragen, bislang sehr gut, obgleich ihr dafür nur geringe finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Als besonders effektiv und nachhaltig hat sich dabei die Förderung von drei Masterstudiengängen und drei Stiftungsprofessuren für dieses Forschungsfeld im Rahmen eines mit Sondermitteln erheblichen Umfangs finanzierten Strukturprogrammes (2002–2011) erwiesen. Diese Maßnahmen haben die institutionelle Verankerung der Friedens- und Konfliktforschung an Universitäten unterstützt und wichtige Impulse gesetzt, die über die geförderten Maßnahmen hinaus wirken. Dass die deutsche Friedens- und Konfliktforschung, die ihren institutionellen Schwerpunkt lange Zeit vor allem im außeruniversitären Bereich hatte, inzwischen auch an deutschen Universitäten breit verankert ist, ist auch ein Verdienst der DSF. Darüber hinaus leistet die DSF seit ihrer Gründung wertvolle Unterstützung für dieses Forschungsfeld, indem sie in wettbewerblichen Verfahren Forschungsprojekte kleineren Umfangs und Pilotprojekte sowie Tagungen fördert, die innovative Ansätze verfolgen und die Vernetzung innerhalb des Forschungsfeldes verbessern. Dabei zeigt sich die besondere Stärke der DSF, die über eine einzigartige Kenntnis des Forschungsfeldes verfügt und auf dieser Grundlage flexibel auf die Anforderungen und den Bedarf des Forschungsfeldes reagiert. Insbesondere für die kleineren universitären Standorte ist zudem die Förderung von Transfervorhaben und des Austauschs mit der Praxis von großer Bedeutung. Für ihre Förderaktivitäten standen der DSF zumeist nur jährliche Förderbudgets von weniger als einer Million Euro zur Verfügung. Seit der Finanzkrise im Jahr 2008 hat sich der finanzielle Spielraum für die Forschungsförderung weiter verengt.

Wie der Wissenschaftsrat in seinen „Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Friedens- und Konfliktforschung“ darlegt, sind die Politikfelder und technologischen Entwicklungen, mit denen sich die Friedens- und Konfliktforschung befasst, von großer Komplexität und Dynamik geprägt. Daher müssen auch die

Rahmenbedingungen, unter denen dieses Forschungsfeld agiert, so anlegt sein, dass sie seine dynamische Weiterentwicklung ermöglichen und seine Innovationsfähigkeit weiter befördern. Paradoxaerweise sind jedoch gerade durch die erfolgreiche Institutionalisierung der Friedens- und Konfliktforschung an Universitäten Strukturen entstanden, die sich mittel- bis langfristig hemmend auf die Dynamik und Innovationsfähigkeit dieses Forschungsfeldes auswirken können: Die Etablierung von spezifischen Masterstudiengängen und Professuren der Friedens- und Konfliktforschung hat die bereits zuvor bestehende politikwissenschaftliche Dominanz in diesem Forschungsfeld institutionell verfestigt und weiter verstärkt und zugleich das Spektrum der darüber hinaus beteiligten Disziplinen verengt. Davon betroffen ist insbesondere die naturwissenschaftliche und technische Friedens- und Konfliktforschung, deren institutionelle Situation in Deutschland als prekär zu bezeichnen ist. Diese fachliche Verengung der Friedens- und Konfliktforschung, deren Gegenstandsbereich eine interdisziplinäre Bearbeitung erforderlich macht, kann durch entsprechende Kooperationen in zeitlich begrenzten Forschungsprojekten nur teilweise ausgeglichen werden.

Um die Friedens- und Konfliktforschung in die Lage zu versetzen, sich entsprechend der Dynamik ihres Forschungsgegenstandes immer wieder neu aufzustellen und auszurichten, bedarf es daher auch künftig einer spezifischen Förderorganisation, die gezielte Impulse für dieses Forschungsfeld setzt, interdisziplinäre Zusammenarbeit unterstützt und die Innovationsfähigkeit weiter stärkt. Dabei wird es angesichts der insgesamt sehr guten Aufstellung des Forschungsfeldes auch in Zukunft nicht erforderlich sein, dass die DSF in großem Umfang und großer Breite als Forschungsförderer agiert. Vielmehr sollte die DSF sich noch stärker darauf fokussieren, Forschungsthemen zu antizipieren und Förderformate zu innovativen und/oder Lücken schließenden Themen in der Friedens- und Konfliktforschung zu entwickeln. Dies kann u. a. im Rahmen kleinerer (Pilot-)Projekte und Tagungen geschehen. Gleichzeitig sollte die DSF weiterhin die Vernetzung innerhalb des Forschungsfeldes sowie die Zusammenarbeit mit angrenzenden Forschungsfeldern und Disziplinen unterstützen. Auch die Unterstützung des Austauschs zwischen Wissenschaft und Praxis sollte die DSF fortführen und hierbei primär das Parlament und die Zivilgesellschaft in den Blick nehmen. Insgesamt sollte sie sich auf Vorhaben konzentrieren, die ausschließlich von ihr gefördert werden können. In diesem Bereich ist die DSF unverzichtbar für die Friedens- und Konfliktforschung.

Um diese Aufgaben erfolgreich wahrnehmen zu können, ist eine angemessene Ausstattung mit finanziellen Mitteln erforderlich. Diese ist gegenwärtig nicht gegeben, da dem Anstieg der Kosten für Forschung und Transfer (Personal- und Sachkosten) aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase stagnierende bis rückläufige Einnahmen der DSF durch Kapitalerträge gegenüberstehen.

Von zentraler Bedeutung für den Erfolg der DSF und ihre Anerkennung sowohl im Wissenschaftssystem als auch in Politik und Öffentlichkeit ist ihre politische Unabhängigkeit, die durch die Rechtsform einer Stiftung bürgerlichen Rechts gewährleistet ist. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit der Vorgängereinrichtung der DSF in den 1970er Jahren und der stark polarisierenden Politikfelder, mit denen sich die Friedens- und Konfliktforschung befasst, ist die (partei-)politische Neutralität der DSF ein hohes Gut, das auch künftig gewahrt werden muss. Wichtig ist zudem, dass die DSF sich ihre in der Vergangenheit bewiesene Fähigkeit zur Selbstreflexion erhält, ihre Angebote weiterhin kontinuierlich prüft und, falls erforderlich, korrigiert.

## **B.II ZUR POSITIONIERUNG IM WISSENSCHAFTSSYSTEM UND IM FACHLICHEM UMFELD**

---

Als ausdrücklich auf die Friedens- und Konfliktforschung ausgerichtete Förderorganisation verfügt die DSF über ein europaweites Alleinstellungsmerkmal. Dabei ist es kein Spezifikum der Friedens- und Konfliktforschung, über eine Einrichtung zu verfügen, die sich in ihrem Förderhandeln einzig auf ein bestimmtes Forschungsfeld konzentriert. So gibt es bspw. im Bereich der Umweltforschung mit der Bundesstiftung Umwelt eine grundsätzlich vergleichbare Einrichtung, die zu ihren Zielen ebenfalls die Förderung eines interdisziplinären Forschungsfeldes zählt.

Wie die Strukturbegutachtung der Friedens- und Konfliktforschung durch den Wissenschaftsrat zeigt, wirbt dieses Forschungsfeld zwar in großem Umfang Forschungsdrittittel ein. Diese stammen jedoch zu einem erheblichen Anteil aus thematisch ausgerichteten Förderprogrammen des Bundes bzw. aus der Auftragsforschung sowie aus zeitlich befristeten Förderprogrammen von Stiftungen, die gleichfalls thematisch festgelegt sind. Darüber hinaus ist die Friedens- und Konfliktforschung auch in der thematisch offenen Einzelförderung der DFG erfolgreich. Andere Förderformate der DFG zielen auf größere, gerade auch interdisziplinäre Forschungsverbünde, zu denen sich die Friedens- und Konfliktforschung bislang allerdings kaum zusammenschließt. An größere Verbünde richten sich auch die europäischen Förderprogramme, die überdies eine internationale Zusammenarbeit voraussetzen. Hindernisse bestehen mithin bei der Förderung vorbereitender interdisziplinärer Forschungsprojekte. Ferner mangelt es in der deutschen und europäischen Förderlandschaft an Förderformaten für explorative Projekte kleineren Formats und für Projekte, die auf die Synthetisierung von Forschungsergebnissen zielen.

Indem und insofern die DSF auf diese Desiderata reagiert und Förderlücken schließt, um dauerhaft interdisziplinäre und innovative Forschung in einem

Forschungsfeld von erheblicher gesellschaftlicher Relevanz zu ermöglichen, ist sie für die Friedens- und Konfliktforschung unerlässlich.

Die DSF ist hervorragend mit der deutschen Friedens- und Konfliktforschung vernetzt und steht auf vielfältige Weise in engem Austausch mit deren Protagonisten. Neben den Gremien der Stiftung, in denen Friedens- und Konfliktforscherinnen und -forscher aus unterschiedlichen Disziplinen sehr aktiv mitwirken, tragen vor allem der Vorstand und die Geschäftsführung durch ihr großes persönliches Engagement zu dieser engen Einbindung der DSF in das Forschungsfeld bei.

In der deutschen Friedens- und Konfliktforschung genießt die DSF ungeachtet ihrer eingeschränkten Fördermöglichkeiten großes Ansehen. Als besonders wertvoll beschreiben die befragten universitären und außeruniversitären Einrichtungen die Möglichkeit der Förderung für Projekte kleineren Umfangs zur Themensondierung und (Weiter-)Entwicklung von Forschungsmethoden sowie zur Synthetisierung von verstreut vorliegenden Forschungsergebnissen. Großes Vertrauen erfährt das Vergabeverfahren mit seinem *peer-review*-Prozess. Allerdings problematisieren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Forschungsfeldes den großen Begutachtungsaufwand für die Vergabe verhältnismäßig geringer Fördermittel. Uneingeschränkt positiv bewerten sie hingegen die Unterstützung im Vorfeld der Antragstellung und die Offenheit der DSF für Anregungen und Hinweise auf Förderbedarf.

Diese Offenheit und die enge Vernetzung der Stiftung mit dem Forschungsfeld sind Chance und Herausforderung zugleich. Einerseits versetzen sie die DSF in die Lage, ihre Förderangebote bedarfsgerecht zu gestalten. Andererseits wird dadurch ein distanzierter Blick auf das Forschungsfeld erschwert, der die Bewertung von Förderwünschen und eine Entscheidung über deren Ablehnung oder Umsetzung erleichtern könnte. Vor diesem Hintergrund ist es für die DSF von zentraler Bedeutung, sich in strategischer Hinsicht weiterzuentwickeln und ihre Funktionen und Aufgaben noch präziser in den Fokus zu nehmen.

### **B.III ZU DEN ARBEITSSCHWERPUNKTEN**

---

#### III.1 Zu Förderkonzept und Förderformaten

Mit der Erarbeitung ihres Förderkonzepts im Jahr 2013 hat die DSF einen wichtigen Schritt unternommen, um ihre Förderziele klarer zu definieren und ihr Förderhandeln transparenter zu gestalten. Die im Titel dieses Konzepts genannten Ziele: „Forschungsinnovation, Netzwerkbildung, Praxistransfer“ sollten auch künftig maßgeblich für die Arbeit der Stiftung sein. Davon ausgehend sollte die DSF in einem nächsten Schritt eine Strategie erarbeiten, um sich bei der Verfolgung dieser Ziele noch mehr zu fokussieren. Wenngleich das For-



schungsfeld, wie ausgeführt, insbesondere die Responsivität der DSF für Anregungen aus der Friedens- und Konfliktforschung begrüßt, sollte sich die Stiftung künftig primär als Anstoßgeberin positionieren und aktiver an der Weiterentwicklung und Gestaltung der Friedens- und Konfliktforschung mitwirken. Dafür sollte die DSF unter Einbindung ihres wissenschaftlichen Beirats geeignete Prozesse entwickeln, die es ihr ermöglichen, vorausschauend innovative Themen und Methoden zu identifizieren, Forschungslücken zu erkennen und die Förderung von Forschungsprojekten und Tagungen noch gezielter darauf auszurichten. Zudem sollte die DSF ihre Funktion noch stärker darin sehen, einerseits die Strategiefähigkeit des Forschungsfeldes und andererseits dessen Offenheit gegenüber angrenzenden Disziplinen und Forschungsfeldern zu unterstützen, damit aus dem interdisziplinären Austausch neue Impulse gewonnen werden können. Die DSF sollte ausschließlich solche Vorhaben fördern, für die im deutschen und europäischen Fördersystem keine alternativen Förderformate zur Verfügung stehen.

Für die Ausgestaltung der Forschungsförderung bedeutet dies:

- \_ Die DSF sollte an der themenoffenen Förderung von Forschungsprojekten festhalten, diese aber vornehmlich auf Pilotprojekte konzentrieren, die der Exploration innovativer Fragestellungen und Methoden dienen, sowie auf Vorhaben, die verstreut vorliegende Forschungsergebnisse zusammenführen und im Hinblick auf die Weiterentwicklung von Theorien und Konzepten auswerten. Mit der Förderung entsprechender Projekte hat es die DSF in den vergangenen Jahren vielfach ermöglicht, Vorarbeiten für umfangreichere Forschungsprojekte zu leisten, die im Anschluss von anderen Fördereinrichtungen unterstützt wurden.
- \_ Um die unerlässliche Interdisziplinarität des Forschungsfeldes wieder zu stärken, sollten dabei vermehrt Forschungsvorhaben gefördert werden, die jenseits der sozialwissenschaftlichen Kerndisziplinen der Friedens- und Konfliktforschung liegen und sich aus anderen fachlichen Perspektiven mit Gegenständen des Forschungsfeldes befassen.
- \_ Mit der Schwerpunktsetzung für die aktuelle thematische Förderlinie „Neue Technologien: Risiken und Chancen für internationale Sicherheit und Frieden“ hat die DSF ihre Fähigkeit bewiesen, gestaltend auf das Forschungsfeld einzuwirken. Die Förderung von interdisziplinären Projekten an der Schnittstelle zwischen Natur- und Technikwissenschaften einerseits und Sozial- und Kulturwissenschaften andererseits reagiert auf ein strukturelles Defizit des Forschungsfeldes und ist von gleichermaßen großer Bedeutung für die wissenschaftliche Weiterentwicklung der Friedens- und Konfliktforschung wie für den gesellschaftlichen und insbesondere politischen Informations- und Beratungsbedarf. Im Hinblick auf die Gestaltungsfunktion der DSF wird diese neu eingerichtete thematische Förderung als ergänzendes Förderinstrument

nachdrücklich begrüßt und sollte mit wechselnden Schwerpunkten fortgeführt werden. Dabei sollte zunächst an einem zweijährigen Turnus festgehalten werden. Nach drei Förderzyklen sollte überprüft werden, ob sich diese zweijährige Laufzeit als angemessen erweist, um nachhaltige Impulse setzen zu können.

- \_ Im Rahmen der Strukturbegutachtung der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland ist der Eindruck entstanden, dass das Forschungsfeld grundsätzlich keine Schwierigkeiten hat, qualifizierte jüngere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu gewinnen und eine hinreichende Anzahl davon auch zu halten. Daher wird der DSF empfohlen, von der Postdoc-Förderung in einer eigenständigen, thematisch offenen Förderlinie wieder Abstand zu nehmen. Diese Empfehlung erfolgt auch vor dem Hintergrund, dass von der derzeitigen Postdoc-Förderlinie keine nachhaltige Wirkung zu erwarten ist. Vielmehr sollte die DSF in ihren anderen Förderlinien ausdrücklich darauf hinweisen, dass auch jüngere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unmittelbar nach der Promotion zur Antragstellung eingeladen sind. Diese Einladung sollte sich insbesondere an jüngere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler jenseits der Kerndisziplinen des Forschungsfeldes richten, um dort die Resonanz für Themen der Friedens- und Konfliktforschung wieder zu stärken (z. B. Pädagogik, Psychologie).
- \_ Zu den Aufgaben der DSF gehört es auch, die internationale Sichtbarkeit und Zusammenarbeit der deutschen Friedens- und Konfliktforschung zu unterstützen. In diesem Aufgabenfeld ist die DSF bislang nur in geringem Umfang im Rahmen der Tagungsförderung aktiv. Diese Selbstbeschränkung der DSF ist nicht nur angesichts ihrer geringen Fördermittel sinnvoll. Sie entspricht vielmehr auch der Anforderung, nur solche Vorhaben zu fördern, für die keine alternativen Fördermöglichkeiten bereit stehen. Im deutschen und europäischen Wissenschaftssystem gibt es jedoch bereits vielfältige Möglichkeiten zur Förderung der Internationalisierung, von denen die deutschen universitären und außeruniversitären Einrichtungen erfolgreich Gebrauch machen. Sollte die DSF dennoch auf diesem Gebiet tätig werden, sollte sie sich bei der Förderung von Forschungsprojekten darauf beschränken, im Rahmen ihrer Förderbedingungen kleine Vorhaben in Konfliktregionen zu fördern, die dem Auf- und Ausbau von wissenschaftlichen Kontakten dienen.

Neben der Förderung von Forschungsprojekten hat die DSF in den vergangenen Jahren auch zahlreiche Tagungen und sog. Vernetzungsprojekte finanziell unterstützt. Als besonders effektiv hat sich dabei die regelmäßige Förderung der Tagungen des Arbeitskreises „Curriculum und Didaktik“ der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung erwiesen. Diese Tagungen haben eine enge Abstimmung der Verantwortlichen für die Masterstudiengänge und in Folge dessen eine komplementäre Ausrichtung dieser Studienangebote

ermöglicht. Darüber hinaus wurden und werden diese Tagungen erfolgreich zur (Weiter-)Entwicklung spezifischer hochschuldidaktischer Methoden und zur Qualifizierung des Lehrnachwuchses genutzt. Für den Bereich der Lehre ist es der DSF somit beispielhaft gelungen, die Strategiefähigkeit des Forschungsfeldes zu stärken. Dieses Engagement sollte fortgesetzt werden.

Bedarf hat die Strukturbegutachtung des Forschungsfeldes hingegen mit Blick auf die Strategiefähigkeit der Friedens- und Konfliktforschung in der Forschung aufgezeigt. Daher wird der DSF empfohlen, einen weiteren Schwerpunkt ihrer Tagungsförderung auf regelmäßige Veranstaltungen von interdisziplinär zusammengesetzten Arbeitsgruppen zu legen, die sich der Identifizierung neuer Fragestellungen widmen und Anregungen für neue thematische Förderlinien geben. Auch darüber hinaus sollten insbesondere solche Tagungen unterstützt werden, die den interdisziplinären wie internationalen Austausch befördern.

Im Kern sind diese Förderschwerpunkte im Tagungsbereich bereits im Förderkonzept der DSF angelegt. Allerdings ist die gegenwärtige Differenzierung zwischen den Formaten „internationale wissenschaftliche Tagungen“, „Arbeitstagen“ und „Vernetzungsprojekte“ nicht überzeugend. Daher sollte die Förderung von Tagungen und Vernetzungsaktivitäten im Förderkonzept unter Berücksichtigung der genannten Hinweise neu gestaltet werden.

### III.2 Zum Vergabeverfahren

Sehr positiv zu bewerten ist die fachliche Offenheit der Förderung. Anträge können unabhängig von der jeweiligen disziplinären Verortung von allen universitären und außeruniversitären Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Deutschland gestellt werden, die sich mit Fragen der Friedens- und Konfliktforschung befassen. Dennoch stammt das Gros der Anträge aus den sozialwissenschaftlichen Kerndisziplinen der Friedens- und Konfliktforschung, insbesondere aus der Politikwissenschaft. Wengleich dies die gegenwärtige Struktur dieses Forschungsfeldes widerspiegelt, sollte die DSF nach Wegen suchen, ihre Förderangebote in einem breiteren disziplinären Spektrum publik zu machen.

Begrüßt wird das Bemühen der DSF, auf Chancengleichheit zu achten und individuelle Lebensumstände etwa durch die Möglichkeit einer kostenneutralen Verlängerung des Förderzeitraums zu berücksichtigen.

Gerade als Fördereinrichtung für ein spezifisches Forschungsfeld ist die DSF – wie vergleichbare Einrichtungen – dem Verdacht ausgesetzt, einer Selbstalimentierung dieses Forschungsfeldes zu dienen. Umso wichtiger ist es, im Vergabeverfahren strengen und im Wissenschaftssystem anerkannten Qualitätsstandards zu folgen. Die Vergabeverfahren der DSF sind von sehr guter Qualität und genießen im Forschungsfeld zu Recht große Anerkennung und Vertrauen. Zwar ist das Verfahren, jeden Förderantrag von zwei externen

Gutachterinnen bzw. Gutachtern – zum einen aus der Friedens- und Konfliktforschung und zum anderen aus der Herkunftsdisziplin der bzw. des Antragstellenden – bewerten zu lassen, im Verhältnis zu den Fördervolumina sehr aufwändig. Gleichwohl hat sich dieses Verfahren bewährt, wie zuletzt das Auswahlverfahren in der Postdoc-Förderlinie gezeigt hat, in der im Jahr 2017 alle Anträge aufgrund qualitativer Mängel abgelehnt wurden. Es spricht für die DSF, dass sie dabei an ihren Qualitätskriterien festgehalten hat, obgleich dadurch das Anlaufen der neu etablierten Förderlinie zunächst verhindert wurde. Die DSF sollte daher an ihrem Vergabeverfahren festhalten, solange sich im deutschen Wissenschaftssystem kein anderes Vorgehen etabliert hat. |<sup>145</sup> Unbedingt festhalten sollte die Stiftung auch an der im Verfahren verankerten Trennung von Begutachtung und Entscheidung sowie an der Übermittlung der anonymisierten Gutachten an die Antragstellenden.

### III.3 Zum Transfer

Einen geringeren Anteil im Tätigkeitsportfolio der DSF nimmt die Unterstützung des Wissenstransfers ein. Wie die Strukturuntersuchung der Friedens- und Konfliktforschung gezeigt hat, ist das Forschungsfeld insbesondere in der Politikberatung ausgesprochen aktiv, konzentriert sich dabei aber vor allem auf die Ebene einschlägiger Bundesministerien. Weniger ausgeprägt ist bislang hingegen der Austausch mit Abgeordneten des Deutschen Bundestags und mit der Zivilgesellschaft. Daher sollte sich die DSF auch weiterhin darauf konzentrieren, die wichtige Verbindung von Wissenschaft und Parlament sowie Zivilgesellschaft zu stärken und dabei auch die Bedeutung sowie die Leistungen der Friedens- und Konfliktforschung zu verdeutlichen. Hier hat die DSF in der Vergangenheit bereits Erfolge erzielt, auf die sie aufbauen kann. Positiv hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die Selbstbeschränkung der DSF, keine eigenen Beratungsleistungen anzubieten. Vielmehr sollte sie sich, wie geplant, auch in Zukunft darauf konzentrieren, Beratungsangebote und -aktivitäten der außeruniversitären und vor allem der universitären Friedens- und Konfliktforschung zu vernetzen und ihnen ein gemeinsames Forum zu bieten. Auf diese Weise kann die DSF einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die Sichtbarkeit dieses Forschungsfeldes im parlamentarischen Raum zu verbessern.

### III.4 Zur Qualitätssicherung

Die DSF verfügt über einen sehr engagierten wissenschaftlichen Beirat, der die Arbeit des Vorstandes intensiv und kritisch begleitet und dazu beiträgt, die Dy-

| <sup>145</sup> Zu möglichen alternativen Begutachtungsverfahren vgl. Wissenschaftsrat: Begutachtungen im Wissenschaftssystem. Positionspapier, Köln 2017.

namik des Forschungsfeldes in die DSF hinein zu vermitteln. Wünschenswert wäre, dass sich der Beirat darüber hinaus stärker als bisher an der Identifizierung innovativer Themen und von Forschungsdesideraten beteiligt. Kritisch geprüft werden sollte die Doppelfunktion des Beirates, zunächst an der Entwicklung von Förderformaten mitzuwirken und diese anschließend zu evaluieren. Um die Außenperspektive auf die Friedens- und Konfliktforschung zu stärken, sollte die DSF prüfen, ein bis zwei Wissenschaftlerinnen bzw. Wissenschaftler in den Beirat aufzunehmen, die nicht aus dem Forschungsfeld kommen. Auch der Anteil ausländischer Beiratsmitglieder sollte moderat erhöht werden.

Die interne Qualitätssicherung der DSF und insbesondere das Projektcontrolling sind angemessen. Empfohlen wird, die Ausrichtung der Stiftungsarbeit insgesamt und insbesondere ihr Förderkonzept regelmäßig im Abstand von etwa sieben bis zehn Jahren extern begutachten zu lassen.

## **B.IV ZU ORGANISATION UND AUSSTATTUNG**

---

### IV.1 Zur Organisation

Die 2016 erfolgte Satzungsreform hat die Flexibilität und Effizienz der DSF deutlich erhöht und wird daher nachdrücklich begrüßt. Positiv hervorzuheben ist insbesondere die Neugestaltung des Vorstands, der nunmehr überwiegend mit Fachvertreterinnen und -vertretern besetzt ist. Ebenso positiv ist die Neufassung der Aufgaben des Vorstands, durch die sich dessen Handlungsspielraum im operativen Bereich deutlich erweitert hat. Dies ermöglicht unter anderem auch eine raschere Entscheidung über Förderanträge.

Im Stiftungsrat sind die Vertreterinnen und Vertreter der Politik – aus dem Deutschen Bundestag sowie aus einschlägigen Ressorts – in der Mehrheit. Ungeachtet der regelmäßigen Wechsel der parlamentarischen und teilweise auch der ministeriellen Mitglieder, die die Arbeitsprozesse des Stiftungsrates erschweren, überwiegen die Vorteile dieser Sitzverteilung, da diese – über die Transferaktivitäten hinaus – einen stetigen Austausch zwischen Wissenschaft und Politik sicherstellt. Die Strategiefähigkeit des Stiftungsrates wird durch den regelmäßigen personellen Wechsel nicht beeinträchtigt.

### IV.2 Zur Ausstattung

Angesichts ihrer Aufgabenstellung ist die DSF finanziell nicht ausreichend ausgestattet. Dies gilt auch dann, wenn sie sich, wie empfohlen, in ihrem Förderhandeln noch stärker fokussiert. Mit dem Stiftungskapital von gegenwärtig 27,06 Mio. Euro lassen sich in der seit Jahren anhaltenden Niedrigzinsphase nur geringe Erträge zur Finanzierung der Stiftungsarbeit erzielen. Einsparmöglichkeiten sind weder in der Vermögensverwaltung noch in der Geschäftsstelle zu

erkennen; letztere ist mit 2,65 VZÄ personell bereits jetzt sehr knapp ausgestattet. In den vergangenen Jahren konnten Finanzierungslücken noch durch Rücklagen geschlossen werden; diese sind inzwischen aufgebraucht.

Mit der Satzungsreform im Jahre 2016 wurde es der DSF erstmals ermöglicht, unter bestimmten Voraussetzungen zur Finanzierung von Förderprogrammen in den Kapitalverzehr einzutreten. Zugleich legte der Stiftungsrat ein jährliches Mindestförderbudget von 0,65 Mio. Euro fest; dieses wurde jüngst auf 0,72 Mio. Euro erhöht. Dieser Förderrahmen ist jedoch zu gering, um die Friedens- und Konfliktforschung wirksam stärken und die notwendigen Impulse für dieses Forschungsfeld setzen zu können. Dies gilt umso mehr, als dem jährlichen Anstieg der Personal- und Sachkosten für die Forschung durch diesen Förderrahmen nicht Rechnung getragen wird. Um die Handlungsfähigkeit und Effektivität der DSF zu gewährleisten, ist eine Untergrenze der für die Förderung von Forschung, Tagungen und Transferaktivitäten verfügbaren Mittel von 1,0 Mio. Euro im Jahr notwendig.

Es gibt verschiedene Wege, auf denen die erforderliche Anhebung des jährlichen Mindestförderbudgets erreichbar wäre. Dazu gehören insbesondere:

1 – Projektträgerschaft für Bundesressorts: Mit dieser Option würde die DSF zum Dienstleister für Bundesministerien und könnte keinen Einfluss mehr auf die Gestaltung der Förderprogramme und die Gegenstände der Förderung nehmen. Sie würde ihre unerlässliche politische Unabhängigkeit verlieren. Diese Option ist daher auszuschließen.

2 – Kapitalverzehr: Mit dieser Option müsste die Tätigkeit der Stiftung mangels Finanzmitteln mittelfristig eingestellt werden. Angesichts der dynamischen Entwicklungen in den Politikfeldern, mit denen sich die Friedens- und Konfliktforschung befasst, ist jedoch auch für die Zukunft mit großen wissenschaftlichen Herausforderungen für das Forschungsfeld und einem eher zu- als abnehmenden gesellschaftlichen und insbesondere politischen Informations- und Beratungsbedarf zu rechnen. Daher kommt auch diese Option nicht in Betracht.

3 – wiederholte Aufstockungen des Stiftungskapitals zum Ausgleich des Kapitalverzehr: Diese Option wurde in der Vergangenheit bereits einmal gewählt, um den für das anfängliche Strukturprogramm erforderlichen Kapitalverzehr auszugleichen. Seinerzeit war die Wiederaufstockung des Stiftungskapitals bereits vor Beginn der Maßnahme in Aussicht gestellt worden. Die künftig zum Ausgleich für verzehrtes Kapital aufzuwendenden Mittel müssten in mittleren zeitlichen Abständen wiederholt bewilligt und aufgebracht werden, um die Kapitalerträge nicht deutlich zu reduzieren. Dies würde die Planungssicherheit und die politische Unabhängigkeit der DSF einschränken, weshalb diese Option nicht als dauerhafte Lösung geeignet ist.

4 – Zuwendungen des Bundes zur Ermöglichung der Fördertätigkeit der DSF: Diese Option erfordert eine jährliche Entscheidung über die zuzuweisenden Finanzmittel, wodurch sowohl die Planungssicherheit als auch die politische Unabhängigkeit der DSF eingeschränkt würden. Als dauerhaftes Verfahren ist auch diese Option abzulehnen.

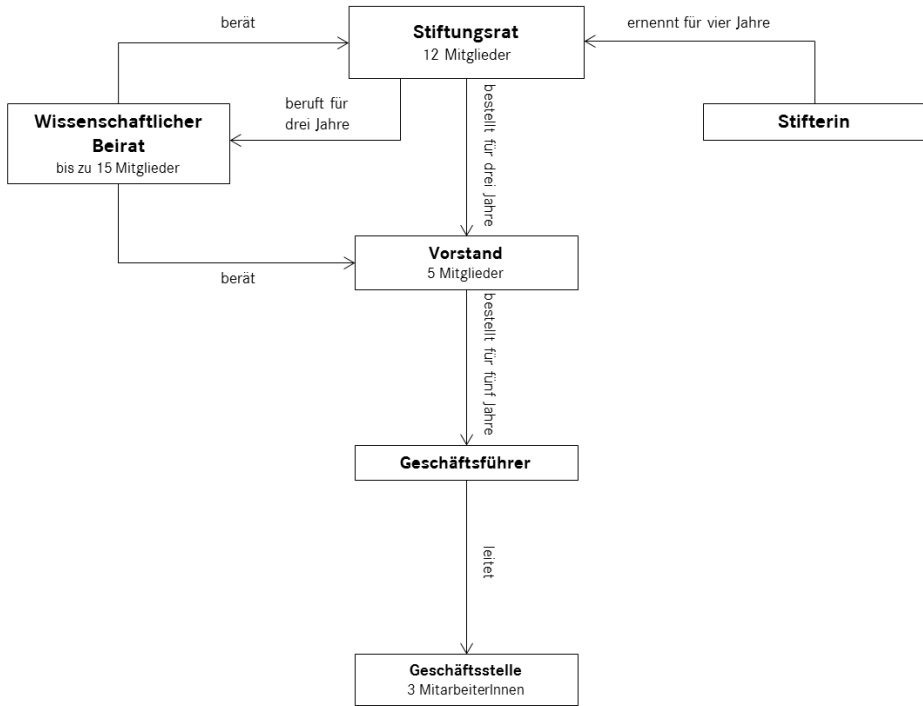
5 – eine einmalige Aufstockung des Stiftungskapitals: Diese Option würde eine einmalige Bereitstellung von Finanzmitteln in substantiellem Umfang erfordern. Sie wäre konform mit der gewählten Rechtsform einer Stiftung und würde als einzige Option auch weiterhin die unerlässliche politische Unabhängigkeit der DSF sicherstellen. Zudem ist dies die einzige Lösung, die die Arbeitsfähigkeit der DSF dauerhaft gewährleistet. Daher wird nachdrücklich für diese Option plädiert.

Die Bundesregierung und der Haushaltsgesetzgeber werden gebeten, in dieser Frage eine Entscheidung herbeizuführen, die eine merkliche Verbesserung der finanziellen Ausstattung der DSF ermöglicht. Angesichts der gegenwärtigen Finanzlage der DSF, die ihre Handlungsspielräume massiv einschränkt, sowie des in den letzten Jahren gestiegenen politischen und öffentlichen Informations- und Beratungsbedarfs im Gegenstandsbereich der Friedens- und Konfliktforschung sollte diese Entscheidung möglichst rasch getroffen werden.

---

# Übersichten zu Anhang 3





Quelle: Wissenschaftsrat nach Angaben der Einrichtung

## Übersicht 2: Entwicklung der Erträge und Aufwendungen seit Gründung der DSF

Stand: April 2018

Jahreszahl	Einnahmen in Tsd. Euro (gerundet)		Ausgaben in Tsd. Euro (gerundet)						
	aus Kapitalerträgen	aus sonstigen Quellen	für Forschungsförderung	für Transfer	für Sonstige (inkl. Verwaltung)	davon für Vermögensverwaltung	davon Abschreibungen auf Wertpapiere	Sonstige ohne Vermögensverwaltung	
2000	54	0							
2001	779	3	62	0		0	0		
2002	836	216	3.647	0	383	3	3	380	
2003	947	49	2.577	0	301	120	13	181	
2004	1.212	148	1.950	5	329	136	0	193	
2005	1.205	93	945	1	360	173	47	187	
2006	1.512	66	657	36	332	124	0	208	
2007	2.049	220	780	137	343	140	0	203	
2008	-418	141	1.027	22	357	140	0	217	
2009	1.070	85	956	7	353	134	0	219	
2010	949	331	632	158	860	588	448	272	
2011	1.064	96	746	10	430	205	58	225	
2012	1.375	94	504	18	602	386	234	216	
2013	1.338	307	661	9	495	271	126	224	
2014	1.053	51	448	27	439	215	73	224	
2015	1.009	37	708	10	368	138	0	230	
2016	804	135	727	33	715	471	338	244	
2017	997	65	804	16	391	141	0	250	
<b>Insgesamt</b>	<b>17.835</b>	<b>2.137</b>	<b>17.831</b>	<b>489</b>	<b>7.058</b>	<b>3.385</b>	<b>1.340</b>	<b>3.673</b>	

Quelle: Wissenschaftsrat nach Angaben der Einrichtung

### Übersicht 3: Institutionelle Beschäftigungsverhältnisse der DSF

	Wertigkeit (Besoldungs- / Entgeltgruppe)	Aus Grundmitteln finanzierte Beschäftigungsverhältnisse (Ist)		Aus Drittmitteln finanzierte Beschäftigungsverhältnisse (Ist)	
		in VZÄ	in Personen	in VZÄ	in Personen
Wissenschaftliches Personal*	14	1,0	1		
Zwischensumme		1,0	1		
Nichtwissenschaftliches Personal	10	0,65	1		
	6	1,0	1		
Zwischensumme		1,65	2		
<b>I n s g e s a m t</b>		2,65	3		

Quelle: Wissenschaftsrat nach Angaben der Einrichtung

## Übersicht 4: Anzahl der Bewerbungen und Bewilligungen in den unterschiedlichen Förderformaten seit 2008

Förderformate	2008		2009		2010		2011		2012	
	Bewerbungen	Bewilligungen	Bewerbungen	Bewilligungen	Bewerbungen	Bewilligungen	Bewerbungen	Bewilligungen	Bewerbungen	Bewilligungen
Forschungsvorhaben	17	6	13	4	10	3	15	4	16	3
Pilotstudien	3	1	5	1	3	2	5	4	7	3
Wissenschaftliche Tagungen	12	7	9	6	7	5	10	5	8	6
Vernetzungs- u. Transferprojekte (inkl. Zeitschriftenförderung und Publikationen)	7	5	9	7	4	2	5	4	8	6
Ausnahmeprojekte	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
<b>Summe</b>	<b>40</b>	<b>20</b>	<b>37</b>	<b>19</b>	<b>25</b>	<b>13</b>	<b>36</b>	<b>18</b>	<b>40</b>	<b>19</b>

Förderformate	2013		2014		2015		2016		2017	
	Bewerbungen	Bewilligungen	Bewerbungen	Bewilligungen	Bewerbungen	Bewilligungen	Bewerbungen	Bewilligungen	Bewerbungen	Bewilligungen
Forschungsvorhaben	13	4	11	3	7	5	16	6	19	6
Post-Doc-Projekte	1	0	1	0	2	0	1	0	4	0
Pilotstudien	1	1	3	1	11	5	5	2	9	3
Wissenschaftliche Tagungen	7	4	8	5	12	8	11	8	9	8
Vernetzungs- u. Transferprojekte (inkl. Zeitschriftenförderung und Publikationen)	8	7	10	6	5	5	7	7	8	6
Ausnahmeprojekte	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
<b>Summe</b>	<b>31</b>	<b>17</b>	<b>34</b>	<b>16</b>	<b>38</b>	<b>24</b>	<b>41</b>	<b>24</b>	<b>50</b>	<b>24</b>

Quelle: Wissenschaftsrat nach Angaben der Einrichtung

- \_ Oktober 2010, Osnabrück: „Religion und Weltfrieden. Zum Friedens- und Konfliktlösungspotential von Religionsgemeinschaften“, internationales Symposium in Zusammenarbeit mit dem Forschungsverbund Religion und Konflikt und den Osnabrücker Friedensgesprächen,
- \_ Januar 2014, Osnabrück: „Peacebuilding in Crises“, internationales Symposium gemeinsam mit dem Zentrum für Demokratie- und Friedensforschung der Universität Osnabrück,
- \_ April 2016, Berlin: „Salafismus und politische Gewalt: Ursachen, Dynamiken und Handlungskonzepte“, Transferveranstaltung im Rahmen des Projekts „Salafismus in Deutschland. Forschungsstand und Wissenstransfer“ in Zusammenarbeit mit der HSFK,
- \_ September 2018, Berlin: „Gesellschaft Extrem: Radikalisierung und Deradikalisierung in Deutschland“, Transferveranstaltung im Rahmen des gleichnamigen Projekts in Zusammenarbeit mit der HSFK,
- \_ Oktober 2018, Osnabrück: „Wendepunkte: Friedensende und Friedensanfang vom Dreißigjährigen Krieg bis zur Gegenwart“, gemeinsam mit dem Interdisziplinären Institut für Kulturgeschichte der Frühen Neuzeit und dem Historischen Seminar der Universität Osnabrück sowie dem Zentrum für Historische Friedensforschung der Universität Bonn.

Quelle: Wissenschaftsrat nach Angaben der Einrichtung

---

AA	Auswärtiges Amt
AK	Arbeitskreis
AKF	Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung
AKUF	Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung, Universität Hamburg
BICC	<i>Bonn International Center for Conversion</i>
BIGS-DR	<i>Bonn International Graduate School for Development Research</i>
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMI	Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat
BMVg	Bundesministerium der Verteidigung
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CISPA	Helmholtz-Zentrum für Informationssicherheit, Saarbrücken
ClCCS	Exzellenzcluster <i>Climate, Climatic Change, and Society</i> , Universität Hamburg
ClISAP	Exzellenzcluster <i>Integrated Climate System Analysis and Prediction</i> , Universität Hamburg
CODE	Forschungsinstitut „ <i>Cyber Defence und Smart Data</i> “ der Universität der Bundeswehr München
CORE	<i>Centre for OSCE Research</i> am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg
CoRE NRW	<i>Connecting Research on Extremism</i> , Nordrhein-Westfalen
COST	<i>European Cooperation in Science and Technology</i>
CRISP	<i>Center for Research in Security and Privacy</i> , Nationales Forschungszentrum für angewandte Cybersicherheit

DAAD	Deutscher Akademischer Austauschdienst
DARE	<i>Database and Assessment of Risks of violent Extremists</i>
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DGFK	Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung
DIE	Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn
DM	Deutsche Mark
DSF	Deutsche Stiftung Friedensforschung, Osnabrück
ECO-WAS	<i>Economic Community of West African States</i>
ENCoRe	<i>COST Action European Network of Conflict Research</i>
ERA-Net	<i>European Research Area Networks</i>
ESA	<i>European Space Agency</i>
ETH	Eidgenössisch Technische Hochschule
EU	Europäische Union
e.V.	eingetragener Verein
FEST	Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V., Heidelberg
FIV	Fachinformationsverbund
FKF	Friedens- und Konfliktforschung
FONAS	Forschungsverbund Naturwissenschaft, Abrüstung und internationale Sicherheit
FU	Freie Universität Berlin
GEI	Georg-Eckert-Institut – Leibniz-Institut für internationale Schulbuchforschung, Braunschweig
GEM-STONES	<i>Marie Skłodowska-Curie European Joint Doctorate Programme on Globalisation, Europe and Multilateralism – Sophistication of the Transnational Order, Networks and European Strategies</i>
GESIS	Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Mannheim
GIGA	<i>German Institute of Global and Area Studies, Hamburg</i>
GIZ	Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit

GIDS	<i>German Institute for Defence and Strategic Studies</i> , Hamburg
GiZo	Gießener Zentrum östliches Europa, Universität Gießen
GKKE	Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung
HIIK	Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung
HIS	Hamburger Institut für Sozialforschung
Hrsg.	Herausgeberin bzw. Herausgeber
HSFK	Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt/Main
HSU	Helmut-Schmidt-Universität / Universität der Bundeswehr Hamburg
HU	Humboldt-Universität zu Berlin
IB	Internationale Beziehungen
i. d. F.	in der Fassung
i. d. R.	in der Regel
IFHV	Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht, Universität Bochum
IFSH	Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg
IKG	Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld
IKM	Institut für Konfliktmanagement, Universität Frankfurt/Oder
IMIS	Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien, Universität Osnabrück
INEF	Institut für Entwicklung und Frieden, Universität Duisburg-Essen
INF-Verträge	<i>Intermediate Range Nuclear Forces</i> / auch: Washingtoner Verträge
IS	„Islamischer Staat“/Daesh
ISPK	Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel
ITHF	Institut für Theologie und Frieden, Hamburg



k. A.	keine Angaben
KASTEL	Kompetenzzentrum für angewandte Sicherheitstechnologie
KIT	Karlsruher Institut für Technologie
LOEWE	Landes-Offensive zur Entwicklung Wissenschaftlich- ökonomischer Exzellenz
MA	<i>Master of Arts</i>
MENA	<i>Middle East &amp; North Africa</i>
MGZ	Militärgeschichtliche Zeitschrift
Mio.	Million
MPICC	Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, Freiburg im Breisgau
MPIL	Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Heidelberg
NATO	<i>North Atlantic Treaty Organization</i>
NGO	<i>Non-governmental organization</i>
OECD	<i>Organisation for Economic Cooperation and Development</i>
OSCE	<i>Organisation for Security and Cooperation in Europe</i>
OSI	Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, FU Berlin
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Euro- pa
PANDORA	Propaganda, Mobilisierung und Radikalisierung zur Gewalt in der virtuellen und realen Welt
PÖK	Politökonomische Kurzanalysen
PRIO	<i>Peace Research Institute Oslo</i>
RECSA	<i>Regional Centre on Small Arms</i>
RWTH	Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen
S+F	Sicherheit und Frieden/ <i>Security and Peace</i>
SFB	Sonderforschungsbereich
SIPRI	<i>Stockholm International Peace Research Institute</i>
SIRIUS	Zeitschrift für strategische Analysen

SOEP	Sozio-oekonomisches Panel
SoSe	Sommersemester
SWP	Stiftung Wissenschaft und Politik. Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin
SWS	Semesterwochenstunden
TERAS-INDEX	Terrorismus und Radikalisierung. Indikatoren für externe Einflussfaktoren
Tsd.	Tausend
TU	Technische Universität
U	Universität
UN	<i>United Nations</i>
UNO	<i>United Nations Organization</i>
USA	<i>United States of America</i>
VDW	Verein Deutscher Wissenschaftler
VN	Vereinte Nationen
VZÄ	Vollzeitäquivalent
WAO	<i>World Affairs Online</i>
WR	Wissenschaftsrat
WS	Wintersemester
WZB	Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
ZeFKo	Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung
ZFD	Ziviler Friedensdienst
ZOiS	Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, Berlin
ZMSBw	Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam
ZIF	Zentrum für Internationale Friedenseinsätze
ZNF	Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung, Universität Hamburg